Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Nr. 21 – 24. Mai 2008 Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Familienbesuch: Georg Friedrich Prinz von Preußen, der Ur-Urenkel des letzten deutschen Kaisers, bestaunte die Ausstattung der neuen Fachbuch- und Andenkenhandlung „Berlin Story" in den Kaiserhöfen Unter den Linden. Neben einer Büste von Friedrich dem Großen, Georg Friedrichs Ur-Ur-Ur-Ur-Ur-Ur-Großonkel, ist auch ein Nachbau der berühmten Prinzessinnengruppe, Königin Luise und ihre Schwester Friederike, zu bestaunen.

Foto: ddp

In die Armut getrieben

Immer mehr Menschen müssen von der Hand des Staates leben

Von Klaus D. Voss

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hatte es verdächtig eilig, den Armutsbericht 2008 in die Schlagzeilen zu bringen – eigentlich hätte sich das Bundeskabinett erst sechs Wochen später damit beschäftigen sollen. Aber Scholz wollte umgehend als Anwalt der kleinen Leute glänzen – ein erklärbarer Fauxpas, schließlich herrscht Dauerwahlkampf in der Großen Koalition bis zum entscheidenden Wahltag im September 2009.

Sorgenvoll verkündete der Sozialminister, daß 13 Prozent der Deutschen unter der Armutsgrenze leben müssen: Die liegt für einen Alleinstehenden bei einem Nettoeinkommen von 781 Euro im Monat, für eine Vier-Kopf-Familie bei 1640 Euro. Wer weniger zur Verfügung hat, gilt in Deutschland als arm.

Nur – das Thema droht Scholz auf die Füße zu fallen, ihm und seinen Amtsvorgängern Walter Riester, Wolfgang Clement und Franz Müntefering. Seit zehn Jahren tragen die Sozialdemokraten ununterbrochen die politische Verantwortung für das Ressort Arbeit und Soziales, und nach dieser Zeit zeigen nicht nur die Armuts-Indikatoren, in welchen bedenklichen Zustand das Land regiert worden ist.

Nach dem Armutsbericht 1997, also vor der rot-grünen Regierungsübernahme, lebten 10,9 Prozent in schwierigen Verhältnissen, in den zehn Jahren von Riester bis Scholz ist diese Gruppe um fast ein Fünftel angewachsen.

Die Arbeitsmarkteingriffe der rot-grünen Regierung haben jedenfalls keine Wende zum Besseren gebracht. Im Gegenteil: Vom Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegsjahre bis heute betrachtet war es zu keiner Zeit so schwer, sich mit einfacher Arbeit über Wasser zu halten. Aber: Nicht zwischen den statistisch Armen und den statistisch Reichen ist eine gesellschaftliche Kluft entstanden. Zwischen niedrigen Löhnen und hohen Abgaben entsteht der soziale Sprengstoff: Ausbeutung über Steuern. Wer heute einen normalen Job hat, ist trotzdem zum Bittsteller bei den Sozialbehörden geworden, kann ohne Zuwendungen aus dem sozialen Transfer nicht mehr zurechtkommen.

Auf der anderen Seite: Noch nie konnte man in Deutschland so ungeniert vom Nichtstun leben – wenn man nur will. Ein Sozialstaat sozialdemokratischer Prägung belohnt nicht die Fleißigen. Auch so kann die Politik Abhängigkeiten schaffen und sich Wähler sichern. Vom „Fördern und Fordern" des Hartz-Konzeptes ist nicht viel übriggeblieben.

Es muß erlaubt bleiben, daß Menschen aus der Kriegs- oder Nachkriegskriegsgeneration noch andere Erinnerungen an Armut haben und wie man damit fertig wird. Aber inzwischen ist eine Erwartungshaltung herangezüchtet worden, der Staat habe seine Bürger vor allem und jedem zu bewahren.

Im internationalen Maßstab betrachtet reduziert sich der deutsche Begriff von der Armutsgrenze sehr schnell auf das, was sie wirklich ist: die Regelschwelle des Sozialstaates. Und Scholz hatte gleich wieder die falschen Rezepte parat: Höhere Steuern, um noch mehr Sozialtransfer zu finanzieren. Lesen Sie auch die Berichte auf Seite 4.

Klaus D. Voss:

Goldrausch

Nur eine Flugstunde von Deutschland entfernt können Forscher mit der Natur – und viele werden doch lieber sagen: mit der Schöpfung – anstellen, was sie wollen. Das britische Unterhaus hat ein Gesetz gebilligt, das die Zeugung von Chimären aus menschlichen und tierischen Genen erlaubt.

Für viele Genforscher scheint es keine Grenze mehr zu geben, seit das Parlament in London mit der unfaßbaren Mehrheit von 336 gegen 176 Stimmen den Bruch mit unserer humanistischen Tradition beschlossen hat. Die linke Labour-Regierung will den Vorsprung der Briten bei der Genforschung erhalten. Was zählt da noch die aus christlichen Geboten aufgewachsene Werteordnung des Abendlandes?

Unter den Gen-Forschern herrscht Goldrausch-Stimmung wie in den schlimmsten Tagen von Alaska. Die Vorlauten unter ihnen überbieten sich mit den gewagtesten Versprechungen und werben Fonds-Gelder en masse für ihre Institute ein. Es gibt genug Menschen, die hohe Summen auf die Zukunft unserer Welt verwetten wollen.

Woran es liegt, daß noch keine der großspurig versprochenen Heilmethoden in die Medizin Einzug halten konnte, ist die große offene Frage – auch 30 Jahre nach dem wissenschaftlichen Durchbruch des britischen Gen-Forschers und zweifachen Nobelpreisträgers Frederick Sanger bleibt die Heilbilanz negativ.

Es wäre naiv zu glauben, das Frankenstein-Gesetz der Briten hätte keine Folgen für Deutschland. Wenn die Verlockung nach Geld und Preisen zu hoch wird – der außerethische Teil der Forschung läßt sich auch dort erledigen: England ist nur eine Flugstunde entfernt.

Nur noch einen Deut besser als China

Deutschland verliert beim Vergleich seiner Wettbewerbsfähigkeit an Boden

Von Klaus D. Voss

Woran liegt es – die Bundesrepublik verliert Jahr um Jahr an Wettbewerbsfähigkeit. Jetzt muß sich unser Land im Mittelmaß einreihen.

Die angesehene Wirtschaftshochschule IMD in Lausanne bewertet seit 20 Jahren, wie sich die führenden 55 Staaten der Welt nach ihrer Leistungskraft einordnen lassen: Für Deutschland bleibt nur noch Platz 16. Vor 20 Jahren stand Deutschland noch so gut da, daß es für einen fünften Rang reichte.

Für den Vergleich werden 331 unterschiedliche Faktoren bewertet, die etwas über die Wirtschaftsdynamik, die Effizienz der Produktionsabläufe, die Managementqualitäten und die Innovationsbereitschaft in den Unternehmen aussagen.

Aber auch die politische Bereitschaft zur Umsetzung von Reformen, die Finanzverfassung, also die Verschuldung eines Landes, die Leistungen in der Ausbildung und in den Wissenschaften, das Gesundheitswesen und die Anstrengungen zum Ausbau der Infrastruktur werden gegeneinander gesetzt.

> Kaum bereit, Reformen umzusetzen

Das wettbewerbfähigste Land im Jahr 2008 wie auch im Vorjahr sind die USA, gefolgt von Singapur und Hongkong.

Die Schweiz hat sich so gut entwickelt, daß sie jetzt schon wieder Platz vier einnimmt. Luxemburg liegt auf Platz fünf. Am Ende der Skala auf Platz 51 bis 55 liegen Indonesien, Argentinien, Südafrika, die Ukraine und Venezuela.

Man kann sicher Einwände gegen die Auswertung einzelner Kriterien erheben, aber im Vergleich über zwei Jahrzehnte hinweg ergibt sich doch ein interessanter Aufschluß über die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und ein stimmiges Gesamtbild. Deutschland hat sich in den vergangenen 20 Jahren von vielen Ländern überholen lassen müssen, die ihre Reformchancen nutzten.

Über der Bundesrepublik Deutschland rangieren inzwischen Finnland, Österreich, Taiwan und Irland. Noch konkurrenzfähiger sind Norwegen, die Niederlande oder Schweden.

Auf Rang 17, also knapp hinter Deutschland rangiert in der Summe aus wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit bereits China. Danach folgen Neuseeland, Malaysia und Israel.

Japan hat die Entwicklung noch härter getroffen als die Deutschen. Vor 20 Jahren konnte das asiatische Aufsteigerland vor der Schweiz und den USA den ersten Rang erobern. Die Tugenden von damals waren moderne Produktionsverfahren, raffinierte Managementmethoden („Just in time") und besonders leistungsbewußte Belegschaften. Jetzt steht der Staat mit geringer Innovationskraft, mangelndem Reformehrgeiz und vor allem einer gewaltigen Staatsverschuldung auf Platz 22.

> Japan ist noch weiter abgestürzt

Auch die legendäre Betriebstreue der Japaner hat Schaden genommen.

Die Parallelen zu Deutschland sind allzu deutlich. Allerdings ist die bessere Plazierung vor Konkurrent Japan kaum zu halten, wenn sich die bisher für Deutschland als vorteilhaft günstig eingestuften Inlandspreise erhöhen, die Lebenshaltungskosten weiter ansteigen und sich die Leistungsdefizite im Gesundheitswesen noch ausweiten.

Die Aufsteiger der Studie für das Jahr 2008 sind Australien, Brasilien, Rußland, Indien und China. Wobei sich für Australien und Rußland der Rohstoff-Boom auszahlt – allerdings sehr unterschiedlich. Australien hat die Geldflut genutzt, um sich so gut zu modernisieren, daß das Land jetzt auf Rang sieben steht.

Rußland wurde durch die Öl- und Gas-Milliarden von der Kellerkante auf Platz 47 angehoben.

MELDUNGEN

Anschlagsversuch gegen Pastor

Ankara – In der Türkei ist ein evangelischer Pastor einem Anschlag entgangen. Am 6. Mai versuchten drei bewaffnete Männer, den Leiter der charismatischen Kurtulus-Gemeinde in Ankara, Ihsan Özbek, zu töten. Nach Angaben der Gemeinde fuhren die Unbekannten vor das Gemeindehaus, schwenkten Gewehre und bedrohten die Anwesenden. Als sie hörten, daß Özbek nicht da war, ließen sie ihm ausrichten, daß sie ihn beim nächsten Mal beseitigen würden. Die Männer konnten sich entfernen, bevor die alarmierte Polizei eintraf. Aus unbekannten Gründen versagte die am Zentrum installierte Überwachungskamera, so daß die Bewaffneten nicht identifiziert werden konnten. In den vergangenen Wochen waren auch Gemeinden in Antalya, Samsun und Adana bedroht worden. Zum Verband der Kurtulus-Gemeinden, dessen Vorsitzender Özbek ist, gehört auch die Gemeinde im osttürkischen Malatya. Dort waren am 18. April 2007 drei Christen zu Tode gefoltert worden, darunter der Deutsche Tilmann Geske. Nach der Ermordung übte Özbek öffentlich scharfe Kritik an der türkischen Religionspolitik. Die seit Jahren ausgestreute Saat der Intoleranz, des Rassismus und der Christenfeindlichkeit sei aufgegangen, sagte er im Fernsehen. Christen würden als potentielle Kriminelle und Verräter präsentiert. Daher sei davon auszugehen, daß die Morde von Malatya nicht die letzten gewesen seien. Der Pastor war bis Ende letzten Jahres Vorsitzender des Vereins protestantischer Freikirchen in der Türkei. Er ist auch Mitarbeiter des evangelikalen Martin-Bucer-Seminars (Bonn), das seit Herbst 2006 ein Studienzentrum in Ankara unterhält. *idea*

Kontakt: 040/414008-0
Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr:
Wasserkopf

Das „Institut der deutschen Wirtschaft“ hat sich mit der Frage beschäftigt, inwieweit sich die Europäische Union der Sorge der Menschen, daß aus Brüssel nur zusätzliche Bürokratie komme, annimmt. Das Ergebnis ist niederschmetternd: Allein von den 35 Agenturen der EU, die für die Ausführung ihrer Aufgaben und Programme zuständig ist, sind 24 seit dem Jahr 2000 entstanden. Statt Personal- und Bürokratie-Abbau gibt es also überall Aufstockung. Insgesamt zählen die bestehenden EU-Agenturen etwa 4500 Mitarbeiter; ihre meist aus dem EU-Haushalt finanzierten Budgets summieren sich im laufenden Jahr auf mehr als 1,3 Milliarden Euro.

1.495.675.584.118 €

(eine Billion vierhundertfünfundneunzig Milliarden sechshundertfünfundsiebzig Millionen fünfhundertvierundachtzigtausend und einhundertachtzehn)

Vorwoche: 1.495.389.365.376 €
Verschuldung pro Kopf: 18.170 €
Vorwoche: 18.167 €

(Dienstag, 20. Mai 2008, 12 Uhr. www.steuerzahler.de)

Hochzeit mit Gott ohne Staat

Ideal für Senioren – Ab 2009 ist kirchliche Trauung ohne Standesamt möglich

Ab kommendem Jahr können Paare in Deutschland kirchlich heiraten, ohne sich zuvor standesamtlich trauen zu lassen. Doch in den beiden großen Kirchen stößt das vom Bundestag im vergangenen Jahr verabschiedete Personenstandsrechts-Reformgesetz auf Vorbehalte. „Voraussetzung für die Trauung ist die rechtsgültige Eheschließung“, teilte Oberkirchenrat Gerhard Eibach (Hannover) in einem idea vorliegenden Schreiben zum Reformgesetz mit. Für die evangelische Kirche stelle die kirchliche Trauung kein Sakrament dar. Sie sei damit eng an die zuvor vollzogene staatliche Eheschließung gebunden. Nur die rechtsgültig geschlossene Zivilehe habe Rechtsfolgen. Auch in der katholischen Kirche soll nach Auskunft der Deutschen Bischofskonferenz (Bonn) Heiraten ohne standesamtlichen Trauschein nur mit bischöflicher Ausnahmegenehmigung möglich sein. Eine kirchenrechtliche Regelung sei in Arbeit, hieß es. Nach dem ab dem 1. Januar 2009 geltenden Reformgesetz begeht ein Pfarrer – anders als bisher – keine Ordnungswidrigkeit mehr, wenn er ein Paar traut, das zuvor nicht standesamtlich geheiratet hat. Doch schon jetzt wird für eine solche Ordnungswidrigkeit kein Bußgeld fällig. Das Bundesinnenministerium teilte auf Anfrage mit, daß der Staat weiterhin großes Interesse daran habe, „daß bürgerliche und kirchliche Ehe denselben Lebenssachverhalt, nämlich die auf Lebensdauer angelegte Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau, meinen“.

Seit einigen Jahren wird vor allem in christlichen Kreisen über eine nur kirchlich geschlossene „Seniorenehe“ diskutiert. Der Hintergrund: Durch eine neue Ehe verlieren Witwer und Witwen Rentenansprüche aus einer früheren Ehe und stehen sich finanziell schlechter. Ihre Rentenansprüche könnten sie behalten, wenn sie in „wilder Ehe“ zusammenlebten. Doch ein solcher Schritt kommt für viele Christen aus Glaubensgründen nicht in Frage. In einer vor Gott geschlossenen Seniorenehe sehen sie einen Ausweg. Der frühere Generalsekretär des Evangelischen Fachverbands für Sexualethik und Seelsorge „Weißes Kreuz“, Gerhard Naujokat, hat sich wiederholt für eine solche Rentnerehe ausgesprochen; sein Nachfolger, Rolf Trauernicht (Ahnatal bei Kassel), ist dagegen. Eine Seniorenehe schaffe auch neue Probleme, weil sie keine rechtlichen Folgen habe. Liege etwa einer der Partner in der Klinik, könne dem anderen das Besuchsrecht verwehrt werden.

In der größten deutschen Freikirche, dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten- und Brüdergemeinden), war nach kontroverser Diskussion darauf verzichtet worden, eine einheitliche Regelung zu beschließen. In einigen Gemeinden wurden solche Paare bereits gesegnet, andere Gemeinden tolerieren diese Form des Zusammenlebens nicht. Der Bund Freier evangelischer Gemeinden hatte sich gegen Seniorenehen ausgesprochen. *idea*



Liebe im Alter: Wer bisher vor den Traualtar trat, verlor gleichzeitig seine Witwen- beziehungsweise Witwerrente. Foto: vario press

Entschädigung für Spätheimkehrer

Fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung können auch ehemalige mitteldeutsche Kriegsgefangene eine einmalige Entschädigungszahlung erhalten. Spätheimkehrer und die Gruppe der zivildeportierten Frauen werden ab dem 1. Juli 2008 einen Anspruch auf bis zu 1500 Euro erhalten – ein eher symbolischer Ausgleich für die Leiden in Gefangenschaft.

Die Versorgung der in den Westen entlassenen Kriegsgefangen war in den Nachkriegsjahren geregelt worden. Ein entsprechender Ausgleich für die noch lebenden rund 12000 mittel- und ostdeutschen Kriegsheimkehrer und die 3000 Zivildeportierten hat sich mehr als acht Jahre im Gesetzgebungsverfahren hingezogen. Schließlich hatte der Bundestag das Gesetz zum Jahresende 2007 verabschiedet, allerdings mit einer langen Übergangsfrist: Ursprünglich erst vom Januar 2009 an sollten die Heimkehrer Geld erhalten.

An die 1947 und 1948 entlassenen Kriegsgefangenen sollen einmalig 500 Euro als Entschädigung ausgezahlt werden, die Entlassungsjahrgänge 1949 und 1950 erhalten 1000 Euro. Alle Kriegsgefangenen, die erst nach 1951 heimkehren konnten, werden auf Antrag 1500 Euro erhalten. Diese Zahlungen werden nicht auf andere Sozialleistungen verrechnet und können auch nicht gepfändet werden.

Die geringe Höhe der Entschädigungszahlungen – insgesamt wird der Bund voraussichtlich nur 13 Millionen Euro ausgeben – ist heftig kritisiert worden. Die NS-Zwangsarbeiter wurden zum Vergleich je nach Einordnung mit 2500 bis 7500 Euro abgefunden.

Menschen in der DDR erhielten nichts

Wegen des hohen Alters der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen – die meisten sind inzwischen über 80 Jahre alt – war der späte Entschädigungstermin auf Unverständnis in der Bevölkerung gestoßen. Ein erster Versuch der beiden Koalitionsfraktionen, das Gesetz unter dem Eindruck dieser Kritik dann doch schon zum 1. April 2008 in Kraft zu setzen, war allerdings gescheitert. Jetzt hat die erste Lesung des Änderungsgesetzes im Bundestag stattgefunden und damit besteht die Hoffnung, daß der Anspruch auf Entschädigungszahlungen zum 1. Juli 2008 einsetzen kann. Die Betroffenen können allerdings schon vorab formlose Anträge an das Bundesverwaltungsamt in Köln stellen, das die Aufgaben der Heimkehrerstiftung übernommen hat: Bundesverwaltungsamt, Referat III B4, Barbarastraße 1, 50735 Köln. Das Bundesverwaltungsamt verschickt dann Antragsformulare. Zum Nachweis der Kriegsgefangenschaft muß ein Entlassungsschein vorgelegt werden oder die Gefangenschaft glaubhaft gemacht werden – durch eidesstattliche Erklärungen und Zeugen. Berechtigt sind alle ehemaligen Kriegsgefangenen, die nach dem 31. Dezember 1946 in die SBZ/DDR entlassen wurden, bis zum 30. Juni 1990 ihren ständigen Wohnsitz in der DDR hatten und derzeit ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben.

Gescheitert ist der ursprüngliche Versuch, die zivildeportierten Frauen höher zu entschädigen. Im Gesetzgebungsverfahren war dieser Ansatz aber übersehen worden, daher müssen sich die deportierten Frauen mit den gleichen Beträgen begnügen, die an die Spätheimkehrer ausgezahlt werden. Zuständig für die zwangsdeportierten Frauen ist die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, Wurzener Straße 106, 53175 Bonn. Ein formloser Antrag genügt. *K. Voss*

Protest mit Folgen

Vor 40 Jahren wurde die Leipziger Paulinerkirche gesprengt – Haft für Physik-Student

Von Jörg B. Bilke

Am 30. Mai 1968, als auf Westdeutschlands Straßen und Plätzen die APO-Studenten gegen das Unrecht in aller Welt demonstrierten und niemand hierzulande wissen wollte, was jenseits der innerdeutschen Grenze geschah, vor 40 Jahren also, wurde auf dem Leipziger Karl-Marx-Platz, der seit 1990 wieder Augustusplatz heißt, gegen den Willen der Bevölkerung die Universitätskirche gesprengt!

Der Befehl dazu kam direkt aus Ost-Berlin, von dem 75jährigen SED-Generalsekretär und militanten Atheisten Walter Ulbricht (1893–1973), für den anscheinend unerträglich war, daß auf einem Platz, der seit 1953 den Namen des „sozialistischen Klassikers“ Karl Marx (1818–1883) trug, eine bürgerliche Kirche stehen sollte. Aber es ging nicht um die Kirche allein, auch die alte, 1409 gegründete Universität hinter der Kirche, auch sie 1953 nach Karl Marx benannt, das sogenannte Augusteum, wurde weggesprengt und mit ihr der berühmte Hörsaal 40, in dem die Professoren Ernst Bloch (1885–1977) und Hanns Mayer (1907–2001) lasen.

Plakat »Wir fordern Wiederaufbau«

Der Protest gegen die Sprengung verlief unterschwellig und verhalten, schließlich waren bei Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafen angedroht worden, Fotografieren war verboten, „inoffizielle Mitarbeiter“ der „Staatssicherheit“ waren als Beobachter in der Menschenmenge auf dem Karl-Marx-Platz verteilt, die mit Entsetzen der Sprengung um 9.58 Uhr zusah.

Nun liegt von Dietrich Koch, einem Physiker aus Leipzig, der 1972 aus der Psychiatrischen Anstalt des Zuchthauses Waldheim in Sachsen freigekauft wurde, das Buch „Nicht geständig – Der Plakatprotest im Stasi-Verhör“ vor, worin eine konspirative Aktion während des dritten Leipziger Bach-Wettbewerbs am 20. Juni 1968 beschrieben wird. Eine kleine, verschworene Gruppe von fünf Physik-Studenten hatte ein Plakat gefertigt, auf dem eine Silhouette der Universitätskirche zu sehen war, darunter stand der Satz: „Wir fordern Wiederaufbau!“ Dieses Plakat wurde, ausgelöst durch einen Zeitmechanismus, in den Festsaal des Leipziger Kongreßhauses abgesenkt, wo gerade die Festreden gehalten wurden. Keine DDR-Zeitung durfte damals über diesen beschämenden Vorfall berichten, nur der Korrespondent des West-Berliner „Tagesspiegels“, der zufällig im Publikum saß, schrieb einen Artikel darüber.

Die „Staatssicherheit“ konnte trotz wochenlanger Fahndungen der Täter nicht habhaft werden, weil sie auf der falschen Spur suchte, nämlich bei den Theologen. Immerhin konnte sie damals mit Nikolaus Krause, heute Klinikseelsorger in Dresden, einen Studenten der Theologie verhaften, der Unterschriften gegen die Sprengung gesammelt hatte und dafür 22 Monate Gefängnis zudiktiert bekam. Zwei der fünf Physik-Studenten, Harald Fritzsch (heute Physikprofessor in München) und Stefan Welzk (heute Wirtschaftsreferent der Landesregierung Schleswig-Holstein in Kiel), flohen noch 1968 mit einem Boot übers Schwarze Meer in die Türkei. Stefan Welzk erzählte dem westdeutschen APO-Studenten Bernard Langfermann vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin von der Leipziger Plakataktion. Der aber war SED-Mitglied und „inoffizieller Mitarbeiter“ des Ost-Berliner „Ministeriums für Staatssicherheit“. Er schrieb alles auf und brachte seinen Bericht nach Berlin-Lichtenberg, dem Sitz des Ministeriums, worauf Dietrich Koch 1970 in Leipzig verhaftet wurde.

Nun wurde alles ihm aufgelastet, was der angeblich „staatsfeindlichen Gruppe“ von fünf Studenten vorgeworfen wurde. Er hätte, schon einmal festgenommen von der „Volkspolizei“ am 27. Mai 1968, drei Tage vor der Sprengung, die „staatlichen Maßnahmen zur Umgestaltung“ des Karl-Marx-Platzes „diskriminiert“. Damals hatte er auch seinen Arbeitsplatz bei der Ost-Berliner Akademie der Wissenschaften verloren. In der Gruppe, die keine war, hätte er „staatsfeindliche Hetze“ betrieben „mit dem Ziel der Aufwiegelung und Zersetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“. Das Strafmaß lautete auf zweieinhalb Jahre. Der West-Berliner Denunziant von 1970, Bernard Langfermann, wurde nach 1989/90 angezeigt, das Verfahren wurde aber niedergeschlagen.

Ein Akt der Kulturschande

Nur wer am 1. Mai 2008 im „Mitteldeutschen Fernsehen“ den Film „Die Toten der Paulinerkirche“, die nach ihrem Gründerorden, den Paulinern, benannt war, gesehen hat, der kann ermessen, welchen Akt der Kulturschande diese Sprengung darstellte. Erbaut in den Jahren nach 1231 und geweiht 1240, war diese 737 Jahre alte Klosterkirche auch der Begräbnisort für verdiente Professoren der Universität und für Angehörige des sächsischen Adels. Diese Kirche, die den angloamerikanischen Bombenangriff vom 4. Dezember 1943 fast unbeschadet überstanden hatte, wurde vor 40 Jahren ein Opfer der Zerstörungswut der Kommunisten.

Dietrich Koch, inzwischen 71 Jahre alt, ist mit seinen Büchern „Das Verhör“ und „Nicht geständig“ in mehr als zwei Dutzend Lesungen auftreten. Die zweite Lesung bei der Leipziger Außenstelle der Gauck-Birthler-Behörde wurde von DDR-Sympathisanten derart empfindlich gestört, daß sie nicht stattfinden konnte.

Einsatzbereit für seine Hörer

Von Harald Fourier

Der Hannoveraner Radiomoderator Christian Haacke hat einiges auf sich genommen für den neuen Job in der deutschen Hauptstadt. Um beim Berliner Sender RS2 (früher Rias2) arbeiten zu können, ist er schon auf einem Elefanten durch die Fußgängerpassage geritten und sogar mit Krokodilen schwimmen gegangen.

Sein Ziel: Bis 27. Mai eine Million Berliner Hörer gewinnen. Diese Aufgabe hat ihm der Senderchef gestellt („Ich brauche einen Moderator, von dem die ganze Stadt spricht"). Sonst wird Haacke wieder gefeuert. Der Radiosender sei brutal, sagen Miesmacher. „Böses Spiel mit der Jobangst", kritisiert der „Berliner Kurier".

Ich finde diese Aktion ebenso unkonventionell wie sinnvoll. Warum soll jemand nicht an seiner Einsatzbereitschaft gemessen werden? Was für jede Friseuse und jeden Handwerksgesellen, jeden Klavierlehrer und jede Krankenschwester gilt, muß auch für Journalisten gelten: Sie müssen sich an ihrer Leistung messen lassen und daran, wie nah sie am Kunden sind. In diesem Fall sind das die Hörer.

Wir erleben doch sehr oft, daß Journalisten – seien sie beim Fernsehen, beim Radio oder bei der Presse – den Kontakt zu ihrem Publikum verloren haben. Die vom Fernsehen spucken auf die vom Radio. Die vom Radio spucken auf die von der Zeitung. Und die von der Zeitung spucken auf ihre Leser, heißt es ja auch – nur ein bißchen im Scherz.

Viele Medien setzen ihren Zuschauern, Hörern, Lesern oft ein vorgefertigtes Programm vor, versuchen ihre persönliche Meinung als die Wahrheit zu verkaufen und interessieren sich nicht die Bohne für die wahren Interessen der Leute. Der Niedergang der Zeitungen in Deutschland ist auch darin begründet – und nicht nur in der neuen Konkurrenz aus dem Internet.

Gerade beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk sitzen viele aufgrund ihres Parteibuchs oder ihrer persönlichen Beziehungen und brauchen sich nie Gedanken darüber zu machen, was die Zuschauer/-hörer überhaupt wünschen.

Dafür verdienen sie überdurchschnittlich viel und haben einen sicheren Job, fast schon wie Beamte. Wußten Sie zum Beispiel, daß Anne Wills Produktionsfirma rund 160.000 Euro pro Sendung bekommt? Das sind gut fünf Jahresgehälter eines Durchschnittshaushalts in Deutschland. Ganz schön viel, oder?

Es sieht übrigens gut aus für den emsigen Moderator Christian Haacke. Er hat in Berlin schon mehr Unterstützer gefunden als der Flughafen Tempelhof bei dem jüngsten Volksbegehren.

Modell oder Mogelpackung?

Berlin verspricht härteres Durchgreifen gegen jugendliche Straftäter



Ein Urteil in zwei Wochen? Experten zweifeln am „Neuköllner Modell" gegen jugendliche Straftäter.

Foto: advantage

Von Patrick O'Brian

Kaisi A. hat in Berlin mächtig für Schlagzeilen gesorgt. Vor gut zwei Jahren hatte der jetzt 17jährige Libanese mehrere Jugendliche und eine 81jährige ausgeraubt. Letztere wurde dabei verletzt. Dafür gab es ein Jahr und drei Monate Haft – auf Bewährung.

Während der Bewährungszeit raubte er dann auch noch einen Drogeriemarkt aus. Zwar wurde nun das Strafmaß erhöht, und der Gewalttäter sollte in den Jugendknast, aber er bekam erst einmal Haftverschonung.

Inzwischen kam heraus, daß Kaisi A. 2006 noch weitere Überfälle begangen haben soll. Deswegen sollte er Anfang Mai endlich hinter Gitter gebracht werden. Als die Polizei anrückte, um den Intensivtäter abzuholen, wurden die Beamten von mindestens 20 arabisch-türkischen Jugendlichen umzingelt und bedrängt. Erst weitere Beamte und ein Pfeffersprayeinsatz konnten die Lage klären.

Gerade gegen solche gemeingefährlichen Nachwuchskriminellen müßten schnelle Strafen her, sagen alle Experten. Erst wer einmal auf die heiße Herdplatte gefaßt habe, wisse, daß er zukünftig lieber prüfen sollte, ob sie eingeschaltet ist. Kurz: Wenn zwischen Schuld und Sühne zu viel Zeit vergeht, dann ist der erzieherische Charakter der Strafe dahin.

In Berlin vergeht zwischen Tat und Verurteilung eine Zeit von durchschnittlich vier Monaten. Besser wären zwei Wochen lautet eine ehrgeizige Forderung. Aber geht das überhaupt?

Seit ein paar Tagen geistert das Wort vom „Neuköllner Modell" durch die Stadt. Damit ist ein Pilotversuch aus dem Problemkiez Rollbergviertel in Neukölln gemeint. Seit Januar arbeiten hier vier Jugendrichter daran, um das Kriminalitätsproblem in den Griff zu bekommen.

Der Senat hat in der vergangenen Woche zu einem Gipfeltreffen samt Fototermin geladen. Eine Pressekonferenz aber gab es nicht. Nur ein Bild sollte zeigen, wie die Staatssekretäre und -anwälte, die Richter und der Polizeipräsident beisammen sitzen.

Alles, was an Inhalten nach außen drang, war folgendes: Das Neuköllner Modell soll jetzt im ganzen Bereich der Polizeidirektion 5 angewendet werden. Das heißt, in ganz Neukölln und in Friedsrichshain-Kreuzberg.

Aber was genau ist denn nun das Neuköllner Modell? Telefonisch und ohne große Aktenschieberei sollen Staatsanwalt und Richter bald nach der Tat ein Urteil verhängen. „Betreuende Maßnahmen, Anti-Gewalt-Seminare, soziale Trainingskurse, die sogenannten Sozialstunden, aber auch die Arreste können in dem Verfahren verhängt werden. Und da können wir also in ein, zwei Wochen nach der Tat in geeigneten Fällen zu Ergebnissen kommen." Das sagte Kirsten Heisig im Januar, als ihr Modell erstmals der Öffentlichkeit vorgelegt wurde.

Die Neuköllner Jugendrichterin gilt als Erfinderin des Neuköllner Models. Sie hat damals auch klar gemacht, daß das neue Modell natürlich nur bei Ersttätern in Betracht komme, die keine harte Strafe zu erwarten hätten. Es geht also mehr um fehlgeleitete Jugendliche, die zum ersten Mal beim Ladendiebstahl oder Handyklau erwischt worden sind.

Politik und Justiz erwecken allerdings den irreführenden Eindruck, als ließe sich das Neuköllner Modell auch gegen Intensivtäter anwenden. Das riecht verdächtig nach Aktionismus. Plötzlich können die Vorgaben nicht hart genug sein. „Ziel ist es, daß die Strafe auf dem Fuß folgt", läßt Innensenator Ehrhart Körting (SPD) jetzt zum Thema Neuköllner Modell erklären. Und: Natürlich habe er schon immer das Modell unterstützt.

Eins ist klar: Zur Zeit scheinen drakonische Strafen angebracht, um Mehrfachtätern Einhalt zu gebieten. Es sind Typen wie Taifun, der in der vergangenen Woche in einer Sat1-Talkshow zu sehen war. Er erzählte freimütig, wie er und seine Clique gemeinsam Gleichaltrige berauben („abziehen"). „Dann machen wir unser Geld", berichtete er freudestrahlend, so als habe er Grund, auf seine Leistung stolz zu sein. Danach berichtete der 13jährige (!) Mohammed: „Ich hab schon 20 oder 30 Anzeigen." Das schien ihn aber nicht zu stören.

Das nun breit angepriesene Neuköllner Modell erfaßt Intensivtäter wie Taifun und Mohammed aber eben gerade nicht. Und: Selbst bei den Ersttätern wurde die neue Methode bislang so gut wie gar nicht angewendet. Richterin Kirsten Heisig wurden von der Polizei seit Januar gerade einmal vier Fälle zur Entscheidung vorgelegt. Das erhärtet den Verdacht, daß es sich abermals um nicht mehr als eine Maßnahme zur Beruhigung der Öffentlichkeit handelt. Zumal eine vorschriftsgemäße Bearbeitung eines Falles in 14 Tagen aus Sicht von Juristen eh ausgeschlossen scheint.

Heckenschützen gegen Pflüger

Gezielte Indiskretionen: In der Hauptstadt-CDU rumort der Widerstand gegen den Fraktionschef

Von Markus Schleusener

Die Volksabstimmung über den Flughafen Tempelhof sollte auch die große Stunde des Friedbert Pflüger werden. Wurde sie aber nicht. Übersetzt in die Sprache des Boxers geht der CDU-Oppositionsführer zwar als Sieger aus dem Ring, aber der Kampf wurde im Nachhinein für ungültig erklärt, weil nicht genug Zuschauer dabei waren.

Wie geht es nach der Schlappe weiter mit Pflüger und der Berliner CDU? Noch labt sich die bürgerliche Opposition am geräuschlosen Start von Schwarz-Grün in Hamburg. Was dort geht, kann doch auch bei uns möglich sein, denken viele an der schwarzen Basis.

Das mag stimmen, zeigt aber auch, daß bei der CDU niemand damit rechnet, es so schnell wieder aus eigener Kraft schaffen zu können. Selbst als die Union vor einigen Jahren im Bund in Umfragen bei fast 50 Prozent lag, bekam der Berliner Landesverband kein Bein auf den Boden. Berlin ist eben eine ziemlich rote Stadt und damit ein heißes Pflaster. Zum Teil sind die Probleme der Berliner CDU allerdings hausgemacht, denn die Partei ist ein Wespennest. Jetzt bekommt dies der eben noch gefeierte Friedbert Pflüger zu spüren.

„Die sind froh, wenn der die Tür von außen zumacht", sagt ein Berliner CDU-Mitglied über die alteingesessenen CDU-Bosse um Landeschef Ingo Schmitt und ihr Verhältnis zu Friedbert Pflüger, dem Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus. Kritiker spötteln, da komme das alte Problem der Berliner CDU wieder hoch: Man möchte sowieso am liebsten unter sich sein, und dann kommt so einer, der auch noch als Statthalter Merkels gilt, und beansprucht eine Führungsrolle.

Zwar hätte die Berliner Landes-CDU selbst keinen passenden Kandidaten gehabt, aber was soll's? Mit 20 Prozent lebt es sich nach einer Wahl ganz gut. Diese Denkweise ließe sich als „die neue Bescheidenheit" der Nach-Diepgen-Ära charakterisieren.

In diesem Zusammenhang passen Gerüchte über einen rauer werdenden Ton innerhalb der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus. „Irgend jemand aus der CDU will Friedbert Pflüger schaden", unkt der „Tagesspiegel". Der Anonymus bringe brisante Informationen ans Tageslicht.

So wurde bekannt, daß Pflügers Neujahrsempfang 40 000 Euro gekostet hat. Vor geraumer Zeit war schon einmal die Nachricht durchgesickert, Pflüger sei mit Liberalen und Grünen auf Steuerzahlerkosten Nudeln essen gewesen – für 1400 Euro.

Ob die eigenen Leute ihrem Spitzenmann das Vertrauen entziehen? Die Nachricht mit der teuren Neujahrsfeier wurde bekannt, nachdem die Abgeordnete Stefanie Bung danach gefragt hatte. Bung sei die Lebensgefährtin von Ingo Schmitt, schreibt der „Tagesspiegel". Der Landesvorsitzende Schmitt – also des Mannes, der sich selbst vermutlich für den besseren Kandidaten als Pflüger hält. Doch Schmitt ist nicht der einzige, der sich Chancen ausrechnet, Pflüger 2011 zu beerben. Auch Generalsekretär Frank Henkel wird solcher Ehrgeiz nachgesagt.

Düsterer noch sieht es an der schwarzen Basis in Brandenburg aus. Der Landesverband der CDU ist in zwei Lager gespalten: das des Landesvorsitzenden Ullrich Junghanns und das seines Stellvertreters Sven Petke.

Zudem bröckelt die Basis der Partei in den Landkreisen weg. Der Bürgermeister von Bliesdorf im Oderbruch, René Krone, zum Beispiel hat die Partei gerade verlassen und sich der Linkspartei (!) angeschlossen. Krone war früher SED-Mitglied und hatte sich erst 1998 der CDU angeschlossen. Jetzt geht er zurück zur „Arbeiter- und Bauernpartei" und begründet dies selbst mit der „Rückkehr zu den Wurzeln", aber auch mit den Querelen in seinem alten CDU-Landesverband.

In seinem früheren Kreisverband Märkisch-Oderland wurde in der Vergangenheit eine Wahl angefochten, der JU-Kreisverband aufgelöst und eine ehemalige Bundestagsabgeordnete mit einem Ausschlußverfahren belegt. So sieht es an der Oder aus. Und nicht nur da. In der Landeshauptstadt Potsdam an der Havel versuchen drei Ortsverbände aus dem Petke-Lager den Kreischef abzulösen, der zum Junghanns-Lager gehört.

Anders als in Berlin müssen sich die Brandenburger Christdemokraten in diesem Jahr zu allem Querelen-Überfluß noch einer Wahl stellen. Bei der Kommunalwahl im Herbst drohte sie mit 21 Prozent (Forsa-Umfrage vom April 2008) abgeschlagen auf den dritten Platz zu rutschen. Das ist auch ihrer desolaten innerparteilichen Lage geschuldet.

»Linke in RAF-Tradition«

Der Generalsekretär der Berliner Landes-CDU, Frank Henkel, fordert, daß die Linkspartei in der Hauptstadt vom Berliner Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet werde.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte jüngst den Verfassungsschutzbericht des Bundes für 2007 vorgestellt. Dabei hatte Schäuble ausdrücklich auf extremistische Tendenzen bei der Linken hingewiesen. Auf Berliner Landesebene wird die an der Spree mitregierende Linkspartei nicht vom Verfassungsschutz beobachtet.

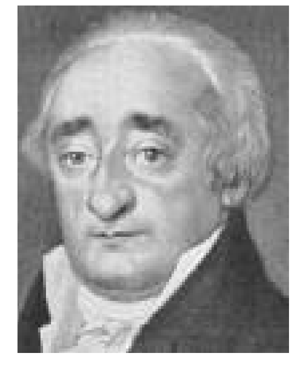
Henkel wirft der Linkspartei ideologische Nähe zur „Rote Armee Fraktion" (RAF) vor, weil bei der Linken offen für die „Überwindung" des „herrschenden Systems" gefochten werde: Die letzten, die in unserer Republik die Systemfrage gestellt haben, waren die Terroristen der RAF. Insofern liegt die Linke ganz offensichtlich in dieser inhaltlich-programmatischen Tradition", sagte Henkel der „Berliner Morgenpost". *H.H.*

Zeitzeugen



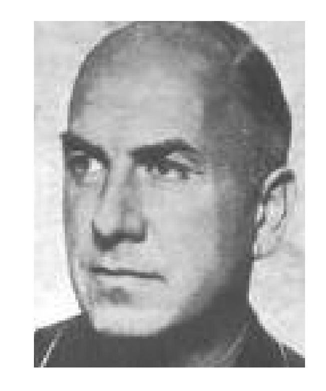
Franz von Assisi – Geld ohne Arbeit? Dem italienischen Ordensgründer (1181/82–1226) schwebte das exakte Gegenteil vor: Franziskaner leben in gewollter Armut, alle jedoch sollen nach dem Willen und Vorbild ihres Gründers ehrbar arbeiten, und „die es nicht können, sollen es lernen“, so Franz von Assisi.

Hans Graf zu Rantzau – Die erbuntertänigen Bauern waren seit dem Mittelalter zur Arbeit für den Grundherrn verpflichtet. Der holsteinische Hans Graf zu Rantzau (1693–1769) machte das Experiment, gab 1739 einem Bauern Land, Saat, Vieh und Geräte und ließ ihn gegen Steuern auf eigene Rechnung wirtschaften. Ergebnis: Dieser Bauer brachte sich selbst und ihm viel mehr ein als die erbuntertänigen. Darauf schuf Rantzau weitere 30 freie Betriebe.



Reichsfreiherr vom Stein – Der preußische Reformer Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein (1757–1831) wurde 1807 in der größten Krise Preußens zum Minister berufen. Durch das mit seinem Namen verbundene „Oktober-Edikt“ hob König Friedrich Wilhelm III. „alle Guts-Unterthänigkeit in Unsern sämmtlichen Staaten“ zum Martini-Tag 1810 auf. Damit gab es, wie es in dem Edikt hieß, in Preußen von da an „nur freie Leute“.

Peter Hartz – Der 1941 geborene ehemalige VW-Manager stand mit seinem Namen für Arbeitsmarktreformen, von denen „Hartz IV“ am meisten Furore machte. Mit der Maßnahme sollten Arbeitslose nachdrücklicher zur Aufnahme einer Tätigkeit bewegt werden. Später wurde Hartz, SPD- und IG-Metall-Mitglied, wegen Untreue zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 576 000 Euro verurteilt.



Fritz Todt – Der Chef der nach ihm benannten „Organisation Todt“ (OT) war schon 1922 der NSDAP beigetreten. Todt (1891–1942) leitete den Autobahnbau, seine 1938 gegründete OT baute West- und Atlantikwall. Wegen der Inanspruchnahme von Zwangsarbeitern durch die OT wurde Todts Name über Jahrzehnte gegen alle Maßnahmen ins Feld geführt, mit denen Leistungsempfänger zur Arbeit gedrängt werden sollen.

Pflichtarbeit

Wirtschaftsminister Glos will »Bürgerarbeit« als Gegenleistung für Hartz IV

Von Mariano Albrecht

Kaum hat SPD-Chef Kurt Beck das Thema Vollbeschäftigung entdeckt, bringt das die Union, genauer gesagt die CSU in Gestalt von Wirtschaftsminister Michael Glos, auf den Plan.

Langzeitarbeitslose und schwer vermittelbare Arbeitnehmer sollen nicht länger Hartz-IV-Leistungen ohne Gegenleistung beziehen. Da das System der Ein-Euro-Jobs nicht für alle Leistungsempfänger greift, geht Glos einen Schritt weiter. Ähnlich wie zum Beispiel in Dänemark will der Wirtschaftsminister Leistungsempfänger zu einer Gegenleistung für die Subventionierung des Lebensunterhalts verpflichten. Hartz-IV-Gegner wittern das Entstehen eines „modernen Sklavenmarktes“, doch die Realität sieht anders aus.

25 Milliarden Euro könnte der Staat sparen, wenn es gelänge, Hartz-IV-Empfänger durch die Verpflichtung zu einer Arbeit, die mit nicht mehr als dem Hartz-IV-Satz bezahlt würde, zu motivieren, sich selbst auch eine Arbeit zu suchen, die unter Umständen gerade so über dem Sozialhilfesatz läge.

Glos hat dazu ein Konzept zur „Bürgerarbeit“ auf den Tisch gebracht, mit dem er 1,4 Millionen Arbeitslosengeld-II-Empfänger in Arbeit bringen will. Anders als bei den Ein-Euro Jobs soll diese Arbeit nicht extra bezahlt werden. Bei Verweigerung droht der Verlust von Leistungen. Mit Ein-Euro-Jobs können Hartz-IV-Empfänger bisher ihren monatlichen Regelsatz von 347 Euro für den Lebensunterhalt um rund 160 Euro aufbessern. Die Bürgerarbeit soll diejenigen, die bei allen anderen Maßnahmen durchgefallen sind, zur Mitwirkung an der Eingliederung in Arbeit motivieren. Das könnte funktionieren, denn müßte man für den Erhalt von Leistungen sowieso arbeiten, könnte man sich auch gleich eine Arbeit suchen. Doch wo sind die Arbeitsmöglichkeiten?

Michael Glos hat zur Untermauerung seiner Forderung das „Institut zur Zukunft der Arbeit“ (IZA) mit einer Studie beauftragt. Das arbeitgebernahe IZA wird von der „Deutsche Post Stiftung“ gefördert. Die Positionen des IZA sind umstritten, neben der Ablehnung von Mindestlöhnen spricht sich das IZA auch für ein höheres Renteneintrittsalter, die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Verlängerung der Arbeitszeit aus.

Hilmar Schneider, Direktor für Arbeitsmarktpolitik am IZA und Mitverfasser der „Workfare-Studie“, ist der Meinung, daß Arbeitslose durch Pflicht zur Arbeit ohne zusätzliche Entlohnung zu den Transferleistungen motiviert werden, sich selbst schnell um eine reguläre Stelle zu bemühen. „Workfare“ ist ein Kunstwort aus dem englischen Wörtern work (Arbeit) und welfare (Wohlfahrt), zu gut deutsch: fordern und fördern.

So sieht Schneider Arbeitsmöglichkeiten in „Workfare“-Angeboten, bei denen eine produktive und qualifizierende Tätigkeit nur von nachrangiger Bedeutung ist und somit allenfalls eine strukturierende Wirkung auf den Tagesablauf und damit mittelbar eine Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit angestrebt wird, ansonsten aber der „abschreckende“ Effekt im Vordergrund steht.

Einsatzmöglichkeiten sieht er in sogenannten marktfernen Tätigkeiten wie „einfachste quasi-industrielle Produktion, deren Nutzen für die Gemeinschaft oder qualifizierende Wirkung für die Teilnehmer kaum hervortritt“.

Schneider sieht weitere Möglichkeiten. Über den Einsatz der Null-Euro-Jobber heißt es in der Studie: „Es spricht jedoch grundsätzlich nichts gegen eine Einschaltung von privaten, gewinnorientierten Akteuren. Wichtiger als die Rechtsform des Trägers sind die Anreizstrukturen.“ Und diese können nach Schneiders Ansicht am besten in der freien Wirtschaft geschaffen werden. Sollen hier billige Arbeitskräfte, womöglich auf Kosten regulärer Arbeitsplätze, im Markt untergebracht werden?

In der Studie wird kritisiert, daß öffentlich finanzierte Jobs die Träger nicht selten dazu verleiten, Arbeitslose unnötig lange in Maßnahmen zu halten, um die Zahlung von Fördermitteln nicht abreißen zu lassen. Besser seien schwer vermittelbare Arbeitslose bei den „privaten, gewinnorientierten Akteuren“ aufgehoben, diese müssen sich nicht den Vorwurf gefallen lassen, kein Interesse an der Vermittlung der Langzeitarbeitslosen in eine reguläre Arbeit zu haben, da ja der Arbeitslosenmarkt genügend „Nachschub“ hergibt, argumentiert Schneider in der Studie für den Wirtschaftsminister.

Derzeit gibt es in Deutschland 2,4 Millionen Arbeitslosengeld-II-Bezieher. Rechnet man diejenigen heraus, die durch andere Maßnahmen wie Ein-Euro-Jobs, Bildungsmaßnahmen oder eigene Bemühungen den Weg in das Arbeitsleben finden, kann von einer Größenordnung von 500 000 Personen ausgegangen werden. Allerdings treten monatlich auch rund 300 000 Menschen in den Status des ALG-II-Empfängers ein. Nach den Auswirkungen auf den ersten Arbeitsmarkt gefragt, wiegelt Hilmar Schneider ab. Er kann sich nicht vorstellen, daß durch die Null-Euro-Kräfte reguläre Arbeitsplätze gefährdet werden, da ja nur sehr gering Qualifizierte und in anderen Maßnahmen Gescheiterte in die „Bürgerarbeit“ gebracht werden sollen.

Allerdings stellt sich dann die Frage, wie derart schwierige Fälle überhaupt bei den „privaten, gewinnorientierten Akteuren“ untergebracht werden sollen.

Was sollen die mit Arbeitskräften anfangen, deren Nutzen für die Gemeinschaft oder qualifizierende Wirkung für die Teilnehmer kaum hervortritt?



Ein-Euro-Jobber als Bahnbegleiter: Kommen jetzt Null-Euro-Jobber? Foto: ddp

Untätige als Asoziale verschrien

In der ehemaligen DDR war Vollbeschäftigung per Gesetz geregelt. Gingen Bürger keiner „geregelten Arbeit“ nach, wurde dies als eine „Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“ angesehen, und das fand Niederschlag im Strafgesetzbuch der DDR. In der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ wurde es als Bürgerpflicht angesehen, am Aufbau der selbigen aktiv mitzuwirken.

Obwohl es in der DDR weder Arbeitslosengeld noch Sozialhilfe gab, versuchten sich nicht wenige Bürger, teils aus Protesthaltung, teils aus wirklicher Arbeitsscheu, dem System zu entziehen. Möglich war dies durch geringe Lebenshaltungskosten, eine Ein- bis Zwei-Zimmerwohnung kostete zwischen 20 und 30 DDR-Mark. Die Schwarzarbeit im Handwerksbereich blühte, so daß mancher mit Privatarbeit mehr verdiente als im Volkseigenen Betrieb. Erwerbstätigkeit dieser Art galt als Verschaffung von Unterhalt durch unlautere Mittel. Die echten Faulenzer hatten jedoch nichts zu lachen.

Als »Gefährdung« bezeichnet

Die sogenannten Asozialen und Arbeitsscheuen mußten mit Haftstrafen von bis zu zwei Jahren rechnen. Weitere Sanktionen waren Arbeitserziehung im Strafvollzug und eine Arbeitsplatzbindung. Diese fanden in meist heruntergekommenen Bereichen der Volkswirtschaft unter erbärmlichen Bedingungen statt. Nach der Haftentlassung wurde nicht selten ein Aufenthaltsverbot für den Heimatort ausgesprochen. Die Vorbestraften mußten sich aus ihrem „negativen Einfluß auszuübenden Bekanntenkreis“ verabschieden und wurden in einem anderen Wohnort angesiedelt. Dort wurde den Vorbestraften ein Arbeitsplatz in einem Volkseigenen Betrieb (VEB) zugewiesen. Einfluß auf die Arbeitsplatzwahl hatte der Betroffene kaum. Zudem wurde eine regelmäßige Meldepflicht bei den Behörden und eine Arbeitsplatzbindung ausgesprochen.

Die Arbeitsplatzbindung war ein Instrument, um den „Asozialen“ unter Androhung von Arbeitserziehungsmaßnahmen und erneuter Haft zum Nachgehen einer Beschäftigung zu zwingen. Während der zeitlich festgelegten Arbeitsplatzbindung durfte der Verurteilte die Stelle weder kündigen noch unentschuldigt der Arbeit fernbleiben. *M. Albrecht*

Linke wie Rechte setzten auf ihn

Mit dem Mittel Arbeitsdienst wurden die unterschiedlichsten Hoffnungen und Ziele verbunden

Von Manuel Ruoff

Den Reichsarbeitsdienst (RAD) gab es wie das Dritte Reich und die NS-Herrschaft von 1933 bis 1945. Die Wurzeln reichen jedoch bis in die Zeit vor der „Machtergreifung“. Sie reichen sogar teilweise bis nach Bulgarien. Dieser Mittelmacht war ähnlich wie dem Deutschen Reich nach dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten die Wehrpflicht verboten worden. Dafür wurden als ziviles Pendant bereits ab 1920 Männer über 20 und Frauen über 16 zu einem beziehungsweise einem halben Jahr gemeinnütziger Arbeit herangezogen. Dieser Arbeitsdienst sollte sowohl die Zahl der Beschäftigungslosen senken als auch anstelle des Militärs als „Schule der Nation“ wirken.

Nicht nur Nationalsozialisten empfanden diese „Schule der Nation“ als vorbildlich. Rechte, aber auch linke Deutsche verbanden mit einem Arbeitsdienst die Hoffnung auf eine Erziehung zu Selbständigkeit und Selbstdisziplin sowie / oder den Abbau vor Vorurteilen durch die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlichster Herkunft.

Durchaus nicht alle Befürworter eines Arbeitsdienstes setzten auf Zwang, und nicht für alle stand das pädagogische Moment im Vordergrund. So führte Reichskanzler Heinrich Brüning zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise und damit hoher Arbeitslosigkeit 1931 einen Freiwilligen Arbeitsdienst ein, welcher den Arbeitslosen eine Alternative zur Beschäftigungslosigkeit bieten sollte. Das erste Werk dieses Dienstes war die Regulierung des Albrechtsbaches.

Unter den Nationalsozialisten wurde der Freiwillige Arbeitsdienst zum Reichsarbeitsdienst. Sie führten eine entscheidende Veränderung durch, indem sie 1935 aus dem freiwilligen Dienst einen obligatorischen machten und dem Arbeitsdienst damit einen ganz anderen Charakter gaben. Aus der Chance, einem Angebot wurde eine Pflicht. Wenige Monate nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde der männliche Teil der Bevölkerung dazu verpflichtet, vor dem Wehrdienst ein halbes Jahr beim RAD zu arbeiten.

Vor dem Zweiten Weltkrieg wurde der RAD bei Großprojekten ohne sofortige betriebswirtschaftliche Rendite eingesetzt, die mit regulär bezahlten Arbeitern nur schwerlich zu realisieren gewesen wären. Bei Forst- und Kultivierungsarbeiten wurde der RAD ebenso eingesetzt wie bei der Bewältigung von Deichbau- oder Entwässerungsaufgaben. Hinzu kamen Tätigkeiten in der Landwirtschaft.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führte auch beim RAD zu einschneidenden Veränderungen. Nachdem bereits zuvor schon am Westwall und der volkstümlich „Ostwall“ genannten Festungsfront Oder-Warthe-Bogen gearbeitet worden war, gewannen nach dem Kriegsausbruch kriegswichtige Bauaufgaben im Umfeld der kämpfenden Truppe zunehmend an Bedeutung. Bei sich verschlechternder Kriegslage und zunehmendem Mangel an regulären Soldaten kamen klassische militärische Aufgaben hinzu – bis hin zum Kampfeinsatz. Um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, wurde die Dienstpflicht auf die jungen Frauen ausgedehnt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der RAD als vermeintlicher Bestandteil des NS-Apparates vom Alliierten Kontrollrat aufgelöst und verboten. Sein Vermögen wurde beschlagnahmt.

Den Kapitalismus überwinden

Ist die Linkspartei von Linksextremisten unterwandert?

Von Mariano Albrecht

Die Linkspartei wehrt sich mit Händen und Füßen gegen eine Beobachtung durch den Bundesverfassungsschutz. Dieser widmet der DDR-SED-PDS-Nachfolgepartei ganze acht Seiten im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2007. Es geht um „offen extremistische Strukturen in der Partei“.

Obwohl der Parteivorsitzende Gregor Gysi stets bemüht ist, seine Partei als reformwillig und auf antistalinistischem Kurs zu präsentieren, sorgen Altkommunisten aus der Ex-DDR und Extremlinke aus dem Westen für Auseinandersetzungen in der Partei. Mehrere Splittergruppen von Extremlinken macht der Verfassungsschutz in der Linkspartei aus. Zahlenmäßig stärkste Gruppe ist die „Kommunistische Plattform“ (KPF). Die Frontfrau der KPF, Sahra Wagenknecht, wollte kürzlich noch für den Posten der stellvertretenen Parteivorsitzenden antreten. Aufgestellt wurde die auch innerhalb der Linken umstrittene Wagenknecht von ehemaligen DDR-Politikern und alten SED-Kadern. Wagenknecht war noch kurz vor dem Mauerfall 1989, als das Ende der DDR schon abzusehen war, in die SED eingetreten. Mit ihrem aktuellen Rücktritt von der Kandidatur wollte sie ihrer Partei eine „Zerreißprobe“ ersparen.

In Parteipublikationen und in der Selbstdarstellung der KPF wird ganz offen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik in Frage gestellt. Es wird zum „Systemwechsel“ aufgerufen: „Der Kapitalismus entblößt sein asoziales, weil ausbeuterisches, aggressives und kulturfeindliches Wesen täglich mehr. Letztlich muß er überwunden werden.“

Die Kommunisten innerhalb der Linken bekennen sich zur Zusammenarbeit mit der linksextremen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und sehen es als Aufgabe an, am Parteiprogramm mitzuwirken. Die DKP gilt als Sammelbecken linker Extremisten, auch die Aussagen ein ihren Reihen sprechen eine klare Sprache.

Im Februar sorgte das DKP- und Linksfraktionsmitglied Christel Wegner aus Niedersachsen für Schlagzeilen, als sie die Mauer und die Stasi als „Schutz vor reaktionären Kräften“ rechtfertigte.

Im Interview mit der ARD-Sendung „Panorama“ umschrieb sie unverhohlen linke Ansprüche:

„Die Linke möchte mit Reformen Veränderungen erreichen, und wir sind der Auffassung: Das reicht nicht. Wir wollen den Umbau der Gesellschaft.“

Im Programm der Partei heißt es ausdrücklich: „Ziel der DKP ist der Sozialismus / Kommunismus.“ Im Jahr 2007 war die DKP an den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm maßgeblich beteiligt.

Sind Proteste und linke Theorien verfassungsfeindlich? Theorien sind es sicherlich nicht und friedliche Demonstrationen sind durch das Grundgesetz gedeckt, doch wo liegen die Grenzen?



Marx und Lenin treu ergeben: Teilnehmer der antifaschistischen Demonstration zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, links Sahra Wagenknecht, gehen zu der Gedenkstätte der Sozialisten. Foto: pa

DKP-Vorsitzender Heinz Stehr sieht durch die Gründung der Linkspartei „neue Spielräume für die eigene Positionierung“. Zu gut deutsch: Einflußnahme durch Unterwanderung. Kritisch jedoch ist seine Äußerung zur Stärkung des außerparlamentarischen Bereiches. Stehr appelliert zur Anwendung „anderer Kampfformen“: „Das Kapital muß an seiner empfindlichsten Stelle angegriffen werden. Dort wo Profit entsteht, müssen die Hebel umgeworfen werden.“

Ein offener Aufruf zu Sabotage? In jedem Fall jedoch ein Grund für die Verfassungsschützer, ein Auge auf die Genossen zu werfen. Nicht weniger deutlich treten die Marxistisch-Leninistische-Partei Deutschland (MLPD), Trotzkisten und Sozialistische Alternative (SAV) gegen die bestehende demokratische Grundordnung der Bundesrepublik auf. Die maoistisch-stalinistische MLPD verfolgt ebenso wie die Trotzkisten das Ziel, eine gesellschaftliche Umwälzung durch proletarische Revolution zu erreichen. Erklärtes Ziel ist es, sich dabei der Strukturen der Linkspartei zu bedienen. So gehört Christine Buchholz, Trotzkistin und Attac-Mitglied, dem Bundesvorstand der Linken an. Auch Janine Wissler sitzt im Bundesvorstand der Linken, sie war in der Trotzkistengruppe „Linksruck“ in einer Leitungsfunktion tätig. Zuvor versuchten beide schon in der nichtextremistischen Partei „Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) Einfluß zu nehmen. Wie sich die Einflußnahme von linken Ideologen in der politischen Landschaft auswirkt, macht der Fall des Thüringer Politikers Peter Krause deutlich. Krause sollte das Amt des Kultusministers in Thüringen übernehmen. Durch eine von der Linkspartei initiierte Kampagne wurde Krause als Rechtsextremist verunglimpft und ins politische Aus befördert. Für den Vorwurf wurde Krauses Mitarbeit bei der konservativen Zeitung „Junge Freiheit“ und dem *Ostpreußenblatt* bemüht.

MELDUNGEN

Die Hälfte setzt auf die Mutter

Berlin – Eine aktuelle N24-Emnid-Umfrage hat ergeben, daß fast die Hälfte aller Bundesbürger der Meinung ist, daß Mütter am besten zu Hause bei ihren Kindern sein sollten: Fast die Hälfte gab an, daß dies die beste Betreuung für den Nachwuchs sei. Von den Männern sahen dies 49 Prozent so, aber auch 48 Prozent der Frauen. 41 Prozent der Befragten hingegen finden, daß Mütter auch arbeiten gehen sollten. Mit Blick auf die staatliche Unterstützung befürworten 58 Prozent, daß sowohl die Betreuung zu Hause als auch die Betreuung außer Haus gleichermaßen gefördert werden sollten.

Wissenschaft im Fernsehen

Frankfurt / M. – Fernsehprogramme über Kultur, Wissenschaft und Religion nehmen bei den öffentlich-rechtlichen Sendern einen größeren Raum ein als bei den großen Privatsendern. Das geht aus der Programmanalyse des Jahres 2007 hervor, deren Ergebnisse jetzt in der Fachzeitschrift „Media Perspektiven“ veröffentlicht wurden. Danach stieg der Anteil dieser Programmkategorie beim ZDF von 8,6 Prozent im Jahr 2006 auf 8,9 Prozent im Folgejahr. Bei der ARD wuchs der Anteil von 7,4 Prozent auf 7,6 Prozent. SAT.1 kam 2007 auf 1,3 Prozent, ein Rückgang um 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. In gleichem Maße sank der Anteil bei RTL auf 0,6 Prozent. Bei ProSieben entfielen 6,4 Prozent der Sendedauer auf Kultur, Wissenschaft und Religion. Bei näherer Betrachtung zeige sich jedoch, so die Fachzeitschrift, daß davon allein fünf Prozent auf die Wissensmagazine „Galileo“ und „Wunderwelt Wissen“ entfielen. Die übrigen Beiträge im Kulturangebot von ProSieben bestünden fast nur aus Film- und Fernsehtipps sowie Preisverleihungen der Film- und Fernsehszene. *idea*

Ost-Deutsch (67):

Gelände(r)

Von Wolf Oschlies

Wörterbücher sind eine feine Sache, obwohl sie manchmal versagen, speziell die aus Osteuropa: Sie hinken zu weit hinter der sprachlichen Entwicklung des Alltags hinterher, sind oft auch sehr „g'schamig“, was gewisse Wortschöpfungen angeht. Da heißt es für den Sprachforscher: Ohren in den Wind stellen, dem Volk aufs Maul schauen und dann erst eigene Schlüsse ziehen.

In meine ausufernde Sammlung von Germanismen in osteuropäischen Sprachen sind jüngst zwei Funde gekommen, deren deutscher Ursprung förmlich ins Auge springt: Zum ersten russisch „gelend“, also deutsch „Gelände“, das vom althochdeutschen „gilenti“ abstammt. Zu Russen kam das Wort vor etwa zehn Jahren – in der Zusammensetzung „gelendvagen“. Gemeint war der „Geländewagen“ einer süddeutschen Nobelfirma, der den Russen so gefiel, daß sie selber welche bauten. Und sie bündig, aber dennoch deutsch nannten, wie die Autozeitschrift „Sa ruljom“ (Hinter dem Steuer) kürzlich erläuterte: „gelendevagen, v narode gelend“ (im Volk: gelend), das ist (wie ich gleich deutsch übersetze) „eine starke, mächtige und zuverlässige Karosse, die einen ebenso starken und zuverlässigen Lenker erfordert“. Unter uns: Mit solchen Adjektiven verbinden Russen sofort deutsche Wertarbeit.

Ganz anders ist es mit dem südslawischen „gelender“ (mazedonisch) oder „gelendar“ (serbisch). Das dahinter steckende deutsche „Geländer“ ist das mittelhochdeutsche „gelenter“ oder „gelanter“, das seinerseits dem untergegangen Substantiv „lander“ (Stangenzaun) entstammt. Bei Mazedoniern lebt das „Geländer“ zum Beispiel in Anzeigen wie „Bravar mesti sigurnosni gelendri“ (Schlosser setzt Sicherheitsgeländer) oder „Israbotka na ogradi i gelendri“ (Ausführung von Zäunen oder Geländerm). Gibt es den Beruf noch bei Deutschen?

Auch Serben halten sich ans Geländer, wie ich unlängst aus einem bescheuerten Witz heraushörte: Dreie sind aus der Irrenanstalt geflohen und kraxeln ein Bahngleis entlang. Der erste findet die „stepeniste“ (Treppen) endlos. Der zweite beschwert sich: „I gelendar je nizak“ (und das Geländer ist zu niedrig). Der dritte tröstet sie: „Nema brige, evo ga stize lift“ – Keine Sorge, schaut doch, da kommt schon der Fahrstuhl.

Niveau einer Hetzkampagne

Dienstwagen zahlreicher Politiker als »Klimakiller« aufgelistet

Von Rebecca Bellano

Umwelthilfe: Politiker fahren Klimakiller“ meldete um Pfingsten herum das ZDF. Auch zahlreiche Tageszeitungen gingen auf die Pressemitteilung der „Deutschen Umwelthilfe“ (DUH) ein, indem sie diese unkommentiert wiedergaben. Ohne die Ergebnisse oder auch die Wortwahl der DUH zu hinterfragen, wurde eine Hetzkampagne gegen zahlreiche Politiker veröffentlicht. Besonders Dieter Althaus (CDU), Ministerpräsident von Thüringen, wurde an den Pranger gestellt, da sein Dienstwagen „271 Gramm je Kilometer des klimaschädigenden Kohlendioxids (CO_2)“ ausstoße.

Grünen-Fraktionschefin Renate Künast sprang sofort auf das Thema an und forderte gleich die Abschaffung des Dienstwagenpriviligs. „Es ist der Allgemeinheit nicht länger zuzumuten, die Klimasünden von wichtigtuerischen PS-Protzen mitzufinanzieren“, klagte Künast gegenüber der „Neuen Presse“.

Toyota statt Mercedes, Audi oder BMW

„Klimasünden“, „PS-Protzen“ und „zuzumuten“ sind ziemlich populistische Kraftausdrücke, passen sich aber der DUH an, die in ihrer Pressemitteilung selbst von einer „Klimakiller-Liste“ spricht.

Zugegeben, die EU-Kommission hat sich auf die Obergrenze von 120 Gramm CO_2 auf einen Kilometer geeinigt. Diese Obergrenze gilt allerdings erst ab 2012 und wird bezüglich ihrer Sinnhaftigkeit und ihrer Realisierbarkeit durchaus angezweifelt, da die EU aber in Sachen Kampf gegen die Klimaerwärmung in sehr großen Aktionismus verfallen ist, ist sie gegen sachlich vorgetragene Bedenken immun.

Selbst wenn man die von der EU beschlossene Obergrenze als gegeben hinnimmt, so fällt doch auf, daß die einzige Politikerin, die in der Studie der DUH ausdrücklich gelobt wird, einen Toyota mit 75 PS fährt. Katrin Löscher, Berliner Umweltsenatorin und Mitglied der Linken, wird als lobendes Vorbild herangezogen.

Mal ganz ehrlich: Sollen unsere deutschen Politiker, Repräsentanten unseres Landes, japanische Mittelklassewagen mit 75 PS als Dienstwagen fahren? Löscher ist die einzige der in der Liste der DUH angeführten Politiker, die keinen deutschen Wagen fährt. Alle anderen haben BMW, Audi oder Mercedes und ja, auch wenn die meisten einen Diesel fahren, so befinden sich doch meist zwischen 170 und 367 Pferdestärken unter den Motorhauben. Hier muß zugegeben nicht übertrieben werden, aber manche Politiker fahren gepanzerte Wagen, und die müssen einige Zugkraft mitbringen, der Rest ist allerdings Imponiergehabe. Aber selbst wenn unsere Politiker auf VW Golf GTI mit 200 PS umsteigen würden, dann kämen noch 188 Gramm CO_2-Emissionen auf einen Kilometer. Ist also die deutsche Autoindustrie im Grunde der wahre Klimasünder?

Selbst ein Golf GTI gilt als »Sünde«

Es ist nicht neu, daß deutsche Autohersteller mehr auf Pferdestärken und Design setzen als auf Umweltverträglichkeit – da besteht ohne Zweifel Nachholbedarf. Aber deswegen können deutsche Politiker, die den Standort Deutschland vertreten sollen, nicht Toyota fahren.

Und wenn man den Politikern ihren Audi, BMW und Mercedes als Dienstwagen wegnehmen will, dann müßte man in der logischen Konsequenz doch auch allen Angestellten, Firmenchefs und Selbständigen ihren deutschen Dienstwagen nehmen. Überspitzt gesagt: Wer keinen Toyota Prius mit Hybridantrieb fährt, müßte bei der Versteuerung des „geldwerten Vorteils“ statt nach der „Ein-Prozent-Regelung“ monatlich mehr als nur ein Prozent des Neuwagenpreises versteuern. Am besten wäre es jedoch, wenn alle Fahrrad führen, eine energieverbrauchende deutsche Autoproduktion gäbe es nach der Theorie ja auch nicht mehr, denn deutsche Autos hätten dann keine Abnehmer mehr.

Wollten die DUH oder Renate Künast ernsthaft etwas verändern, statt nur Stimmung gegen die deutschen Luxus-Limousinen der meisten Politiker zu machen, hätten sie eine andere Wortwahl getroffen. „Klimakiller“ und „PS-Protzen“ sind nicht die richtigen Begriffe, wenn man eine problemorientierte Debatte anstoßen will.

Eine amüsante Anekdote am Rande, die aber zur Einordnung der Debatte hilft: „Selten habe eine Recherche der DUH einen solchen Aufwand erfordert und sei auf soviel hinhaltenden Widerstand gestoßen“, klagt die DUH. Politiker anschreiben und anrufen, um nach deren Dienstwagen zu fragen, ist ja auch unsagbar investigativ.

MELDUNGEN

Einziges Kind getötet

Peking – Das Leid vieler Chinesen, die durch das verheerende Erdbeben vom 12. Mai Angehörige verloren haben, wird durch die staatliche Ein-Kind-Politik noch vermehrt. Viele Eltern seien verzweifelt, weil ihr einziges Kind ums Leben gekommen ist, berichtet die US-Zeitung „Los Angeles Times“. Zudem habe dieser Verlust Auswirkungen auf die Altersversorgung. In einer Gesellschaft, in der das soziale Sicherungsnetz immer weitmaschiger werde, erwarte man zunehmend von der jüngeren Generation, daß sie die Versorgung der Eltern im Alter übernähmen. In der vom Erdbeben am stärksten betroffenen Provinz Sichuan hätten etwa 90 Prozent der Ehepaare nur ein Kind. Viele Mütter, die Sohn oder Tochter im Erdbeben verloren haben, seien zu alt, um weitere Kinder zu bekommen. *idea*

Christen bald in der Minderheit

London – Eine düstere Zukunft sagt ein Forschungsinstitut der Christenheit in Großbritannien voraus. Innerhalb einer Generation werde sie zu einer Minderheitsreligion. Die Zahl der Moscheebesucher werde bis 2050 die Zahl der regelmäßigen Kirchgänger weit hinter sich lassen. Selbst die religiös aktiven Hindus kämen dann der Zahl aller christlichen Gottesdienstbesucher nahe, so eine Untersuchung des Instituts Christian Research (Christliche Forschung) mit Sitz in Swindon bei London. Von den rund 60 Millionen Briten sind heute knapp 72 Prozent Kirchenmitglieder, 2,8 Prozent Muslime und ein Prozent Hindus; der Rest gehört kleineren Glaubensrichtungen an oder ist ohne religiöses Bekenntnis. Während christliche Kirchen an Überalterung litten, lebten junge Muslime in einer völlig anderen Welt. Religiös zu sein, bedeute ihnen, stolz auf das eigene geistliche und kulturelle Erbe zu sein. Junge Muslime seien oft religiös aktiver als ihre Eltern. *idea*

Die Panzer rollen wieder

Premierminister Putin setzt sich für die Umsetzung der Armeereform ein

Von M. Rosenthal-Kappi

Zwei Themen beschäftigten in den ersten Tagen nach Amtsübernahme der neuen Regierung die russischen Medien: die Zusammensetzung des Kabinetts und die seit langem angekündigte, aber bislang nur unzureichend umgesetzte Armeereform. Den Eindruck, daß zukünftige russische Politik in Putins Moskauer „Weißen Haus“ statt im Kreml stattfinden wird, unterstreicht die Tatsache, daß das Kabinett mit einer Reihe von Putins Verbündeten besetzt wurde.

Die notwendige Armeereform wird das Land noch länger beschäftigen, zumal Premier Putin diese Aufgabe zur Chefsache erklärt hat. Es geht nicht nur darum, das strategische Gleichgewicht mit Rußland als Weltmacht wiederherzustellen, sondern auch um die Erfüllung einer Aufgabe, welche Putin in acht Jahren als Präsident nicht mal ansatzweise in den Griff bekommen hat. Damit die Armeereform nach Plan verläuft, wurde zunächst die Militärverwaltung gründlich umgekrempelt. Anatolij Serdjukow durfte sein Amt als Verteidigungsminister behalten. Seine erste Aufgabe im Kabinett Putin ist es, das Korps der Generäle und Offiziere zu schleifen. Eine ganze Reihe von Offizieren muß auf ihre gewohnten Privilegien verzichten und mit zivilen Posten innerhalb der Armee vorlieb nehmen. Serdjukow wird mit der Streichung der Offiziersstellen nicht nur Versorgungs- und Ausrüstungskosten einsparen, sondern sich mit dieser „Säuberungsaktion“ eines Teils der mit ihm in Konflikt stehenden Generäle entledigen. Die Kontrolle über die „Perestrojka“ im Militär will Wladimir Putin persönlich übernehmen. Diesmal wird er die Reform nicht ohne Netz und doppelten Boden wagen. Gemeinsam mit ihm sollen Vize-Premierminister und Ex-Verteidigungsminister Sergej Iwanow sowie Viktor Tscherkessow, Chef der neu gegründeten Behörde für die Versorgung der Armee mit militärischer Ausrüstung, der als enger Verbündeter Wladimir Putins gilt, die Umsetzung überwachen. Diese neue Behörde wird lediglich mit zivilen Mitarbeitern besetzt sein und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten an die militärischen Einheiten verteilen, die wiederum ihre Bestellungen bei der Behörde aufgeben müssen. Für das Jahr 2007 standen 302,7 Milliarden Rubel (8,15 Milliarden Euro) für neue Militärausrüstung zur Verfügung.



Moskau am „Tag des Sieges“: Die Militärparade fand auf dem Roten Platz statt. Foto: AP

Seit langem ist bekannt, daß eines der größten Probleme innerhalb der russischen Armee das Personal betrifft. Wegen schlechter Bezahlung und der miserablen Ausstattung der Kasernen mit beinahe allem Lebensnotwendigen ist es schwierig bis unmöglich, geeignetes Führungspersonal zu finden. Reformversuche, Generäle und Offiziere besser zu bezahlen, Soldaten befristete Verträge anzubieten oder die Wehrpflicht von drei Jahren auf ein Jahr zu verkürzen, zeigten bislang wenig Erfolg. Selbst bei der technischen Ausrüstung der russischen Armee sieht es verheerend aus. Die herkömmliche Technik ist absolut veraltet, obwohl gleichzeitig Nanotechnologieforschung und das russische Satellitensystem „Glonass“ beschleunigt vorangetrieben werden. Schuld an der Misere sind vor allem die fehlenden Gelder. Seit dem Zerfall der Sowjetunion wurde nichts mehr in die Modernisierung investiert. Man war nach den erschütternden Veränderungen, die Perestrojka und Jelzin-Ära mit sich brachten, zu sehr mit dem Umbau der Gesellschaft beschäftigt.

Das soll sich jetzt ändern. Rußland investiert wieder in seine Militärtechnik. Davon zeugt neben der auf dem Roten Platz abgehaltenen Militärparade auch die Vorstellung des neu entwickelten Militärfahrzeugs „Tiger“ (Gaz-2975), der die veralteten Militärfahrzeuge mit der Zeit komplett ersetzen soll.

Der neue Fahrzeugtyp basiert allerdings, wie derzeit alle Geräte der Russischen Armee, auf veralteter Technik. Sein Vorteil beruht darauf, daß er in jedem Gelände nutzbar ist, mit Waffen unterschiedlicher Kaliber bestückt werden kann sowie im Gelände schnell und wendig ist. Modernisierungen erfuhren auch das unbemannte Flugzeug TU-243 und der als „weißer Schwan“ bezeichnete Raketenträger TU-160. Neben dem Schützenpanzerwagen BTR 90 wurde eine Versuchsreihe mit dem Kampfhubschrauber Mi-28 N unternommen. Rußland hofft, einige der kampfwertgesteigerten sowjetischen Maschinen an Indien und China verkaufen zu können.

Trotz aller Bemühungen hinkt Rußland bei der Entwicklung seiner Militärtechnik gegenüber dem Westen um Jahre hinterher. Um aufzuholen, müßten die Ausgaben fürs Militär um ein Vielfaches aufgestockt werden. Zum Vergleich: Während die USA bis zum Jahr 2015 für die Entwicklung der Nanotechnologie eine Billion Dollar ausgibt, die EU 750 Millionen Dollar, will Rußland für den selben Zeitraum 180 Millionen Rubel (4,84 Millionen Euro) zur Verfügung stellen. Selbst China und Japan investieren mehr.

Nordkorea blufft

Stillegung der Atomanlagen nur vorgetäuscht?

Von Pierre Campguilhem

Nordkorea gibt der Welt weiter Rätsel auf – hat das Land wie vereinbart seine Atomanlagen abgerissen oder ist das asiatische Land noch immer in der Lage, Kernwaffen zu produzieren? Die Meinungen sind auch in der amerikanischen Regierung geteilt.

Ursprünglich war in den Vereinbarungen unter Federführung der USA vorgesehen, daß Nordkorea seine Atomanlage in Yongbyon demontieren soll. Dafür hatte das notleidende Land eine Million Tonnen Heizöl erhalten. Der Termin für die Stillegung war auf den 31. Dezember 2007 festgesetzt worden. Außerdem sollte das kommunistische Regime eine ausführliche und verifizierbare Aufstellung seiner Forschungsarbeiten im Bereich der Kernenergie vorlegen. Derzeit betont Pjöngjang, daß es diesen Auflagen gefolgt ist. In den letzten Tagen hatte Nordkorea kistenweise Unterlagen übergeben, zusammen rund 18000 Seiten, die allerdings noch gesichtet und bewertet werden müssen. Der Hauptunterhändler der USA, Christopher Hill, hatte sich mit mündlichen Zusagen nicht zufrieden gegeben und Dokumente als Beweise verlangt.

> Nuklearanlagen an Syrien verkauft

Inzwischen war auch bekannt geworden, daß Nordkorea Nuklearanlagen an Syrien verkauft hatte – diese Einrichtungen sind mittlerweile durch einen israelischen Luftangriff zerstört worden.

Selbst die linksliberale Pariser „Le Monde“, die ständig die Politik der USA kritisiert, berichtet, daß Nordkorea weiterhin strategisch wichtiges Material wie spezielle Rohre von Rußland und Urananreicherungsanlagen von Pakistan bezogen hat.

Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Südkorea, General B. B. Bell, hat vor dem US-Senat erklärt, daß Pjöngjang genug Plutonium in seinem Besitz hat, um mehrere Nuklearwaffen zu produzieren. Nordkorea hatte im Oktober 2006 einen Nuklearversuch durchgeführt.

> Noch Ende März probierte Pjönjang Raketen aus

Unter solchen Umständen ist es nicht erstaunlich, daß Christopher Hill nach seinem letzten Treffen in Genf mit Diplomaten aus Pjöngjang nur feststellen wollte, die Gespräche seien bisher erfolglos geblieben.

Den USA bleiben nur wenige Druckmittel. Da Nordkorea von Washington auf die Liste der terroristischen Staaten gesetzt wurde, hat das Land keinen Zugang zu den westlichen Finanzinstituten wie der Weltbank. Angesichts des desolaten Zustands der Wirtschaft dieses stalinistischen Regimes sieht die US-Diplomatie noch Chancen auf einvernehmliche Regelungen.

Das könnte erklären, warum US-Außenministerin Condoleezza Rice Anfang des Jahres den Menschenrechtbeauftragten für Nordkorea, Jay Lefkowitz, zurückgepfiffen haben soll, der offen erklärt hatte, daß Nordkorea nicht abrüsten wolle und am Ende der Amtsperiode von Präsident Bush über Atomwaffen verfügen werde. Die Meinungsverschiedenheiten in der amerikanischen Regierung werden deutlich.

Laut der französischen Nachrichtenagentur AFP hatten sich Ende März Chinas Außenminister Jang Jiechi und Condoleezza Rice am Telefon verständigt, nachdem Nordkorea erneut über dem Gelben Meer Styx-Raketen erprobte, Mittelstreckenwaffen, die auf den russischen TYP SS-N-2 basieren als Träger für Atombomben dienen könnten.

Anfang April waren laut der „Neuen Züricher Zeitung“ schrille Töne auf der koreanischen Halbinsel zu hören. Pjöngjang drohte seinen Nachbarn sogar mit Krieg. Auf jeden Fall kann man vermuten, daß die Volksrepublik China derzeit wegen der anstehenden Olympischen Spiele die Lage herunterspielen will, wobei die Befürchtungen von Jay Lefkowitz vielleicht begründeter sein dürften als der Optimismus Condoleezza Rices.

Unklare Fronten

Angriff auf die sudanesische Hauptstadt

Daß „Darfur-Rebellen“ bis zur gut 500 Kilometer von Darfur entfernten sudanesischen Hauptstadt vorstoßen konnten, kam ziemlich überraschend. Ist das endlich der Aufstand gegen eine Zentralregierung, die jahrzehntelang im schwarzafrikanischen Süden Völkermord betrieben hat und nun im Westen, in Darfur, genauso vorgeht?

Nun, die Angreifer gehören einer Gruppe an, die sich „Justice and Equality Movement“ – kurz JEM – nennt, und JEM ist nur eine von gut einem Dutzend ähnlicher Gruppen, die in wechselnden Allianzen gegeneinander oder gegen die Zentralregierung kämpfen. Und mit der Zivilbevölkerung in Darfur gehen sie nicht besser um als die von der Regierung ausgerüsteten „Dschandschawid“, die meist fälschlich als „arabische Reitermilizen“ bezeichnet werden.

„Kämpfer“ aus Darfur können auf jahrhundertelange Erfahrungen als Sklavenjäger zurückgreifen und eben deswegen waren sie von der Regierung vorrangig bei den Greueln im Südsudan eingesetzt worden. Aber durch das 2005 von der Regierung mit der Südsudanesischen Befreiungsarmee SPLA geschlossene Friedensabkommen wurden sie arbeitslos und suchen seither nach anderweitiger Betätigung. Jeder kann sie anheuern, für welche Taten auch immer.

JEM-Anführer Chalil Ibrahim gehört dem gleichen Volk an wie der umstrittene Präsident des Tschad Idriss Déby. Auch in dessen Land sind „Rebellen-Gruppen“ unterwegs, und im Februar rückte eine davon bis in die Hauptstadt N'Dschamena vor – mit Hilfe Frankreichs wurde sie zurückgeschlagen. Déby beschuldigte damals den Sudan, die Rebellen unterstützt zu haben, nun beschuldigt der Sudan den tschadischen Präsidenten, den Vorstoß der JEM ausgerüstet zu haben. Beides trifft zu.

Die Fehden sind aber nur Stellvertreterkriege, denn in den umstrittenen Gebieten geht es um Öl und andere Bodenschätze: Hinter der tschadischen Regierung stehen Frankreich und die USA, hinter der sudanesischen China. So versteht man besser, warum der JEM-Chef seine Leute in einem militärisch unsinnigen Angriff verheizt hat und warum Eufor-Soldaten im Tschad Darfur-Flüchtlinge schützen sollen, bei denen nicht klar ist, vor wem sie geflüchtet sind. *RGK*

Menschen-Opfer für den Machterhalt

Birmas Militär-Junta fürchtet eine als Hilfsaktion getarnte US-Invasion

Von Albrecht Rothacher

Der Diebstahl am eigenen Volk ist für die burmesische Generalität im Prinzip nichts Neues. Tropenhölzer, Jade, Gold, Erdgas, Kupfer, den ganzen Mineralreichtum des Landes verhökern sie schon seit Jahrzehnten meistbietend nach China und Thailand zugunsten der eigenen Auslandskonten in Hongkong, Bangkok und Singapur. Jetzt lassen sie eingeflogene Hilfsgüter für die 1,6 bis 2,5 Millionen überlebenden obdachlosen Opfer des Wirbelsturms konfiszieren. Sie verkaufen sie entweder auf eigene Rechnung weiter, verpflegen damit ihr 480000-Mann-Heer, oder leiten den geringsten Teil als eigene Spende deklariert zur allgemeinen Desinformation und Ablenkung des Volkszorns an die Hungernden und akut Seuchengefährdeten weiter.

Die Junta behindert systematisch das Einfliegen von ausländischen Spezialisten („brauchen wir nicht") und blockiert mit militärischen Straßensperren ausländischen Helfern, Journalisten und Diplomaten den Zugang in das zur Sperrzone erklärte Katastrophengebiet. Dem Vernehmen nach fürchtet das Regime des Generalissimo Than Shwe, eines früheren Postbeamten, eine als humanitäre Mission getarnte amerikanische Invasion.

Um den Opfern doch noch zu helfen, bemüht sich die internationale Gemeinschaft, alles zu tun, um die Befürchtungen der paranoiden Generale zu zerstreuen und den offenkundigen Mißbrauch nicht allzu publik werden zu lassen. Doch wächst der Druck, ein ausländisches militärisch abgesichertes humanitäres Eingreifen auch ohne Genehmigung der Junta zu ermöglichen, um die wachsende Gefahr von Massenseuchen und Hungersnöten angesichts der künstlich verzögerten und behinderten Hilfe zu verhindern.

Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner hat die Idee einer solchen UN-gedeckten „Schutzverantwortung" als erster aufgebracht. Offiziell gibt es dafür noch wenig Begeisterung. Im UN-Sicherheitsrat sind die Souveränitätsfetischisten China und Rußland strikt dagegen. Die USA, die allein im Indischen Ozean die Kapazitäten zum Handeln haben, zeigen sich offiziell wenig begeistert. Doch stehen ihre Flugzeugträgergruppen für alle Fälle bereit. Deutschlands Minister Steinmeier müht sich derweil am Telefon ab, um die chinesische Führung zu bitten, die Burmesen – die keine Telefonate, weder von ihm noch von Uno-Generalsekretär Ban Ki-Moon, entgegennehmen – doch noch zum Einlenken zu überreden.

In der Zwischenzeit gehen die wenigen verbliebenen Vorräte vor Ort zur Neige. Die ersten wasserbedingten Durchfallerkrankungen beginnen sich unter den obdachlosen Überlebenden mit ihren verseuchten Trinkwasserquellen – Leichen und Tierkadavern in Flüssen sowie verunreinigten und versalzenen Brunnen – auszubreiten.

Als am 3. und 4. Mai der Zyklon Nargis die Südküste Burmas mit einer Geschwindigkeit von 200 Stundenkilometern traf, ertranken binnen weniger Minuten in der vier Meter hohen Flutwelle 130000 Menschen. Das gesamte Delta des Irrawaddy, Burmas dicht besiedelter Reiskammer, wurde tagelang bis zu 30000 Quadratkilometer weit überschwemmt. Sturm und Flutwelle hatten die meisten Hafeneinrichtungen, Straßen und in vielen Küstenorten bis zu 95 Prozent der Häuser zerstört. Die Regierung hatte die vom Indischen Meteorologischen Institut erhaltene Zyklonwarnung nicht weitergegeben und keinerlei Evakuierungen durchgeführt. Als das Unheil sichtbar wurde, wurde das Delta erst einmal abgeriegelt. Nur in Rangoon räumte das Militär mit dem schweren Baugerät der mit dem Regime verbundenen Bauunternehmer, den „Croonies", die ihre Paläste und die Pipelines nach Thailand und China bauen, umgestürzte Bäume weg und errichtete neue Strom- und Telegrafenmasten, um wieder Normalität herzustellen. Ansonsten verwendeten die Behörden in Birma ihre Hauptenergie darauf, Visaanträge abzulehnen, den Geheimdienst auf die wenigen Ausländer im Lande anzusetzen und Straßensperren zu errichten. Im Lande bereits tätige Hilfsorganisationen verbrachten ihre Tage mit Behördengängen. Ohnehin waren nur ihre einheimischen Mitarbeiter in dem Unglücksgebiet zugelassen. Sie glaubte das Regime besser kontrollieren und einschüchtern zu können. Auch den Mönchen wurden Hilfstätigkeiten bald verboten, denn nur die Klöster erhalten als vertrauenswürdige Institutionen von den Burmesen im In- und Ausland Spenden für ihre Landsleute.

Am wichtigsten war für das Regime, ein Verfassungsreferendum, das es auf den 10. Mai festgelegt hatte, nicht verschieben zu müssen. Die neue Verfassung sieht Wahlen für 2010 vor, bei denen jedoch ein Viertel der Parlamentssitze für das Militär reserviert bleiben und die Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi als populärste Politikerin von den Wahlen ausgeschlossen bleibt. Nach den wie üblich gefälschten Ergebnissen stimmten bei angesichts der Zerstörung im Land völlig unrealistischen 99 Prozent Wahlbeteiligung 92,4 Prozent jener als Legitimierung der Militärherrschaft gedachten Farce zu. Zweifellos hat das Regime allen Grund zur Nervosität. Der absolutistische Staatschef Than Shwe (75) ist schwerkrank und hört nur noch auf seinen Astrologen. Rivalisierende Generalskollegen hat er reihenweise einsperren lassen oder unter Hausarrest gestellt. Die vom Volk gestützten Massendemonstrationen der Mönche von 1988 (3000 Tote) und vom September des Vorjahres (200 Tote) hatte er nur durch Blutbäder und Massenverhaftungen erstikken können. Die neuerliche Naturkatastrophe gilt im abergläubischen Birma als Omen, daß einem schlechten Herrscher nunmehr das Mandat des Himmels zum Regieren entzogen ist. Da das Delta die Heimat vieler seiner Soldaten ist, die jetzt um ihre Familien bangen und sehen, wie das Regime mit den Opfern umgeht, könnten seine Tage nunmehr gezählt sein. So hat das Regime einerseits Angst vor einem neuerlichen Zornesausbruch der Bevölkerung. Andererseits fürchtet es die Ausländer als Unruhestifter und Saboteure.



Zu wenig helfende Hände ins Land gelassen: Das Regime in Birma nimmt Hungertote hin. Foto: Reuters

Angesichts der zerstörten Infrastruktur wären Hubschrauber und Pioniergerät zum Bau von Straßen und Behelfsbrücken im Katastrophengebiet dringend vonnöten. Die vor der Küste liegende US-Flotte hat dieses Gerät. Sie hat es während der Tsunami-Katastrophe von 2004 in Aceh segensreich einsetzen können. Sie erhält aber keine Anlandrechte.

Auch sind weiter alle Funkgeräte, Satelliten- und Mobiltelefone verboten.

Erste Fälle von Ruhr, Typhus, Cholera und Denguefieber sind bei den Überlebenden bereits aufgetreten. Die wenigen ins Land gelassenen und tatsächlich verteilten Hilfsmittel decken nur einen Bruchteil des Bedarfs.

Es fehlen auch schmerzlich die westlichen Spezialisten, Ärzte und Techniker der Katastrophenhilfe. Statt dessen sterben die Menschen, der UN-Sicherheitsrat palavert, und der deutsche Außenminister telefoniert.

Meldungen

Schwarze gegen Schwarze

Johannesburg – Ein Welle fremdenfeindlicher Gewalt erschüttert Südafrika. Bewaffnete Jugendliche greifen gezielt Ausländer an, werfen Frauen aus Fenstern oder binden Männer auf Matratzen und zünden sie an. Autos und Häuser werden in Brand gesteckt und Wohnungen geplündert. Die Unruhestifter werfen den Zuwanderern vor, Einheimischen Arbeitsplätze wegzunehmen. Die Ausschreitungen, die die Polizei als „geplante Anarchie" beschreibt, begannen um den 10. Mai im Johannesburger Stadtteil Alexandra. Verängstigte Menschen flüchten seither zu Hunderten in Polizeistationen und Kirchen. In Südafrika leben nach Schätzungen bis zu vier Millionen Simbabwer, die ihr Land wegen des wirtschaftlichen Niedergangs unter der Herrschaft des Diktators Mugabe verlassen haben. *idea*

Rom gegen Roma

Rom – Roms neuer Bürgermeister Gianni Alemanno läßt 65 Roma-Siedlungen, die am Stadtrand der italienischen Hauptstadt entstanden sind, räumen. Das konsequent-rabiate Vorgehen des Politikers wird laut einer Umfrage der Mailänder Tageszeitung „Corriere della Sera" von 75 Prozent der Italiener befürwortet. Alemanno, der erst seit drei Wochen im Amt ist, fordert, straffällige Roma sofort auszuweisen. „Die anderen Roma sollen in legalen Siedlungen untergebracht werden. Sie müssen dabei die Prinzipien des zivilen Zusam-menlebens respektieren", betonte Alemanno. Da laut „Corriere della Sera" die Roma für 81 Prozent der Befragten die absolut unbeliebteste Ausländer-Gruppe stellen, kann sich Alemanno einer breiten Zustimmung gewiß sein.

Korrektur

In „Ein Gespenst kehrt zurück" (Nr. 20) heißt es im letzten Absatz richtig: „Angesichts der Zersplitterung des Landes – auch die Christen sind teils Verbündete, teils Gegner Snioras – ist eine weitere Zuspitzung der Lage nicht ausgeschlossen. Dies um so mehr, als es den Vorwand für Angriffe auf Syrien oder den Iran liefern könnte."

Neu und schon gescheitert

Die Regierungskrise in Pakistan kommt manchen gar nicht ungelegen

Von R. G. Kerschhofer

Daß die pakistanische Regierungs-Koalition eher früher als später platzen würde, konnte man auch ohne prophetische Talente voraussagen. Jetzt, keine zwei Monate nach Amtsantritt von Premierminister Gilani, ist es so weit: Die Minister des kleineren Partners treten aus der Regierung aus. Zu unterschiedlich sind eben die persönlichen und – an zweiter Stelle – die politischen Anliegen der Kontrahenten.

Die stärkste Partei, die Pakistan Peoples Party (PPP), wird de facto von Asif Ali Zardari, dem Witwer der ermordeten früheren Ministerpräsidentin Benazir Bhutto geleitet – auch wenn formell deren gemeinsamer, in London studierender Sohn Bilawal Bhutto Zardari den Parteivorsitz erbte. Zweitstärkste Partei ist der bisherige Regierungspartner PML-N, die „Pakistan Muslim League" des früheren Regierungschefs Nawaz Scharif. Nicht zu verwechseln mit der PML-Q, der „Pakistan Muslim League" von Staatspräsident Pervez Muscharraf. Die Bhutto-Partei ist, etwas vereinfacht, die Partei des „alten Feudal-Adels", die Nawaz-Partei die des „neuen Industrie-Adels".

Der Bruch hat aber andere Ursachen: Nawaz Scharif hatte im Wahlkampf versprochen, die von Muscharraf abgesetzten Höchstrichter wieder einzusetzen. Diesem Anliegen, das nur mit Zweidrittelmehrheit umgesetzt werden kann, hatte auch Zardari zugestimmt. Im Prinzip. Doch er wollte nur zustimmen, wenn zugleich mittels Verfassungsänderung die Befugnisse der Richter eingeschränkt würden. Warum? Muscharraf hatte – hoffend auf eine Allianz seiner PML-Q mit der PPP – Korruptions-Verfahren gegen Zardari niedergeschlagen, und dieses Dekret könnten die Richter wieder aufheben, falls die Verfassung nicht wie verlangt geändert wird.

Scharif will Richter wieder einsetzen

Nawaz Scharif wollte dem Verlangen Zardaris nicht nachgeben, weil dies ein Bruch seines Wahlversprechens gewesen wäre. Aber das ist vordergründig: Denn Koalitionen geht man ein, um Wahlversprechen ungestraft brechen zu können. Und die Aufkündigung der Koalition ist auch gar kein echter Gang in die Opposition, denn die PML-N will weiterhin die PPP-Regierung „unterstützen". Es ist also ein Gang aus der Mitverantwortung mit Blick auf die nächsten – vorgezogenen – Wahlen.

Böse Zungen behaupten, Muscharraf verbringe die meiste Zeit beim Bridge-Spielen, weil seine Gegner einander ohnehin zerfleischen. Andere sagen, er tue nichts anderes, als zu intrigieren und die beiden Wahlsieger gegeneinander aufzuhetzen.

Tatsache ist, daß Muscharraf nur noch begrenzte politische Möglichkeiten hat: Bei den Parlamentswahlen hatte seine Partei eine schwere Niederlage erlitten, und schon im November 2007, einen Tag vor Antritt seiner neuen Amtsperiode, hatte er das Oberkommando über die Streitkräfte abgegeben.

Ein Amtsenthebungsverfahren, das eine Zweidrittelmehrheit erfordert hätte, ist mit dem Zerfall der Koalition jedenfalls vom Tisch.

Die pakistanischen Intrigen haben noch weitere Aspekte, bei denen die Interessen von Mächten fernab der Region eine wichtige Rolle spielen: Einerseits das Verhältnis Pakistans zu den „Taliban" und zu Afghanistan, andererseits das zu Indien und dem Iran.

Ende April wurde bekannt, daß die Regierung mit den Taliban über ein Friedensabkommen verhandelt. (Auch Muscharraf hatte dies versucht, war aber von den USA zurückgepfiffen worden.) Baitullah Mahsud, einer der wichtigsten Taliban-Anführer in den pakistanischen Stammesgebieten an der afghanischen Grenze, sprach als Vorleistung sogar schon ein „Verbot" von Terroranschlägen aus – von solchen auf Pakistani, nicht auf Amerikaner und Alliierte in Pakistan oder Afghanistan. Auch den Gegnern des Abkommens kommt die Regierungskrise also nicht ungelegen.

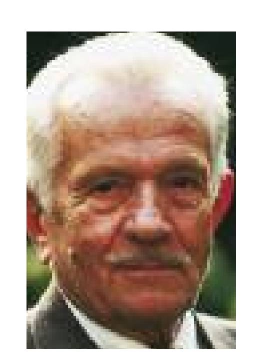
Extreme Taliban profitieren

Und vorige Woche, kurz nach der Indien-Reise des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, bei der es um das iranisch-pakistanisch-indische Erdgas-Projekt ging, gab es nach längerer Pause wieder Terroranschläge in Indien. Sie belasten zwangsläufig das indisch-pakistanische Verhältnis, auch wenn das einzige Bekenner-Video von einer bisher unbekannten Islamisten-Gruppe kommt.

Aber wer sind die Drahtzieher? Westliche Politiker und Medien nähren gerne die Fehlmeinung, „El-Kaida", „die Taliban" oder „die Islamisten" seien zentral gesteuerte Organisationen, gar eine Weltverschwörung!

In Wahrheit gibt es viele Gruppen und Grüppchen, und wie überall auf der Welt weiß das dumme Fußvolk nicht unbedingt, welchen Herren die Anführer wirklich dienen ...

»Moment mal!«



Dürfen wir wieder Deutsch sprechen?

Von Klaus Rainer Röhl

Bis vor drei Wochen nannte sich eine Quasselrunde im Internet, die die „FAZ“ eingerichtet hatte, wo ihre Leser über den neuen Roman von Martin Walser möglichst kenntnis- und geistreich diskutieren sollten, schlicht und einfach „Reading Room“. Kein Redakteur oder Leser fand etwas dabei. So wie eben die Auskunft bei der Bahn „Service Point“ und die Toilette „McClean“ heißt. Und der elektronische Stammtisch, an der jeder schüchterne Oberschüler Anschluß an ein hübsches Mädchen sucht und findet, „Chat-Room“ (= Schnatter-Zimmer). Jeden Tag ein neuer englischer oder pseudo-englischer Begriff im Sprachschatz unserer Jugendlichen. In Grimms Wörterbuch gab es noch gute 500 000 deutsche Wörter. Heute sind viele davon verkümmert. Verkümmert oder ganz verschwunden wie die aussterbende Tier- und Pflanzenwelt in der sogenannten „Klimakatastrophe“. Artensterben bei der deutschen Sprache. Das ging solange schlecht, bis letzte Woche Frank Schirrmacher, der Feuilleton-Chef der „FAZ“, der jeden Monat eine andere Sau durchs Dorf treibt, eine neue Mode ausrief: „Wieder deutsch sprechen!“ Für die täglich durchschnittlich vier Stunden im Internet herumfingernden (= surfenden) Schüler und Studenten mal was ganz Neues. Häh, Alter? Schirrmacher, der seine ganze Redaktion oft zum Panik-Orchester macht – und dirigiert. Erinnert sei an die ihn stark umtreibende und in Büchern und ellenlangen Diskussionen ausgebreitete Angst vor den immer älter werdenden Deutschen, wohinter wir ganz unfreudianisch auch eine heimliche Angst des ewig jugendlichen Chefs vor dem eigenen Altern vermuten dürfen oder der Feldzug gegen die viel zu dicken Kinder der Geschlechter, deren Eßgewohnheiten in die Reihen der Söhne und Töchter aus guten Familien einbrachen („McDonald‘s-Kinder“) und viele ähnlich aufgeregte „Aufreger“ im Blatt. Der „FAZ“-Herausgeber hatte kaum gehört, daß die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts (bis 2002) Jutta Limbach ein Buch geschrieben hatte mit dem unmißverständlichen Titel „Hat Deutsch eine Zukunft?“, als er das Thema auch schon zur „Frage des Tages“ erklärte, sich das Buch zum auszugsweisen Vorabdruck in seinem „Reading Room“ sicherte, der denn auch fast zeitgleich in „Lesesaal“ umbenannt wurde. Als ersten Diskussionsredner holte sich die „FAZ“ – was kann man tun, wenn die Autorin Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts war? – den ehemaligen Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof ins Blatt, der am 16. Mai die Debatte mit einem hochkomplizierten Artikel auf deutsch – Juristen-Deutsch freilich – eröffnete, dessen Herkunft aus der altrömischen Rechtssprache er selber nicht leugnen mochte. Schlußfolgerung, nach Abzug aller Floskeln: Sprache ist Herrschaft. „Der Sprachimperialismus ist die wenigste auffällige Form, um zu herrschen und zu unterdrücken. Jede Diktatur sucht Herrschaft über die Sprache zu gewinnen, insbesondere die Sprache der Kritik zu unterbinden, den Herrscher zu verherrlichen, den Gegner verächtlich zu machen. Die deutsche Sprache wird eher zaghaft, jedenfalls nicht mit Herrscherwillen verbreitet. Dennoch gelingt es Interessenten immer wieder, einen unerwünschten Sprachgebrauch zu unterdrücken, einen erwünschten als allein richtig einzuführen. Das wichtigste Beispiel bietet das Anliegen, Mann und Frau gleich zu behandeln ...“

Kirchhof zitiert dann die grotesken Versuche, die Gleichwertigkeit der Geschlechter gleichsam grammatikalisch / orthographisch herbeizuschreiben, etwa mit den unseligen „Feminist/Innen“ und ähnlichen Zerrformen, die helfen sollen, alle männlichen Endungen zu vermeiden (= Studierende statt Studenten, also Studierendenschaft statt Studentenschaft), über die wir an dieser Stelle so manche schöne Satire schreiben durften. Lang ist es her, aber die gutbezahlten „Genderbeauftragt/Innen“ haben sich inzwischen astronomisch vermehrt.



Aussterbend: Der Begriff Kleinod wurde 2007 zum schönsten bedrohten Wort der deutschen Sprache gewählt. Foto: vario

Kirchhof fragt, ob es richtig sei, daß „Deutsch zwar die in der EU am weitesten verbreitete Muttersprache ist, sie aber dennoch keine Bedeutung als tatsächlich gesprochene Amtssprache gewinnt, das ist gegenwärtig aber auch auf eine übervorsichtige Zurückhaltung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zurückzuführen. Die größte Sprachgruppe in der Europäischen Union wird am ehesten in dieser Rechtsgemeinschaft heimisch, wenn sie dort in ihrer Sprache sprechen kann!“

Fein beobachtet. Dabei ist wirklich alles schon oft gesagt worden. 2005 präsentierte die größte der von vielen Millionen gesehenen Fernsehsendungen, der „Musikantenstadl“, ganz überraschend einen neuen deutschen Schlager, der unter kluger Vermeidung des Wörtchens „deutsch“ sehr wirksam gegen die ständig unmotivierten englischsprachigen Schlager protestierte und „Ein Lied in unserer Sprache“ forderte. Es gibt, statistisch mehrfach ermittelt, eine Mehrheit von Hörern, die das dauernde Gedudel und Gestampfe englischsprachiger Songs auf allen Rundfunkkanälen schon lange satt hat und auch gerne und eigentlich lieber deutschsprachige Lieder und Schlager hören möchte. „Ein Lied in unserer Sprache!“ wurde ein Riesenerfolg. Gut zu wissen für eine Bundeskanzlerin Merkel, die einmal eine Diskussion über den Patriotismus versprochen hatte. Es gibt auch Leute, die, ohne Nationalisten zu sein, gerne die Nationalhymne singen, und mit Freude lesen wir in der „Bild“-Zeitung, daß Angela Merkel dazugehört. Aber Vorsicht mit dem Deutschsprechen! Es gibt doch auch die sogenannten „rechten Stimmungen“ im Lande, und wenigstens die CSU in Bayern berücksichtigt das. Sie weiß sehr gut, daß, wenn sich die rechtskonservativen Wähler nicht in der Union heimisch fühlen können, früher oder später radikale und extremistische Parteien Zulauf haben. Ein Vorgang, den wir auf dem linken Spektrum gerade beobachten konnten.

Die Programm-Kommission der CDU hat vor einem Jahr, im Mai 2007, ein Papier beschlossen. Dieses Papier, unter Vorsitz des CDU-Generalsekretärs Pofalla ausgearbeitet, ließ für eine selbstbewußte Nation nichts Gutes hoffen. So wurde der frühere Ansatz, Deutschland sei „kein Einwanderungsland“ gestrichen, zugunsten des bewußt unscharf formulierten „Deutschland ist ein Integrationsland“. Deutschland, ein Integrationsland! Das hört sich ja an wie „Deutschland, ein Wintermärchen“. Zur Nation will sich die CDU nur mit diesem Satz bekennen: „Ohne Patriotismus, ohne die Bereitschaft, in Heimat und Nation Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu üben, kann kein Staat gedeihen.“ Richtig. Hört sich aber an wie ein Tip für marokkanische Asylbewerber, die einen deutschen Paß beantragt haben und jetzt Fragen beantworten müssen. War das alles über die Nation?

Im nächsten Satz kommt schon wieder die Einmaligkeit der deutschen Verbrechen, die gegen nichts aufzurechnen sei. Liebe Freunde! Wo in Deutschland will irgend jemand irgend etwas aufrechnen? Es ist der Generalverdacht aller Volkserzieher gegen alle Deutschen: „Du bist Hitler!“ Die CDU ist heute endgültig beim Mißtrauen der 68er gegen die Nation angekommen. Der geradezu krankhafte Mangel an nationalem Selbstwertgefühl und jene Unterwürfigkeit und Selbstverkleinerung ist in unserem Land zur Mode geworden. Da gab es eine große Freude und ein Aufatmen, als der neu gewählte Bundespräsident Köhler sagte: „Ich liebe unser Land.“ Es gibt immer noch – nicht auf der Berliner Flaniermeile – viele Menschen, die gern das täten, wozu Willy Brandt die Deutschen im Wahlkampf von 1968 aufforderte: Stolz zu sein auf unser Land. Obwohl es, nach rund sieben Jahren Rot-Grün und drei Jahren Großer Koalition, wenig gibt, worauf man stolz sein kann. Und dennoch lieben wir unser Land, und der größte deutsche Dichter (und Antikommunist) Bertolt Brecht ermunterte uns zu dieser Liebe: „Und das liebste mag's uns scheinen / So wie anderen Völkern ihrs.“

Besonders falsch ist die Mahnung der falschen Freunde aus den Medien an Angela Merkel, alles zu meiden, was auch nur entfernt nach „rechts“ aussieht. „Immer in der Mitte bleiben“, lautet die Devise. Das liegt daran, daß diese Medien der Ansicht sind, daß die Deutschen ein Volk von weichgespülten Angsthasen seien, die sich nur in der Mitte der Gesellschaft wohl fühlen. Es gibt aber durchaus rechte, konservative Stimmungen, nicht nur in Bayern, jede Befragung zeigt das. Nicht nur in Schützenvereinen, bei Fußballfans und Stammtischbrüdern. Die Liebe zur deutschen Sprache gehört dazu.

Die linken und linksliberalen Medien haben die Union so sehr in die Mitte getrieben, daß es mittelmäßiger und mittelprächtiger gar nicht mehr geht. Ein konservatives Profil wird dabei nicht sichtbar, sichtbar wird nur die Angst, irgendwo anzuecken. Bloß niemand verärgern auf einem schönen sauberen Mittelweg. Haben aber unsere Vorfahren nicht gewußt: „In Gefahr und großer Not bringt der Mittelweg den Tod?“ Es ist Gefahr und große Not im Land. Nicht nur der eigenen Sprache droht die Gefahr.

Unser Rat an Kanzlerin Angela: Nicht nur gegen Frauenfeindlichkeit, Minderheitenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Einwandererfeindlichkeit auftreten, sondern auch und vor allem gegen Deutschenfeindlichkeit. Etwas mehr Deutschfreundlichkeit würde im Jahre 2008 und bei der Bundestagswahl 2009 gut verstanden werden.

Der Trend geht zur Nation. Überall in Europa. Nun auch bei uns. Schadet uns das? Auch die Debatte im neuen „Lesesaal“ der „FAZ“ ist ein Anzeichen für das neue, gelassene Selbstbewußtsein der Nation.

Mehr von Klaus Rainer Röhl können Sie lesen in seinem Buch „Du bist Deutschland – Notizen aus der europäischen Provinz.“

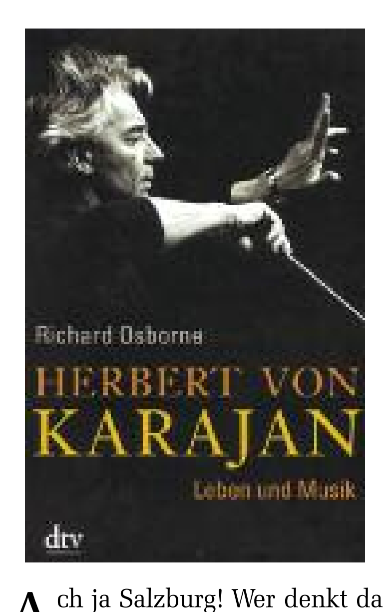
Höhepunkte der Hochkultur

Die Festival-Saison hat begonnen, und die Zuschauer warten mit großer Spannung auf die Höhepunkte dieses Jahres. Viele werden sich schon um Karten bemüht haben, andere werden mittlerweile verdrießlich darauf harren, in der Warteschleife ein bißchen vorgerückt zu sein. In Bayreuth meist ein vergebliches Unterfangen, wie man in dem **„Kultur(ver)führer Festivals“** (Helmut



Metz Verlag, Hamburg 2008, 288 Seiten, zahlr. Fotos, Klappbroschur, 14,80 Euro) lesen kann. Der in der Tat verführerische Führer durch das sommerliche Festivalgeschehen in deutschsprachigen Landen stellt nicht nur 300 Höhepunkte der Hochkultur vor – von Oper, Ballett und Theater über Jazz und Kunst bis hin zu Film und Literatur –, sondern erhellt durch qualifizierte Beiträge aus Kennerfedern auch die Hintergründe des Festivalkults. Bunt ist die Mischung nicht allein bei den musikalischen Ereignissen, beginnend mit dem Augsburger Mozartfest (28. Mai bis 1. Juni), bei dem in diesem Jahr das „Bäsle“, Mozarts Kusine und Geliebte Maria Anna Thekla Mozart im Mittelpunkt steht. Daß in Bayreuth nicht nur Wagner gespielt wird, zeigt die Fränkische Musikwoche (23. bis 31. Mai) mit der Aufführung der Gluck-Oper „Die Pilger von Mekka“. Die Händel-Festspiele in Halle (5. bis 15. Juni), die Musikfestspiele Potsdam Sanssouci (6. bis 22. Juni), das Bachfest Leipzig (13. bis 22. Juni), die Münchner Opernfestspiele (26. Juni bis 31. Juli), das Schleswig-Holstein Musik Festival (12. Juli bis 31. August) und natürlich die Salzburger Festspiele (26. Juli bis 31. August) sind die absoluten Höhepunkte, es gibt aber noch viel mehr zu hören und zu sehen, mehr in dem verführerischen Führer. Im Herbst ist eine Winterausgabe geplant ... *os*

Das Leben eines Genies



Ach ja Salzburg! Wer denkt da nicht an den unsterblichen Herbert v. Karajan. Sein Leben und seine Musik stellt eine Biographie von Richard Osborne vor, die äußerst spannend zu lesen ist (dtv, München 2008, 1053 Seiten, brosch., 29,90 Euro). Der Autor hat aus bisher unbekannten Quellen geschöpft und beleuchtet die charismatische Persönlichkeit des Dirigenten von allen Seiten. Anhänger wie auch Kritiker Karajans kommen hier gleichermaßen auf ihre Kosten. *man*

Junge Stimmen begeisterten

Mit einer Benefizgala eröffnete die Kammeroper Schloß Rheinsberg die diesjährige Saison

Von Ute Schindler

Sieben Preisträger des Internationalen Gesangswettbewerbs der Kammeroper Schloß Rheinsberg, präsentiert von dem berühmten Countertenor Kammersänger Jochen Kowalski und begleitet vom Brandenburgischen Staatsorchester Frankfurt unter Leitung von Klaus Sallmann, gestalteten den Saisonstart mit einer Benefizgala in einem außergewöhnlichen Konzertsaal – in der Mercedes-Welt am Salzufer in Berlin.

Siegfried Matthus, künstlerischer Leiter der Kammeroper, konnte über 500 Gäste aus Kultur, Politik und Wirtschaft begrüßen, darunter auch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble.

Zum achten Mal war die Mercedes-Welt Schauplatz einer solchen Gala, die diesmal eine Spendensumme in Höhe von 23000 Euro erbrachte. Das Geld kommt in vollem Umfang der Förderung junger Sänger durch die Kammeroper Schloß Rheinsberg zugute.

Neugier auf die Musik wurde geweckt

Diese stellten denn auch gleich eindrucksvoll ihr Talent mit Arien und Duetten aus italienischen und französischen Opern unter Beweis. Einen musikalischen Ausblick auf den Festivalsommer gab Mara Mastalir mit der Ballade der Jenny aus Boieldieus „Die weiße Dame“. Die Oper, die ab 25. Juli auf dem Rheinsberger Spielplan steht, ist eine musikalische Rarität. Und die österreichische Sopranistin Mara Mastalir verstand es, stimmschön und mit charmanter Natürlichkeit große Neugier auf diese wunderbare Musik zu wecken. Mit schönem Belcanto-Schmelz sang Clara Soojoo Lim die Romanze der Giulietta aus „I Capuleti e i Montecchi“. Mit der konzertanten Aufführung dieser Bellini-Oper wird das Festival am 28. Juni in Rheinsberg eröffnet. Klangvolles Timbre zeichnet den Bass von Joon-Young Kim aus.

Der Hauptteil der Gala war allerdings Giacomo Puccini gewidmet. Die aus New York stammende Lisa Bryce überzeugte ausdrucksstark als Mimi und Jung-Kee An klangvoll als Rodolfo. Für einen temperamentvollen Abschluß des Abends sorgte die Chinesin Huang Yan mit einem Song aus Bernsteins „Candide“. Alles in allem machte die Gala Lust auf einen Sommer im brandenburgischen Rheinsberg.

Um eine Fahrkarte dorthin hatten sich Anfang des Jahres 400 Sänger aus 40 Ländern beworben. 34 wurden von der Wettbewerbsjury auserkoren. „Das Festivalprogramm ist so vielfältig wie in keinem Jahr zuvor“, sagt Kammeroperchef Siegfried Matthus. „Neben Bewährtem, wie der konzertanten Aufführung zu Beginn des Festivals in Kooperation mit dem Staatstheater Braunschweig – in diesem Jahr Bellinis ‚I Capuleti e i Montecchi‘ – wird es erstmals eine Rheinsberger Sängernacht geben. Dabei erklingt Musik vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart an den unterschiedlichsten Orten im Rheinsberger Musen-areal und sogar auf dem See. Die sechs Aufführungen von Boildieus ‚Weißer Dame‘ enden im Schloßpark, wo berühmte Opern-Figuren in der Dunkelheit herumspuken werden“, erläutert Matthus.

Insgesamt 27 Aufführungen und Konzerte stehen auf dem Programm.

Darüber hinaus geht die Kammeroper auch wieder auf Tour, zum Beispiel mit der Operngala zum Kloster Chorin.

„Besonders freuen wir uns, daß wir in diesem Jahr die Opernwerkstatt wie geplant durchführen können“, betont der Komponist Siegfried Matthus. Unter dem Titel „Sehnsüchte“ werden Szenen aus fünf Opern junger Komponisten und Librettisten, die in der Opernwerkstatt erarbeitet und geprobt wurden, aufgeführt. Das Publikum und Theaterschaffende sollen erleben, wie die Oper des 21. Jahrhunderts klingen kann.

Zur besonderen Freude des Publikums steht nach langjähriger Restaurierung in diesem Sommer auch der Innenhof des Rheinsberger Schloßes wieder als Spielstätte zur Verfügung. Das Heckentheater im Schloßpark – die Open-Air-Bühne mit den „grünen Wänden“ – gibt es seit nunmehr 250 Jahren. Mit Mozarts Singspiel „Die Entführung aus dem Serail“ feiert die Kammeroper das Jubiläum.

Wenn bei den Open-Air-Veranstaltungen das Wetter nicht mitspielen sollte, kann in die neue Siegfried-Matthus-Arena im Hafendorf Rheinsberg umgezogen werden. Sie war im Dezember 2007 im Beisein von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck mit einem Galakonzert der Kammeroper eröffnet worden.

Nähere Informationen und Karten bei Tourist-Information Rheinsberg, Telefon (03 39 31) 3 92 96 oder im Internet unter www.kammeroper-schloss-rheinsberg.de



Stimmgewaltige Werbung für die Kammeroper: Sängerinnen und Sänger des Festivals gaben Kostprobe in Berlin. Foto: Mundtfoto

»Ganz schön Busch« in Neu-Ulm

Erstmals in Süddeutschland: Wilhelm Busch als Maler, Zeichner und Bildhauer

Im vergangenen Jahr wurde sein 175. Geburtstag begangen. In diesem Jahr ist sein 100. Todestag Anlaß für zahlreiche Ausstellungen. Die Rede ist von Wilhelm Busch (1832–1908). Dem Karikaturisten, einem der Urväter des Comics, wird in diesem Zusammenhang erstmals in Süddeutschland eine Ausstellung gewidmet, in der auch seine Gemälde gezeigt werden. Und noch eine Premiere gibt es in Neu-Ulm: Alle Plastiken, die der vielseitige Künstler geschaffen hat, sind erstmals in einer Ausstellung versammelt. Seine Skulpturen sind heute in der Regel in Museumsdepots verschwunden. Busch als Bildhauer – damit wird ein kaum bekanntes Talent des Ausnahmekünstlers, der in München an der Kunstakademie studiert hatte, vorgestellt.

Überraschendes zu entdecken

Das Edwin Scharff Museum am Neu-Ulmer Petrusplatz widmet dem populären Zeichner und Dichter bis 17. August eine Ausstellung unter dem Motto „Stets findet Überraschung statt / Da, wo man's nicht erwartet hat“ und beleuchtet dabei „Bekanntes und Unbekanntes von Wilhelm Busch“.

Wilhelm Buschs Bildergeschichten sind nach wie vor in fast jedem Haushalt zu finden. Seine Figuren kennt jeder: Ob Max und Moritz, die Fromme Helene oder Hans Huckebein – alle sind sie keck und skurril, spielen genüßlich Streiche, haben manchmal ernste Absichten oder einfach „nur“ komische.

Die Ausstellung, speziell für Neu-Ulm in Zusammenarbeit mit dem Wilhelm-Busch-Museum Hannover zusammengestellt, richtet ihr Augenmerk auf den populären Urvater des Comics und stellt ihn in die Tradition früherer Zeichner von Bildsatiren bis zurück ins 16. Jahrhundert.

Das Team des Edwin Scharff Museums um Museumsleiterin Dr. Helga Gutbrod würdigt darüber hinaus eine kaum bekannte Seite von Wilhelm Busch: den Maler von Genrebildern und Landschaften und den Bildhauer. Seine Münchner Zeit, in der Busch begann, Karikaturen zu zeichnen, und seine bekanntesten Bildergeschichten schuf, bildet einen Schwerpunkt der Neu-Ulmer Ausstellung.

„Bekanntes und Unbekanntes von Wilhelm Busch“ stellt auch Erstausgaben von „Max und Moritz“, seinem bekanntesten Werk, vor und zeigt den Künstler als Ideengeber für zahlreiche Nachahmer seiner Figuren und Streiche. Sie weist aber auch auf die rege Verbreitung seiner Bildgeschichten in Übersetzungen hin. Wer tiefer eintauchen will, kann sich in einen Ohrenbackensessel zurückziehen und sich durch den kompletten Busch lesen.



Wilhelm Busch: Der gewandte, kunstreiche Barbier und sein kluger Hund (Münchner Bilderbogen, 1865, Ausschnitt) Foto: Wilhelm-Busch-Museum Hannover

Die heitere Sommerausstellung des Edwin Scharff Museums wird durch ein umfangreiches Begleitprogramm für Kinder und Erwachsene mit Workshops und Ateliers, Museumswerkstätten für Kindergärten und Schulen sowie poetischen Führungen durch die Schau abgerundet. So rezitiert zum Beispiel Jürgen Wenzel Satirisches, Lyrisches und (Un)moralisches von Wilhelm Busch zwischen den Bildern.

Doch damit nicht genug. Im Mai und Juni wird zudem noch ausgiebig gefeiert: Zum Museumsfest anläßlich des Markts für Kunsthandwerk am 31. Mai und 1. Juni und zur Langen Nacht der Museen am 28. Juni gibt es jeweils ein thematisch passendes Begleitprogramm zu Busch.

Ein umfangreiches Begleitprogramm

Am 6. Juli soll schließlich ein eigener Museumssonntag mit einem prallen Busch-Programm Besucher ins Museum locken. *esm*

Die Wilhelm Busch-Ausstellung im Edwin Scharff Museum, Petrusplatz 4, 89231 Neu-Ulm, ist dienstags, mittwochs, freitags und sonnabends von 13 bis 17, donnerstags von 13 bis 19 und sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 3,50 / 2,50 Euro, bis 17. August.

Das Mehr der Rentenerhöhung wurde doch bereits einkassiert

Betr.: „Wenn mit der Rente Politik gemacht wird“ (Nr. 17)

Man kann ja nur ausgeben, was auf dem Konto ankommt, und da sieht es bei Rentnern und Hartz-IV-Empfängern schlechter aus, als es Politiker darstellen, wenn sie sich wegen Fürsorglichkeit für untere Einkommensgruppen auf die eigenen Schultern klopfen. Das was zum 1. Juli 2008 überwiesen wird, ist wegen zwischenzeitlich erhöhter Abzüge für Krankenkasse und Pflegeversicherung noch 0,45 Prozent niedriger als vor fünf Jahren, als die Dämpfungen begannen. Darin sind nicht enthalten eine bereits angekündigte Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, die mit hohen Bürokratiekosten für den verordneten Kassenlastenausgleich rechnen, Praxisgebühren oder höhere Medikamentenzuzahlungen. Da die „gefühlte“ Inflationsrate bei den unteren Einkommensgruppen wegen der stärkeren Preiserhöhungen beim lebensnotwendigen Grundbedarf größer ist als die, mit der die Politiker kürzlich die Erhöhung ihrer Gagen aus der Staatskasse begründeten, nämlich bis zu 15 Prozent in den vergangenen fünf Jahren, können zahllose Rentner damit rechnen, daß sie selbst bald für Zuzahlungen aus der Staatskasse in Frage kommen. Die Zahl der Betroffenen wird sprunghaft ansteigen, wenn das Wahlgeschenk, zweimalige Aussetzung des Riesterfaktors, nach der Wahl wieder kassiert wird. Und wenn dann sozialversicherten Arbeitnehmern, wie versprochen, weniger abgezogen wird, wird man das sicher mit höheren Mehrwert- und anderen Steuern reinzuholen verstehen. Der Berliner Laiengruppe wird da schon etwas einfallen!

Horst Dietrich, Wiesbaden

Bürger wollen sich beteiligen

Betr.: „Basisdemokratie auf bayrisch“ (Nr. 19)

Den großen Parteien laufen die Wähler davon, ohne daß viele Bürger aus der Politik ausscheiden. Im Gegenteil wollen sie stärker beteiligt sein, wollen Einfluß ausüben und mitbestimmen, was ihnen von den Parteien verwehrt wird. Die Einsicht ist verbreitet, daß Politiker keine Auslese sind, sondern vor allem Menschen, deren Ehrgeiz sie um persönlicher Vorteile willen in die Politik treibt. Die „Freien Wähler“ sind eine überzeugende demokratische Alternative gegenüber der Parteienarroganz und Duldsamkeit gegenüber den aus Brüssel zu uns gelangenden Dummheiten. Wir wollen nicht von Merkel, Beck und Co. wie Hunde an der Brüsseler Leine geführt werden. Wir wollen über unser Schicksal persönlich mitbestimmen.

H.-J. Kayser, Duisburg

Zweierlei Maß

Betr.: „Freie Bahn für Chaoten“ (Nr. 19)

Wir erleben immer wieder den Haß linker Chaoten gegen unsere Polizei und den Rechtsstaat. Veranstaltungen rechter Gruppen dienen als Vorwand, um unsere Polizisten anzugreifen. Der mögliche Tod von Polizisten wird in Kauf genommen.

Es ist zu bezweifeln, daß diese Chaoten überhaupt politische Inhalte zur Bestimmung von Links oder Rechts wiedergeben können.

Nach meinem Eindruck wird die rechte Szene, die ich nicht für politisch gebildeter halte, regelrecht zur Gewaltausübung angestachelt. Verstärkt wird die Aufheizung rechtextremer Gewalttäter durch eine Öffentlichkeit, die ihr gesamtes Tun und Wollen diskriminiert. Eine redliche intellektuelle Auseinandersetzung findet nicht statt.

Der Kampf gegen Rechts wird öffentlich gefördert, linke Gewalttäter bleiben außen vor, was auch friedliche Bürger verbittert. Ich will, daß jede Gewalt bekämpft und abgelehnt wird, egal, in welches politische Mäntelchen sie sich hüllt. Nur so ist unser Staat glaubwürdig.

Marlies Faulbaum, Herne



Krawalle: Am 1. Mai zeigte sich vor allem in Hamburg eine hohe Gewaltbereitschaft der Demonstrierenden. Foto: ddp

Bush soll helfen

Betr.: „Streit um Christenrettung“ (Nr. 17)

Im Irak sind Christen nicht mehr sicher. Laut Innenminister Schäuble müssen wir hier helfen, eine Heimstatt bieten für zunächst 3000 bis 9000 Flüchtlinge. Deutschland ist wieder einmal in der Musterschülerrolle angelangt. Dabei sollte ganz klar sein, wer diese Flüchtlinge vorrangigst aufzunehmen hat: England und Frankreich. Beide hatten sich nach dem Ersten Weltkrieg die interessantesten Teile der osmanischen Türkei als Völkerbundmandat übertragen lassen, die unsinnigsten, mit dem Lineal gezogenen Grenzen etabliert, Palästina gleich zwei Parteien (Juden und Arabern) versprochen und dafür gesorgt, daß die vorhandenen Ölquellen in die richtigen Hände kamen. Die meisten Flüchtlinge aus dem Irak sollten jedoch die USA aufnehmen, ist doch dieser Staat laut Präsident Bush das „religiöseste Land der Erde“. Schließlich startete Amerika mit lügenhafter Begründung den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak.

Dr. Heinz P. Barth, Embsen-Oerzen

Hört auf, uns unsere Heimat schlecht zu reden!

Betr.: „Was wir an der Heimat haben“ (Nr. 14)

Sehr geehrte Redaktion, wir können nur auf andere zugehen, wenn wir selber auf festem Boden stehen, der unsere Heimat ist.

Vielen von uns ist die Heimat abhanden gekommen oder ausgetrieben worden, was mit der NS-Zeit und dem Zweiten Weltkrieg zusammenhängt. 63 Jahre nach Kriegsende rollt eine unaufhörliche Diskriminierungswelle über unser Land, die uns als Deutsche berührt. Kaum ein Tag vergeht, an dem wir nicht im Fernsehen Beiträge über die NS-Zeit geboten bekommen.

Die „Berliner Morgenpost“ präsentierte in einer Glosse für Guido Knopp Filmtitelvorschläge wie „Hitlers Autoreifen rollen die Geschichte neu auf“ oder „Der Führer und seine schönsten Laubsägearbeiten“ oder „Warum Hitler nicht wußte, daß er in der NSDAP war?“ Man lächelt. Aber es ist ein bitteres Lächeln, macht der Autor doch deutlich, was uns tagtäglich geboten wird.

Wie soll man ein Land lieben, sich zu ihm bekennen und sich in ihm zu Hause fühlen, wenn seine Menschen immer wieder die Vergangenheit aufgepackt bekommen, an der sie doch völlig unbeteiligt sind? Und nicht zu vergessen, die Aufpacker haben keineswegs ein enges Verhältnis zur Wahrheit.

Gerade war zu lesen, daß unser Land in aller Welt den besten Ruf hat, aber im eigenen Land werden wir fortlaufend mit Verbrechen in Verbindung gebracht.

Niemand will Geschichte umschreiben, da gibt es andere Meister, aber wir leben heute, und wir leben ein redliches und ehrenwertes Leben in unseren Familien, im Beruf und unter Freunden. Man soll endlich damit aufhören, uns unsere Heimat schlecht zu reden. Hitler ist lange tot, aber wir leben.

Gisela Pfeiffer, Berlin

Gerichte helfen

Betr.: „Wer war IM Schubert?“ (Nr. 16)

Sie schreiben, das Magazin „Kontraste“ hätte seinen Namen preisgegeben. Warum machen Sie das nicht? Haben Sie Angst, der Chefredakteur wandert dann ins Gefängnis? Ansonsten ist es eine Schweinerei, wie die Stasi und ihr Gefolge wieder in die Öffentlichkeit drängen. Von diesen Leuten wurde doch 40 Jahre lang verbreitet, bürgerliche Gerichte könnten nur „Klassenjustiz“ ausüben. Nun bedient man sich dieser Gerichte, um die untergegangene SED-Diktatur zu rechtfertigen.

Dr. Jörg Bilke, Bad Rodach

Nicht Wahl, sondern Ernennung

Betr.: „Spielball der Parteien“ (Nr. 17)

Man kann sich nur wundem, daß Politiker und Journalisten von der „Wahl des Bundespräsidenten“ reden, obwohl die stattfindenden Diskussionen der Parteispitzen um die Wiederwahl von Horst Köhler jeden davon überzeugen müßten, daß es sich – wie immer die Entscheidung ausfallen wird – um einen Ernennungsvorgang und keinen Wahlvorgang handelt. Schade, daß Hans Heckel in seinem kritischen Beitrag die alte Frage, ob der Bundespräsident nicht besser vom Volk direkt gewählt werden sollte, nur kommentarlos erwähnt hat, statt die Direktwahl erneut zu fordern, um eine breite Diskussion darüber auszulösen. Noch immer scheint das Gespenst vom alten Hindenburg und von Hitler in den Köpfen ängstlicher Demokraten zu geistern, wie den Vätern des Grundgesetzes, die dieses Argument zum Anlaß nahmen, eine Direktwahl durch Artikel 54 auszuschließen, was quasi eine Entmündigung der Wahlberechtigten für alle Zeiten zur Folge hat. Wetten, daß eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als daß die Mitglieder der Bundesversammlung freiwillig auf ihr durch die Verfassung garantiertes „Wahlrecht“ verzichten?

Alfons Kuhn, Kassel

Der Transrapid eröffnet Visionen – Ein Plädoyer für den Hochgeschwindigkeitszug

Betr.: „Bummelzug“ (Nr. 14)

Ihr Artikel über die falsche Industrie- und Verkehrspolitik hinsichtlich des wiederholten Scheiterns des Transrapid in Deutschland trifft genau den Kern.

Es ist die Politik, die die Chancen und den Nutzen des Transrapid für unsere Volkswirtschaft nicht erkennt.

Der Transrapid ist mehr als eine schnelle Verbindung zwischen zwei Orten. Die betriebswirtschaftlichen Rentabilitätsrechnungen, Fahrgastschätzungen und so weiter wären bei der ersten realen Strecke nebensächlich. Ausschlaggebend für den Bau der ersten Strecke in Deutschland sind die volkswirtschaftlichen Nutzen- beziehungsweise die Synergieeffekte.

Die Technik der Magnetschwebebahn ist dem Rad-Schiene-System in allen Belangen weit überlegen und hat sich inzwischen bei Millionen Fahrkilometern in China bewährt. Auf mittellangen bis langen Strecken kann der Transrapid erst seine Stärken richtig beweisen. Die Magnetschwebebahn ist das ideale Hochgeschwindigkeitsverkehrsmittel überhaupt.

Der erste Bau, das Pilotprojekt, ist durch die hohen Entwicklungs- und Anlaufkosten besonders teuer. Das sollte alle dafür Verantwortlichen nicht davon abhalten, die erste Strecke in Deutschland zu bauen in der Gewißheit, daß der Transrapid bei Nachfolgeaufträgen sowohl hinsichtlich der Fahrstrecke als auch des eigentlichen Transrapids wesentlich günstiger angeboten werden kann. Deutschland sollte aber zunächst selbst ein Vorzeigeobjekt betreiben, damit der Transrapid ein Exportschlager wird.

Eigentlich sollten gerade Politiker sich für den Bau einer ersten Strecke in Deutschland einsetzten, denn der Sensationseffekt der Pilotstrecke zieht zusätzliche Millionen Besucher an. Alle Wirtschaftszweige partizipieren von den zusätzlichen Besuchern einschließlich der öffentlichen Hand durch vermehrte Steuereinnahmen.

Der Transrapid baut neue Wirtschaftsräume auf und stärkt alte, denn Schnelligkeit, Sicherheit, Bequemlichkeit und niedrige Transportkosten führen zur Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben jeder Art. Nicht nur Häfen sind attraktive Standortvorteile zur Ansiedlung von Betrieben.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist seit Jahren viel zu hoch. Auch aus konjunkturpolitischen Gründen sind Baumaßnahmen im großen Stil für unsere Volkswirtschaft zu begrüßen, denn derartige Investitionen bewirken, gemessen an dem Investitionsvolumen, ein zusätzliches, mehrfaches Volkseinkommen und verhelfen dem Staat zu Steuermehreinnahmen.

Sollte der Transrapid wirklich auf der Münchener Strecke nicht gebaut werden, sollte umgehend eine idealere, längere Strecke, auf der der Transrapid seine Schnelligkeit noch nutzbringender einbringen kann, gefunden werden. Und hier bietet sich die Wiederbelebung der Strecke Hamburg–Berlin mit Haltepunkt Schwerin oder Parchim (Frachtflugplatz) an. Das Planfeststellungsverfahren war damals fast abgeschlossen und könnte durch entsprechende Gesetze wiederbelebt werden. Vor allem geht es hierbei um den Aufbau Berlins als Fadenkreuz eines Hochgeschwindigkeitsverkehrsnetzes mit der Anbindung an Hamburg und Weiterführung nach Osten über Warschau nach Moskau, nach Süden über die Metropole Dresden nach Wien und nach Norden nach St. Petersburg. Die politischen und wirtschaftlichen Dimensionen dieses Gedankens lassen sich hier nicht einmal andeuten.

Der Aufbau Ost bekäme für Mecklenburg die entscheidenden Impulse zum selbsttragenden Ausbau der Region, denn Schwerin wäre direkt an die Wirtschaftmetropolen Hamburg und Berlin angeschlossen und damit ein Teil von ihnen.

Der Transrapid kann in Deutschland nur verwirklicht werden, wenn wir uns für ein Verkehrsfadenkreuz, ein Hochgeschwindigkeitsverkehrsnetz mit dem Transrapid entscheiden. Dabei dürfen die alten Fehler der Vergangenheit nicht gemacht und streckenweise betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzenanalysen in den Vordergrund gerückt werden, die den Blick für jeden globalen Synergieeffekt versperrt. Der Transrapid eröffnet Visionen. Ihnen mit Hilfe eines volkswirtschaftlich vernetzten Denkens nachzugehen wäre der Schlüssel zur Realisierung des Projektes.

Dr. Albrecht Bähr, Hamburg

Leider kein Merkel-Nachfolger in Sicht

Betr.: „Rüttgers fordert Merkel heraus“ (Nr. 18)

Ist das nicht übertrieben? Merkel hat doch bewiesen, daß sie unliebsame Konkurrenten auszuschalten weiß.

Jürgen Rüttgers mag da zwar mal aufmucken und mit eigenen Ideen vorpreschen, aber wenn er das alleine tut, hat er gegen die „gerissene“ Bundeskanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel doch keine Chancen.

Ich bin kein Merkel-Fan und würde mich freuen, wenn sich in der Union jemand fände, der an ihre Stelle treten und es besser machen könnte, aber leide sehe ich da niemanden.

Dieter Wöll, Lüdenscheid

Volkswirtschaften mitgerissen

Betr.: „Krieg der Spekulanten“ (Nr. 16)

Es ist für den Normalverbraucher schwer begreiflich, daß ganze Volkswirtschaften durch Spekulanten in Mitleidenschaft gezogen werden. Spekulanten lassen Millionen Menschen hungern, lassen uns immer höhere Benzinpreise zahlen und greifen so in unser persönliches Leben ein. Und wir sind wehrlos! Sind wir es wirklich?

Anton Steffen, Troisdorf

Von den an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Alle gedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Genmanipuliertes Saatgut als Machtinstrument

Betr.: „Brüssel zwingt Gen-Mais auf" (Nr. 20)

Die von der österreichischen Regierung im Interesse der Bevölkerung ausgesprochenen Importverbote für zwei Genmaissorten hat nun die EU-Kommission am 7. Mai auf Druck der USA und anderer Importstaaten aufgehoben, berichten die Medien.

Daß genmanipulierte Lebensmittel gesundheitsschädigend sind, wird von Interessenvertretern bestritten.

Aber die größte Gefahr, die von den genmanipulierten Lebensmitteln ausgeht, liegt auf rechtlichem Gebiet. Sind diese künstlichen Erzeugnisse, die zweifellos auch Vorteile bieten, wie Resistenz gegen Ungeziefer, erst einmal eingeführt und von den Landwirten akzeptiert, dann kommt der zweite Schritt: Die Landwirte erhalten das patentrechtlich geschützte Saatgut nur noch mit der Auflage, die Ernte vollständig zu verkaufen und keinen Teil als Saatgut zurückzuhalten.

Das Saatgut muß jedes Jahr von den Patentinhabern neu gekauft werden – zu Preisen, die allein die Patentinhaber festsetzen. Verwendet der Bauer eigenes Korn als Saatgut, wird er wegen Patentverletzung belangt und macht sich schadensersatzpflichtig. Dadurch können die Lebensmittelpreise und die gesamte Ernährungswirtschaft weltweit beherrscht werden.

Das nennt man Globalisierung (Stärkung der Großen, Schwächung der Kleinen), und über eine EU lassen sich diese Interessen leichter durchsetzen, als wenn man mit über zwei Dutzend Einzelstaaten verhandeln müßte.

Will man das in Brüssel nicht sehen? **Dr. Ferdinand v. Pfeffer, Lünen**

Meinungsfreiheit unterdrücken

Betr.: „Sturm über Thüringen" (Nr. 18)

Wieviel Haß gegen eine Wochenzeitung, die sich nicht unterordnet und ihre eigene Meinung vertritt.

Wir brauchen sie bei dem herrschenden Einheitsbrei zwingend. Bei ihr mitzuarbeiten, sollte eine Ehre sein, denn wir brauchen Journalisten, die nicht nach der Pfeife ihrer Bosse tanzen oder sich doch hüten, die vorgegebene Linie zu verlassen.

Wir sollten uns diejenigen genau ansehen, für die die ehemalige Tätigkeit bei der „Jungen Freiheit" wie ein Verbrechen ist.

Sie sind es, die die Meinungsfreiheit in unserem Land unterdrücken und uns ihre Meinung aufzwingen wollen.

Monika Eikes, Berlin

Eigene Meinung!

Betr.: „Die rot-rote Angst vor Sarrazin" (Nr. 18)

Der Berliner Finanzsenator gibt Anlaß zu viel Freude! Auch wenn man seine Meinungen nicht teilt, ist hier doch ein Mann, der nicht mit den Wölfen heult, sondern den Mut hat, seine Meinung vor aller Welt und den eigenen Genossen zu vertreten. Bravo Sarrazin! **Rudolf Schiele, Hattingen**

Straßennamen

Betr.: „Dutschke-Straße bleibt" (Nr. 17)

Hat jemand anderes erwartet? Fahre man doch durch die ehemalige DDR und staune (oder auch nicht), was es da alles für Straßennamen gibt. Da gehören viele Namen nicht in ein demokratisches Land. Auch die Dutschke-Straße gehört da nicht hin. Aber der Name darf bleiben, weil deutsche Richter es so wollen. Es ist schlecht um die deutsche Demokratie bestellt. **Martin Hinz, Duisburg**



EU-Kommission zwingt Österreich: Import-Verbot von Gen-Mais muß aufgehoben werden. Foto: ddp

Meinungsvielfalt

Betr.: „Peter Krause gibt auf" (Nr. 19)

Viele Hunde sind des Hasen Tod. Hunde verhalten sich aber artgemäß, was sich von den menschlichen Sprichwort-Hunden nicht sagen läßt.

Sie gehörten eigentlich in die Bedeutungslosigkeit, sind aber als Folge von Umständen, zu denen kräftige Ellbogen gehören, zu Bedeutung gelangt, was aber keinen Wert beinhaltet.

Daß zur Demokratie Meinungs- und Pressefreiheit gehören, gilt für diese Sprichwort-Hunde nicht beziehungsweise sie meinen, daß sie nur für sie zu gelten haben und ihre Sache die Auslegung ist.

Die „Junge Freiheit" gehört wie die *Preußische Allgemeine Zeitung* oder „Die Welt" oder die „Frankfurter Allgemeine" zu den Zeitungen, aus denen sich Bürger orientieren können. Und das ist gut so, denn die Demokratie lebt von Meinungsvielfalt.

Rudi Haferkorn, Kiel

Der Staat verbeamtet, um an Beamten zu sparen

Betr.: Leserbrief „Politiker leisten keinen Beitrag zum Sozialsystem" (Nr. 17)

Der Leserbriefschreiber geißelt in seiner Philippika die Pensionen der Politiker und auch der Beamten. Während seine Äußerungen über die Politiker in gewisser Weise auf Verständnis stoßen könnten, sind seine Feststellungen zu den Beamten ohne Widerspruch nicht hinnehmbar. Wenn schon die Beamtenpensionen mit den Angestelltenrenten verglichen werden sollen, so kann man nur dies mit den Angestellten des Öffentlichen Dienstes tun und hier wiederum nur mit denen, die den Beamten gleichrangig zugeordnet werden können. Dabei unterscheiden sich die Gegebenheiten in Bund und Ländern voneinander. Bleiben wir in Niedersachsen. Einem Regierungsrat gleichgestellter Angestellter erhält nach TL-V monatlich 172 Euro mehr an Bruttogehalt als der Beamte. Dies Verhältnis gilt für alle Rangstufen. Man begründet dies damit, daß der Beamte keine Sozialleistung zu entrichten hat. Hätte der Staat diesen Unterschiedsbetrag für jeden Beamten in einen Pensionsfond eingebracht, müßte der Leserbriefschreiber sich nicht so erregen. Da der Staat stets mit spitzem Bleistift rechnet, hat er herausgefunden, daß der Beamte der „billigere" Arbeitnehmer für ihn ist. Das gilt auch für die vielbeneidete Beihilfe im Krankheitsfall. Allein schon aus der Tatsache, daß der beneidete Beamte seine Arztrechnung und Medikamente zunächst selbst bezahlen muß, resultiert schon ein gewisser Spareffekt. Beihilfen errechnen sich für den Staat sogar billiger, als die 50 Prozent Bezuschussung der Krankenkassengebühren für seine Angestellten. Diese Bezuschussung von 50 Prozent erbringt der Arbeitgeber, hier der Staat, für alle anfallenden Sozialleistungen (Arbeitslosen = Rentenversicherung). Das sei hier zur Vollständigkeit erwähnt. Es wird hier auch oft vom zweiten Arbeitslohn gesprochen. Da diese Leistungen bei den Beamten im aktiven Dienst entfallen, ist er mit Abstand die „preiswertere" Arbeitskraft. Noch ein Wort zu den Pensionen, die vom Steuerzahler zu zahlen sind. Nicht nur der Beamte, auch der Pensionär ist lohnsteuerpflichtig. Dazu zahlt der Pensionär auch noch den 5,5prozentigen Solidarbeitrag monatlich. Beides entfällt bei der Rente.

Der von dem Leserbriefschreiber genannte Betrag des Staats von 34 Milliarden Euro zur Auszahlung der Ruhegehälter ist kleiner als der staatliche Zuschuß zur Rentenversicherung. Laut Pressemitteilungen werden hier wechselweise jährliche Zahlungen aus dem Steueraufkommen von 70 bis 90 Milliarden Euro genannt. Diese Zahlen sollten zu einem Vergleich auch heran gezogen werden.

Dr. rer. nat. Hans-Joachim Meyer, Alfeld

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Wolf Oschlies

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen eV., Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 Euro monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro monatlich, Luftpost 14,50 Euro monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5375**

Sportfeste der Nationen

Betr.: „Blut und Spiele für Olympia" (Nr. 15)

Sind Olympiaden nicht die Sportfeste der Nationen, oder werden sie neuerdings als Propagandamärsche für Irrläufer umfunktioniert? Wenn ja, haben sie Irak, Afghanistan und – bereits im Visier – Iran vergessen? Wären Großmächte von diesen wenigen Irrläufern abhängig, wäre es um die Stabilität schlecht bestellt! Schon 30 Jahre lang ein ergebener Leser einer Zeitung, wo man weiß, daß der „deutsche Herzschlag" unübersehbar ist.

Gerhard Mittelstaedt, Sutton, Kanada

Schloß Cecilienhof für Vertriebene

Betr.: „Der Kompromiß" (Nr. 13)

In der *PAZ* hat Wilhelm v. Gottberg einen Vorschlag gemacht, der hoffentlich von allen noch lebenden Vertreibungsopfern (Deutschen und allen anderen) volle und in den Medien sichtbare Unterstützung erhält. Ich meine die Anregung, das Schloß Cecilienhof im Neuen Garten in Potsdam zur Gedenkstätte für alle Vertreibungen des 20. Jahrhunderts zu machen.

Die Aushilfslösung, zu der sich Kultusminister Neumann in Abstimmung mit Wolfgang Thierse und Monika Griefahn kürzlich durchgerungen hat und welche von der Bundesregierung in Form einer Erinnerungsstätte im „Deutschlandhaus" unter dem Motto „Sichtbares Zeichen" inzwischen auch „beschlossen" worden ist, kann den Grundgedanken des Bundes der Vertriebenen, der in der vor zwei Jahren in Berlin im ehemaligen Kronprinzenpalais unter dem Titel „Erzwungene Wege" als konzeptueller Vorläufer für eine umfangreichere Erinnerungsstätte für die Opfer aller Vertreibungen zum Ausdruck kam, wohl kaum entsprechen. Dafür liegen die Inhalte und die vermittelte Botschaft, der nun als Modell dienen sollenden Bonner Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration" und die „Erzwungenen Wege" zu weit auseinander. Das deutlich sichtbar gewordene Heraushalten der Vertretung der Vertriebenen wirft ein eigenartiges Licht auf unsere entscheidungsmächtigen Politiker. Die Rückkehr der Barbarei im vorigen Jahrhundert ist, soweit Hitler und seine Schergen verantwortlich sind, nachhaltig gebrandmarkt, bei uns im Lande wie auch weltweit. Unser Land und seine Menschen haben für Ausmaß und Grausamkeit der Nazi-Verbrechen in einem Umfang gebüßt, wie er in der Geschichte der Neuzeit ebenfalls Einmaligkeit beanspruchen kann. Die brutale Zerschlagung der in vielen Jahrhunderten gewachsenen Strukturen, die von der Vielfalt der Ethnien entwickelten Formen des Zusammenlebens in Zentral- und Osteuropa durch die Beschlüsse der damaligen Herren der Welt in Teheran und Yalta, hat bislang noch nirgendwo zu einer Mahnstätte gegen Vertreibungen Anlaß gegeben. Ausmerzung von Volksgruppen und die unmenschlichen Methoden der Durchsetzung solcher von den politischen Spitzen beschlossenen und gebilligten Maßnahmen, im Potsdamer Abkommen vom Sommer 1945 zynisch „Umsiedlungen" genannt, waren leider typisch im Europa des 20. Jahrhunderts und seinen Randgebieten, wie Nordafrika und Kleinasien. Die Zahl hiervon durch Tod oder Vertreibung betroffener Menschen beträgt ein mehrfaches der Deutschen, die Leben oder Hab und Gut und ihre Heimat verloren.

Hat sich die Welt seit 1945 so gewaltig zum Guten verändert, daß wir ein starkes Fanal gegen Gewalt, Unrecht und Vertreibung auf breitest möglicher Basis nicht nötig hätten? Cecilienhof wäre genau der Ort, um die ganze Welt zu mahnen, die Scheußlichkeiten des 20. Jahrhunderts nicht wieder zuzulassen.

Lienhard Schmidt, Hamburg

Glück weniger

Betr.: „Humanität im Krieg ist möglich!" (Nr. 16)

Die einige 1000 ausgetauschten Kriegsgefangenen waren wie ein Tropfen auf den heißen Stein, jedoch ein Glück für diese Kameraden. Wo aber blieb die Humanität nach 1945? Auf den sogenannten Rheinwiesen sind Hunderttausende deutsche Soldaten verhungert, verdurstet, erfroren im Schlamm ver....t! (siehe das Buch „Der geplante Tod" von James Bacque, er spricht von rund einer Million!) Der vielgelobte Herr Eisenhower ließ die in der Schweiz liegenden Lebensmittel nicht herein.

Uns wird jedes kleine Vergehen an anderen Menschen (nicht Nazi) in der Vorkriegszeit immer wieder vorgehalten, noch nach 65 Jahren! Über die Vergehen unserer ehemaligen Feinde (heutigen Freunde) darf nicht gesprochen werden.

Alfred Götzfried, Friedberg

Von den an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Alle gedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Klamauk statt Tragik

Hörbuch: »Reise nach Tilsit«

„Seine Werke brachen Tabus und standen für Emanzipation. Sie sind auch heute noch von eigenartigem, besonderem Reiz. Es wäre bedauerlich, würden sie vergessen. Wie die Sprache dieses Landes. Die bald niemand mehr sprechen wird ...“

Diesen Worte über Sudermanns Werk und die Sprache seiner Heimat auf dem Cover der unlängst auf den Markt gelangten CD „Die Reise nach Tilsit“ kann man nur beipflichten.

Insofern muß man es begrüßen, daß Hermann Sudermanns „Reise nach Tilsit“ nun auch als Hörbuch vorliegt. Die CD weist allerdings einige Merkwürdigkeiten auf.

Das fängt schon beim Cover an. Dieses enthält – durchaus wissenswerte – Informationen über die Erzählung, über deren Autor Hermann Sudermann und über den Schauspieler Thomas Kylau, der die „litauische Geschichte“ auf der CD vorliest.

Weniger schön ist jedoch, daß die Leerzeichen in dem Text etwas willkürlich gesetzt scheinen. Es scheint, als hätte man sich nicht einigen können, ob hinter ein Satzzeichen nun ein Leerzeichen gehört oder nicht. Es fehlt auch schon einmal ein Punkt, wofür es an anderer Stelle mitten in einem Wort ein Leerzeichen gibt. Das ist nicht weiter schlimm, wirkt jedoch nicht gerade professionell.

Merkwürdig ist auch die CD selber. Thomas Kylau liest „Die Reise nach Tilsit“ flott und heiter mit hoher Stimme und einer verschmitzten Leichtigkeit vor, als handele es sich um ostpreußische Vertellkes und nicht um ein – wenn auch vielleicht nur kleines – Stück deutschsprachiger Weltliteratur, in der es um nicht weniger geht als Schuld und Versöhnung sowie Liebe und Tod.

Wenn dann die Stellen erreicht werden, wo die weibliche Hauptperson zu Worte kommt, und Thomas Kylau deren weibliches Organ dadurch zu imitieren versucht, daß seine Stimme noch höher wird, stellt sich der Eindruck von Klamauk ein.

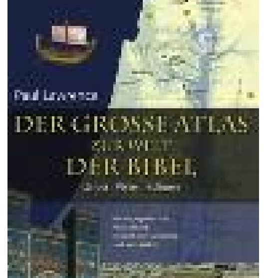
Dabei hätte sich diese Untiefe dadurch umschiffen lassen, daß man die Wortwechsel in der Geschichte von anderen Schauspielern entsprechenden Geschlechts vortragen läßt. Diese Lösung hätte zudem noch den Vorteil der Abwechslung besessen und Thomas Kylaus Vortrag aufgelockert. Die Produktionskosten hätten sich durch die Beschäftigung zusätzlicher Schauspieler zwar wohl erhöht, aber so viele Figuren kommen in der Novelle nicht vor und die Investition hätte dem Produkt sicherlich gutgetan.

Merkwürdig ist auch, daß gerade an den entscheidenden Stellen der Novelle Thomas Kylaus Vortrag mit einer dahin plätschernden Gitarrenmusik unterlegt ist, die von einer Art ist, daß man sie eher als Überbrückung in Pausen des Vortrags zwischen einzelnen Kapiteln der Lesung erwartet hätte.

Wer das ostpreußische Idiom so sehr liebt, daß ihm die transportierte Botschaft zweitrangig ist, oder wem die Augen das Lesen schwer machen, der greife zu dieser CD. Den anderen sei empfohlen, lieber das Buch zu lesen, denn die eigene Lektüre wird der Tiefe dieser schönen Novelle eher gerecht.

Manuel Ruoff

***„Die Reise nach Tilsit“**, CD, beziehbar bei Preußischer Mediendienst, Mendelssohnstraße 12, 04109 Leipzig, Telefon (03 41) 6 04 97 11, E-Mail: o.rieckmann@preussischer-mediendienst.de, Laufzeit 79 Minuten, 12.95 Euro*



Dem Christentum folgen

Übersichtlicher Atlas zur Welt der Bibel

Gemeinsam mit einer Gruppe ausgewiesener Experten als Herausgebern hat der Bibelforscher Paul Lawrence aus Liverpool ein Nachschlagewerk zur Bibel herausgegeben, betitelt „Der große Atlas zur Welt der Bibel – Länder, Völker, Kulturen“. Mit seinem großformatigen, reich bebilderten Dokumentationsband verfolgt der Autor keine geringere Absicht, als uns die Bibel und ihr zeitgenössisches Umfeld umfassend zu erklären. Zur Zielgruppe gehören nicht nur bibelkundige und -interessierte Leser, sondern auch alle diejenigen, die Archäologie, Kunst- und Kulturgeschichte gegenüber aufgeschlossen sind. Da an Werken dieses Genres, wenn auch im einzelnen mit unterschiedlich gelagerten Schwerpunkten, kein Mangel besteht, sind die Erwartungen hinsichtlich einer solchen Neuerscheinung sicherlich allgemein sehr hoch.

Schon bei der ersten Durchsicht entsteht der Eindruck, daß Ausstattung und Strukturierung des durchgehend farbig gestalteten Buches modern und stimmig sind. Dieser Eindruck bestätigt sich bei der Lektüre. Bei der Umsetzung seines vorrangigen Anliegens, die Ereignisse des Buches der Bücher lokal zu verorten, hat der Autor eine Fülle von Landkarten, Plänen und Rekonstruktionen zu einem der komplexesten Themengebiete überhaupt zusammengestellt. Dieser Aufgabenstellung allein gebührt Respekt. Doch seine Ansprüche sind weitergehend. Letztendlich ist das Wort in diesem beeindruckenden Werk doch wichtiger als das Bild, denn die Vermittlung biblischen Wissens und die Erläuterungen zu den Themen, Ereignissen und Personen des Alten und Neuen Testaments stehen im Mittelpunkt. Dabei wird die Begrenzung der Einzelkapitel auf jeweils eine Doppelseite durchgehend eingehalten. Das dient der Übersicht, und eine inhaltliche Überfrachtung ist dadurch von vornherein ausgeschlossen. Lawrence geht sinnvollerweise chronologisch, zwischendurch aber immer wieder auch themenbezogen vor. Bei der Diskussion über die wichtigsten Fragen an die Bibel hat er die neuesten Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Archäologie und Sprachforschung berücksichtigt. Mit den zwangsläufig relativ knapp gehaltenen Texten korrespondiert das verschiedenartige Anschauungsmaterial, das, neben den topografischen Karten, aus einer Fülle von Farbfotos und grafischen Darstellungen besteht.

Den 92 Einzelkapiteln ist eine Zeittafel mit den Ereignissen der Bibel, des Alten Vorderen Orients sowie Griechenlands und Roms vorangestellt. Der Leser kann also beispielsweise feststellen, für welches Jahr der Auszug des Volkes Israel aus Ägypten angenommen wird (um 1270 v. Chr., Spätdatierung) und welcher ägyptische Pharao damals herrschte (Ramses II.). Es folgt eine Karte Israels zu Zeiten des Alten und Neuen Testaments. Im Eingangskapitel wird die Frage „Was ist die Bibel?“ behandelt, gefolgt von einer Abhandlung zur Schöpfung. Auf dem Pfad durch die Geschichte des Volkes Israel verweilt der Autor bei Stationen wie „Salomos Handelsbeziehungen“ und „Die Nachbarn Israels und Judas“. Dem Wirken Christi sind fünf Kapitel gewidmet. Die drei Schlußkapitel befassen sich mit den sieben christlichen Gemeinden Kleinasiens und der Verbreitung des Christentums. Der Inhalt ist durch ein Glossar erschlossen, das unter anderem ein Bibelstellenregister enthält.

„Der große Atlas zur Welt der Bibel“ ist bestens für schulische Zwecke geeignet. Vielen Bibellesern dürfte er als Begleiter unentbehrlich werden und darüber hinaus eine Bereicherung für andere, die sich aus privatem Interesse oder beruflich häufig oder auch nur gelegentlich mit der Thematik befassen.

D. Jestrzemski

***Paul Lawrence: „Der große Atlas zur Welt der Bibel – Länder, Völker, Kulturen“**, Brunnen Verlag, Innsbruck 2007, geb., 188 Seiten, 27,95 Euro*

Der Opa behielt fast recht

Schlesier erinnert sich an seine Heimat und die Flucht

In „Ja, so war es“ beschreibt Dieter Auerbach nicht nur seine Kinder- und Schulzeit in Reichenbach / Schlesien, sondern auch die Flucht und den Verlauf der darauffolgenden Jahre.

Heutzutage scheint es schwer nachvollziehbar, daß Kinder und Erwachsene den Weisungen und Anordnungen Hitlers folgten und dessen Wahnsinn unterstützten, doch erläutert Dieter Auerbach überzeugend, wie die Gehirnwäsche schon bei den Kindern begann und funktionierte.

„In den Jungvolkdienst, mittwochs- und sonnabendnachmittags, aber oft auch sonntags, ging ich gerne ... Wir kannten den Lebenslauf von ‚unserem geliebten Führer‘ auswendig und sangen markige Lieder und immer wieder ‚vorwärts, vorwärts‘. Es gab Geländespiele und Heimabende, die von der NSDAP gesteuert wurden. Die national-sozialistische Ideologie war bei uns fest verankert. Wir waren ‚der Zukunft Soldaten‘, wie es im Lied hieß ... Die Propaganda funktionierte komplett.“

Die Folgen des furchtbaren Zweiten Weltkrieges mußten dann eines Tages auch Dieter Auerbach und seine Familie tragen.

„Im Januar 1945 vergruben wir Schmuck und das Silberbesteck im Garten, einiges vom Eingemachten kam unter die Veranda und dann zogen wir auch los nach Wüstenwaltersdorf. Damals dachte man noch, man würde bald wieder zurückkommen. Als wir mit dem Bollerwagen loszogen, sagte Opa zu uns, wir sollten uns nochmal umsehen, denn wir würden das Haus nie mehr wiedersehen ... Erst 45 Jahre später sollte ich die Stadt und das Haus wiedersehen.“

Besonders viel Wärme steckt in der Erzählung über die Jahre nach dem Krieg, als Dieter Auerbach endlich eine Lehre in einer Gärtnerei beginnen durfte, statt weiterhin die verhaßte Schulbank zu drücken.

Nun könnte man denken, daß der Autor nach dem Wiederaufbau und ob des schönen Berufes als Gärtner kaum noch Nachwirkungen des Krieges gespürt hätte, doch verliebte er sich in die hübsche Gesine, die seinerzeit ausgerechnet in Ost-Berlin, also in der DDR, lebte.

Viele abgelehnte Ausreiseanträge und einen heiklen, höchst abenteuerlichen gescheiterten Fluchtversuch später kam es letzten Endes doch noch zum Happy End, Gesine durfte in den Westen ausreisen.

„Ja, so war es“ enthält eine Fülle an Erinnerungen eines Mannes an eine idyllische Kindheit und kriegsgeschüttelte Jugend, wie sie für einen jungen Menschen in der heutigen Zeit nur noch schwer nachzuvollziehen ist.

A. Ney

***Dieter Auerbach: „Ja, so war es – Erinnerungen eines Vaters an die Zeit von 1940 bis 1970“**, Triga Verlag, Gelnhausen 2007, broschiert, 10,50 Euro*

Und nun spricht Stalin aus den Archiven

Polnischer Historiker Musial belegt, daß die Sowjetunion 1940 Krieg gegen Deutschland wollte, Hitler aber schneller war

Am 15. März 2008 stießen die verdutzten Leser der Tageszeitung „Die Welt“ auf einen umfangreichen Essay mit der Überschrift „Kampfplatz Deutschland – Neue Forschungen können belegen: Nicht nur Hitler plante einen Angriffskrieg auf die Sowjetunion. Auch Stalin rüstete früh auf zum Kampf gegen den Westen“.

Der Autor, der polnische Historiker mit deutscher Staatsangehörigkeit Bogdan Musial, war allen, die die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg wie eine Monstranz vor sich hertragen, schon einmal übel aufgefallen, als er aufdeckte, daß die von Jan Philipp Reemtsma initiierte und durch Deutschland geschickte Propagandaausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ zu einem Gutteil aus Fälschungen bestand. Reemtsma mußte daraufhin seinen Laden dichtmachen.

Jetzt löckt er schon wieder gegen den Stachel, indem er zunächst in der „Welt“, die sonst eigentlich stets zu den Alleinschuld-Predigern gehörte, die wesentlichen Thesen seiner bald darauf als Buch erschienenen Forschungsarbeiten ausbreitete. Er habe die neuesten Aktenfunde in Moskauer Archiven studiert. Danach sei deutlich geworden, „daß die Sowjetunion seit dem Ende der 20er Jahre ... zum ideologisch bedingten Vernichtungskrieg gegen den Westen intensiv aufrüstete“. Dabei kam Deutschland eine Schlüsselrolle zu. Bis 1930 waren die sowjetischen Streitkräfte umstrukturiert, um für diesen Weltanschauungskrieg gerüstet zu sein. Die sowjetische Kriegswirtschaft erlebte einen rasanten Aufbau. Was dieser Konzeption im Wege stand, wurde von Stalin rücksichtslos beseitigt. Was aus den zugänglichen sowjetischen Quellen eindeutig hervorgeht, wird von den westlichen Historikern und Politikern nicht zur Kenntnis genommen. Für sie gilt immer noch der sowjetische Propagandabegriff von der „friedliebenden Sowjetunion“, die 1941 heimtückisch überfallen worden sei. Ursache dieser Selbstverdummung sei die Angst, es werde der angebliche deutsche „Vernichtungskrieg“ gegen die UdSSR relativiert. Dazu Musial: „Daß jedoch dies die Verfälschung von historischen Fakten rechtfertigt, ist stark zu bezweifeln. Mit wissenschaftlichen Grundsätzen ist es jedoch keinesfalls zu vereinbaren.“

Jetzt ist Musials umfangreiches Buch „Kampfplatz Deutschland“ erschienen. Auf 586 Seiten schildert der Autor das Ergebnis seiner intensiven Forschungsarbeit in ehemals sowjetischen Archiven. Was er in der „Welt“ knapp zusammengefaßt hatte, wird hier ausführlich und schlagend belegt: Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in den Gebieten der Sowjetunion, die Millionen von Häftlingen in den Zwangsarbeitslagern, die gigantische Ausmaße annehmende Aufrüstung, die brutalen Säuberungen in der Roten Armee, das alles diente zu nichts anderem, als eines Tages zum vernichtenden Schlag auszuholen, den die Sowjetunion gegen Europa führen wollte, um die Weltrevolution zu verwirklichen. Spätestens seit Ende 1940 bereitete sich Stalin intensiv auf den Angriff gegen Deutschland vor. „Im Frühjahr 1941 war Stalin unbestreitbar dabei, entlang der deutsch-sowjetischen Grenze die größte Invasionsarmee aller Zeiten aufzubauen, um im geeigneten Moment seinen deutschen Verbündeten zu überfallen.“

Genau alles das haben deutsche Historiker schon seit Jahrzehnten in gelehrten Büchern dargelegt – von Max Klüver, Walter Pos über Joachim Hoffmann, Ernst Topitsch bis Heinz Magenheimer und Stefan Scheil, wenn sie auch noch nicht über manche der damals noch in sowjetischen Archiven verborgenen Einzelheiten, die Musial jetzt zu Tage gefördert hat, informiert waren. Aber sie kannten den Bolschewismus und sie kannten viele der Basisdokumente über die sowjetische Kriegspolitik. Allerdings ignorierte die beamtete deutsche Geschichtswissenschaft diese Erkenntnisse, weil sie bei der deutschen Alleinschuld bleiben mußte, wie es der damals führende Staatsrechtler Theodor Eschenburg 1960 formulierte: „Bei der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg ... handelt es sich nicht etwa um eine fachhistorische Angelegenheit. Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik.“

Musial möchte nicht den Revisionisten zugeordnet werden, wohl in der Hoffnung, daß ihm damit die Keule der politischen Korrektheit nicht trifft. So kommt er vorsichtshalber zu dem Schluß – ohne die Behauptung belegen zu können –, daß die Rote Armee erst 1943 zum Angriff angetreten wäre, weil ihre Rüstung noch nicht ganz abgeschlossen gewesen sei. Dann aber hätte sie einen Umfang erreicht, der jeden Versuch, den Angriff zu stoppen, unmöglich gemacht hätte. Trotzdem attestiert er Hitler und der deutschen Führung die Schuld am deutsch-sowjetischen Krieg, weil sie keine Kenntnisse gehabt hätten von der sowjetische Rüstung und dem Truppenaufmarsch.

Das ist eigentlich unter dem Niveau des ansonsten scharfsinnigen Buches. Wir wissen längst, daß der deutschen Seite der Aufmarsch an der Ostgrenze des Reiches sehr wohl bekannt war, wenn auch nicht in seinem ganzen gigantischen Umfang.

Die westlichen Politiker und Historiker beharren bisher immer noch darauf, daß die „friedliebende Sowjetunion“ von Deutschland „überfallen“ worden sei. Tatsachen gegenüber scheinen sie resistent zu sein, und damit liegen sie hinter dem Stand der Forschung – auch und vor allem der von russischen Historikern – zurück.

Musial berichtet – wie vor ihm schon Wolfgang Strauß –, daß in Rußland arbeitende Historiker auf diesem Gebiet sehr viel weiter sind und sehr wohl von Stalins Kriegsplänen Kenntnis nehmen. Die offizielle Politik der russischen Regierung allerdings verkündet nach wie vor die These vom deutschen „Überfall“, um ihr Land nicht zu belasten. (Da handeln die deutschen Regierungen ganz anders.)

Ein Rezensent von Musials Buch meint, er habe ein „wichtiges, Fakten gesättigtes Buch geschrieben, das die Zunft, erst recht die besorgte mediale Öffentlichkeit in Deutschland irritieren wird“.

Wir fürchten, ihm wird dasselbe Schicksal bereitet wie allen anderen historischen Werken, deren Autoren sich nicht an die politische Korrektheit gehalten haben. Sie wurden totgeschwiegen.

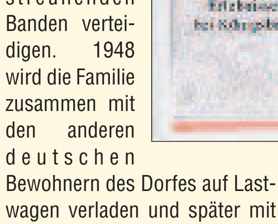
Hans-Joachim von Leesen

***Bogdan Musial: „Kampfplatz Deutschland – Stalins Kriegspläne gegen den Westen“**, Propyläen Verlag, Berlin, 2008, geb., 585 Seiten, 29,90 Euro*

Wolfgang Lehnert
Die Russen kamen und blieben
Erlebnisse eines ostpreußischen Jungen bei Königsberg in den Jahren 1944- 1948

Als Zehnjähriger muß Wolfgang Lehnen mit seiner Familie vor der heranrückenden sowjetischen Front fliehen, um 1945 nach einigen Irrwegen ins ostpreußische Heimatdorf zurükkzukehren, wo Hunger, Krankheit und Repressalien der Sieger herrschen. Für den Autor und seinen Bruder beginnt eine Zeit gefährlicher Hamstertouren nach Litauen, wo sie bettelnd über Land ziehen. Bei der Rükkkehr müssen die beiden Halbwüchsigen ihre hart erkämpfte Beute vor umherstreunenden Banden verteidigen. 1948 wird die Familie zusammen mit den anderen deutschen Bewohnern des Dorfes auf Lastwagen verladen und später mit einem Güterzug in die sowjetische Besatzungszone gebracht. Der Abschied von Ostpreußen soll für immer sein ... Der 1934 im ostpreußischen Absintkeim, Kreis Samland, geborene Wolfgang Lehnen erlernte nach dem Krieg den Beruf des Maschinenschlossers und absolvierte später in Leipzig ein Ingenieurstudium. Im Anschluß daran war er als Konstrukteur, Projekt- und Objektingenieur sowie als Bauleiter tätig. Aus gesundheitlichen Gründen mußte er seinen beruflichen Weg vorzeitig beenden.

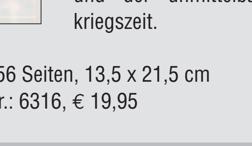


Kart., 64 Seiten
Best.-Nr.: 6588, € 6,40

Hans Burkhard Sumowski
Jetzt war ich ganz allein
Erinnerungen an eine Kindheit in Königsberg – 1944 – 1947

Einen letzten schönen Sommer verbringt der achtjährige Burkhard mit seiner Mutter in Königsberg, bevor im Herbst 1944 die Vorbereitungen für den Endkampf beginnen und die Stadt zur Festung wird. Der Krieg, zunächst ein aufregendes Spiel, wird bald zur grausamen Realität. In den Wirren nach der sowjetischen Invasion sterben Burkhards sechs Wochen altes Brüderchen, seine Mutter und seine Großmutter. Zusammen mit den anderen Königsberger Kriegswaisen kommt der Junge in einem Kinderheim unter und lernt, sich bei den Russen durchzuschlagen. Die Suche nach Essbarem und der Kampf gegen Kälte und Krankheiten bestimmen von nun an den Alltag. Unfassbar ist das Glück, als die Kinder schließlich im November 1947 nach Deutschland ausreisen dürfen. Der Autor schildert seine ergreifende Geschichte souverän und mitreißend. Sein Buch ist ein einzigartiges Zeugnis von den letzten Kriegsmonaten und der unmittelbaren Nachkriegszeit.



Geb., 256 Seiten, 13,5 x 21,5 cm
Best.-Nr.: 6316, € 19,95

Ostpreußen-Anstecker



Ostpreußen-Anstecker-Elchschaufel
Format: 2,5 cm hoch, 2 cm breit
Best.-Nr.: 6604, € 3,95

Astrid von Menges
Orangen für Königsberg
Die dagebliebene Elvira Syroka erzählt

NEU

Genau 60 Jahre ist es her, dass der letzte Flüchtlingstransport Königsberg verließ. Was aber geschah mit den Zurückgebliebenen? Wie lebten sie? Elvira Syroka erzählt ihre Erlebnisse stellvertretend für jene, die in ihrer alten Heimat geblieben sind. Ihre Sprache ist geradlinig und sehr lebendig. 1930 in Lichtainen bei Osterode geboren, siedelte sie 1934 nach Mecklenburg um. 1945 wurde sie mit ihrer Familie von der Roten Armee nach Königsberg verschleppt. Die nächsten 3 Jahre waren ein Kampf ums Überleben. Mit dem letzten Flüchtlingstransport 1948 gelang es ihren Eltern und ihren beiden Schwestern in den Westen auszureisen. Sie selbst blieb durch unglückliche Umstände zurück. Elvira Syroka richtete sich in diesem Leben ein, lernte die russische Sprache und gab sich als Litauerin aus. Immer wieder musste sie mit großen Schwierigkeiten und gefährlichen Situationen zurechtkommen. Immer wieder fand sie aber auch Menschen, die ihr halfen. Von Astrid von Menges sind die, von ihr auch geführten, Tonbandinterviews sorgfältig und gefühlvoll in Schriftform gebracht worden, ohne den Inhalt zu verändern. Schließlich wird auch die Frage nach der Zukunft der Enklave beleuchtet, wobei der alten Kultur, die hier weiterhin spürbar ist, eine wichtige Rolle zukommt.

Geb., 202 Seiten
Best.-Nr.: 6601, € 14,95

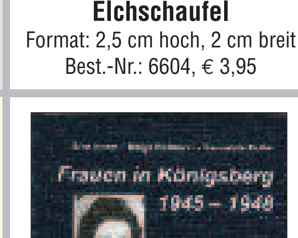
Ostpreußen-Schlüsselanhänger



Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6603, € 4,95

Gert von Bassewitz/Christian Bunners
Auf den Spuren von Paul Gerhardt
Eine Bildreise

Die Lieder Paul Gerhardts gehören zu den bekanntesten Texten deutscher Dichtung. Christian Bunners folgt den Wegen des Pfarrers und Poeten von Gräfenhainichen über Grimma und Wittenberg nach Berlin, Mittenwalde und zur letzten Wirkungsstätte in Lübben im Spreewald. Einfühlsam eröffnet er den Zugang zu den Liedern Gerhardts, indem er ihre Verwurzelung im Leben und Denken des 17. Jahrhunderts verdeutlicht. Gert von Bassewitz fängt in brillanten Farbfotos Landschaften und Wirkungsstätten Gerhardts ein.
Geb., 96 Seiten
mit 50 Abbildungen,
Format: 24 x 32 cm
Best.-Nr.: 6088, € 14,95




Erna Ewert, Marga Pollmann, Hannelore Müller
Frauen in Königsberg 1945 – 1948
Kart., 188 Seiten, 8. Auflage, 2006, Best.-Nr.: 2812, € 12,90

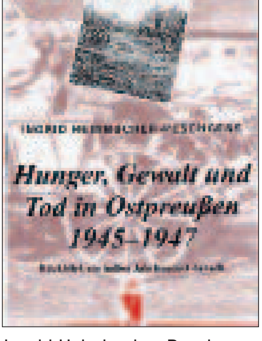
lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

PMD Preußischer Mediendienst

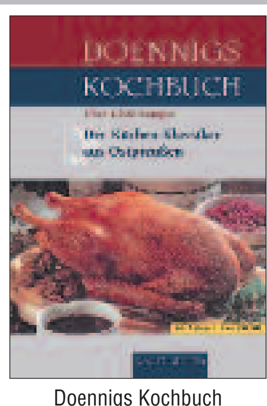
ANDREAS KOSSERT
Kalte Heimat
Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945

Nicht willkommen. Die Vertriebenen nach 1945 in Deutschland. Mit diesem Buch bricht der Autor ein Tabu: Er erschüttert den Mythos der rundum geglückten Integration der Vertriebenen nach 1945. Erstmals erhalten wir ein wirklichkeitsgetreues Bild von den schwierigen Lebensumständen der Menschen im »Wirtschaftswunderland«.
Nach dem Zweiten Weltkrieg flohen mehr als 14 Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten, der überwiegende Teil in die westlichen Besatzungszonen. Diejenigen, die Flucht und Vertreibung überlebt hatten, fühlten sich von ihren deutschen Landsleuten aber nicht aufgenommen, sondern ausgegrenzt. Während die einen schon alles verloren hatten, sahen sich die anderen nun dem gewaltigen Zustrom der »Fremden« ausgesetzt, der das soziale Gefüge Restdeutschlands auf den Kopf stellte. Vorurteile und der mit dem Lastenausgleich aufkommende Neid zogen einen tiefen Graben durch die deutsche Gesellschaft. Ohne die Vertriebenen, die mit Nichts begannen, hätte es jedoch ein »Wirtschaftswunder« nicht gegeben, sie waren ein wichtiger Motor der Modernisierung in der Bundesrepublik. So wurden sie zwar als Wähler heftig umworben und politisch von allen Seiten instrumentalisiert, zugleich aber mit ihren tiefen Traumatisierungen alleingelassen.
Andreas Kossert hat die schwierige Ankunftsgeschichte der Vertriebenen umfassend erforscht und beleuchtet erstmals diesen blinden Fleck im Bewusstsein der deutschen Nachkriegsgeschichte. In seinem Buch beschreibt er eindrucksvoll die Erfahrungen derjenigen, die durch den Krieg entwurzelt wurden und immense Verluste erlitten haben, und fragt nach den materiellen und seelischen Folgen für die Vertriebenen und deren Nachkommen.

Gebundenes Buch, 432 Seiten
Best.-Nr.: 6558, € 24,95



Ingrid Heimbucher-Peschgens
Hunger, Gewalt und Tod in Ostpreußen 1945 – 1947
Kart., 160 Seiten
Best.-Nr.: 2623, € 8,80



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen
über 1500 Rezepte
Geb., 640 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

Kersten Radzimanowski

Kersten Radzimanowski
Schalgendorfer Chronik

Vor mehr als 300 Jahren gründeten deutsche Siedler im ostpreußischen Oberland einen neuen Ort: Schwalgendorf. Über den steinigen Weg dieser mutigen und tatkräftigen Familien, von ihrem Ringen mit den Naturgewalten und ihrem Widerstand gegen fremde Agressoren – Russen, Polen, Franzosen – wird hier berichtet. Die Chronik dokumentiert den Werdegang Schwalgendorfs vom Beginn im Jahre 1700 bis zum schrecklichen Ende 1945. Hunderte Namen Schwalgendorfer Familien werden in dieser Chronik dem Vergessen entrissen.Darüber hinaus gibt das Buch einen Einblick in Brauchtum und Tradition, vom Tageswerk der Bauern, Handwerker, Forstarbeiter, vom Leben im Wald, von Fischfang und der Flößerei.
Geb., 263 Seiten, mit zahlreichen Fotos und Abbildungen
Best.-Nr.: 6599, € 43,00



Kersten Radzimanowski
Wir vom Geserich – Aus Ostpreußens Oberland
von Saalfeld bis Deutsch-Eylau

Dieses Buch handelt von Bürgern und Bauern, von Händlern und Handwerkern, von Fischern, Flößern und Forstleuten. Es zeichnet das Portrait einer oberländischen Region, handelt vom Leben und Lebenswillen der Menschen zwischen Saalfeld und Deutsch-Eylau. Es folgt den Spuren der Deutschen im (ost)preußischen Oberland, die vor mehr als 700 Jahren begannen, diesen Teil unserer Heimat urbar zu machen, ihn kultiviert und geprägt haben. Ungezählt sind die Opfer, die sie für die Verteidigung der ostpreußischen Heimat vor allem vor Überfällen polnischer Banden und Söldnerheere zu erbringen hatten. Die Bewohner der Region rund um den Geserich werden mit diesem Buch dem Vergessen entrissen. Möglichst viele Namen, die für das Deutschtum des ostpreußischen Oberlandes stehen, sollen erwähnt, das Leben gerade der Generation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgezeichnet und gewürdigt werden. Es ist eine Botschaft an die Zukunft, an die kommenden Generationen – vergesst eure Heimat, eure Ahnen nicht!
Geb., 368 Seiten, mit zahlreichen historischen Fotos, Karten, Ortsplänen und Einwohnerlisten
Best.-Nr.: 6592, € 53,00

Kersten Radzimanowski
Der Alf von Venedien
Sagen und Geschichten aus Ostpreußens Oberland – Der Kreis Mohrungen und seine Umgebung

Mit über 60 Sagen aus dem gesamten Kreis Mohrungen, ungefähr 20 aus benachbarten Regionen sowie etwa zehn Geschichten, die vor allem vom Leben in der Herderstadt handeln, ist "Der Alf von Venedien" ein Füllhorn heimatlicher Erinnerungen. Illustriert wird das Buch mit annähernd 100 historischen und aktuellen Fotos aus dem Herzen des Oberlandes einschließlich 16 Seiten schönster Farbfotos aus Stadt und Kreis. Zahlreiche Lagepläne geben dem Leser eine zusätzliche Orientierung.
Geb., 220 Seiten, mit zahlreichen Fotos und Lageplänen, 16 Seiten mit den schönsten Farbfotos vom Oberland
Best.-Nr.: 6600, € 37,00

Aufkleber Elchschaufel – Supersonderangebot!

Nur für kurze Zeit!!!

OSTPREUSSEN
Format: oval
14,5 cm breit, 9,5 cm hoch
witterungs- und UV-beständig
Best.-Nr.: 1505

statt € 1,99 nur noch € 1,49

Nur noch wenige Exemplare!!!

Ostpreußen – unvergessene Heimat
Format: oval
15,5 cm breit, 10,5 cm hoch
witterungs- und UV-beständig
Best.-Nr.: 6602

statt € 1,99 nur noch € 1,49

Christel Wels
Der unvergessene Weg – Ein ostpreußische Biografie

Eine schwere, entbehrungsreiche Kindheit in Ostpreußen beschreibt Christel Wels, geborene Faust, in ihrem eindrucksvollen Erinnerungswerk. 1929 geboren, blieb sie ihr Leben lang mit ihrer Zwillingsschwester Alice innig verbunden. Die insgesamt vier Geschwister wuchsen auf dem Lande auf. Während der viel beschäftigte Vater sich selten, dafür besonders liebevoll um seine Kinder kümmerte, verfolgte die Mutter eine sehr strenge Erziehung. Zum Ende des Zweiten Weltkrieges gab es schreckliche Erlebnisse zwischen Leben und Tod, Flucht, Vergewaltigungen und Zwangsarbeit.
Geb., 110 Seiten
Best.-Nr.: 6124, € 12,90

Günter S. Freudenreich
Kindheit in Königsberg-Erinnerungen an Ostpreußen

In stimmungsvolle Landschaftsschilderungen Ostpreußens webt Günter S. Freudenreich heitere Erlebnisse aus seiner Kindheit und Schulzeit ein. Ein Ende hat diese paradiesische Zeit mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Den Beschuß seiner geliebten Heimatstadt Königsberg erlebt der Autor als schmerzlichen und prägenden Wendepunkt seines Lebens.

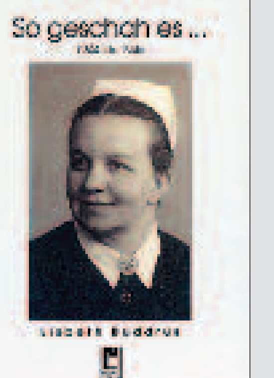
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 4271, € 8,40

Lotte S. Couch
Sandlauken
Todesmarsch in Ostpreußen

Die Leiden der 1945 in Ostpreußen zurückgebliebenen Deutschen beschreibt dieser Roman: Eine Landarbeiterfamilie aus dem Dorf Sandlauken kämpft nach dem Einmarsch der Roten Armee um die Existenz. Viele Familienmitglieder sterben auf dem Todesmarsch Hunderttausender von den Russen durchs Land getriebener Deutscher. Während die Menschen der Brutalität ihrer Bewacher, dem Hunger und den Strapazen zum Opfer fallen, besetzen Plünderer ihre Häuser. Edith Goertz, eine der wenigen Überlebenden ihrer Familie, reist ein halbes Jahrhundert später zusammen mit der Autorin in das heimatliche Sandlauken, wo die Realität des Schauplatzes für beide die Vergangenheit noch einmal präsent werden läßt.

Kart., 176 Seiten
Best.-Nr.: 2434, € 8,90

Hans-Joachim Zimmermann Hrsg.
So geschah es...
von Lisbeth Buddrus



Schwester Lisbeth Buddrus wurde am 08.09.1910 in Laugszagen / Memelland geboren und verstarb am 22.10.1992 in Kiel, der Patenstadt von Tilsit. Bereits in den Jahren 1946/1947 dokumentierte sie in Sütterlinschrift ihre Erlebnisse im letzten Kriegsjahr in Tilsit und die anschließende Flucht bis zur Ausweisung in den Westen. Es war ein innerer Drang, der sie unmittelbar nach den Geschehnissen veranlasste, alles wahrheitsgetreu aufzuschreiben, um die erlebten Untaten verarbeiten zu können. So entstand ein zeitgeschichtliches Dokument, das lange der Öffentlichkeit verborgen blieb und lediglich als Schicksalsbericht in der Familie bewahrt bleiben sollte.
Nachdem wir immer wieder ausführlich über ihr „Erleben" gesprochen hatten, übergab sie mir 1980 das Aufgeschriebene, das sie von Hand- in Maschinenschrift übertragen hatte.
Ein Versprechen musste ich ihr allerdings geben: Es erst dann ausführlich zu lesen, wenn sie bereits bei Gott weilte!
Jetzt können Sie erstmals dieses Buch lesen, in dem eine Diakonieschwester, die zu der Erlebnisgeneration gehörte, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu Papier gebracht hat.

Geb., 214 Seiten
Best.-Nr.: 6399, € 14,50

Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 21/08
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

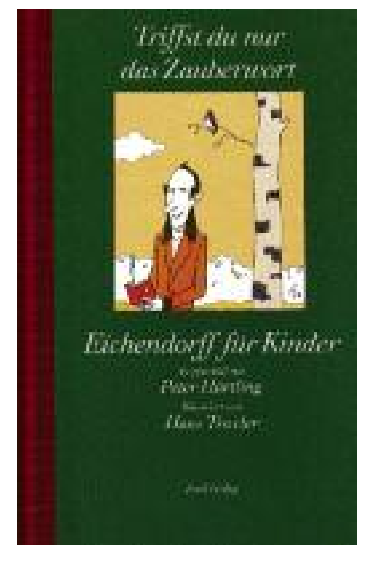
Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

Eichendorff (nicht nur) für Kinder

Ich saß am Schreibtisch bleich und krumm, / Es war mir in meinem Kopf ganz dumm / Vor Dichten, wie ich alle die Sachen / Sollte auf's allerbeste machen ...“ Diesen Knoten hat der Dichter aber schnell und nachhaltig gelöst, denn schließlich war es Joseph von Eichendorff, der diese launigen Zeilen schrieb. Von ihm stammen so herrliche Geschichten wie die um den Taugenichts, so zauberhafte Gedichte und Lieder wie „Wem Gott will rechte Gunst erweisen“ oder „In einem kühlen Grunde“. Gedichte und Geschichten, die auch Kinder gern lesen, wenn man sie an Eichendorff behutsam heranführt. Das hat der Schriftsteller Peter Härtling nun für den Insel Verlag getan. Mit **„Eichendorff für Kinder“** (80 Seiten, Halbleinen,



14,80 Euro) hat er eine Sammlung zusammengestellt, die nicht nur für Kinder interessant sein dürfte, sondern auch Erwachsene an den Dichter der Romantik heranführt.

„Eichendorff hatte die Gabe, sich Lieder auszudenken, die sich ‚wie von früher‘ anhören“, so Peter Härtling, „Lieder, die schon immer gesungen wurden.“ Er hatte aber auch die Gabe, immer das „Zauberwort“ zu treffen. Mit sicherem Gespür ist es auch dem Illustrator Hans Traxler gelungen, die Gedanken Eichendorffs mit spitzer Feder sichtbar zu machen. Ein Buch, das man nur mit Bedauern aus der Hand legt. *SiS*

Fürstlicher Glanz an der Elde

Auf den Spuren der Preußenkönigin Sophie Luise

Von Helga Schnehagen

Im Schatten der prachtvollen Residenz Ludwigslust versteckt sich etwa zehn Kilometer nordöstlich einer der bedeutendsten Bauten des mecklenburgischen Barock: das Schloß von Neustadt-Glewe. Daß die zweigeschossige Dreiflügelanlage überhaupt je zum Fürstensitz wurde, ist wohl nur dem Umstand zu verdanken, daß das nahe Grabower Schloß 1725 einem Stadtbrand zum Opfer fiel und Herzog Christian Ludwig II. für sich, seine Schwester Sophie Luise und die Familie dringend eine neue Bleibe benötigte. Denn als er nach der Katastrophe in Neustadt-Glewe einzog, fehlten dort nicht nur Fenster. Auch bei der Innenausstattung lag noch vieles im argen.

Der Schloßbau war 1619 unter Mecklenburgs Herzog Adolf Friedrich begonnen worden. Ein paar Jahre waren die Arbeiten fleißig vorangegangen, bis der Dreißigjährige Krieg alles zum Stillstand brachte. Als Wallenstein 1629 Neustadt-Glewe besuchte, hat der Rohbau einen derartigen Eindruck auf ihn gemacht, daß er anordnete, das Schloß so unter Dach und Fach zu bringen, damit es nicht verfiele.

Wallenstein lag das Schloß am Herzen

Erst knapp 100 Jahre später, um 1720, gelang es, den Bau zu einem gewissen Abschluß zu bringen. Allerdings nicht im vorgesehenen Stil der Spätrenaissance, sondern in den zeitgemäßen Formen des niederländischen Barock.

Vollenden konnte jedoch auch Christian Ludwig II. das Schloß nicht. So hat etwa der Skulpturen-Schmuck im Dachbereich das Stadium der Planung nie verlassen.

Über das Leben auf der fürstlichen Baustelle weiß man nicht viel. Christian Ludwigs Einzug war am 28. Juli 1725. Nur wenige Tage später, am 6. August, gebar seine Gemahlin Gustave Karoline von Mecklenburg-Strelitz den Prinzen Ludwig. Am 13. März 1732 erblickte Prinzessin Amalie in Neustadt-Glewe das Licht der Welt.

Wie Sophie Luise sich in dem beschaulichen Elde-Ort gefühlt hat, der heute mit allen Ortsteilen 7000 Einwohner zählt und – abgesehen von DDR-Zeiten mit 8000 Einwohnern – in früheren Zeiten noch weniger Ansässige besaß, ist nicht überliefert. Auch nicht, wie lange sie dort überhaupt gelebt hat. Nach offizieller Lesart war sie gemütskrank. Und dafür gab es mehr als einen Grund. Als „mecklenburgische Venus“ gerühmt, war die einzige Tochter Herzog Friedrichs I. von Mecklenburg-Schwerin-Grabow und seiner Gemahlin Christine Wilhelmine von Hessen-Homburg zur dritten Gemahlin Friedrichs I. auserwählt worden. Nach dem Tod seines bis dato einzigen Enkelsohns hatte sich der Preußenkönig 1708 entschlossen, mit 51 Jahren die 23jährige zu ehelichen. Zur vorsorglichen Sicherung der Thronfolge.

In Berlin traf die junge Königin auf ein von Intrigen, Haß und Verleumdungen erfülltes Hofleben, dem sie nicht gewachsen war. Besonders, da sie ihrer wichtigsten Aufgabe, der Dynastie einen Thronerben zu schenken, auch nicht nachkam. Nach dem Tod ihres Gatten 1713 wurde sie von dessen Sohn Friedrich Wilhelm I., der dann selbst erfolgreich für Nachwuchs sorgte, zu ihrer Familie nach Grabow zurückgeschickt. Ohne Geld, wie es heißt.

Zehn Jahre verbrachte Christian Ludwig II. in Neustadt-Glewe, bis er 1735 nach Schwerin zog, dem Jahr, in dem auch seine Schwester im Alter von 50 Jahren dort verstarb, kinderlos und ohne ein weiteres Mal geheiratet zu haben. Beigesetzt wurde die unglückliche Witwe des ersten Preußenkönigs in der Schweriner Nikolaikirche, übrigens auch sie ein bedeutendes Zeugnis des mecklenburgischen Barock.

In Neustadt-Glewe erlosch damit aller fürstlicher Glanz. Das Schloß diente fortan als Amtsgericht samt Gefängnis, Verwaltungsgebäude, zu Wohnzwecken, als Schule, Kantine und Bibliothek.

Seit der millionenschweren Sanierung von 1992 bis 1997 reiht es sich in die Phalanx von Mecklenburg-Vorpommerns 260 touristisch genutzten Burgen, Schlössern und Herrenhäusern ein, in denen heute Museen, Kunstsammlungen, Ausstellungen, Restaurants oder Übernachtungsgäste untergebracht sind.

An der Elde hielt ein luxuriöses Schloß-Hotel Einzug, das sich durch seine üppigen Stuckdecken von allen anderen abhebt. Barockkünstler aus Italien schufen Anfang des 18. Jahrhunderts die 1600 Quadratmeter Stuckflächen, die jetzt – rund 280 Jahre später – von polnischen Restauratoren aufwendig saniert wurden.



Schloß Neustadt-Glewe: Auf der Terrasse kann man die Ruhe genießen. Foto: Golden Tulip Schloß Neustadt- Glewe

Sein Name ist Bond, James Bond ...

Vor 100 Jahren wurde der Schriftsteller Ian Fleming geboren

Von Hans Lody

Als Ian Fleming 1953 seinen ersten James-Bond-Roman „Casino Royale“ veröffentlichte, war noch nicht vorhersehbar, daß diese Figur einmal solchen Erfolg haben würde. Der Titelheld trägt autobiographische Züge. Kein Wunder, denn im richtigen Leben waren es solche Erlebnisse, die Fleming seinen Lebenserfolg einbrachten. Der am 28. Mai 1908 geborene Fleming wandte sich nach abgebrochenem Schulbesuch mit wenig Erfolg der Militärlaufbahn zu. Anschließend schriftstellerte er und versuchte sich erfolglos beim Auswärtigen Dienst.

Erst als Journalist und Wertpapierhändler kam er zu Erfolg und Wohlstand. Bereits 1933 hatte er erstmalig Berührung mit geheimdienstlicher Tätigkeit. Er bereiste als Journalist für „Reuters“ und „Times“ die Sowjetunion und spionierte dort. Als 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, gelang es ihm, hauptamtlicher Mitarbeiter des Marinenachrichtendienstes zu werden. 1940 war Fleming in Gibraltar und Spanien tätig. Ab 1941 half er beim Aufbau des verbündeten US-Marinegeheimdienstes. Bis 1943 schuf er eine Sonderkommandoeinheit, die intern „Flemings red Indians“ genannt wurde. Die letzten Kriegsjahre verbrachte er meist auf Jamaika. Sein letztes Projekt war die nicht realisierte Entführung von Hitlers Privatsekretär Martin Bormann – ein sehr skurriles Unternehmen, schließlich sind die Gerüchte, dieser sei ein Topagent des russischen Geheimdienstes gewesen, bis heute ungeklärt. Vielleicht hat Fleming dies später zu seinem Roman: „You only live twice“ veranlaßt, der dann mit Sean Connery in der Hauptrolle verfilmt wurde. Ob und gegebenfalls wann Fleming aus den Diensten des Geheimdienstes ausschied, ist unbekannt. Als 1951 zwei britische Diplomaten als sowjetische Topagenten enttarnt wurden, inspirierte ihn das zu seinem ersten Roman. Den Namen des Romanhelden entlieh er einem gleichnamigen Vogelkundler.

In rascher Folge erschienen nun die Bond-Romane, zwei von ihnen wurden erst nach Flemings Tod veröffentlicht. „Feuerball“ erlebte sogar zwei Verfilmungen („Feuerball“ und „Sag niemals nie“) – beide mit Sean Connery in der Hauptrolle. Der Erfolg der Romane stellte sich sehr langsam ein. Für „Casino Royal“ erhielt Fleming 1954 ganze 6000 Dollar Honorar, 1957 brachte der „Daily Express“ seine Geschichten als Comic Strip heraus. Ende der 50er Jahre hatte Filmproduzent Harry Saltzman die Rechte für fast alle Bond-Romane erworben und suchte einen Finanzier, den er Anfang der 60er Jahre mit Albert R. Broccoli auch fand. Beiden gelang es dann, die Filmgesellschaft „United Artists“ für ein erstes James-Bond-Projekt zu gewinnen. Die Suche nach dem Hauptdarsteller gestaltete sich schwierig, weil Flemings Favorit Cary Grant die Rolle ablehnte und auch der dann ins Auge gefaßte Roger Moore abwinkte. So bekam der damals weitgehend unbekannte schottische Schauspieler Sean Connery die Chance seines Lebens. Er nutzte sie. Insgesamt siebenmal spielte Connery den Doppelnullagenten mit der Lizenz zum Töten. Am 5. Oktober 1962 war die Premiere von „James Bond jagt Dr. No“. Der Erfolg war unbeschreiblich und unverzüglich begannen die Arbeiten für den zweiten Film. Während der Dreharbeiten zum dritten Bond-Film „Feuerball“ starb Fleming an einem Herzinfarkt. Er wurde neben seiner Frau Anne auf einem Dorffriedhof in der Grafschaft Wiltshire begraben. Damit endete zwar Flemings Geschichte, aber seine Romanfigur James Bond begann ein Eigenleben zu führen. Insgesamt 14 Romane hatte Fleming verfaßt, von denen Saltzman und Broccoli die Verfilmungsrechte für 13 besaßen. Nach Connery wurde mit George Lazenby ein neuer Hauptdarsteller ausprobiert und Connery anschließend erneut verpflichtet („Diamantenfieber“). Schließlich übernahm Roger Moore die Rolle, Connery kehrte aber nochmals mit „Sag niemals nie“ zurück. Bis heute streiten sich die Bond-Fans, wer denn nun der bessere Bond gewesen sei. Mit „Octopussy“ war die letzte Romanvorlage von Fleming verfilmt worden. Nun wurden Schriftsteller engagiert, die Bond-Romane nach Kurzgeschichten von Fleming schrieben. Für den in die Jahre gekommenen Moore verkörperte schließlich Timothy Dalton den sagenhaften Agenten.

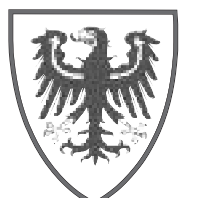
Anfang der 90er Jahre kam eine Zäsur. Mit Pierce Brosnan kam ein neuer Darsteller. Auf literarische Vorlagen glaubte man nun verzichten zu können. Zwar strömten die Zuschauer immer noch zu den Kinokassen, aber man merkte der Handlung einen gewissen Qualitätsbruch an.

2006 hatte die Filmgesellschaft endlich die Rechte für „Casino Royale“ erworben. Mit Daniel Craig betrat nun der sechste Bond die Bühne und hatte in der Rolle den bisher größten Erfolg aller Darsteller. Man darf gespannt sein, was die Zuschauer erwartet, wenn im Herbst 2008 der 22. Bond – der 23. wenn man Connerys inoffiziellen Film „Sag niemals nie“ mitzählt – in die Kinos kommt.



Beliebter Film-Held: Daniel Craig als James Bond Foto: Archiv

Das Ostpreußenblatt



Nr. 21 – 24. Mai 2008

»Reichsstraße« erregt Veteranen

In Königsberg haben Veteranen des Zweiten Weltkrieges gegen die Eröffnung eines an der Königsberger Bucht gelegenen Hotels mit der Bezeichnung „Reichsstraße“ protestiert. „Ein solch provokanter Name in der Stadt, in der Tausende Soldaten wegen Nazi-Deutschland umgekommen sind, ist einfach eine Lästerung“, so eine offizielle Erklärung des örtlichen Komitees der Kriegsveteranen.

Die Veteranen wollen sich nun an die Administration der Stadt wenden, um eine Umbenennung des Hotels zu erreichen. Die Veteranen beklagen, daß es schon zu einer „guten“ Tradition in der Stadt geworden sei, die Veteranen immer pünktlich zum Siegestag zu beleidigen. „Vor ein paar Jahren gratulierte eine Zeitung den Veteranen, indem sie ein Foto vom deutschen Panzer ‚Tiger‘ veröffentlichte; dann wurde ein Stadtplan mit der Horst-Wessel-Straße herausgegeben; und im letzten Jahr haben die Veteranen Postkarten mit Werbung eines Beerdigungsinstituts erhalten“, erinnert man sich im Komitee.

Ganz im Sinne der Veteranen hat die Abteilung für Verkauf und Werbung der Gebietsverwaltung die Hotelbetreiber abgemahnt mit der Begründung, daß sie gegen das Gesetz „Über den Schutz der Russischen Sprache“ verstoßen hätten, weil der Name des Hotels auf Deutsch geschrieben sei.

Seitens des Hotels versucht man sich mit dem Hinweis zu verteidigen, daß der Name „Reichsstraße“ gar nichts mit der Geschichte NS-Deutschlands zu tun habe. Denn schon bevor Adolf Hitler an die Macht gekommen sei, sei das die längste Straße Deutschlands gewesen, die wichtigsten Städte – darunter auch Königsberg – miteinander verbunden habe.

Das Hotel erhielt eine Abmahnung

Fakt ist, daß der Begriff „Reichsstraße“ erst 1934 eingeführt wurde, „Fernverkehrsstraßen“ (FVS) jedoch unter dieser Bezeichnung bereits vor der NS-Zeit existent waren. Die Reichsstraße 1 führte über 1392 Kilometer von Aachen über Jülich, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Soest, Paderborn, Hameln, Hildesheim, Braunschweig, Magdeburg, Potsdam, Berlin, Altlandsberg, Küstrin, Landsberg (Warthe), Konitz, Dirschau, Elbing, Braunsberg, Königsberg, Insterburg und Gumbinnen bis nach Eydtkuhnen an der damaligen deutsch-litauischen Grenze. Sie war damit die längste je existierende deutsche Straße. Am 17. Januar 1932 wurden zur Verbesserung der Orientierung im Deutschen Reich die wichtigsten Fernstraßen nummeriert. Seit 1934 kennzeichnet die bekannte gelbe Nummerntafel mit schwarzer Schrift diese Straßen. Zu dieser Zeit begann auch der Bau der Reichsautobahnen, der zwischen 1936 und 1938 eine Neuordnung der Reichsstraßen und auch der Reichsstraße 1 erforderlich machte. Nach dem Krieg wurde die „Reichsstraße“ in „Bundesstraße“ umbenannt. *E. B.*

Konkrete Kritik formuliert

Zum Tag der Arbeit versammelten sich in Königsberg mehr Menschen als in den Vorjahren

Von Jurij Tschernyschew

Mit Elan wurde in Königsberg am 1. Mai der Tag der Arbeit gefeiert. An diesem Tag werden in der Stadt üblicherweise die Springbrunnen wieder angestellt. Weil die Königsberger Jugend lustige Effekte liebt, wird dem Wasser der Springbrunnen gerne von Scherzbolden Shampoo oder Waschmittel beigefügt, was zwar zur Freude der Kinder zur Bildung großer Schaummengen führt, aber auch zu Problemen für die Mitarbeiter der Wasserwerke.

Zum Tag der Arbeit waren auch Hunderte Motorradfahrer aus Rußland und anderen Ländern gekommen, um durch die Stadt zu fahren und sich vor den Königsbergern zu zeigen. Später nahmen sie die Route Königsberg–Cranz–Rauschen in Angriff, um anschließend ins Königsberger Zentrum zurückzukehren, wo sie auf dem Zentralplatz auf eine Vielzahl Königsberger trafen. Dort fand ein Konzert statt, an dem sie teilnahmen. Auf dem Hansaplatz fand eine Folkloreaufführung statt.

Es gab auch den traditionellen Sportwettbewerb. Die Zeitung „Kaliningradskaja Prawda“ organisierte einen Stafettenlauf, wie er auch schon in den vorangegangenen Jahren durchgeführt worden war. An ihm nahmen viele Schulklassen, Studenten und Betriebssportler teil. Sie alle kämpften um den Preis der Zeitung.

Im Königsberger Zoo fanden sich viele Kinder mit ihren Eltern ein, um der Saisoneröffnung beizuwohnen.

Schon am Morgen des 1. Mai fanden von den Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei organisierte Versammlungen und Kundgebungen statt. Beim Denkmal zu Ehren der Mutter Rußland versammelten sich Gewerkschafts- und Veteranenorganisationsfunktionäre. Später bewegten sich Kolonnen von Demonstranten vom Hotel „Kaliningrad“ über den Lenin-Prospekt zum Hansaplatz, wo eine Maikundgebung stattfand. Die Redner sprachen die sozialen Probleme an. Zu nennen sind hier vor allem der starke Preisanstieg bei Lebensmitteln und kommunalen Diensten. Obwohl laut offizieller Statistik die Inflation seit Beginn des Jahres 2008 nur 6,3 Prozent betrug, stiegen die Preise real wesentlich stärker. Das war besonders am 1. Mai zu spüren. Der Grund dafür war, daß bis zu diesem Tag eine Vereinbarung zwischen der Gebietsregierung und den Herstellern und Verkäufern von Grundnahrungsmitteln bestanden hatte, die sogenannten „sozial wichtigen“ Produkte zu eingefrorenen Preisen abzugeben. Nun sind diese Begrenzungen aufgehoben, und die Preise schnellten in die Höhe. Schon in der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai wurden in den großen Handelsketten der Stadt die Preisetiketten geändert, so daß die ersten Käufer am frühen Morgen schon die neuen, erhöhten Preise zahlen mußten.



Von Flaggen aus der Sowjetzeit geprägt: Festveranstaltung aus Anlaß des Tages der Arbeit — Foto: Tschernyschew

Daneben kritisierten die Redner, daß alle Medizin kostenpflichtig geworden sei, ungeachtet des Vorhandenseins einer Pflichtkrankenversicherung für jeden, ohne die man nicht zum Arzt gehen könne. Doch obwohl man vorab den Nachweis einer Krankenversicherung erbringen müsse, habe man praktisch für alles zu bezahlen. Vor dem Feiertag wurde der Chefarzt des Gebietskrankenhauses, Alexej Stenin, der erst vor kurzem diese Position übernommen hatte, gefeuert, weil fast alle Mitarbeiter des Krankenhauses Geld für die Behandlung forderten, ungeachtet dessen, daß die Patienten eine Krankenversicherung vorweisen konnten, deren Beitrag ihre Arbeitgeber direkt vom Gehalt abziehen.

Ebenso hieß es, daß in Königsberg die Dollar-Millionäre „wie Pilze aus dem Boden“ schössen und das, während gleichzeitig viele Rentner von weniger als umgerechnet 100 Euro im Monat leben müßten.

Die Redner erinnerten auch daran, daß Wladimir Putin vor kurzem erst erklärt hatte, „die durchschnittliche Pension“ würde „auf zirka 150 Dollar angehoben“, was seinen Angaben zufolge den 100 Rubeln entspreche, welche die Rentner in der Sowjetunion erhielten. Das ist jedoch ganz und gar nicht so. In der Sowjetunion kosteten die kommunalen Dienste für eine 50-Quadratmeter-Wohnung ungefähr 15 Rubel im Monat, heute sind es 3000 Rubel. Das heißt, die Rentner zahlen für ihre Wohnung bereits die gesamte Rente. Wenn früher das Essen in einer Mensa 50 Kopeken kostete, so sind es heute fast 200 Rubel. Für 100 sowjetische Rubel konnte man also 200mal essen, für die heutige durchschnittliche Rente gerade ein halbes mal.

Viele Redner übten auch Kritik am Chefarchitekten der Stadt Alexander Baschin und dem ehemaligen Bürgermeister Jurij Sawenko, die Königsberg zu einer Anhäufung von Eisen- und Beton-Monstern verwandelt und für gewaltige Baustellen Spielplätze und Parkanlagen geopfert hatten. Bei der Kritik bekamen auch die Glücksspielzonen, die im Königsberger Gebiet entstehen sollen, ihr Fett weg. Von ihnen hieß es, daß sie den Königsbergern nichts Gutes bringen würden.

Die Zeitungen der Region berichten für gewöhnlich, daß die Teilnahme an diesen Kundgebungen und Demonstrationen rückläufig sei und dort nur „alte Schwachköpfe“ hingingen, die wirklichkeitsferne Forderungen verträten. Doch in diesem Jahr versammelten sich wesentlich mehr Menschen auf dem Hansaplatz als in den vergangenen Jahren, und die Kritik an den Mächtigen wurden konkreter formuliert und in Resolutionen festgehalten.

Wettlauf mit der Zeit

Die halbherzigen Restaurierungsversuche halten mit dem Verfall der Vorkriegsbauten kaum Schritt

Von Jurij Tschernyschew

In letzter Zeit ist es im Königsberger Gebiet in Mode gekommen, Meinungsumfragen durchzuführen, um herauszufinden, welche Sehenswürdigkeiten der Stadt bei den Bewohnern am beliebtesten sind. Die Wahl fällt meistens auf Bauten, die vor dem Krieg gebaut worden sind.

In den letzten Jahren hat in Königsberg ein echter Bauboom stattgefunden. Es wurden Verwaltungsgebäude, Einkaufszentren in unterschiedlichen Architekturformen und -arten gebaut, doch nach Ansicht vieler Bewohner der Pregelmetropole sind sie alle Beispiellen Königsberger Architektur nachempfunden. Obwohl die Architekturbauten der Vorkriegszeit nicht nur bei den Königsbergern, sondern auch bei vielen Gästen Aufmerksamkeit und Sympathie auf sich ziehen, hatte man lange Zeit kein Geld für ihre Restaurierung.

Die Beamten, die mit der Entwicklung des Regionaltourismus beschäftigt sind, denken ständig darüber nach, wie man Touristen in das Gebiet locken kann. In den letzten zwei Jahren gab es zahlreiche Projekte, unter anderem die Idee, Bernsteinstückchen von den Stränden des Königsberger Gebiets bei der Ankunft von Touristengruppen zu verteilen. Eine andere Idee bestand darin, Hotels höherer Kategorien mit drei bis fünf Sternen zu bauen. Zur Zeit werden schon einige Fünf-Sterne Hotels gebaut, weitere sind in Planung. Jedoch stehen die meisten davon leer; nicht nur, weil sie zu teuer sind, sondern, weil Gäste fehlen, um diese Hotels zu füllen.

Dies ist nicht weiter verwunderlich, denn seit langem schon ist das bekannte Hotel „Kaliningrad“ im Sommer nicht ausgelastet und kann in der Nebensaison nur zur Hälfte belegt werden.

Die Praxis zeigt, daß die Touristen, die nach Königsberg kommen, sich am meisten für die historischen Architekturzeugnisse interessieren. Leider gib es nicht mehr viele davon, und die, die es noch gibt, befinden sich durchweg in schlechtem Zustand.

Erst jetzt hat die Regierung endlich Geld für die Restaurierung einiger Gebäude locker gemacht. Unter den historischen Bauten, die restauriert werden sollen, befinden sich bekannte Objekte wie die Königin-Luise-Kirche (heute Puppentheater), die Kirche der Heiligen Familie (heute die Bezirksphilharmonie) und die ehemalige Stadthalle, in der heute das kunsthistorische Museum untergebracht ist.

Fortsetzung auf Seite 16

Wettlauf mit der Zeit

Fortsetzung von Seite 15

Eine Teilrestaurierung des Anfang des 20. Jahrhunderts erbauten berühmten Gebäudes des Konzertsaals der Königsberger Philharmonie fand 2006 statt. Damals wurde ein Riß in einer Wand repariert. Diesmal steht eine schwierigere Arbeit bevor. Türmchen und die Fassade müssen wiederhergestellt werden, aber diese Arbeiten werden erst Anfang 2009 stattfinden. Zunächst wurden im Gebäude der Philharmonie moderne Heizungs- und Lüftungssysteme eingebaut.

Vor kurzem wurde mit der Generalüberholung der Königin-Luise-Kirche begonnen, die über 100 Jahre alt ist. Nach dem Krieg wurde das Kirchengebäude erstmals im Jahre 1976 wiederhergestellt. Danach fanden an dem Gebäude keine ernstzunehmenden Reparaturen mehr statt.

Dabei hat sich in den vergangenen 30 Jahren viel Renovierungsbedarf angesammelt. Die Decke des Gebäudes ist verschimmelt, und an einigen Stellen fehlt der Putz. Die Leitung des heute dort untergebrachten Puppentheaters befürchtet sogar, daß die Decke eines Tages auf die Köpfe der Zuschauer stürzen könnte. Um diese Renovierung erfolgreich abschließen zu können, mußte das Theater mindestens für ein Jahr in ein anderes Gebäude umziehen.

Das dritte Architekturdenkmal, in dem Renovierungsarbeiten begonnen haben, ist die ehemalige Stadthalle. Das Gebäude wurde im Jahre 1912 gebaut. Während des Krieges, im August 1944, wurde es stark beschädigt. Erstmals wurde das Gebäude in den Jahren 1981 bis 1986 renoviert. Die Außenfassade blieb unverändert und im Inneren wurde es zu einem Museum mit einer Ausstellungsfläche von 3500 Quadratmetern umgebaut. Die Eröffnungsfeier fand am 14. September 1991 statt. Bis jetzt ist das Dach des Gebäudes fertiggestellt. Die restlichen Arbeiten sollen bis 2009 andauern.

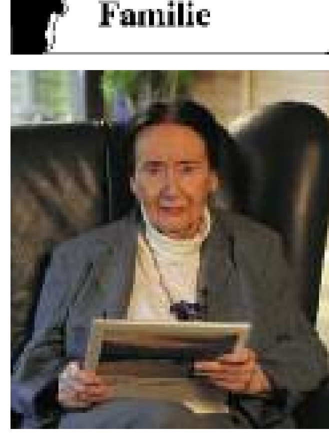
Zum ersten Mal seit langer Zeit sind Mittel mit dem Ziel, das Königsberger Gebiet weiterzuentwickeln, für die Renovierungs- beziehungsweise Restaurierungsarbeiten zur Verfügung gestellt worden. Mit diesem Geld werden Fassaden, Dächer und Innenräume renoviert. Die meisten Arbeiten werden aus dem Regierungsbudget finanziert, obwohl diese Mittel sehr gering sind. Zur Restaurierung der Königin-Luise-Kirche beispielsweise wurden rund 30 Millionen Rubel (gut 800 000 Euro) bereitgestellt. Zum Vergleich: Für die Ausbesserung der Promenade am Obersee wurden 700 Millionen Rubel eingeplant. Ein Teil des Geldes wird in die Errichtung einer Insel investiert, auf der ein 45 Meter hohes Riesenrad aufgestellt wird.

Und während dieser Zeit zerfallen langsam Hunderte von Kulturdenkmälern.

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

nein, eine Nachlese ist es nicht, erst recht kein Nachschrapsel ... Es geht einfach munter weiter mit den Wünschen und Fragen, die auf dem großen Ostpreußentreffen zu Pfingsten in Berlin an mich heran getragen wurden. Zum Glück bereits aufgeschrieben und mitgebracht, wie die von Herrn **Helmut Matschulat** aus Lägerdorf, der mir das Lob über unsere Ostpreußische Familie, das so viele Besucher des Treffens mir immer wieder bekundeten, auch schriftlich dokumentierte, das ich somit an alle Mithelfenden weitergebe. Und da taucht auch das Wort „Wunder" in seinem Schreiben auf: „Ich bin mir bewußt, wie schwierig Sucherfolge nach so langer Zeit sind. Ich bin mir als treuer Leser Ihrer Kolumne aber auch bewußt, welche Wunder da bereits vollbracht worden sind." Hoffen wir also auf ein solches für die Suchwünsche von Herrn Matschulat, das besonders seine 97jährige Mutter beglücken würde, denn sie fragt sich noch heute, was wohl aus **Lotte Behrendt(t)** geworden ist, die bei ihnen in Schillehnen / Waldheide von 1941 bis 1944 tätig war. Die noch nicht 30jährige ging am 9. Oktober 1944 gemeinsam mit der Familie Matschulat auf die Flucht. Bis Plaustendorf, Kreis Bartenstein blieben sie zusammen, dann wurden sie getrennt. Das war am 28. Oktober – von da an hat die Familie Matschulat nie wieder etwas von Lotte Behrend(t) gehört. Vielleicht weiß jemand von unseren Lesern etwas über das Schicksal der Gesuchten, kann aussagen, ob, wie und wo sie überlebt hat. Aber wenn sie sich persönlich melden würde – das wäre ja nun wirklich ein Wunder.

Anders sieht es da schon bei der zweiten Suchfrage aus, die Helmut Matschulat für zwei Schillehner übermittelt, denn **Horst Schimmelpfennig** aus dem Ort an der Memel wurde 1931 geboren, war also bei der Flucht etwa 13 Jahre alt. Seine ehemaligen Freunde **Karl Bittrich**, **Heribert** und **Gerd Schneidereit** würden sich über ein Lebenszeichen oder auch über einen sonstigen Hinweis hinsichtlich seines Verbleibs sehr freuen. (Helmut Matschulat, Stiftstraße 23, 25566 Lägerdorf, Telefon / Fax 0 48 28 / 61 23, E-Mail: hummat@t-online.de.) Telefonisch sind auch Karl Bittrich (0 95 31 / 13 41) und die Brüder Schneidereit (0 41 93 / 66 98) zu erreichen. Bei wem läutet es wohl zuerst?



Ruth Geede Foto: privat

Es war kalter ostpreußischer Winter, aber das Quartier, das diese fünf Soldaten bei der Familie **Maschinowski** in Narwickau, Kreis Ebenrode (Stallupönen), fanden, war warm, und man ließ sich gerne mit der Wirtsfamilie fotografieren. Eines der Kinder auf dem im Winter 1942/43 entstandenen Foto ist **Renate** Maschinowski – heute **Niedrig** –, die im Nachlaß ihrer Eltern diese Aufnahme fand. Erinnern kann sie sich natürlich an die Einquartierung nicht, aber gemäß der ihr bekannten Erzählungen waren die Soldaten in ihrem Kinderzimmer untergebracht. Auf dem Bild sind die kleine Renate und ihre Schwester **Christel** mit Mutter **Lydia** zu sehen, die leider schon ein Jahr später verstarb. Vielleicht erinnert sich ein alter Landser an die Einquartierung in Narwickau, oder jemand aus unserm Leserkreis glaubt, einen nahen Verwandten – Vater, Bruder, Vetter, Onkel – zu erkennen? So hätte diese Aufnahme für manche Familie noch einen hohen Erinnerungswert. Frau Niedrig wurde zu dieser Aktion durch die Erfolge angeregt, die aufgrund der Suchfragen der Kinder ehemaliger belgischer und französischer Kriegsgefangener nach den ostpreußischen Familien, denen ihre Väter damals zugewiesen worden waren, durch unseren Leserkreis zustande kamen. Narwickau (bis 1938 Kryschullen) lag nur 3,5 Kilometer von der litauischen Grenze entfernt und gehörte zum Kirchspiel Eydtkau. (Eydtkuhnen). Dies als kleine Erinnerungsstütze. (Renate Niedrig, Busonistraße 146, 13125 Berlin, Telefon 0 30 / 9 43 56 24.)

Renate Maschinowski mit ihrer Familie im Kreise einquartierter Wehrmachtssoldaten: Die Aufnahme entstand etwa 1942/43 in Narwickau, Kreis Ebenrode (Stallupönen). Foto: Archiv

Bleiben wir gleich im Kreis Ebenrode, gehen nur etwas südlicher nach Schloßbach, dem ehemaligen Pillupönen. So hieß das Kirchdorf, als dort der Großvater von Frau **Eva Harder** zur Welt kam. Das war am 1. Oktober 1880, und der Sohn des Ehepaares **Mathias Klinger** und **Dorothea** Klinger geborene **Pfau** wurde auf den Namen **Wilhelm** getauft. Frau Harder weiß wenig über ihren Großvater, vermutlich hat die Familie auf dem Gut gelebt. Da Wilhelm Klinger mehrere Geschwister hatte – wahrscheinlich eine Schwester und drei Brüder – dürfte es noch Verwandte geben, nach denen Frau Harder dringend sucht. Ihre Nachforschungen bei mehreren Institutionen, zum Beispiel im Staatsarchiv Leipzig, blieben leider ohne Erfolg. Jetzt ist also die Ostpreußische Familie gefragt. Ich bin mir sicher, daß Frau Harder brauchbare Hinweise für ihre Familienforschung bekommt. Vielleicht geht auch ihr Hauptwunsch in Erfüllung und es melden sich direkt Nachfahren von Matthias und Dorothea Klinger aus Pillupönen, das wäre natürlich optimal! (Eva Harder, Dachsbau 5, 21217 Seevetal, Telefon 0 40 / 7 68 39 98.)

Ein längeres und sehr informatives Gespräch habe ich beim Deutschlandtreffen mit Herrn Dr. **Horst Hüttenbach** führen können, der sich sehr für die Erhaltung deutschen Kulturgutes in unserer Heimat einsetzt, aber auch für die Menschen, die der Hilfe bedürfen. So konnte er bereits 1989 eine notleidende deutsche Familie von einem ehemaligen Gut bei Landsberg nach Westdeutschland bringen, wo sie durch großartige Unterstützung durch die Patenstadt Verden an der Aller und dem Landkreis Verden heimisch werden konnte. Eine kulturell wertvolle Aktion trug er mir mit einer für die Ausführung wichtigen Frage vor: Wo bekommt man eine Abbildung des Reliefs mit der Büste von Königin Luise, das die Pergola im Park Luisenwahl in Königsberg krönte? Es soll neu angefertigt werden, um die Pergola wieder in den früheren Zustand zu bringen. Dieser wundervolle Platz in Luisenwahl wird vielen Königsbergern noch in Erinnerung sein. Die Pergola wurde anläßlich des 100. Geburtstages der so früh verstorbenen Königin von den Bürgern gestiftet, wie die Inschrift besagt: „Dem Genius Preußens, der unvergeßlichen Königin Luise, die Königsberger Mitbürger, 1874". Die Büste stiftete ihr Sohn, Kaiser Wilhelm I. Der große Christian Daniel Rauch, Schöpfer des Kant-Denkmals auf dem Paradeplatz, schuf das Modell, das der Königsberger Steinmetz Bellert aushaute. Diese Informationen konnte ich Herrn Dr. Hüttenbach vermitteln, aber eine Abbildung des Originals? Da müßte ich die Ostpreußische Familie bemühen, meinte ich, aber es kam doch anders. Ich fand jetzt in dem 1899 herausgegebenen Buch „Geschichte der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Königsberg in Preußen" von Prof. Dr. Richard Armstedt eine Abbildung der Pergola, so wie sie geschaffen wurde. Wenn es gelingt, das Relief wieder herzustellen, werde ich darüber berichten. Dies nur als kleines Beispiel, was Gespräche auf solch einem großen Heimattreffen bewirken können.

Den Wunsch, den **Graf von der Pahlen** mir vortrug, konnte ich allerdings bislang nicht erfüllen und muß deshalb die Familie bitten. Es handelt sich um ein Gedicht, das er schon bald nach Kriegsende – etwa 1947 – in einem Kalender gelesen und später nie mehr gefunden hat. Graf von der Pahlen erinnert sich nur an einige Bruchstücke wie „Hand am Stundenglas" und die Zeile „... wußte damals nicht, daß durch mein Herz gar so schnell das Leben fließt." (Graf v. d. Pahlen, Steenbeck 5, 23669 Timmendorfer Strand.)

Zwei hatten sich gesucht und gefunden, obgleich sie aus ganz verschiedenen Himmelsrichtungen nach Berlin gekommen waren: Sie aus dem Südwesten, er aus dem Norden der Bundesrepublik. Aber **Benno Krutzke** aus Wismar und **Ingrid Nowakiewitsch** aus dem hessischen Haiger-Allendorf vereinte der Wunsch, daß das „Ostpreußen-Oratorium" von Herbert Brust – dessen Schlußchor ja unser Ostpreußenlied ist – einmal wieder in voller Länge aufgeführt wird. Beide hatten sich schon telefonisch kennengelernt, nachdem Frau Nowakiewitsch aufgrund einer Veröffentlichung in unserer Kolumne dem Wismarer Landsmann die 2000 erschienene Broschüre über Herbert Brust zugesandt hatte. Dann wurde ein Gedankenaustausch beim Berliner Treffen vereinbart. Der fand dann auch statt, wobei sich beide einig waren: Es gibt viele Schwierigkeiten zu überwinden! Vor allem scheiterten alle bisherigen Versuche an der Kostenfrage. Nun scheint sich eine Lösung gefunden zu haben: Es soll ein Spendenkonto eingerichtet werden, das eine Ausführung mit Chor und Orchester ermöglicht. Herr Krutzke war so begeistert von den Aussichten und teilte diese auch anderen Interessierten mit, so daß ihm spontan die ersten 20 Euro in die Hand gedrückt wurden, die er mir stolz zeigte – ein gutes Omen für die Pläne der beiden Initiatoren. Soviel für heute, Herr Krutzke wird mir Näheres mitteilen, so daß ich demnächst ausführlicher über die Vorgänge berichten kann.

Das ist natürlich erst einmal eine „Beerenauslese" von den Berliner Tagen, die noch weiter unsere Familienkolumne bestimmen werden. Aber jetzt drängen sich aktuelle Fragen nach vorne, die keinen Aufschub vertragen. Wie die von Frau **Mona Bergmann**, Looks Film & TV, aus Leipzig. Es geht um das Gefangenenlager Brakupönen, das vor allem verschleppte Frauen und Kinder mit all seinen Schrekken und Grausamkeiten erlebt haben. Vorrangig benötigt Frau Bergmann für einen Dokumentarfilm Aufnahmen aus dem Lager, aber sind überhaupt welche vorhanden und wo? Die Sache ist dringend, deshalb ist Frau Bergmann an jeder Information über das Lager interessiert und bittet ehemalige Betroffene, sich möglichst bald bei ihr zu melden. (Ihre Telefonnummer: 03 41 / 2 61 77 27, E-Mail: bergmann@looksfilm.tv, Anschrift: LOOKS Film & TV GmbH, Marienplatz 1, 04103 Leipzig.)

Und ebenfalls dringend ist die nächste Suchfrage, bei der es sich um eine Nachlaßregelung handelt. Gesucht werden die Kinder des Ehepaares **Franz Adomeit** und **Martha** Adomeit, geborene **Kurpat** aus dem nördlichen Ostpreußen. Es gibt nur wenige Angaben über das Ehepaar, und die sind auch noch mangelhaft. So ist der Geburtsort des 1886 geborenen Franz Adomeit als Proewoiszen angegeben. Es muß sich um den sieben Kilometer südlich von Tilsit gelegenen Ort Pröschen handeln, früher Pröweyszen, Pröwoischen, Pröwoiszen. Franz Adomeit verstarb im Jahr 1921, der Sterbeort ist nicht bekannt. Da aber das einzige namentlich bekannte Kind des Ehepaares, **Willy Erich Adomeit**, * 29. Dezember 1917, in Coadjuthen geboren wurde, ist anzunehmen, daß die Familie für eine gewisse Zeit dort gelebt hat. Es könnte aber auch sein, daß Coadjuthen der Wohnort der Familie Kurpat, also Heimatort der Martha Adomeit, war. Da das Dorf nach dem Ersten Weltkrieg zum Memelland gehörte, ist es fraglich, ob Willy Erich Adomeit bis zu seinem Tod dort gewohnt hat. Sohn Willy ist 1999 in Ahrensburg verstorben. Falls er Geschwister hatte, möchten sich diese oder ihre Nachkommen bitte umgehend bei dem Nachlaßverwalter melden. (Dr. Mathias Vogel, Genealoge, GEN Büro für Erbenermittlungen GmbH, Niederlassung Hamburg, Osterstraße 124, 20255 Hamburg, Telefon 0 40 / 98 26 20 68, Fax 0 40/ 98 26 20 51, E-Mail: mathias.vogel@gen-gmbh.de.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie" auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



Wir gratulieren ...



ZUM 106. GEBURTSTAG

Zubel, Albert, aus Auerbach, Kreis Wehlau, jetzt Fliederweg 11, 52078 Aachen, am 26. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Poppek, Reinhold, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Grefenberger Allee 355, 40235 Düsseldorf, am 26. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Schmidt, Elisabeth, geb. **Schendel**, aus Kröstenwerder-Reuschendorf, Kreis Lyck, jetzt 13. Rose Avenue, Ashley, Südafrika, am 26. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hertis, Erich (Sen.), aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, jetzt Gerther Straße 27, 44577 Castrop-Rauxel, am 27. Mai

Schweitzer, Maria, geb. **Dömpke**, aus Wehlau, jetzt Hinterfleck 38, 06528 Brücken, am 26. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Kruppa, Martha, geb. **Szyperreck**, aus Lengau, Kreis Treuburg, jetzt Elsaßstraße 125, 52068 Aachen, am 30. Mai

Rogalla, Walter, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Düsseldorfer Straße 8-10, App. D 251, 40699 Erkrath, am 29. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Hadamczyk, Charlotte, geb. **Flakschin**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Schwalbenweg 5, 77731 Willstätt, am 30. Mai

Laaser, Leopold, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt 1673 Wynterbrooke DR, Kokomo, IN 46901-0710, am 27. Mai

Lohreit, Maria, geb. **Lohreit**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, jetzt Bahnhofstraße 5 I, 22946 Trittau, am 30. Mai

Steffen, Hertha, geb. **Marohn**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Resthäuser Straße 15, 49661 Cloppenburg, am 26. Mai

Voigt, Rudolf, aus Kreis Elchniederung, jetzt Steinstraße 13, 38889 Blankenburg, am 26. Mai

Volk, Erna, geb. **Schemionek**, aus Bergensee / Pietzarken, Kreis Angerburg, jetzt Helenenstraße 45, 98617 Meiningen, am 19. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gorris, Hans, aus Bienau, Kreis Osterode, jetzt Bethanienstraße 7, 39114 Magdeburg, am 30. Mai

König, Johanna, geb. **Hausendorf**, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Nacke-Erich-Straße 19, 32805 Bad Meinberg, am 28. Mai

Kranzusch, Hildegard, geb. **Radzewitz**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Kronsburger Redder 8, 24796 Kronsburg, am 29. Mai

Ortmann, Ulrich, früher **Freese**, aus Lyck, jetzt Birkenweg 12, 75328 Schömberg, am 26. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Gardner, Erich, aus Kreis Neidenburg, jetzt Delpstraße 27, 33102 Paderborn, am 29. Mai

Hoffmann, Liesbeth, geb. **Wilzinski**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, jetzt Am Spieß 20, 57080 Siegen, am 26. Mai

Trach, Charlotte, geb. **Boss**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Genter Straße 64, 13353 Berlin, am 31. Mai

Wille, Berta, geb. **Mallunat**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Im Strange 71, 37520 Osterode, am 26. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adomeit, Helmut, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, jetzt Süderdorf 6, 24975 Ausacker, am 27. Mai

Bolsch, Otto, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, jetzt Bolande 20, 23858 Reinfeld, am 29. Mai

Borowy, Hedwig, geb. **Sukowski**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Kirchheimer Straße 102, 73235 Weilheim, am 28. Mai

Braun, Else, geb. **Rehfeld**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Pötzelstraße 41, 41812 Erkelenz-Hetzerath, am 30. Mai

Brodowsky, Hedwig, geb. **Galonska**, aus Fröhlichswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Hubertusstraße 31, 52134 Herzogenrath, am 27. Mai

Franck, Edith Käthe, geb. **Neumann**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Neue Straße 9, 27404 Zeven, am 29. Mai

Fritzsche, Helene, geb. **Luft**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Oberer Natzschungweg 7, 09526 Rübenau, am 26. Mai

Harborth, Gertrud, geb. **Kröhnert**, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Am Wischacker 4 B, 30952 Ronnenberg, am 31. Mai

Hoff, Inge, geb. **Baumgärtner**, aus Plauen, Kreis Wehlau, jetzt Bildackerstraße 7, 73660 Urbach, am 29. Mai

Hühmer, Gertrud, geb. **Schlebrowski**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Bahnhofstraße 53, 39590 Tangermünde, am 26. Mai

Laskowski, Walter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Gehlenbrink 88, 32139 Spenge, am 28. Mai

Quilitz, Edith, geb. **Kadereit**, aus Haslingen, Kreis Elchniederung, jetzt Wacholderweg 12, 74538 Rosengarten, am 28. Mai

Rauchhaus, Gerhard, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Berlepschweg 4, 37213 Witzenhausen, am 26. Mai

Rohloff, Siegfried, aus Stobingen, Kreis Wehlau, jetzt Schinkelstraße 12, 65189 Wiesbaden, am 31. Mai

Scheffler, Liselotte, geb. **Tersch**, aus Wehlau, jetzt In der Schlad 16, 65388 Schlangenbad, am 26. Mai

Schwesig, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Breul 22, 48143 Münster, am 28. Mai

Thiede, Horst, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Bachstraße 90 / III, 22083 Hamburg, am 27. Mai

Wank, Johanna, geb. **Dors**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Lindenweg 3, 31832 Völksen, am 30. Mai

Wirschun, Käthe, geb. **Seller**, aus Minden, Kreis Lyck, jetzt Meißener Straße 31, 45145 Essen, am 30. Mai

Wittke, Lore, geb. **Demenus**, aus Plein, Kreis Elchniederung, jetzt Hellweg 2, 58455 Witten, am 26. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Apsel, Gerda, geb. **Schulz**, aus Wehlau, jetzt Mälzereiweg 1 A, 93053 Regensburg, am 28. Mai

Augusti, Hans, aus Paskalwen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Orchideenweg 6, 99326 Stadtilm, am 19. Mai

Bablich, Gerda, geb. **Schröder**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Haus Nr 4, 01683 Ilkendorf, am 26. Mai

Bandt, Elisabeth, aus Lansk, Kreis Allenstein, am 28. Mai

Bartsch, Werner, aus Ortelsburg, jetzt Wilhelm-Glässing-Straße 5, 64283 Darmstadt, am 26. Mai

Bleeck, Helene, geb. **Broschk**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Hof 11 D, 18239 Reinshagen, am 26. Mai

Böse, Hildegard, geb. **Stephan**, aus Skirwiet, Kreis Heydekrug, jetzt Landsberger Allee 81, 10407 Berlin, am 26. Mai

Dennig, Magdalene, aus **Hanffen**, Kreis Lötzen, jetzt Edvard-Grieg-Straße 7, 24768 Rendsburg, am 27. Mai

Feyerabend, Ewald, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Blumenstraße 67, 47057 Duisburg, am 1. Juni

Frohwien, Gerda, geb. **Bartlick**, aus Treuburg, jetzt Kamerstücken 1, 22589 Hamburg, am 31. Mai

Gamrath, Edith, aus Ortelsburg, jetzt Heckenweg 3, 48531 Nordhorn, am 30. Mai

Glass, Hans Georg, aus Lötzen, jetzt Poppenburger Straße 12, 30974 Wennigsen, am 31. Mai

Glinka, Gerhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Südwall 7, 50269 Beckum, am 31. Mai

Hölker, Irmgard, geb. **Baginski**, aus Kielen, Kreis Lyck, jetzt Ginsterweg 1, 89547 Gerstetten, am 28. Mai

Iding, Gerhard, aus Ortelsburg, jetzt Ollohs Heide 3, 33659 Bielefeld, am 26. Mai

Kärgel, Günter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Eichenweg 10, 58509 Lüdenscheid, am 1. Juni

Karuhn, Gerda, geb. **Grigull**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Berhalter Straße 173, 28237 Bremen, am 31. Mai

Kemstedt, Edith, geb. **Augustin**, aus Lyck, jetzt Tannengrund 5, 30926 Seelze, am 26. Mai

Klein, Horst, aus Gallingen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Talblick 6, 58455 Heven, am 16. Mai

Kohn, Charlotte, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, jetzt Beethovenstraße 14 A, 17235 Neustrelitz, am 31. Mai

Kolzewski, Rosalinde, geb. **Stobbe**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, jetzt Hirschenstraße 22, 79576 Weil am Rhein, am 27. Mai

Krach, Hella, geb. **Rudzinski**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, jetzt Am Lindenring 3, 86653 Monheim, am 28. Mai

Kuklinski, Heinz, aus Bergensee / Pietzarken, Kreis Angerburg, jetzt Alleestraße 5, 44579 Castrop-Rauxel, am 28. Mai

Kümmert, Irmgard, geb. **Malessa**, aus Ortelsburg, jetzt Annastraße 9, 97737 Gemünden, am 28. Mai

Leichert, Bruno, aus Malissen, Kreis Ebenrode, jetzt Krögers Kamp 10, 21493 Schwarzenbek, am 28. Mai

Löffler, Liesbeth, geb. **Trawny**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, jetzt Geisterstraße 2, 40478 Düsseldorf, am 28. Mai

Pagel, August, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Uhlandstraße 18, 45468 Mülheim-Ruhr, am 26. Mai

Penczek, Karl-Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Heilbronner Straße 9 A, 44143 Dortmund, am 28. Mai

Prellwitz, Erich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Waschgasse 38, 67256 Weisenheim, am 1. Juni

Rostek, Kurt, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 15, 23972 Tarzow, am 31. Mai

Sittkus, Brunhilde, geb. **Kledtke**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Im Langen Felde 8, 29693 Hodenhagen, am 30. Mai

Sonntag, Günter, aus Lyck, jetzt Am Betberg 19, 82362 Weilheim, am 28. Mai

Stüve, Waltraud, geb. **Wieschollek**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Feldstraße 20, 21769 Lamstedt, am 26. Mai

Taday, Frieda, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Kopernikus-Straße 6, 58239 Schwerte, am 30. Mai

Toffel, Gerhard, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Insterburgerstraße 44, 44581 Castrop-Rauxel, am 30. Mai

Wilkop, Reinhold, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Meistersingerstraße 83, 45307 Essen, am 30. Mai

Wojcik, Anneliese, geb. **Kusch**, jetzt Pomorska 17/6, PL 14-300 Morag / Mohrungen, am 28. Mai



Brahmann, Helmut, und Frau Hildegard, geb. **Gottschalk**, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, und Königsberg, jetzt Obere Brehm 4, 79725 Laufenburg, am 27. Mai

Reuss, Erich, aus Deutschendorf, Kreis Preußisch Holland, und Frau Irmgard, geb. **Bitter**, aus Käbers, Kreis Mohrungen, am 29. Mai



Domscheit, Joachim-Hans, und Frau Christa, geb. **Böhme**, aus Heidenberg, Kreis Angerburg, jetzt Dammstraße 20, 39615 Schönberg, am 23. Mai

Jakobeit, Erich, aus Gertlauken, Kreis Labiau, und Frau Ruth, geb. **Trauschies**, aus Drawöhnen, Kreis Memel, jetzt Immanuel-Kant-Straße 5, 56567 Neuwied, am 24. Mai

»wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 24. Mai, 18.05 Uhr, Arte: Die letzte Schlacht – Christliche Fundamentalisten in den USA.

Sonnabend, 24. Mai, 20.15 Uhr, N24: Berlin – Hitlers letzter Kampf.

Sonnabend, 24. Mai, 21.10 Uhr, n-tv: Stalin.

Sonnabend, 24. Mai, 22.30 Uhr, VOX: Das Todeslabyrinth – Schützengräben im Ersten Weltkrieg.

Donnerstag, 29. Mai, 20.05 Uhr, N24: Germania – Hitlers Größenwahn.

Donnerstag, 29. Mai, 23.15 Uhr, WDR: Monsanto, mit Gift und Genen – Entwicklung genetisch manipulierter Lebensmittel.

Freitag, 30. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Zwangsarbeit! Travail forcé!

Freitag, 30. Mai, 23.15 Uhr, DMAX: Der Rote Baron.

Sonntag, 25. Mai, 9.20 Uhr, WDR5: Alte und Neue Heimat.

Kirchspiel Saalau – Buchvorstellung

Die Geschichte des Kirchspiels Saalau – Dieses Buch wurde mit Unterstützung noch lebender Zeitzeugen und des Preußischen Staatsarchivs in erster Linie für die Nachfahren des Verfassers und die wichtigsten deutschen Archive geschrieben, um seiner engeren Heimat ein schriftliches Denkmal zu setzen und das lebendige kulturelle Leben auch in den ostpreußischen Dörfern zu dokumentieren und damit der Nachwelt zu erhalten.

Besonders hilfreich bei der Erstellung war der kirchliche Suchdienst in Stuttgart, so daß eine fast vollständige Einwohnerliste eines jeden Dorfes von 1939 erstellt werden konnte. Noch wertvoller sind die Schadensfeststellungslisten jedes einzelnen Dorfes aus dem Kirchspiel Saalau, die 1955 für den Lastenausgleich in Lübeck entstanden und auch später noch Saalauer Nachfahren als Besitznachweis dienen können.

Diese in Leinen gebundene Kirchspielchronik umfaßt 441 Seiten mit vielen Abbildungen (teilweise in Farbe) und ist beim Familienarchiv Horst Grigat, Rektor i. R., Wendlohstraße 91, 22459 Hamburg, Telefon und Fax (0 40) 5 51 73 43, E-Mail: horst.grigat@t-online.de, Internet: www.horstgrigat.de, zu erwerben und kostet 60 Euro.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2008

10. / 11. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Berlin

26. bis 28. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

2. August: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)

26. bis 28. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10. bis 12. Oktober: 6. Kommunalpolitischer Kongreß in Allenstein

13. bis 19. Oktober: 54. Werkwoche in Bad Pyrmont

24. bis 26. Oktober: Seminar der Schriftleiter in Bad Pyrmont

8. / 9. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Jahr 2009

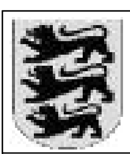
7. / 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

25. / 26. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen

1. August: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

Nähere Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26. Auf die einzelnen Veranstaltungen wird in der *PAZ / Das Ostpreußenblatt* noch gesondert hingewiesen (Änderungen vorbehalten).

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

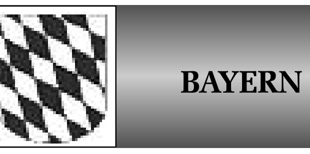
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Pforzheim – Die Gruppe führte ihre 123. Preußische Tafelrunde durch. Thematisch drehte sich alles um „SKKH Louis Ferdinand Prinz von Preußen" – es wurde ein Leben in Licht und Schatten der Monarchie im 20. Jahrhundert behandelt. Die älteren Zuhörer konnten über eigene Erlebnisse Parallelen zum eigenen Leben entdeckten. Am 9. November 2007 jährte sich der Geburtstag des Prinzen, Enkel des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. Prof. Dr. Stribrny, der zu diesem Gedenktermin, gemeinsam mit einer Journalistin, ein Buch herausgegeben hat, berichtete über das Vermächtnis dieser Persönlichkeit. Als Kaiserenkel erlebte er noch den Glanz der Zeit vor 1914. Nach Schulbesuch und Studium ging er nach Amerika (USA), wo er bei Ford am Fließband arbeitete. Der Prinz bewährte sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und galt vielen Verschwörenen als zukünftiges Staatsoberhaupt. Ende Januar 1945 mußte er das Familiengut Cadinen am Frischen Haff verlassen und teilte mit seiner Gattin Kira Kirillowna Romanow, Großfürstin von Rußland, und seinen sieben Kindern das Schicksal der Vertriebenen. Er setzte sich im geteilten Deutschland unermüdlich für die Wiedervereinigung Deutschlands und die Vertriebenen ein. Unbeirrt vom Zeitgeist trat er für Preußen und seine Traditionen ein. Die Burg Hohenzollern gestaltete er zum Brennpunkt der preußisch-deutschen Tradition. Preußen im 20. Jahrhundert wäre ohne die souveräne Persönlichkeit des Prinzen undenkbar.

Reutlingen – Mittwoch, 28. Mai, 14 Uhr, Ausflug der Frauengruppe. Mit dem Pkw geht es gemeinsam nach Pfullingen ins neue Waldcafé. Treffpunkt alter Busbahnhof Reutlingen. Ein Waldspaziergang ist vorgesehen. Auch die Heimatarbeit soll nicht zu kurz kommen.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 18. Juni, 9 Uhr, Tagesfahrt der Gruppe. Treffpunkt am Schulzentrum West in Schwäbisch Hall. Nach der Abfahrt können alle Besucher auf einer Schiffsfahrt von Heilbronn nach Bad Wimpfen das Neckartal genießen. Im Cafe Birkensee, einem beliebten und bekannten Ausflugsziel an der Burgenstraße in Bad Wimpfen, ist Mittagspause. Um 15 Uhr beginnt dann die Führung mit Rundgang auf Burg Guttenberg. Sollten Sie Interesse haben rufen Sie die Kreisvorsitzende, Ursula Gehm, Telefon (07 91) 5 17 82 an.

Stuttgart – Mittwoch, 28. Mai, 10.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Maiwanderung beim Fernsehturm. Treffpunkt ist die Haltestelle Waldau U7, U8. Es gibt eine kürzere (rund 25 Minuten) und eine längere Wanderung (rund eine Stunde). Zum Mittagessen (12 Uhr) in der Gaststätte Sportfreunde Stuttgart, Kesselweg 5, sind auch Nicht-Wanderer willkommen. – Der Erste Vorsitzende Helmut Urbat begrüßte die zahlreichen Mitglieder zur Jahreshauptversammlung. Er erinnerte an die zahlreichen Veranstaltungen im Berichtsjahr. Der Frauenkreis trifft sich monatlich mit Frau Lüttich und Frau Bessel im Haus der Heimat, um mit Geschichten, Gedichten und Liedern der Heimat zu gedenken. Im Sommer gab es Wanderungen und Ausflüge, um die schöne Landschaft kennenzulernen. Dazwischen gab es Vorträge und auch Gedenkfeiern für die Vertriebenen. Das Herbst- und Erntedankfest gestaltete Margarethe Sorg mit Zitaten aus Mose 8,12. Dazu gab es die passende Umrahmung mit Liedern, Gedichten und Volkstänzen unter der Leitung von Chorleiterin Müller. Danach folgte Magda Hammer mit einem sehr klaren und gut zusammengestellten Kassenbericht und Überprüfung durch Frau Gervais und Frau Langwald. Einstimmig erfolgte die Entlastung des Vorstandes. Lm. Urbat als Erster Vorsitzender und Margarethe Sorg als Zweite Vorsitzende hatten sich entschieden, auch noch dieses dritte Wahljahr im Amt zu bleiben.



BAYERN

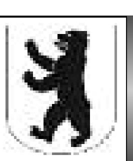
Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Bad Reichenhall – Bei der letzten Zusammenkunft gedachte Hoffmann des 8. Mai 1945, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation sowie der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Anschließend sprach er über Borna, die Gedenkstätte für alle deutschen Kriegsopfer: Opfer von Vertreibung und Gefangenschaft, vom Bombenkrieg, zivilverschleppten Zwangsarbeitern, der Wolfskinder und vieler mehr. Dann kam er auf die EUFV (Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen) zu sprechen. Bei der letzten Tagung in Wien hat der Präsident der EUFV, Wilhelm v. Gottberg, vorgeschlagen, Sitzungen in Straßburg oder Brüssel abzuhalten, um den europäischen Charakter dieser Organisation zu unterstreichen. Hans Graf v. d. Gröben berichtete dann über das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Berlin mit der bayerischen Sozialministerin Christa Stevens als Festrednerin. Dann nahm der Vorsitzende eine Ehrung vor: In Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit für die Heimat erhielten die Vorstandsmitglieder Erika Gugg, Jutta Karl, Lilo Schöndorfer und Roselind Görlitz das preußische Verdienstabzeichen in Silber. Die Damen waren freudig überrascht und bedankten sich für die Auszeichnung. Als nachträgliche Würdigung erhielten alle weiblichen und männlichen Landsleute zum Mutter- und Vatertag ein kleines Präsent. Angefertigt und überreicht von Jutta Karl und Erika Gugg.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 6. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Auf der Lände.

Landshut – Dienstag, 3. Juni, 13 Uhr, Treffen der Radfahrer an der Sparkassen Arena. Anschließend um 15 Uhr Treffen beim Minigolfplatz Mitterwöhr.

München Nord / Süd – Sonnabend, 31. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, am Lilienberg 5, 81669 München. Auf dem Programm steht ein bunter Nachmittag mit Quiz und vielem mehr. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel und Plachandern wie gewohnt.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, telefon (0 30) 2 54 73 43 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (0 30) 7 71 23 54



Johannisburg – Sonnabend, 7. Juni, 14.30 Uhr, „Zu den Enzianstuben", Enzianstraße 5, 12203 Berlin. Anfragen: Christel Koslowski, Telefon (0 30) 8 61 38 87.

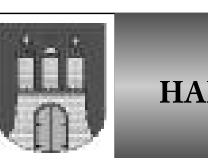


BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremen – Freitag, 13. Juni, 11 Uhr, Spargelessen im „Bollener Krug", Bollen / Weser. Dazu lädt die Frauengruppe alle Mitglieder und Freunde herzlich ein. Es gibt Suppe, Spargel, Schinken und Schnitzel statt sowie Nachtisch. Nach dem Essen besteht Gelegenheit zu einem Spaziergang an die Weser, in die Marsch oder auf den Deich. Auch der Kaffeegarten steht zur Verfügung. Preis für Busfahrt (Abfahrt 11 Uhr ab ZOB, Breitenweg) und Essen: 30 Euro. Anmeldungen an Frau Richter, Telefon 40 55 15, oder die Geschäftsstelle. Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18, erbeten. Der Preis ist bei Anmeldung auf das Konto 125 26 919, BLZ: 290 501 01 (Sparkasse Bremen), zu überweisen.

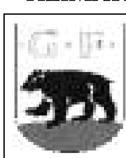
Bremerhaven – Freitag, 30. Mai, 14.30 Uhr, Kulturnachmittag im „Barlach-Haus". Es wird ein Videofilm über Masuren gezeigt.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (0 40) 5 22 43 79

HEIMATKREISGRUPPE



Insterburg – Mittwoch, 4. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Versammlungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg. Auf der Tagesordnung stehen ein gemütliches Beisammensein und Schabbern. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg.

BEZIRKSGRUPPEN

Hamburg / Billstedt – Dienstag, 3. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Ärztehaus, Restaurant, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Gäste willkommen. Anmeldung bei Amelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Dillenburg – Mittwoch, 28. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße. Grundborg Hoffmann wird über den Danziger Johannes Trojan (1837–1915) sprechen. Dessen Geschichte vom „Abenteuer im Walde" kennt so mancher aus den Lesebüchern seiner Kindheit. – Nach dem Kaffeetrinken sprach Hans Löhner über Johann Wolfgang von Goethe, der sich sehr oft in den böhmischen Heilbädern Karlsbad, Marienbad und Franzensbad zur Kur aufhielt, und von seiner Bekanntschaft mit der 18jährigen Komtesse Ulrike von Leventzow. Deren Mutter, aus der Familie Lobkowitz stammend, hielt sich während der Jahre 1821 bis 1823 meist in den böhmischen Bädern auf. Wahrscheinlich auch, um ihre drei Töchter, von denen Ulrike die älteste war, unter die Haube zu bringen. Ulrike betrachtete den damals bereits über 70jährigen Goethe als väterlichen Freund, zumal sie ihren eigenen Vater kaum gekannt hatte, und er bezeichnete sie als sein „Töchterchen". Er unterhielt sich sehr gern mit ihr und machte ihr viele Geschenke. Daraus entwickelte sich langsam eine tiefe Freundschaft. Er wollte Ulrike schließlich sogar heiraten und schickte seinen „Brötchengeber", den Herzog von Weimar, der ja auch sein Freund war, als Brautwerber zu Ulrikes Mutter. Nach langem Hinhalten und vielen Bedenken lehnte Frau von Levetzow den Antrag ab, ohne ihre Tochter vorher zu fragen. All dies erfuhren die Zuhörer aus denen von Hans Löhner vorgelesenen Erinnerungen Goethes. Ulrike von Levetzow blieb unverheiratet und wurde 95 Jahre als. Ihren Lebensabend verbrachte sie auf Schloß Trieblitz, das der Familie Lobkowitz gehörte. Dort schrieb sie ihre Erinnerungen an die Zeit mit Goethe auf. Viele der Geschenke, die sie von ihm erhalten und aufbewahrt hatte, konnte man bis zum Ende des Krieges noch in Schloß Trieblitz ansehen. Ihre Erinnerungen, aus den Hans Löhner auch einen großen Teil vorlas, zeugten von der innigen Beschäftigung Ulrikes mit dem schriftstellerischen Werk Goethes, denn sie sind ganz im Stile des „Werther" geschrieben. Anschließend las Helga Löhner noch das Goethe-Gedichte „Wie herrlich leuchtet mir die Natur ...", das wahrscheinlich während dieser böhmischen Sommer entstand. Danach berichteten Gundborg und Lothar Hoffmann von ihrer ersten diesjährigen Reise nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung, wohin sie seit Jahren fahren. Die Fahrt von Berlin nach Danzig im polnischen Schlafwagen klappt immer besser. Von Danzig wurden sie mit einem von ihrem Wirt geschicktem Taxi abgeholt und am Abreisetag auch wieder gebracht. Besonders erstaunte die beiden, wie viele neue Häuser,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Deutschlandtreffen der Ostpreußen

Fotos: Christoph Pawlik





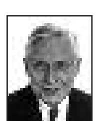
























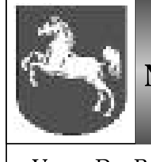


Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

auch große mit einigen Eigentumswohnungen, im letzten Jahr gebaut worden waren, die von reichen Leuten aus Warschau, Krakau und anderen Städten gekauft und zur Ferienzeit an Touristen vermietet werden. Alle Zuhörer zeigten sich begeistert ob der vielen neuen Informationen, die dieser Nachmittag mit sich brachte.

Kassel – Dienstag, 3. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe. Dr. Karin Mayer-Pasinski hält einen Vortrag über „die Damen am Hofe Königin Luises und ihre Salongeschichte“. – Zum letzten Treffen konnte der stellvertretende Vorsitzende, Hermann Opiolla, wieder einmal Alfred Scherlies als Referenten begrüßen. Bereits im Oktober gab der Pfarrer im Ruhestand einen Situationsbericht über Nord-Ostpreußen. Mehrmals jährlich bereist der Auslandsbeauftragte des Fördervereins „Rat und Tat“ das Königsberger Gebiet. Und so wundert es nicht, daß er über die neusten Entwicklungen dort – selbst berichten kann. Den Gegensatz zwischen der Hauptstadt und dem ländlichen Raum – hier die Dynamik der Stadterneuerung, dort scheinbare Bewegungslosigkeit und Verfall – belegt der Berichterstatter mit aktuellem Bildmaterial. Am Beispiel des von ihm wesentlich gestützten Hilfsprojekts zeigte Pfarrer Scherlies, wie Hilfe zur Selbsthilfe in der russischen Exklave abläuft und welche Hürden den humanitären Unternehmungen seitens der Behörden in den Weg gestellt werden, vor allem wenn sie von deutscher Seite initiiert und getragen werden. Der Erwähnung bedarf noch die Frühlingsfahrt der Wandergruppe mit der Überlandstraßenbahn ins nordhessische Fachwerkjuwel Melsungen. Für den Stadtrundgang konnte kein Geringerer als der ortskundige lutherische Altbischof Dr. Diethardt Roth gewonnen werden.

Wiesbaden – Dienstag, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. „Neues von der fiktiven Familie Kowallek – Heiteres und Besinnliches aus dem Alltagsleben“.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77.

Braunschweig – Mittwoch, 28. Mai, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant. Im Vordergrund steht der Austausch über das Deutschlandtreffen. Zum Beispiel konnte man Freunde aus der Heimat begrüßen und mit ihnen in Erinnerungen schwelgen. – Auf dem letzten Deutschlandtreffen 2005 kam Prof. Margit Eschenbach an den Tisch der Gruppe und begann von ihrem neuen Film zu erzählen, der kurz vor der Vollendung stand. Inzwischen kann man diesen käuflich erwerben und ihn natürlich auch zeigen. Obwohl zunächst in Aussicht gestellt, gelang es nicht, die Autorin und Produzentin einzuladen. Deshalb freute man sich, daß der Vorsitzende der Gruppe, Fritz Folger, bereits eine Kopie hatte und sie zur Verfügung stellte. In diesem Film berichtete Frau Eschenbach, daß sie Fotos von ihren Großeltern und deren Heimatstadt Braunsberg besaß, die sie für den Film verwenden konnte. Die Großmutter hatte viel von der Verwaltungsstadt und ihren Schulen erzählt, zum Beispiel daß man in deutschen Möbeln wohnte, daß eine Ukrainerin in diesem Haushalt arbeitete, die man – wie ihre Landsleute – nach Ostpreußen gezwungen hatte. Mit den Fotos war die Autorin auf die Suche gegangen, und anhand deren Bilder zog sie einen „Grundriß“ des alten Braunsberg. Sie schilderte z. B. wo das Haus mit der Arztpraxis stand, und daß man in diesem gefeiert habe. Die Deutschen Bewohner waren aber wohl verarmt, und 1947 kam es zu einer ethnischen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Säuberung. Aufgrund ihrer monarchistischen Einstellung erlebten die Großeltern ihren finanziellen Ruin. Die Zuhörer verließen tief aufgewühlt die Veranstaltung und lobten dabei einhellig den Film.

Delmenhorst – Dienstag, 3. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Delmeburg“. – Dienstag, 3. Juni, 15 Uhr, Treffen der Männergruppe in der ostdeutschen Heimatstube. – Die Frauengruppe ist sehr aktiv in vielen Bereichen und pflegt die heimatlichen Bräuche, das Wissen über das Naturparadies Masuren, die Küstengegend der Ostsee sowie auch die nationalen Gerichte der einzelnen Provinzen. Alljährlich machen sie eine „Rundreise auf dem Atlas“ und berichten über die Provinzen Schlesien, Pommern sowie Westund Ostpreußen. Von privaten Urlaubsreisen wird viel erzählt. Auch über die Schiauwerke diskutierte die Gruppe. Ein Besuch des Heimatmuseums in Bad Zwischenahn unternahm man zusammen. Vom Singkreis werden Lieder für die jeweilige Jahreszeit eingeübt. Der gesellige und besinnliche Teil darf auch nicht zu kurz kommen, wie das traditionelle Eisbeinessen (Fasching), Ostern, Pfingsten, Erntedank und Adventsfeier, um den Menschen so gut es geht eine Freude für den Alltag zu schenken. Das Erntedankfest wird nach heimatlichem Brauch gefeiert. Der Monat November ist ein Gedenkmonat für die vielen Gefallen und Verstorbenen. Zwei treue Mitglieder aus der Frauengruppe sind verstorben. Unter ihnen die ehemalige Leiterin der Frauengruppe Erna Mertins. Ihr größter Wunsch war immer der kleine Singkreis der Gruppe und die Erhaltung der Ostdeutschen Heimat. Der Dezember steht ganz im Zeichen des heimatlichen Brauchtums. Irmgard Lamping und Erna Kaminski dankten allen Damen, die zu den gemütlichen Nachmittagen beigetragen haben, und wünschen alles Gute und viel Gesundheit für dieses Jahr.

Helmstedt – Donnerstag, 29. Mai, 8.30 Uhr, Treffen zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Nähere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (0 53 51) 91 11.

Osnabrück – Donnerstag, 29. Mai, 15 Uhr, Treffen des Literaturkreises in der Gaststätte Bürgerbräu. – Dienstag, 10. Juni, 8 Uhr, Fahrt der Frauengruppe nach Bad Nenndorf mit Besichtigung des Agnes-Miegel-Hauses. Die Abfahrt erfolgt vom Busbahnhof am Hauptbahnhof. Anmeldung bei Xenia Sensfuß, Telefon 43 07 51, oder bei Gertrud Franke, Telefon 6 74 79.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bad Godesberg – Sonntag, 25. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Maifeier. Im Anschluß an das gemeinsame Kaffeetrinken startet um 16 Uhr das Programm mit: Tanzvorführungen, Gesang, Musik, Sketchen und vielem mehr. Gäste sind wie immer herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

Bielefeld – Montag, 2. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 5. Juni, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Düsseldorf – Montag, 26. Mai, 18 Uhr, Klöppelkurs im GHH. – Montag, 26. Mai, 18 Uhr, „Tag des Kyrillischen Alphabets“ im Konferenzraum, GHH. – Mittwoch, 28. Mai, 19 Uhr, Dr. Burkard Dittrich hält einen Vortrag: „Agnes Miegel (1879–1964) – eine ostpreußische Dichterin im Zwielicht“, Konferenzraum, GHH. – Donnerstag, 29. Mai, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH. – Mittwoch, 4. Juni, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei, Raum 311, GHH.

Gütersloh – Montag, 26. Mai, 15 Uhr, Treffen Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt: Ursula Witt, Telefon 3 73 43. – Dienstag, 27. Mai, 15 Uhr, Treffen der Ostpreußischen Mundharmonika-Gruppe in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt: Bruno Wendig, Telefon 5 69 33.

Hagen – Es ist nun an der Zeit, daß sich die Gruppe Hagen wieder einmal zu Wort meldet. Schließlich ist diese die stärkste, gemessen an der Mitgliederzahl und an den durchgeführten Veranstaltungen. Stellvertretend genannt seien für das vergangene Jahr das Erntedankfest, das traditionelle Wurstessen und die Vorweihnachtsfeier. Im laufenden Jahr waren es der übliche Winterspaziergang, das Ostereierknobeln – jeweils mit einem gemütlichen Beisammensein und Plachandern. Monatlich traf man sich auch sehr oft mit Gästen zum Plausch und Gedankenaustausch bei Kaffee und Kuchen. Abends gab es dann noch ein Würstchen. Die Gruppe ist in der glücklichen Lage, die Ostdeutschen Heimatstuben in Hagen zur Verfügung zu haben, die jedem Besucher ein gewisses heimatliches Flair vermitteln. Besonders hervorzuheben ist die Tätigkeit des Ersten Vorsitzenden Herbert Gell, die wesentlich zum guten Funktionieren der Gruppe beiträgt. Dieser hat das Amt nunmehr schon seit 35 Jahren inne. Er wurde auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung einstimmig wiedergewählt. Auch der alte Vorstand wurde komplett wiedergewählt. Das ist ein Beweis, daß dieser in der vergangenen Periode gut gearbeitet haben muß, obwohl er auch Personalsorgen hat. Herbert Gell ist bereits seit 50 Jahren Mitglied der Gruppe und seit 48 Jahren Vorstandsmitglied. Ihm wurden das Bundesverdienstkreuz und das Goldene Ehrenzeichen der Landesgruppe verliehen. Mit ihm steht und fällt die Gruppe in Hagen.

Haltern – Donnerstag, 5. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Kolpingtreff.

Köln – Dienstag, 3. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghotel, St. Apern / Helenenstraße 32, 50667 Köln. Dr. Beutner referiert über: „Agnes Miegel – Mutter Ostpreußens. Im Anschluß fährt eine Minigruppe nach Ostpreußen. Damit besteht die Möglichkeit, Post in die Heimat mitzugeben.

Münster – Sonnabend, 24. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Münster, kleiner Vortragsraum (vormals Kolpingtagungshotel), Ägidiistraße 21. Dr. Bärbel Beutner wird über „Leben und Wirken des Dichters Heinrich von Kleist“ sprechen. Gäste sind herzlich willkommen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Kaiserslautern – Sonnabend, 7. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20.

Mainz – Donnerstag, 29. Mai, 13.30 Uhr, Treffen der Gruppe vor der Gaststätte Biertunnel, Bahnhofsplatz 2. Geplant ist ein Spaziergang auf der Maaraue mit Einkehr im Bootshaus.

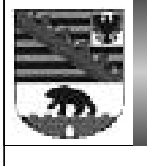


SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag, 9 bis 15 Uhr.

Landesgruppe – Aus Anlaß des 15jährigen Bestehens der Landesgruppe hatte der Landesvorstand zu einer Festveranstaltung eingeladen. Über 100 Teilnehmer füllten den Saal bis auf den letzten Platz. Es war ein deutliches Bekenntnis zur Heimat und des Zusammengehörens. Der stellvertretende Vorsitzende, Heinz Sawatzki, eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die Anwesenden. Ein Gedenken an die Opfer des Krieges und an die Heimatfreunde, die im vergangenen Jahr verstorben waren, schloß sich an. Einige geladene Gäste konnten aus terminlichen Gründen ihre Teilnahme nicht ermöglichen, doch richteten sie Grußadressen an die Landesgruppe, in denen sie die geleistete Arbeit und Bereitschaft aller Aktiven würdigten. Verlesen wurden Schreiben von Dr. Fritz Hähle, Vorsitzender der CDU-Fraktion im sächsischen Landtag, Barbara Ludwig, Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, Peter W. Patt, Mitglied des sächsischen Landtages. Persönlich richteten ihre Grußworte an die Versammelten: Kai Hähner, Vorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung, und Romina Vollhardt von der JU. Die Vorsitzende der Landesgruppe Thüringen, Frau Dietel, brachte wichtige Lektüre als Geschenk mit und überreichte an den Landesvorsitzenden Kühnappel. Zu Wort meldeten sich anschließend die einzelnen Vorsitzenden der Ortsgruppen, so Max Duscha (Leipzig), Gisela Lossack (Hoyerswerda), Kurt Weihe (Limbach-Oberfrohna), Edith Wellnitz (Dresden) und Hellmuth Samoleit (Zwickau). Jeder von ihnen überreichte dem Landesvorsitzenden ein Geschenk, das dieser erfreut entgegennahm, und die nun ihren Platz in der Heimatstuben finden werden. Die anschließende Festrede hielt Max Duscha, eine Gründungsmitglied des Landesvorstandes. In seinen Ausführungen ging er auf die Anfänge in den 90er Jahren ein und zeichnete die Entwicklung bis zum heutigen Tag auf. Der Tagungsleiter Heinz Sawatzki dankte dem Redner für den ausführlichen Bericht. Bei so einer Veranstaltung bietet sich auch immer die Gelegenheit, aktiven Mitgliedern zu danken. Und so wurde dem Vorsitzenden der Gruppe Limbach-Oberfrohna, Kurt Weihe, das Goldene Ehrenzeichen der LO vom Landesvorsitzenden überreicht. Heinz Sawatzki erhielt die hohe Auszeichnung „Ehrenmitglied“ der Landesgruppe Sachsen. Den Kulturpreis der Landesgruppe erhielten für ihren Einsatz: Dora Arnold, stellvertretende Landesvorsitzende und Landesfrauenreferentin, Hannelore Kedzierski Kulturreferentin und Renate Seidel Schatzmeisterin. Dem Landesvorsitzenden wurde für seinen jahrelangen und unermüdlichen Einsatz zum Wohle der Landesgruppe von seiner Stellvertreterin gedankt. Der kulturelle Teil wurde von dem Ostpreußen-Sänger „BernStein“ (Bernd Krutzinna) gestaltet. Er erfreute die Anwesenden mit einer Reise durch Ostpreußen mit Liedern, Bildern und Vorträgen. In lockerer Atmosphäre klang dieser Tag aus, an dessen Schluß der Landesvorsitzende allen Beteiligten für ihr Kommen dankte.

Limbach-Oberfrohna – Die Tischreihen waren auf der letzten Zusammenkunft mit frischen Frühlingsblühern geschmückt. So paßte auch der Auftritt des Männerchores Niederfrohna hervorragend zu diesem Tag. Ein bunter Liederstrauß erfreute die Anwesenden, die auch nicht mit Beifall sparten. Nach der Kaffeepause folgten Informationen. – Die Gruppe war bei der Festveranstaltung anläßlich des 15jährigen Bestehens der Landesgruppe anwesend. An diesem Tag wurde der Vorsitzende Kurt Weihe mit dem Goldenen Ehrenzeichen der LO ausgezeichnet. Diese Auszeichnung, eine der höchsten der Landsmannschaft Ostpreußen, löste freudige Überraschung bei allen Anwesenden aus. Im Kreise seiner Landsleute aus Limbach und Umgebung wurde ihm noch einmal zu dieser hohen und verdienten Auszeichnung mit einem Blumenstrauß gratuliert. Unter seiner Leitung ist in Limbach-Oberfrohna eine der aktivsten Gruppen in Sachsen entstanden und besteht heute noch. So fand dieser schöne Nachmittag einen würdigen Abschluß.



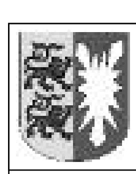
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Mittwoch, 28. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hechnerstraße, 06449 Aschersleben, Telefon (0 34 73) 9 28 90. – Mittwoch, 4. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hechnerstraße, 06449 Aschersleben, Telefon (0 34 73) 9 28 90.

Dessau – Montag, 26. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14. – Montag, 2. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Magdeburg – Dienstag, 3. Juni, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen“ in der Immermannstraße. – Dienstag, 3. Juni, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes in der Gaststätte Post. – Freitag, 6. Juni, 16 Uhr, Singproben im TuS Sportplatz, Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Oldesloe – Die Ordensbauten in der Heimat waren Thema der letzten Zusammenkunft der Gruppe. Gisela Brauer referierte über die Ordensburgen Marienwerder und Marienburg. Sie ging dabei auch auf die wechselvolle Geschichte ein. Die Teilnehmer werden weitgehend in die Gestaltung der Nachmittage einbezogen, und zwar ist geplant, daß jeder einmal über seinen Heimatort und seine Kirche berichtet. Georg Baltrusch erinnerte an den Termin des Ausfluges nach Kappeln mit Schiffsfahrt. Die Geburtstagskinder des Monats, Boris Makarwoski und Georg Baltrusch, wurden mit einer Flasche Wein beschenkt.

Mölln – Mittwoch, 28. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Quellenhof“, Mölln. Renate Wulff hält einen Diavortrag über „eine Reise entlang der Ostseeküste – durch Pommern bis Danzig“. Sie wird über interessante Erlebnisse berichten und über die Situation im dortigen Gebiet informieren, so daß man sich auf einen unterhaltsamen Nachmittag freuen kann, bei dem auch die Musik nicht zu kurz kommen soll. – Mittwoch, 11. Juni, 9.30 Uhr, Busfahrt nach Dömitz an der Elbe. Abfahrt 9.30 Uhr, ab Busbetrieb Vokuhl und dann an den bekannten Haltestellen (10 Uhr, vom ZOB Mölln). Das Programm ist wie folgt: 12 Uhr, Mittagessen im Dömitzer Hafen-Restaurant. Das Essen bestellt jeder selbst. Von 14.30 bis 16.30 Uhr Schiffsfahrt auf der Elbe; auf dem Schiff gibt es Kaffee satt und zwei Stück Kuchen zum Preis von 4,40 Euro pro Person. Die Kosten betragen für Busfahrt und Schiffsfahrten 15 Euro (Mitglieder) und 25 Euro (Nichtmitglieder). Sie sind vorher auf das Konto der Gruppe (Konto-Nr.: 1000 315 008, BLZ: 230 527 50) zu überweisen. Die Rückkehr von diesem Ausflug ist für 19 Uhr vorgesehen. Die Anmeldungen für diesen Ausflug nimmt Bruno Schumacher, Telefon (0 45 42) 50 44, entgegen. Zu diesem Ausflug sind auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln eingeladen.

Uetersen – Eine „alte Bekannte“ konnte Ilse Rudat wieder begrüßen. Es war Ruth Geede, die beliebte ostpreußische Buchautorin und Publizistin, die bei der Gruppe zu Gast war. Auch in diesem Jahr sollte sie nach der Kaffeestunde den rund 40 Besuchern Geschichten aus der Heimat erzählen und aus ihren Werken vorzulesen. Vieles hatte sie von ihrer Mutter und Großmutter erfahren. In ihrer unnachahmlichen Art weckte sie mit ihren Schilderungen bei den meisten Anwesenden eigene Kindheitserinnerungen und zauberte Bilder der geliebten ostpreußischen Heimat. Es ist erstaunlich, wie es der alten Dame mit 92 Jahren immer wieder gelingt, die Zuhörer in ihren Bann zu ziehen. Es gab großen Beifall und Blumen für Ruth Geede. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäußert, sie im nächsten Jahr wiederzusehen. In schöner Tradition gab es für alle anwesenden Frauen um die 80 Jahre eine Rose zum bevorstehenden Muttertag. Die so Beglückten stellten sich anschließend zu einem Foto auf. Zum Schluß bat die Vorsitzende noch darum, sich umgehend für die letzten vier freien Plätze im Bus, anläßlich der Sommerausfahrt am 22. Juni zum Landgut Stemmen, anzumelden. Anmeldungen an den stellvertretenden Vorsitzenden Joachim Batschko, Telefon (0 41 22) 8 24 03.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Tel.: (0 41 01) 2 20 37 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Seestadt Pillau – Das diesjährige Pillauer Heimattreffen findet vom 2. (Sonnabend) bis 4. August (Montag) in Eckernförde (Stadthallenrestaurant) statt. Am 4. August gibt es wieder eine Fahrt in See.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Georg Jenkner, Lenauweg 37, 32758 Detmold, Telefon (0 52 32) 8 88 26, Fax (0 52 32) 69 87 99, E-Mail: Georg.Jenkner@mx.de

Den erfolgreichen Aktivitäten im Jahr 2007 folgten jetzt schon, nach den winterlichen Vorbereitungen, die ersten Heimatreisen, Sondertreffen der Kirchspiele und das große Ostpreußentreffen in Berlin. Den Anfang machte Heiligenbeil mit einem Sondertreffen am 22. Februar 2008 im Ostheim in Bad Pyrmont. Hierzu hatte der Vorstand der Kreisgemeinschaft die Landsleute aus Stadt und Land Heiligenbeil und Rosenberg eingeladen. Aus nah und fern waren die „Heiligenbeiler“ zahlreich angereist und wurden vom Kreisvertreter herzlich begrüßt. Leider mußten im letzten Augenblick noch einige Landsleute aus Krankheitsgründen absagen. Dennoch erwartete die überschaubare Gästegruppe ein hervorragend vorbereitetes Programm, das an Breite und Tiefe durch die gemeinsamen Diskussionen noch bereichert wurde. Bilder, Bücher und Reiseberichte, Lebensberichte, Gedichte, Tagebücher und Gedanken begleiteten die harmonisch geführten Gespräche. Erwähnenswert der berührende Vortrag von Irene Kästner über ihre Flucht 1945 aus Heiligenbeil und die folgenden schweren Jahre. Karin Hülshoff gab einen interessanten Überblick über unsere Heimatsammlung und unsere Heimatstube in Burgdorf, und wir erhielten einen Einblick in die enorme ehrenamtliche Arbeit.

Landsmann Dr. Ernst-Fritz Birth berichtet dann über die Wirtschaftregion in Kaliningrad (Königsberg). Kaum zu glauben mit welcher Intensität die Oblast nach vorne gebracht werden soll. Der Kurzfilm „Cafe Ost“ von Marina Jenkner und Christof Müller, mit den Motiven aus Heiligenbeil von 1944 und den aktuellen Bildern Königsbergs rundete die vielen guten Gespräche und Diskussionen ab. Dieser sensible, leise und gefühlsbetonte Kurzfilm erhält in Bad Pyrmont bei seiner Uraufführung zu Recht großen Beifall.

Ganz still wurde es, als der Originalton „Der weite Weg zurück nach Balga“ eingespielt wurde. Karl-Heinz Schmielke wurde am 26. März 2006 80 Jahre alt. An diesem Tag jährten sich auch die letzten Kriegstage im Heiligenbeiler Kessel und in Balga. Soldat Schmielke ist dabei und überlebt zusammen mit seinem Freund. Nach 61 Jahren fahren beide zurück nach Balga, um auf Spurensuche zu gehen. Wir hören den beiden dabei zu und verstummen vor dem Gehörten.

Vom 28. bis 30. März 2008 fand in Altenau / Harz das 20. Sondertreffen des Kirchspiels Zinten-Land statt, das wieder von der Kirchspielvertreterin Irmgard Lenz mit sehr viel Engagement veranstaltet wurde. In diesem Jahr waren 24 Teilnehmer zu verzeichnen, darunter erfreulicherweise fünf Personen, die erstmalig teilgenommen haben. Leider mußten sieben Personen sehr kurzfristig aus Gesundheitsgründen absagen. Sehr gefreut haben sich alle über den Besuch des Kreisvertreters, Georg Jenkner. Herr Jenkner hat sehr interessante Ausführungen zu verschiedenen Themen gemacht. Außerdem erhielten der älteste Teilnehmer der Runde, Max Kohn (88 Jahre), und Irmgard Lenz für die 20maligeTeilnahme an diesen Sondertreffen von Herrn Jenkner einen sehr schönen Bildband über Ostpreußen. Alle Teilnehmer verbrachten viele schöne Stunden in Erinnerung an unsere geliebte Heimat Ostpreußen. Es wurde geredet, gelacht, geweint es wurden Karten und Bilder angeschaut und lang vergessene Wege gemeinsam in Gedanken wieder beschritten. Aber auch düstere Kapitel wie Flucht und Hungerjahre unter russischer Gewalt wurden aufgeschlagen. Diverse lu-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 21

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 20

stige Darbietungen und gemeinsame Lieder rundeten dieses 20. Sondertreffen ab. Nachdem die schöne Zeit wieder einmal viel zu schnell vergangen war, trennte man sich in der Hoffnung, im kommenden Jahr wieder zusammen zu kommen und mehr Besucher aus dem Kirchspiel Zinten-Land zu motivieren. Dabei sind weitere neue Teilnehmer immer herzlich willkommen.

Am 5. April 2008 eröffnet mit dem Jahresbericht der Kreisvertreter die jährlich stattfindende Kreistagssitzung im Ostheim Bad Pyrmont. Hier wird die vielfältige Arbeit des Kreisvorstandes deutlich und auch die Berichte der Kirchspielvertreter lassen erahnen, mit wieviel Herzblut die ehrenamtliche Arbeit geleistet wird. Der Kreisvertreter stellt das neue Buchprojekt „Der Kreis Heiligenbeil in alten Ansichtskarten" vor. Ab August ist der Versand in Aussicht gestellt. Der Subskriptionspreis beträgt bis zum 30. Juni 2008 15,80 Euro, danach 19,80 Euro. Wie bei den vorherigen Buchprojekten werden die Spender für dieses Buchprojekt ab einem Spendenbeitrag in Höhe von 75 Euro in das Verzeichnis der Förderer aufgenommen. Sie erhalten auch ein Exemplar des Buches portofrei zugesandt. Selbstverständlich wird dieses neue Buch auch während des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft am 13. / 14. September 2008 in Burgdorf

angeboten. Das diesjährige Hauptkreistreffen erinnert an die vor 60 Jahren gegründete Kreisgemeinschaft. Zwei neue Stadtvertreter für Heiligenbeil konnte der Kreisvorsitzende dem Kreistag vorstellen. Es sind dieses Wendula Gorn und Siegfried Schulz. Beide echte Heiligenbeiler Landsleute. Wendula Gorn unterstützt zunächst kommissarisch Siegmar Sassermann bei der Betreuung der Landsleute aus der Stadt-Mitte und Siegfried Schulz übernimmt kommissarisch die Siedlung Nord in Heiligenbeil. Der Mitgliederversammlung im September in Burgdorf werden sie sich dann zur Wahl stellen. Zwischenzeitlich haben sie sich schon bei ihren Landsleuten mit einem Rundbrief vorgestellt. Wendula Gorn ist zu erreichen unter der Anschrift: Asbacher Weg 23 in 90547 Stein, Telefon (09 11) 6 89 66 96, E-Mail: Wendula-Gorn@t-online.de. Siegfried Schulz ist zu erreichen unter der Anschrift: Zum Rothenstein 22 in 58540 Meinerzhagen, Telefon (0 23 54) 44 08, E-Mail: brschulz@dokom.net. Die Kreistagsmitglieder wählten die Gemeindevertreterin von Groß Hoppenbruch im Kirchspiel Balga, Karin Hülshof als Zweite stellvertretende Kreisvorsitzende in den Vorstand der Kreisgemeinschaft. Sie bekleidet außer diesen ehrenamtlichen Positionen auch das Amt der Archivarin in unserer Heimatstube in Burgdorf. Sie gab dem Kreistag einen Überblick über ihre intensive Archivarbeit. Karin Hülshoff ist zu erreichen in Ostenbergstraße 18, 44225 Dortmund, Telefon (02 31) 75 43 20, E-Mail: karinhuelshoff@web.de.

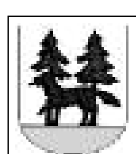
Heimatstube – Der Kreisvertreter gab bekannt, daß zu folgenden Terminen die Heimatstube in Burgdorf in der Wilhelmstraße 3 a für die interessierte Öffentlichkeit und für unsere Landsleute in diesem Jahre geöffnet wird: Am 8. Juni; am 13. Juli; am 10. August; am 12. Oktober; am 2. November und am 14. Dezember jeweils von 11 Uhr bis 16 Uhr. Selbstverständlich wird die Heimatstube auch während des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil in Burgdorf am 13. und 14. September 2008 zu besichtigen sein. Vor dem Hauptkreistreffen ist auch wieder Freitag, dem 12. September 2008, eine Busfahrt von Burgdorf nach Lüneburg zum Ostpreußischen Landesmuseum mit einem Kostenbeitrag von 10 Euro eingeplant. Auf Grund der starken Nachfrage wird um frühzeitige Anmeldungen bei Dietrich Mattern, Telefon (0 57 32) 88 40 gebeten.

Das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am Pfingstsonnabend und Sonntag in Berlin nahmen auch wieder unsere Landsleute aus dem Kreis Heiligenbeil zum Anlaß, liebgewordene ostpreußische Freunde, Bekannte und Verwandte zu treffen. Der Heiligenbeiler Bücherstand war wieder einmal Anziehungspunkt und Informationsstand, während an den Tischen die dazugehörigen „ostpreußischen Geschichtchens" erzählt wurden. Doch es bleiben noch genügende Gedanken und Geschichten, die während des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft im September in Burgdorf erzählt und gehört werden können. Doch bevor es nach Burgdorf zum Hauptkreistreffen kommt, gibt es noch Sondertreffen einzelner Kirchspiele und Gemeindetreffen. So ist für den 23. bis 25. Mai 2008 das 6. Heimattreffen von Groß-Klingbeck-Worwegen durch den Kirchspielvertreter Artur Labrenz eingeplant. Veranstaltungsort ist das Hotel „Storchenkrug" in Rühstädt. Informationen bei Artur Labrenz, Telefon (03 87 91) 8 07 27.

Ein weiteres Sondertreffen der Gemeinde Ludwigsort und Umgebung findet am 6. bis 8. Juni 2008 in der Jugendherberge im „Helmut-Tietje-Haus" in 27356 Rotenburg / Wümme statt. Anmeldungen bitte bei Ruth Dammeyer, Telefon (0 42 85) 14 40.

Das 12. Arnsteiner Sondertreffen des Kirchspiels Tiefensee findet vom 20. Juni bis 22. Juni 2008 im Ostheim der Landsmannschaft Ostpreußen, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, statt. Hierzu lädt der Kirchspielvertreter, Kurt Woike, herzlich alle Landleute ein und erbittet die Anmeldungen unter der Telefon (0 22 27) 90 85 70.

Die Jubiläums-Konfirmationen der Jahrgänge 1923/24 (Gnadene Konfirmation); 1928/29 (Eisenerne Konfirmation); 1933/34 (Diamantene Konfirmation); 1943/44 (Goldene Konfirmation) und die Jahrgänge 1968/69 (Silberne Konfirmation) finden während des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft in Burgdorf am 14. September 2008, um 14 Uhr in der St.-Pankratius-Kirche in Burgdorf statt. Jeder Teilnehmer erhält auch eine Urkunde. Die Anmeldungen richten die Jubel-Konfirmanden bitte an: Konrad Wien, Hamburger Straße 4 in 21224 Rosengarten, Telefon (0 41 08) 49 08 60.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Willi Reck, Georg-Büchner-Straße 7, 31224 Peine, Telefon (0 51 71) 80 59 72, Fax (0 51 71) 80 59 73. Schriftführerin: Marlene Gesk, Unewattfeld 9, 24977 Langballig, Tel. (0 46 36) 15 60, Fax (0 46 36) 88 33

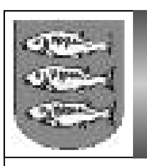
Reise in die Heimat – Start der Reise am Dienstag, 12. August 2008 in Moers mit Zusteigemöglichkeiten in Dortmund, Hamm, Herford, Hannover, Helmstedt und Berliner Ring. Reiseroute: 12. August: Fahrt nach Stettin mit Stadtbesichtigung und Zwischenübernachtung. 13. August: Fahrt durch Pommern nach Elbing für drei Nächte. 14. August: Frauenburg (Dombesichtigung), Frische Nehrung (Schiffsfahrt), auf Wunsch Besichtigung der Marienburg. 15. August: Fahrt nach Danzig, Zoppot und Oliva. 16. August: Schiffsfahrt nach Buchwalde über den Oberlandkanal mit seinen Rollbergen oder mit dem Reisebus über Buchwalde direkt nach Lötzen (sechs Nächte). 17. August: Fahrt nach Arys und Johannisburg. Am 18. August: Schiffsfahrt von Lötzen nach Nikolaiken. 19. August: Rundfahrt durch Masuren (Angerburg, Angerapp, Goldap, Treuburg, Lyck und Arys). 20. August: zur freien Verfügung. 21. August: Wallfahrtskirche „Heiligelinde" (Rastenburg und „Führerbunker" auf Wunsch). 22. August: Abfahrt von Lötzen Richtung Landsberg (Warthe) zur letzten Übernachtung. 23. August: Rückfahrt über die gleichen Haltestellen wie auf der Hinfahrt. Die Fahrt wird durchgeführt von der Gemeinschaft „Arys Stadt und Land", Mitglied der Kreisgemeinschaft Johannisburg (Reise-Service: Busche, 31637 Rodewald). Interessenten wenden sich bitte möglichst schnell an Waldemar Wyludda, Gubener Straße 8, 30823 Garbsen, Telefon (0 51 37) 7 65 68, oder (01 77) 3 50 13 02.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (02 03) 2 83 21 51.

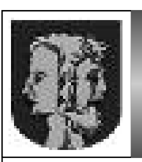
Herberger Knaben- und Mädchenschule – Und wieder versammelten sich die ehemaligen Herberger Knaben- und Mädchenschüler zu ihrem Jahrestreffen im Waldhotel Schäferberg in Espenau bei Kassel. Wie üblich fand nach dem Abendessen des ersten Tages die offizielle Mitgliederversammlung statt. Unsere Vorsitzende Adelheid Holz begrüßte die Teilnehmer und mußte leider feststellen, daß dieses Mal nur 21 „Ehemalige" den Weg nach Kassel gefunden hatten. Der Zahn der Zeit läßt sich nicht aufhalten! Erfreulich war aber, daß zahlreiche Mitschülerinnen und -schüler es sich nicht hatten nehmen lassen, ihre Grüße per Post zu übermitteln und damit zu zeigen, wie gern sie an dem Treffen teilgenommen hätten. In einer Gedenkminute wurde der inzwischen Verstorbenen gedacht. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde dann die finanzielle Lage der Vereinigung erörtert und dem Vorstand, nachdem der Kassenprüfer das Ergebnis seiner Prüfung mitgeteilt hatte, Entlastung erteilt. Unser ehemaliger Mitschüler Herbert Salk war im vorigen Jahr erneut in Königsberg und hatte auch Gelegenheit, „unsere" Schule Nr. 16 zu besuchen. Die Lehrerbesoldung sei nach wie vor schlecht, so daß die Gefahr der Abwanderung von Lehrkräften sehr groß sei. Auch die Unterstützung von besonders bedürftigen Schülern durch eine kleine Fördergruppe aus dem Kreis unser Vereinigung sei sehr zurückgegangen, zumal einige Förderer, die das Projekt seit 1997 regelmäßig unterstützen, inzwischen verstorben seien. Verschiedene Versuche, Kontakte zwischen Jugendlichen zu vermitteln, seien nur begrenzt erfolgreich gewesen. Zum Beispiel über Sportverbände in Hannover und Kaliningrad (Königsberg). Im Übrigen berichtete Herbert Salk über einen Besuch im jüdischen Gemeindezentrum und das Treffen mit dem Rabbiner, außerdem über ein Treffen mit dem Oberhaupt der Muslime der Westregion der Russischen Föderation. Beide Gespräche hätten interessante Einblicke eröffnet. Anschließend war unser früherer Mitschüler Heinz Scheffler an der Reihe und zeigte Filme von unserem Treffen in Kassel im letzten Jahr und von unserem Treffen in Karlsruhe im Jahre 2003. Seine Beiträge wurden mit großem Interesse aufgenommen und mit entsprechendem Beifall bedacht. Der Bus, den unsere Vorsitzende für den Sonnabend organisiert hatte, führte uns zunächst auf eine Rundfahrt durch Kassel. Wir passierten unter anderem den Henschelplatz mit dem früheren Verwaltungsgebäude der Firma Henschel, das heute zur Universität gehört, und fuhren dann an der Orangerie vorbei und durch die Fulda-Auen. Dann ging es zur „Wilhelmshöhe" mit dem Herkules, hinunter zum Schloß, durch die Wilhelmshöher Allee zum Theater und zum Friedrichsplatz. Wir verließen die Stadt über Helsa und fuhren durch den Nationalpark Meißner-Kaufunger nach Weißenbach und ließen uns hier in der Jausen-Station mit einem Büfett verwöhnen. Die Rückfahrt führte uns dann über Bad Soden-Allendorf an der früheren Zonengrenze entlang und nach Hannoversch-Münden, am Zusammenfluß von Werra und Fulda vorbei und durch das Fuldatal zurück nach Espenau. Der Tag fand seinen Ausklang mit einem reichhaltigen „Marktbüfett" im Waldhotel und einem gemütlichen Abend bei Musik und Tanz. Am Sonntagmorgen hieß es nach dem Frühstück Abschied nehmen. Wir haben die Hoffnung, uns im kommenden Jahr wiederzusehen. Kontakt: Adelheid Holz geb. Czyganowski, Philippstraße 4, 34127 Kassel.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Erhard Kawlath, Dorfstraße 48, 24536 Neumünster, Telefon (0 43 21) 52 90 27

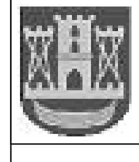
Ein Hoch der betagten Jubilarin – Am 22. Mai feierte Gisela Madeya, geb. Modricker, ihren 95. Geburtstag. In Rastenburg geboren, in Lötzen aufgewachsen und von dort aus auf die Flucht gegangen, ist sie allen Lötzenern bekannt durch ihren jahrzehntelangen unermüdlichen Einsatz zugunsten ihrer ostpreußischen Heimat. Bis 1995 betreute die zusammen mit ihrem Man Rudolf Madeya – lange Zeit Kreisvertreter und Organisator der Pennälergemeinschaft Lötzen – ihre Lötzener. Seit seinem Tod führt sie die Arbeit allein weiter. Sie ist auch Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch" und im „Freundeskreis Ostpreußen e. V.", die ihre Tochter Ulrike Madeya seit zwei Jahrzehnten leitet und die im südlichen und nördlichen Ostpreußen humanitäre und kulturelle Ziele verfolgen. So läßt die Jubilarin unter anderem Socken, Mützen und Schals für die Kinder im Tuberkulose-Krankenhaus in Königsberg stricken und sammelt Spenden vor allem für die Großfamilie Herzen nahe Insterburg. Auch bei den Handarbeitsausstellungen ihrer Tochter Ulrike ist die Jubilarin noch behilflich: Sachgerecht berät sie die Käufer insbesondere beim Kauf von Socken und Kinderkleidung und schildert dabei mit warmen Worten die Bedrängnis der in Ostpreußen gebliebenen oder dorthin zugezogenen Familien. Liebend gern unterhalten sich alle Besucher mit ihr und bewundern ihre Aufgeschlossenheit, ihren Charme und ihr Durchhaltevermögen. Die Jubilarin feierte ihren Ehrentag bei guter Gesundheit im Kreise ihrer Freunde und Verwandten in ihrem gemütlichen Heim in gerade eingeweihten Hause ihrer jüngeren Tochter Bringfriede Lübben in Wiefelstede. Große Pläne hat Gisela Madeya noch! Im September möchte sie noch einmal mit ihren Töchtern nach Ostpreußen fahren. Bis dahin hat sie noch viel zu tun: ihre Korrespondenz mit rund 90 Personen auf dem laufenden zu halten, eine weitere Spendenaktion auf den Weg zu bringen, zur Erhaltung ihrer Gesundheit spazierenzugehen, mit Freunden das neue Heim zu genießen und regelmäßig das *Ostpreußenblatt* zu lesen. Mögen ihr noch viele Jahre in Frische und Gesundheit beschieden sein und mögen ihr Kraft und die Freude erhalten bleiben, auch weiterhin Gutes für ihre Ostpreußen zu bewirken.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

Regionaltreffen in Lübeck – Ende April trafen sich aus dem norddeutschen Raum 85 Lycker Landsleute zum Regionaltreffen in Lübeck. Treffpunkt war diesmal das Hotel Hanseatischer Hof. Dieses Hotel ist günstig gelegen und bietet den angemessenen Rahmen für diese Veranstaltung. Das Treffen wurde durch Läuten der Glocken unserer Lycker Kirche pünktlich eröffnet. Die Begrüßung der Anwesenden fand durch das Kreisausschußmitglied Ulrich Hasenpusch statt, der diese Feier auch organisiert hatte. Er entschuldigte den Ersten Vorsitzenden Gerd Bandilla, der geschäftlich anderweitig tätig war. Danach nahm er für die im letzten Jahr verstorbenen Landsleute die Totenehrung vor. Günter Vogel erinnerte daran, daß die Landsmannschaft nur weiterleben kann, wenn es gelingt, die nachkriegsgeborenen Lycker zu motivieren und sich der mittleren Generation anzuschließen und mitzuwirken. Friedel Ehlert aus dem Kreis Schloßberg, die in Lübeck wohnt, lockerte das Treffen durch Gedichtvorträge auf. Nach dem offiziellen Teil ging man zum gemütlichen über. Dieser beinhaltete das Mittagessen sowie das Austauschen alter Erinnerungen und Erzählungen. Am Ende der Veranstaltung war man sich einig, sich auf dem Jahrestreffen des Kreises Lyck in Hagen wieder zu sehen. Ein großer Dank gilt Ulrich Hasenpusch, der sich durchgesetzt und ein neues Tagungshotel ausgesucht hatte. Nicht nur das wir keine Saalmiete zu zahlen hatten, auch das Essen, das Kaffeetrinken und die Bedienung war erstklassig. Die Stimmung war sehr gut, und man war sich einig: 2009 trifft man sich wieder an gleicher Stelle.



MEMEL HEYDEKRUG POGEGEN

Kreisvertreter Stadt: Hans-Jörg Froese. Land: Ewald Rugullis, Heydekrug: Irene Blankenheim. Pogegen: Kreisvertreter: Gerhard Schikschnus, Geschäftsstelle für alle vier Kreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstr. 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06 21) 72 36 36 (d), Fax 72 36 37

Pogegen – Hallo liebe frühere Einwohner des Kreises Pogegen! Am Sonnabend, dem 21. Juni, 12 Uhr, findet ein feierlicher Gottesdienst zum 75jährigen Kirchweihjubiläum der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Pogegen statt. Alle früheren Einwohner des Kreises Pogegen und Besucher aus Deutschland sind ganz herzlich eingeladen. Die Vertreter der Kirchen des Kreises Pogegen und die Mitglieder sind auch herzlich eingeladen. In Pogegen im Hotel Sandora kann man übernachten. Es gibt auch mehrere Hotels in Pogegen. Anmeldungen und Quartierwünsche können beim Kirchenvorsteher, Petras Vaisvilas, Telefon 0 03 70 (4 41) 5 73 10, oder bei Sandora, Telefon 0 03 70 (4 41) 5 73 11, angemeldet werden. Der Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde in Pogegen Ridas Tamulis, Gemeindevorsitzender der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde in Pogegen Petras Vaisvila und Kreisvertreter Gerhard Schikschnus würden sich sehr freuen, viele frühere Einwohner des Kreises Pogegen und Landsleute begrüßen zu können. Das Programm: 12 Uhr feierlicher Gottesdienst, 14.30 Uhr Mittagessen, 16 Uhr Konzert, 16.45 bis 17.15 Uhr Bilderschau in Erinnerung an die Geschichte des Wiederaufbaus der Kirchengemeinde von Pogegen. Gerhard Schikschnus, Kreisvertreter für Pogegen in der Ar-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 22

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 21

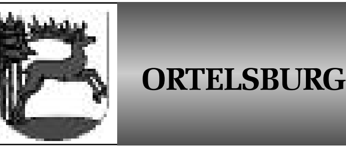
beitsgemeinschaft der Memellandkreise, Hinnenberg 23, 44329 Dortmund, Telefon (02 31) 29 15 69, E-Mail: gerhard@schikschnus.de



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Günter Dombrowski, Portweg 12, 31863 Coppenbrügge, Telefon und Fax (0 51 56) 16 33. Kulturreferentin: Gisela Harder, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon (0 40) 7 37 32 20

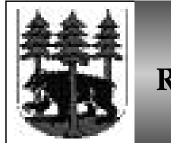
Eröffnung der Ausstellung „Der ostpreußische Maler Karl Kunz aus Herzogswalde“ – Am Anfang stand die Idee unserer Kulturreferentin Gisela Harder. Schon 2002 schaffte sie es, eine Bildersammlung des Malers zur 675-Jahrfeier der Stadtrechte von Mohrungen im Dohna-Schlößchen zu zeigen, was auch von den Polen positiv bewertet wurde. Immer wieder wandte sich Frau Harder an den Leiter des Ostpreußischen Landesmuseums Dr. Barfod mit dem Wunsch einer Ausstellung von Bildern des Karl Kunz. Endlich zeigte sich das Ergebnis: Am 25. April war die feierliche Eröffnung. Dr. Bardfod berichtete über die Organisation, die ohne Förderung der Kreisgemeinschaft Mohrungen nicht möglich gewesen wäre. Er zeigte den Weg zur Persönlichkeit von Karl Kunz, die sich in allen Gemälden widerspiegelt. Er war kein Porträtist; aber die Gesichter zeigen trotzdem „den Ostpreußen“. Für den Maler gab es die Danziger und Weimarer Zeit, die ihn wohl prägten, mehr noch aber sein Wissen erweiterten; denn er wollte er selbst bleiben. Kunz gestaltete in Farben seiner Art und Empfinden. Die Kindheit in Herzogswalde vermittelte ihm die Sachlichkeit des Dorflebens, die er mit der romantischen Art in die Natürlichkeit seiner Bilder einordnete. Dr. Hofmann, der Schwiegersohn des Malers, stellte seinem Vortrag das Leitthema des Malers voran: „Ernst ist das Leben – Heiter die Kunst“ (Schiller). Die Farben der Bilder ordnete Kunz den Landschaften zu oder idealisierte sie aus der Erinnerung. Bekannt war seine Durchsetzungskraft, der Humor gepaart mit Charme. Aus allen Lebenslagen konnte er was machen. Gegen künstlerische Auflagen wehrte sich der Maler: „Es ist ungeheuer wichtig, immer das Große zu sehen und nach der seelischen Tiefe zu trachten. Ausdruck inneren Erlebens muß die Kunst sein. Oder: Das Leben in Berlin ist schwer .... Hier hat sich unter den früher so genannten Entarteten eine verschworene Gemeinschaft zusammengetan, die nun auch keinen vorlassen, keinen.“ Caroline Hofmann, Tochter des Künstlers, war mit ihrer Familie aus Berlin angereist und hatte eine Broschüre über ihren Vater herausgegeben. Dieses Büchlein vervollständigt mit Details die offizielle Vita des Künstlers. Anschließend sahen die rund 70 Besucher 97 Objekte. Die Ausstellung fasziniert den Betrachter. Karl Kunz ist es gelungen, neben der natürlichen Wiedergabe auch seine eigenen Empfindungen darzustellen. Farblich sind die Ostpreußen-Bilder sehr verhalten, die italienischen explodieren geradezu und lassen die südliche Hitze spüren. Der zerbombte Reichstag in Berlin oder die Flucht verdeutlichen das Unfaßbare. Daneben die Blumenbilder, die die Freude an der Kraft der Natur ausstrahlen. Es folgten Bilder des christlichen Glaubens – Körper und Mimik wirken nachdenklich und auffordernd. Ein Bild im antiken Rahmen ist auf Holz gemalt. Es erinnert an die Technik von Rembrandt. Und immer wieder Ostpreußen: Mal das Haff, mal die Kruttinna, mal der Niedersee bei Rudczanny. Beeindruckend die fliehenden Elche. Herzogswalde und Mohrungen mit Umgebung sind Kernpunkte des Schaffens in der Heimat. Den Menschen und Tieren verleiht Karl Kunz, durch die veränderte Körperperspektive, die Kraft, Bewegung sichtbar zu machen. Bilder, die man nie vergißt! Die Broschüre: „Karl Friedrich Kunz 1904–1969 – Ein Lebensbild aus Sicht seiner Tochter Caroline Hofmann, geb. Kunz (S. 21 / 34) ist zu beziehen, solange der Vorrat reicht: Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 75 99 50, Fax (0 41 31) 7 59 95 11, geöffnet: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 17 Uhr.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Edelfried Baginski, Tel. (02 09) 7 20 07, Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen. Geschäftsführer: Manfred Katzmarzik, Tel. (02 31) 37 37 77, Am Kirchenfeld 22, 44357 Dortmund

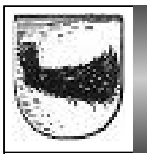
Oberst a. D. Baginski, Edelfried, aus Ortelsburg, jetzt Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen, am 20. Mai, 80. Geburtstag – Die Kreisgemeinschaft gratuliert ihrem langjährigem Ersten Vorsitzenden zum 80. Geburtstag und dankt ihm für seine vertrauensvolle Arbeit. Sie wünscht ihm für den weiteren Lebensweg alles, alles Gute. Dein Heimatkreis.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (0 43 81) 43 66, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (02 81) 2 69 50

Reise nach Rastenburg – Ostpreußen / Masurische Seenplatte – Neuntägige Reise vom 31. Mai bis 8. Juni – Kommen Sie mit auf eine schöne Reise nach Rastenburg. Ziele dieser Reise sind unter anderem Rastenburg, Lötzen, Nikolaiken, Allenstein, die Johannisburger Heide, die Kruttinna, Pommern, die Kaschubische Schweiz und die Marienburg. Liebe Rastenburger, liebe Freunde der Ostpreußenreise, Erholung und Gesundheit sind die schönsten Souvenirs eines Urlaubs. Wenn Sie voller Vitalität von einer Reise aus Masuren heimkehren, verdanken Sie es wohl dem Klima, der Landschaft und der gesunden Luft. Immer wieder, immer öfter sieht man interessante und wunderschöne Berichte im Fernsehen über Ostpreußen. Eine der schönsten Freundschaften ist die Gastfreundschaft. Auf einer Reise mit uns nach Rastenburg erwarten Sie herzliche Gastfreundschaft, Erholung, Individualität, naturbelassene Landschaft, faszinierende Städte, Kunst, Kultur und gute Organisation der Reise. Das neu erbaute Hotel Koch in Rastenburg wird uns bei dieser Reise zum „Zuhause“. Nach dem Motto: „Wer zu spät kommt, den bestraft die Warteliste.“ Reisepreis mit HP und vielen Eintritten 835 Euro, EZ-Zuschlag 178 Euro. Darin sind enthalten: Busfahrt, Übernachtung mit HP in guten Mittelklassehotels mit Dusche / WC im Bernsteinpalast in Pommern (Die HP beginnt mit dem Abendessen am ersten Reisetag und endet mit dem Frühstück am letzten Reisetag), Reiseleitung für die gesamte Reise, zusätzliche Spezialführer (vor Ort: in Marienburg, Heiligelinde, Allenstein), Eintritte: Marienburg, Ernst Wiechert Museum, Stakerkahnfahrt auf der Kruttinna, Schiffsfahrt von Steinort nach Angerburg, Kapelle aus Wehlack. Nicht im Reisepreis enthalten: Die Kurtaxe / Straßensteuer und das Fakultative wird unsere Reiseleiterin während der Fahrt einsammeln, bitte nicht vorher überweisen. 12 Euro Kurtaxe (neun Tage und Straßensteuer in Polen), 14 Euro (Kaffee / Tee und Gebäck an sieben Tagen), Fakultatives und Trinkgelder. Schriftliche Anmeldung bitte an Ursula Paehr, Kaiserring 4, 46483 Wesel, Telefon (02 81) 2 69 50 oder (02 81) 1 63 72 30 (p).

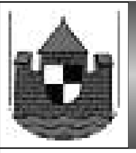


SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (0 57 33) 55 85. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

Einladung zum 6. Karwener Ortstreffen – Wie im Heimatbrief 2007 mitgeteilt, findet das 6. Treffen der Dorfgemeinschaft Karwen vom 19. bis 21. September 2008 im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Helmuth Tomscheidt, Gesundheitsstraße 29, 42855 Remscheid, Telefon (021 91) 2 32 23, der Organisator dieses Treffens, hatte um rechtzeitige Anmeldung bei ihm gebeten, um eine Übersicht über die Zahl der Teilnehmer zu bekommen. Wir möchten hier noch einmal an den Termin erinnern und bitten alle Interessierten um möglichst baldige Anmeldung bei Helmuth Tomscheidt, der nicht nur für ein fröhliches Wiedersehen mit alten Freunden und Bekannten aus Karwen, sondern auch für ein buntes Programm sorgen will. Selbstverständlich sind auch Landsleute, die nicht aus Karwen und der unmittelbaren Umgebung stammen, herzlich willkommen.

12. Kirchspieltreffen Hoverbeck und 7. Ortstreffen Selbongen – Am 12. April 2008 fand das diesjährige Heimattreffen der Hoverbecker und Selbonger wiederum im „Weinhaus zur Traube“ in Unkel am Rhein statt. Edith Gorski berichtet: Bereits am Vortag waren zehn Teilnehmer aus Selbongen angereist und übernachteten im Gästehaus Korf. Nach dem gemeinsamen Abendbrot saßen wir bei einem Glas Wein zusammen und redeten über alte Zeiten. Unter uns war auch Margret Smeh geb. Pienak, die den weitesten Weg auf sich genommen hatte. Sie war aus den USA angereist. Besonders spannend wurde es, als sie von ihrem Leben in Amerika berichtete. Sie lebt dort nun schon insgesamt 45 Jahre. Freud und Leid liegen nahe beieinander. So gedachten wir unserer Freunde aus der Jugendzeit, die inzwischen verstorben sind. Zu ihnen gehört auch unser Schulfreund Horst Michalowski, der uns mit seinen Büchern immer wieder an unsere Heimat erinnert hat. Bei dem offiziellen Heimattreffen am nächsten Tag erlebten rund 70 Landsleute ein freudiges und lebendiges Wiedersehen. Die Gespräche waren sehr unterschiedlich: mal besinnlich, mal lustig, mal traurig. Man tauschte Neuigkeiten über die „alte“ und die „neue“ Heimat aus und informierte sich über Freunde, Bekannte und Verwandte. Kirchspielvertreter Nikolaus von Ketelhodt begrüßte die Anwesenden sehr herzlich. Ein besonderer Gruß galt dem Vertreter des Kirchspiels Nikolaiken Horst Wiberny. Auch übermittelte Nikolaus von Ketelhodt herzliche Grüße und gute Wünsche des Kreisvertreters Siegbert Nadolny. Ausführlich berichtete er über die Gründung des Kirchspiels Hoverbeck und den Bau der Hoverbecker Kirche. Wie in jedem Jahr gab es eine Gedenkminute zur Ehrung der im letzten Jahr aus unserem Kreis Verstorbenen. Auch die Erinnerungsfotos fehlten nicht, zunächst von den Hoverbecker dann von den Selbonger Landsleuten. Beim Abschied nehmen waren alle Anwesenden froh und dankbar für dieses gesellige Beisammensein. Bedauerlicherweise waren diesmal weniger Landsleute als in den vergangenen Jahren erschienen. Krankheit und Altersbeschwerden bestimmen heute das Leben vieler unserer Freunde und verhinderten die Anreise, die für sie weit und beschwerlich geworden ist. Auf die Frage, ob wir im nächsten Jahr wieder ein Treffen organisieren wollen, gab es ein einstimmiges „Ja“. So wurde beschlossen, sich das nächste Mal am 18. April 2009 zutreffen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Horst Mertineit. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 7 77 23 (Anrufbeantworter), Diedrichstraße 2, 24143 Kiel

Realgymnasium / Oberschule für Jungen – Auch 63 Jahre nach Flucht und Vertreibung wurde beim Deutschlandtreffen in Berlin ein sichtbares Zeichen für die Treue zur unvergessenen Heimat Ostpreußen gesetzt. Die Schulgemeinschaft hatte einen eigenen Treffpunkt mit zwei Schildern gekennzeichnet, der von erfreulich vielen Schulkameraden aufgesucht wurde. Die Vorstandsmitglieder Hans Dzieran, Helmut Fritzler, Heinz Meyer und Klaus Rausch hatten an beiden Tagen den Treffpunkt besetzt und konnten die Mitschüler Klaus Dietrich, Georg Friedrich, Herbert Gross, Gernot Grübler, Manfred Grusdt, Horst Haut, Hans-Erhard von Knoblauch, Gerhard Kollecker, Lothar Kowalzyk, Manfred Malien, Dieter Punt, Harro Thomaschky und Dieter Wegerer begrüßen. Bei den Tischgesprächen wurden Neuigkeiten ausgetauscht und immer wieder schweiften die Gedanken in die Schulzeit und die Heimat am Memelstrom. Klaus Rausch hatte Stadtpläne von Tilsit in A-3-Format ausgedruckt, die dankend entgegengenommen wurden. Auch die von ihm auf den neusten Stand gebrachten Anschriftenlisten der immer noch 257 Schulkameraden fanden reges Interesse. Den Stand suchten auch zahlreiche Tilsiter auf und gaben ihrer Genugtuung Ausdruck, daß die Schulgemeinschaft SRT einen wichtigen Beitrag leistet, um Tilsit im Bewußtsein der Menschen wachzuhalten.

Unermüdlich im Dienste Preußens

Hans-Günther Parplies zum 75. Geburtstag

Mehr als anderthalb Jahrzehnte war Hans-Günther Parplies, der Westpreuße aus Ostpreußen, bei der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat in der Bonner Kaiserstraße mein Kollege und mein Vorgesetzter. Er war 1979 vom Bund der Vertriebenen dorthin übergewechselt; ich war ihm 1983 als Chefredakteur der alle zehn Tage erscheinenden „Kulturpolitischen Korrespondenz“ gefolgt.

Geboren am 26. April 1933 in Marienburg an der Nogat, der größten Stadt des Landkreises Marienwerder, der als Regierungsbezirk Westpreußen nach dem Ersten Weltkrieg der Provinz Ostpreußen angegliedert worden war. Im Januar 1945, im Alter von elf Jahren, floh er mit Großmutter, Mutter und drei jüngeren Brüdern (der Vater kämpfte als Soldat an der Ostfront) bis ins Rheinland, wo ihm seine Lehrerin, wie er mir in einem Interview (25. April 1998) erzählte, „die ostpreußische Färbung meiner Aussprache austreiben wollte“, wogegen er sich gewehrt hätte: „Ich habe daraufhin erst bewußt heimatlichen Ausdrucksweisen nachgespürt und den ostpreußischen Anklang meiner Aussprache gerade während meiner Schulzeit besonders gepflegt.“

In der Kreisstadt Soltau in der Lüneburger Heide legte er 1952 das Abitur ab und nahm 1953 in Köln das Studium der Rechtswissenschaften auf, das er in Tübingen fortsetzte und 1959 in Göttingen beendete. Danach übernahm er für drei Jahre die Geschäftsführung der „Gemeinnützigen Gesellschaft Albertinum“, die der Vorbereitung eines ostpreußischen akademischen Zentrums mit angeschlossenem Studentenwohnheim diente. Erst danach, 1962, begann er mit dem juristischen Vorbereitungsdienst in Nordrhein-Westfalen, besuchte die „Hochschule für Verwaltungswissenschaften“ in Speyer und legte 1967 das zweite juristische Staatsexamen ab. Danach arbeitete er unter den Präsidenten Reinhold Rehs (1901–1972) und Herbert Czaja (1914–1997) beim Bund der Vertriebenen, zunächst von 1967 bis 1973 als wissenschaftlicher Referent für Staats- und Völkerrecht sowie Geschäftsführer der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht und danach bis 1979 als Leiter des Kulturreferats.

Ostdeutschlad tief im Herzen

Als Hans-Günther Parplies 1979 zum Ostdeutschen Kulturrat kam, war Götz Fehr (1918–1982) aus Budweis in Böhmen Präsident, der aber überraschend am 9. März 1982 starb, so daß dann auch der Geschäftsführer dessen Pflichten teilweise mit übernehmen mußte, bis im Herbst 1982 schließlich Herbert Hupka (1915-2006) zum neuen Präsidenten gewählt wurde. In diesen 19 OKR-Jahren hat der kaum zu ermüdende Geschäftsführer eine Menge bewegt in der ostdeutschen Kulturarbeit, als herausragendes Beispiel wären, außer den nach dem „Erzählerpreis“ neu geschaffenen drei Kulturpreisen, die zwölf Bände einer beim Verlag Langen-Müller in München erschienenen Studienbuchreihe „Vertreibungsgebiete und vertriebene Deutsche“ (1992–2005) zu nennen, die, anders als die zehn Bände „Deutsche Geschichte im Osten Europas“ des Berliner Siedler-Verlags, den Stoff in knapper und gut lesbarer Form anbieten. Im Interview von 1998 sagte er dazu: „Was konkret die Studienbuchreihe betrifft, so ist die Planung, daß die Bände mit jeder notwendig werdenden Neuauflage immer wieder fortgeschrieben und auf den neuesten Stand gebracht werden, Mit einer Kurzformel: Ostdeutsche Bildungsarbeit als Daueraufgabe.“

Eine solche, auf Jahre sich erstreckende Koordinierungsarbeit wäre kaum zu leisten gewesen ohne ständige Beschäftigung mit ostdeutscher Geschichte und Kultur. Hans-Günther Parplies hatte in unserer Stiftung dazu nicht nur die ergiebigsten Arbeitsmöglichkeiten, sondern er konnte auch auf seine in zwölf BdV-Jahren gewachsenen Kontakte zu zahlreichen Vertretern der Vertreibungsgebiete zurückgreifen. Dazu gehörten auch die Ehrenämter, die er seit Jahrzehnten innehat: So ist er seit 1988 BdV-Kreisvorsitzender in Bonn und BdV-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, von 1984 bis 1986 und von 1990 bis 1994 saß er im BdV-Präsidium, von 1994 bis 2008 war er BdV-Vizepräsident. Von 2000 bis 2004 war er Vorsitzender des Kuratoriums der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Bonn, seit 2004 ist er dort der Vorstandsvorsitzende.

Wiedervereinigung ist nur eine Teilvereinigung

Die öffentliche Anerkennung für diese aufwendigen, aber auch tief befriedigenden Bemühungen um die Erhaltung und Pflege ostdeutscher Kultur konnte nicht ausbleiben. So wurde er 1978 mit dem Marienburg-Preis seiner Landsmannschaft Westpreußen ausgezeichnet, später wurden ihm das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen, und die Goldene Ehrennadel des Bundes der Vertriebenen verliehen. Als ihm der Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels 1990 im Alten Rathaus das Bundesverdienstkreuz überreichte, waren seine Mitarbeiter und Kollegen vom Ostdeutschen Kulturrat anwesend. Als einziger der auf diese Weise Geehrten ergriff er das Wort und machte den geborenen Rheinländer Hans Daniels darauf aufmerksam, daß das Bonner Stadttheater im Jahr mehr öffentliche Gelder zugewiesen bekäme als der Ostdeutsche Kulturrat als überregionale Institution.

Unter der Wiedervereinigung Restdeutschlands am 3. Oktober 1990 hat er gelitten! Die historischen Ostgebiete Deutschlands in den Grenzen von 1937 lagen nun außerhalb der Staatsgrenzen. Bundeskanzler Helmut Kohl, ein geborener Pfälzer aus der Gegend Ludwigshafens, zeigte wenig Verständnis für die Gefühle der zwölf Millionen Vertriebenen, die immerhin ein Fünftel der Bevölkerung Gesamtdeutschlands ausmachten. Das konnte und wollte Hans-Günther Parplies nicht verstehen. *Jörg Bernhard Bilke*

An der Spitze der Konföderierten

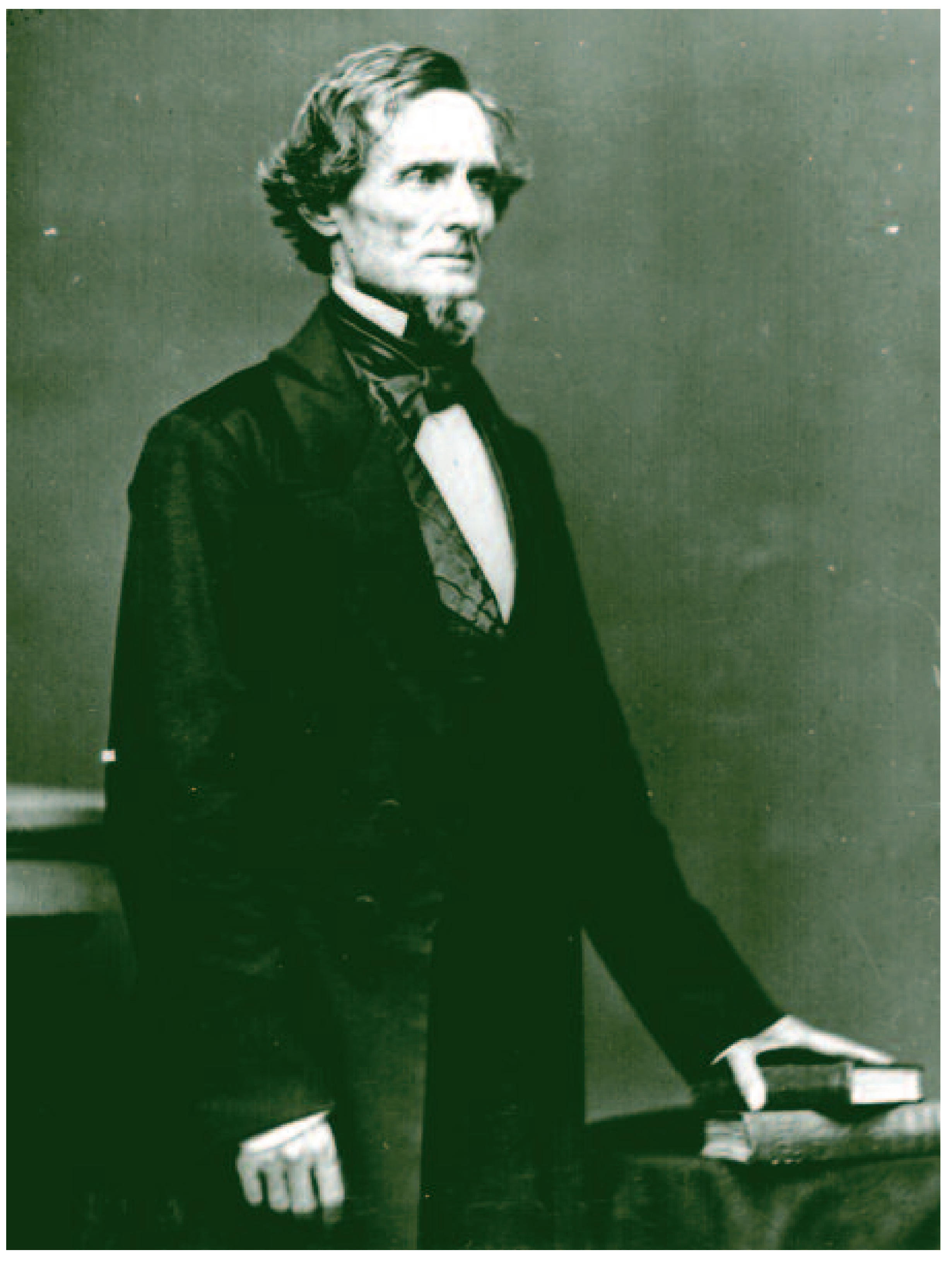
Vor 200 Jahren kam der einzige Südstaaten-Präsident, Jefferson Davis, in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Welt

Von Hans Lody

Jefferson Davis, der erste und letzte Präsident der Konföderierten Staaten von Amerika (CSA) wurde am 3. Juni 1808 in Fairvier / Kentucky geboren. Sein Vater schickte ihn, wie fast alle besitzenden Südstaatler, auf die Militärakademie Westpoint. So kam es – Skurilität des Schicksals – daß er gemeinsam mit seinem späteren Widersacher Abraham Lincoln 1832 am Krieg gegen die Indianer teilnahm.

1835 quittierte er den Dienst, um Baumwolle in Mississippi anzupflanzen, zu heiraten und sich politisch zu betätigen. Bald war er Abgeordneter des Repräsentantenhauses. 1846 ließ er sich als Soldat reaktivieren, um am Krieg gegen Mexiko teilzunehmen. 1853 erreichte seine politische Laufbahn einen Höhepunkt, als US-Präsident Franklin Pierce ihn zum Kriegsminister ernannte. Vielleicht wäre er eines Tages sogar Präsident der USA geworden, wenn es 1861 nicht zur Gründung der Konföderierten Staaten von Amerika gekommen wäre. Wirtschaftliche Gründe waren die Ursache für diesen Krieg – nicht, wie später erfolgreich in die Geschichtsbücher geschrieben wurde, die Sklavenfrage. Der Geldadel aus Neuengland sah durch die zunehmende Wirtschaftskraft des Südens seine Macht im Staate bedroht und zog blank. Propagandistisch wurde der Waffengang mit allerlei moralischen Scheinargumenten vorbereitet wie dem Roman „Onkel Toms Hütte“ von einer Autorin, die ehrlicherweise zugab, niemals im Süden gewesen zu sein.

Politischer Arm der Hochfinanz war Abraham Lincoln, und als dieser schließlich zum Präsidenten der USA gewählt wurde, verließen South Carolina, Mississippi, Alabama, Florida, Georgia, Texas und Lousiana die Union und gründeten einen eigenen Staat, dem wenig später noch Virginia, North Carolina, Arkansas und Tennessee beitraten. Missouri hatte bereits seinen Austritt aus der Union erklärt, als Lincoln mit Hilfe von Unionstruppen den Staat unter Militärverwaltung stellte. Auch Kentucky, Maryland und Delaware erhielten als „Wackelkandidaten“ Besatzungstruppen.



Jefferson Davis: Erster und letzter Präsident der Konföderierten Staaten von Amerika Foto: Archiv

Am 18. Februar 1861 wurde der als gemäßigt geltende Jefferson Davis als erster Präsident des neuen Staates gewählt. Lincoln befahl darauf am 15. April 1861 die Mobilisierung von 75 000 Soldaten. Viele verweigerten sich und gingen lieber in den Süden. Fast die gesamte Westpoint-Elite zog die silbergraue Uniform der Konföderation an. Auf Befehl Lincolns trug die Union den Krieg auf gegnerisches Gebiet. Er war also der Aggressor. Aber aus dem geplanten militärischen Spaziergang wurde nichts. Bei Bull Run wurde das Unionsheer vernichtend geschlagen. Der Krieg dauerte sehr lange, war sehr blutig und ungeheuer grausam. Es war, wenn man so will, der erste „moderne“ Krieg seit dem 30jährigen Krieg, mit Plünderungen, Vergewaltigungen, Brand und Mord. Der Süden hatte nur eine geringe Siegeschance. Sein letzter offensiver Vorstoß endete bei Gettysburg. Am Ende siegten Geld, Eisen und Propaganda über das Recht und die Kultur am 9. April 1865.

Präsident Jefferson Davis mußte sich aber neben den militärischen auch den politischen Fragen des Staates, den er leitete, widmen. Waren die USA ein Staatenbund oder ein Bundesstaat? Aus einem Staatenbund konnte man jederzeit wieder austreten, bei einem Bundesstaat war diese Frage schwieriger zu beantworten. Aber auch hier muß es die Möglichkeit der Trennung geben. Lincoln war der Auffassung, daß ein Austritt nur mit Zustimmung der anderen Mitgliedsstaaten möglich sei, weil dies auch die Eintrittsbedingung in die Union war. Aber ist die Initialbedingung mit der Finalbedingung gleichzusetzen? Um bei diesem Beispiel zu bleiben: Eine Ehe wird unter der Voraussetzung geschlossen, daß beide Partner dies wollen. Eine Scheidung ist hingegen auch dann möglich, wenn ein Partner dies eigentlich nicht will. War den elf konföderierten Staaten, waren Missouri, Kentucky, Maryland und Delaware die „Ehe“ mit Lincoln und der Union, die ihre wirtschaftlichen Grundlagen untergraben wollten, weiter zuzumuten?

Die Frage ist aktueller als mancher glaubt. Ist die Europäische Union ein Staatenbund oder ein Bundesstaat, und falls letzteres noch nicht der Fall ist, warum betreiben die Eurokraten gegen den Willen des überwiegenden Teils der Bewohner der Mitgliedsstaaten die Gründung eines Bundesstaates? Wie sagte doch Sebastian Haffner richtig: Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie variiert.

Am 10. Mai 1865 ergriffen Unionstruppen Jefferson Davis und hielten ihn zwei Jahre gefangen. Während „Kriegsverbrecherprozesse“ gegen die Repräsentanten der geschlagenen Armee durchgeführt wurden, traute man sich an Davis offenbar nicht so richtig heran. 1869 stellte man das Verfahren gegen ihn ein. Die Staatsbürgerschaft der Union erkannte man ihm aber ab. So konnte Davis 1874 trotz seiner Wahl in den Senat sein Mandat dort nicht antreten. Am 6. Dezember 1889 starb Davis. Erst posthum, 1978, erkannte man ihm die Staatsbürgerschaft wieder zu. Sein Grab liegt in Richmond Virginia, der Hauptstadt der Konföderation.

Erfolgreichster Standardjäger des Westens

Vor 50 Jahren erfolgte der Erstflug der McDonnell Douglas F-4 »Phantom«

Von Manuel Ruoff

Die McDonnell Douglas F-4 „Phantom“ ist das erste Jagdflugzeug der US-Luftstreitkräfte, dessen Entwicklung die US-Marine betrieben hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute der US-amerikanische Flugzeugbauer McDonnell, der später durch die Fusion mit Douglas zu McDonnell Douglas wurde, für die US Navy den Jäger F3H „Demon“. Um im Geschäft zu bleiben, schlug das Unternehmen seinem Kunden 1953 die Überarbeitung zu einer „Super Demon“ vor. Da sich die Navy in den Kategorien Jäger und Angriffsflugzeug für Konkurrenzprodukte entschied, sollte die „Super Demon“ schließlich ein zweisitziger Langstrekkenabfangjäger werden.

Nicht zuletzt für die Blitzstarts auf den vergleichsweise kurzen Startbahnen ihrer Flugzeugträger und das Durchstarten bei Trägerlandungen wünschte die Navy eine starke Motorisierung. Die von McDonnell vorgeschlagene einmotorige F3H-E wurde deshalb von der Marine abgelehnt. Die F3H-G war zwar zweistrahlig, aber die beiden für den Antrieb vorgesehenen Wright-J65-Triebwerke vermochten die Navy nicht zu überzeugen. Ihr Interesse fand schließlich eine Variante mit zwei leistungsfähigen J-79-Triebwerken von General Electric. Diese Aggregate brauchen nur vier Sekunden von Leerlauf bis Vollschub und kompensieren mit ihren Leistungsreserven die nicht gerade optimale Aerodynamik des Flugzeugkörpers.

Am 23. Juni 1955 erhielt das Flugzeug die offizielle Bezeichnung F4H-1. Der Bau zweier Prototypen konnte beginnen. Am 27. Mai 1958 fand der Erstflug statt. Der Pilot, Robert C. Little, hatte gehofft, bereits bei diesem ersten Flug die Schallmauer publikumswirksam durchbrechen zu können. Aber daraus wurde nichts. Die Bugfahrwerksklappen ließen sich als Folge einer defekten Hydraulikleitung nicht vollständig einfahren und die Triebwerke wiesen diverse Funktionsstörungen auf. So mußte Little den Flug vorzeitig beenden. Am 21. Oktober 1959 stürzte die Erstflugmaschine sogar ab. Nichtsdestotrotz wußte das Flugzeug in der Folgezeit mit der Aufstellung diverser imponierender Rekorde zu überzeugen. Zwei seien hier genannt. Am 6. Dezember 1959 stellte der zweite Prototyp mit 30 040 Meter einen neuer Höhenweltrekord auf. Und am 22. November 1961 wurde mit 2585,425 Stundenkilometern ein neuer Geschwindigkeitsrekord aufgestellt.

Von dem Flugzeug wurden von 1961 bis 1981 über 5000 Stück in St. Louis und Japan gebaut

Aus Anlaß des Firmenjubiläums 20 Jahre McDonnell erhielt die F4H-1 im Jahre 1959 formell den Namen „Phantom II“. Die römische Zahl erklärt sich daraus, daß es vorher bereits die McDonnell FH-1 „Phantom“ gegeben hatte. Hierbei handelt sich zwar um das erste strahlgetriebene Kampfflugzeug, das von einem US-amerikanischen Flugzeugträger aus eingesetzt wurde, doch verblaßte die Erinnerung an das Jagdflugzeug relativ schnell, so daß man schon bald statt von der „Phantom II“ einfach nur von der „Phantom“ zu sprechen begann. Um Geld zu sparen, setzte US-Verteidigungsminister Robert McNamara in seiner 1961 begonnenen Amtszeit bei den US-Teilstreitkräften nicht nur eine Standardisierung der Bewaffnung, sondern auch von deren Bezeichnung durch. So erhielt die „Phantom“ 1962 ihre Typenbezeichnung F-4.

Im Jahre 1960 erhielt die Navy nach vollzogener Feststellung der Tauglichkeit für den Einsatz auf Flugzeugträgern die ersten Vorserienmaschinen für ihre Umschulungsstaffel VF-121. Im Jahre 1961 begann die Serienproduktion mit der F-4B. Zur Marine kam ab 1962 als weiterer Abnehmer das US-Marinekorps. Für die Marines wurde als Allwetteraufklärervariante der F-4 die RF-4 gebaut. Für die Aufnahme von Kameras und anderem Aufklärungs-Gerätschaften erhielt sie einen verlängerten Rumpfbug. Der Erstflug dieser RF-4 – eine RF-4B – fand 1965 statt. Entsprechend der von McNamara geforderten Standardisierung erhielt nach der Navy und den Marines schließlich auch noch die US-Luftwaffe die „Phantom“. Ihren Anforderungen gemäß wurde für sie die F-4C entwickelt. Im Jahre 1963 begann deren Auslieferung. Analog zur RF-4B der Marines erhielt auch die Air Force mit der RF-4C eine Allwetteraufklärungsversion. Zudem erhielt die USAF mit der RF-4D einen „Phantom“-Jagdbomber. Damit hatten sowohl die Marine als auch das Marinekorps und die Luftwaffe eine „Phantom“-Grundausstattung, als in der zweiten Hälfte der 60er Jahre der Vietnamkrieg in seine heiße Phase trat.

Der Krieg in Vietnam brachte eine interessante Erfahrung. Die komplizierten Luft-Luft-Raketen konnten im engen Kurvenkampf mit den nordvietnamesischen MiG nur unbefriedigend eingesetzt werden. Das Ergebnis war die F-4E. Bei ihr wurden Raketen durch die Zwei-Zentimeter-Schnellfeuerkanone „Vulcan“ von General Electric mit 6000 Schuß pro Minute ersetzt. Zudem erhöhte ein zusätzlicher Treibstofftank im Rumpf den Aktionsradius. Am 3. Oktober 1967 wurde die erste F-4E dem Tactical Air Command (TAC) übergeben. Auch von der F-4E wurde mit der RF-4E eine Allwetteraufklärervariante geschaffen. Die F-4E war die meistgebaute „Phantom“. 1208 F-4E und 132 RF-4E wurden ab dem Herbst 1967 bei McDonnell gebaut. Ziemlich genau ein Dutzend Jahre später, am 26. Oktober 1979, verließ als letzte von 5068 in St. Louis gebauten „Phantom“ eine F-4E die Werkhallen. Seit 1995 ist die „Phantom“ in den USA nur noch als unbemannte „Drohne“ für Zielübungen im Einsatz.

Die USA haben anders als ärmere Verbündete ihre Maschinen bereits 1995 ausgemustert

Anders verhält es sich bei den in der Regel weniger wohlhabenden Verbündeten, welche die „Phantom“ teilweise – wie die Bundesrepublik Deutschland – noch heute im Einsatz haben. Allein von der F-4E und der RF-4E haben die US-Amerikaner 566 Stück ans Ausland verkauft. Wie Ägypten, Australien, Griechenland und der Iran waren auch Israel, Südkorea, Spanien und die Türkei zumindest zeitweise in Besitz von „Phantom“. Im Gegensatz zur Bundesrepublik wußten dabei die noch am ehesten mit unserem Land vergleichbaren Staaten Großbritannien und Japan ihre Wirtschaftsinteressen zu wahren. So wurden die „Phantom“ für die Royal Navy und die Royal Air Force (RAF) statt mit den US-amerikanischen General-Electric- mit britischen Rollce-Royce-Triebwerken ausgestattet. Diese Anlagen bringen nicht nur zwölf Prozent mehr Leistung, sondern sind auch im Verbrauch 30 Prozent günstiger. Letzteres spart nicht nur Betriebskosten, sondern erhöht auch die Reichweite. Andererseits soll das US-Triebwerk dem britischen vor allem in größeren Höhen überlegen sein. Entscheidend jedoch ist, daß ein Großteil des Geldes im eigenen Lande blieb und nicht nur die Rüstungs- und Raumfahrtindustrie der Führungsmacht im Bündnis, sondern auch die eigene gefördert wurde. So sollen bei der RAF-„Phantom“ durch die Triebwerke und weitere Komponenten aus britischer Produktion 40 bis 45 Prozent des Auftragsvolumens an die britische Industrie zurückgeflossen sein. Und die Japaner bauten gleich die ganze „Phantom“ in Lizenz. So entstanden 138 Exemplare bei Mitsubishi in Japan. Und was trotzte die Bundesregierung der US-Administration ab? Als Gegenleistung für den Kauf von 88 RF-4E für 1,85 Milliarden D-Mark versprach das US-Verteidigungsministerium 1968 für den Zeitraum der nächsten sechs Jahre Aufträge an die bundesdeutsche Luftfahrtindustrie in Höhe von 125 Millionen US-Dollar (knapp einer halben Milliarden D-Mark bei Vertragsabschluß) – und das bei sinkendem Dollarkurs und ohne Bindung der US-Zusage an das „Phantom“-Projekt, so daß auch andere nach Deutschland vergebenen US-Aufträge mit eingerechnet wurden.

»Ostpreußen bleibt«

Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, beim Deutschlandtreffen in Berlin

Genau 63 Jahre nach Beginn von Flucht und Vertreibung und 60 Jahre nach Gründung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) hat der Bundesvorstand der LO Sie, verehrte Damen und Herren und liebe Landsleute, zum 19. Deutschlandtreffen der Ostpreußen hier nach Berlin auf die Messe eingeladen.

Wir sind die einzige große ostdeutsche Landsmannschaft, die nun schon zum zweiten Mal ihr bundesweites Begegnungstreffen in der deutschen Hauptstadt durchführt. Rund sechs Jahrzehnte nach Flucht und der gewaltsamen Massenaustreibung aus unserer einzigartigen Heimat Ostpreußen folgen immer noch tausende Landsleute, nachgeborene Ostpreußen und die Freunde unserer Heimat der Einladung des Bundesvorstandes der LO. Bedarf es eines stärkeren Beweises, daß die Ostpreußen eine Schicksalsgemeinschaft sind? Wir sind hier, um für das Recht auf die Heimat, für die Ächtung von Vertreibungen und für eine ansatzweise Heilung des Vertreibungsunrechtes die Stimme zu erheben.

Unsere Treue zur angestammten Heimat gilt nicht einem schwärmerischen Wolkenkuckucksheim, sondern sie gilt Ostpreußen und seinen Regionen, den Städten und Dörfern, die unsere Geburtsstätten sind. Gerade weil wir Flucht, Vertreibung und Zwangsdeportation haben erleiden müssen, sind wir prädestiniert, unsere Stimme mahnend für die Ächtung von Vertreibungen zu erheben.

Dieses große Heimattreffen soll auch unsere jahrzehntelange Forderung nach Realisierung des Rechts auf die Heimat unterstreichen. Wir berufen uns bei dieser Forderung auf eine entsprechende Uno-Resolution, die das Recht aller Vertriebenen, zur Heimatstätte – sprich Geburtsstätte – und zum Vermögen zurückzukehren, proklamiert und in den Rahmen des Völkerrechtes erhebt.

Ostpreußen bleibt. Dies ist das Leitwort für das diesjährige Deutschlandtreffen. Ostpreußen bleibt in unseren Herzen. Wir werden als landsmannschaftliche Gesinnungsgemeinschaft wie bisher auch weiterhin dafür werben, daß Ostpreußen im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verankert und im Geschichtsbuch der Deutschen archiviert bleibt. Ostpreußen bleibt eine unwandelbare einzigartige Region in Ostmitteleuropa. Das zivilisatorische Antlitz Ostpreußens unterliegt Schwankungen. Was Menschenhand aufgebaut hat, kann durch Menschenhand auch wieder zerstört werden. Wir haben das am Beispiel unserer Heimat erlebt. In Ostpreußen wurde viel im Krieg zerstört, aber noch mehr nach dem Krieg. Zur Zeit wird wieder aufgebaut, im nunmehr dreigeteilten Ostpreußen. Wir, die angestammten Bewohner Ostpreußens, stehen dabei nicht abseits. Ich denke zum Beispiel an die zahlreichen Kirchen in der Heimat, die bis 1945 das Landschaftsbild mitgeprägt haben. Etliche Gotteshäuser konnten wir – liebe Landsleute, durch Ihre Spenden erhalten. Die Kirchen geben Zeugnis von dem Wirken unserer Ahnen in sieben Jahrhunderten.

Ostpreußen bleibt. Auch als Bezeichnung für den früheren Ordensstaat und das spätere Herzogtum Preußen. Wir haben keine Veranlassung, vom früheren Ostpreußen zu sprechen. Wir alle wissen, daß der frühere europäische Staat Preußen untergegangen ist. Sein Erbe ist Litauern, Russen, Polen und Deutschen zugefallen. Die frühere deutsche Provinz Ostpreußen gibt es nicht mehr. Ostpreußen ist heute ein historischer Begriff, an dem wir allerdings festhalten. Mit der Beibehaltung der historischen Bezeichnung Ostpreußen für unsere Heimat stärken wir die Erkenntnis, daß unsere Wurzeln in dieser Kulturlandschaft liegen, und auch durch räumliche Trennung nicht gekappt worden sind. Mit dem Festhalten am geographischen Begriff Ostpreußen leisten wir einen Beitrag, dem unterentwickelten Geschichtsbewußtsein der jungen und mittleren Generation der Deutschen ein wenig abzuhelfen.

Weil unsere Forderung nach Realisierung des Rechts auf die Heimat immer wieder mißverständlich ausgelegt wird oder aber mit dem heute schon in der EU geltenden Recht der Freizügigkeit verwechselt wird, will ich an dieser Stelle klar definieren, was wir damit meinen. Das Recht auf die Heimat ist dann realisiert, wenn die vertriebenen Ostpreußen bzw. ihre Nachkommen als Rückwanderer im heutigen polnischen, russischen oder litauischen Teil Ostpreußens willkommen sind, und für diese Rückwanderer Minderheitenrechte nach Uno-Standard gelten. Letzteres gilt insbesondere für kulturelle Autonomie, eigene Schulen und muttersprachlichen Unterricht. Alle Rechte und Pflichten der Mehrheitsbevölkerung gelten auch für die Rückwanderer, einschließlich des Rechtes auf Erwerb und Besitz von Eigentum und Grundvermögen. Litauen ist auf diesem Sektor schon weit vorangekommen.

Liebe Landsleute, daraus wird ersichtlich, die Realisierung des Rechts auf die Heimat ist etwas anderes als das heute schon für die EU geltende Recht auf Freizügigkeit. Freizügigkeit meint ausschließlich Niederlassungsfreiheit, die für den einzelnen jederzeit widerrufen werden kann. Besondere Privilegien sind damit nicht verbunden.


Wilhelm v. Gottberg: „Recht auf Heimat" Foto: Sven Lambert

Meine Damen und Herren, liebe Landsleute, eine Forderung des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Landsmannschaften gegenüber den Nachbarstaaten im Osten war immer auch eine Entschädigung beziehungsweise die Restitution des zurückgelassenen und konfiszierten Eigentums der Ostdeutschen. Vormalige Bundesregierungen haben diese Forderungen akzeptiert. Heute erweist es sich als Fehler, daß die Vertriebenen nicht permanent und massiv seit der Wende eine Lösung dieser Problematik angemahnt haben. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir waren gegenüber den Bundesregierungen und dem Parlament loyal und staatstragend, wir haben den Versprechungen geglaubt, daß die Politik bei passender Gelegenheit die Entschädigungsfragen im Einvernehmen mit den betroffenen Nachbarstaaten lösen werde. Geschehen ist nichts. Die Bundesregierungen haben seit 1990 den gebotenen diplomatischen Schutz und ihre Fürsorgepflicht für ihre Landsleute in der Eigentumsfrage unterlassen.

Einen Paradigmenwechsel in dieser Frage hatte Kanzler Schröder bei seinem Besuch in Warschau 2004 vorgenommen. Daraufhin hatte damals das BdV-Präsidium am 29. Januar 2004 folgenden Beschluß gefaßt. „Die Bundesrepublik Deutschland hat in keinem der völkerrechtlich bindenden Verträge mit ihren östlichen Nachbarstaaten auf die Eigentumsposition der Vertriebenen verzichtet." In einem einstimmig gefaßten Beschluß des Deutschen Bundestages vom 23. Juni 1994 heißt es: „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, über die Durchsetzung des Rückkehrrechts in die Heimat hinaus Möglichkeiten zu prüfen, wie Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverpflichtungen der Vertreiber geregelt werden können."

Geschehen ist nichts. Die Passivität der Regierungen bei der Regelung der offenen Vermögensfragen hat dazu geführt, daß die Preußische Treuhand als Selbsthilfeorganisation einzelner Betroffener gegründet wurde. Mit Klagen vor nationalen und internationalen Gerichten will man Eigentumsrechte in der Heimat geltend machen und eine – wie auch immer geartete – Entschädigung oder Restitution durchsetzen. Im Rechtsstaat Deutschland, im Rechtsstaat Polen, im Rechtsstaatsgebilde EU ist dies legitimes Handeln. Das muß die politische Klasse in Polen und auch in Deutschland aushalten. Die Preußische Treuhand ist eine legitime Privatinitiative, gewissermaßen eine Bürgerinitiative. Wir wollen hier festhalten, daß im pluralistisch verfaßten Staat Deutschland Bürgerengagement wünschenswert ist.

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Eigentumsproblematik immer mit der erforderlichen Sensibilität behandelt. Es wäre verheerend, wenn bei Menschen in den Nachbarstaaten – vielleicht auch noch durch eine geschickte innerstaatliche Desinformation zusätzlich gefördert – Furcht aufkäme, daß sie ihre Häuser und Wohnungen für die deutschen Altbesitzer räumen müßten. Das will keiner, auch keiner der Kläger, die in der Treuhand organisiert sind.

Das Recht auf Eigentum hat in der Geschichte der Ostpreußen schon einmal zur Disposition gestanden. Das Beispiel, das ich jetzt anführe, ist hochaktuell, obwohl es schon 275 Jahre alt ist. Es geht um das Grundrecht auf Eigentum. Eigentum darf nicht entschädigungslos enteignet werden. Das wußten schon alle Fürsten und Diplomaten, die 1648 beim Westfälischen Frieden zu Münster und Osnabrück das Friedensdokument unterschrieben. Darin befand sich eine Passage, wonach Menschen, die ausgewiesen werden oder aufgrund politischen Druckes ihr Heimatland verlassen müssen, uneingeschränkt das bewegliche Eigentum mitnehmen können und für das unbewegliche Eigentum eine Entschädigung erhalten. Die Salzburger Glaubensflüchtlinge, die 1732 nach Ostpreußen kamen, konnten ihr Eigentum nicht mitnehmen. Das war vor 275 Jahren ähnlich wie bei uns, die wir 1945 auf die Flucht gingen oder später vertrieben wurden. Die Entschädigungsregelung des Westfälischen Friedens ließ es nicht zu, daß die Salzburger völlig mittellos aus der angestammten Heimat vertrieben wurden. Das wußte auch der neue Landesherr der Salzburger, der preußische König Friedrich Wilhelm I. Er führte für seine neuen Landeskinder einen Prozeß gegen den Salzburger Fürstbischof. Friedrich Wilhelm handelte nach dem biblischen Grundsatz „Gerechtigkeit erhöht ein Volk". Er gewann den Prozeß. Die nach Preußen geflüchteten Salzburger wurden für das zurückgelassene Eigentum – zu welchem Prozentsatz auch immer – entschädigt. Ich meine, das war ein Meilenstein in der Entwicklung der Grund- und Menschenrechte. Heute im 21. Jahrhundert soll das nicht mehr gelten? Polen, Tschechien und Deutschland erheben den Anspruch, Rechtsstaaten zu sein. Wie unwürdig verhalten sich diese Rechtsstaaten im Vergleich zu Preußen im Jahre 1732.

Das devote Schweigen der deutschen Regierung zu diesem Thema, gerade auch den Nachbarn im Osten gegenüber, zahlt sich nicht aus. Die Bundesregierung muß wissen, daß sie entschädigungspflichtig gegenüber ihren anspruchsberechtigten Bürgern wird, wenn sie sich nicht mit Nachdruck um eine zumutbare Lösung mit den Nachbarstaaten wegen der Eigentumsproblematik bemüht. Auch Rußland darf da nicht ausgeklammert werden.

Gestern hatte der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen in einer gesonderten Veranstaltung, hier auf dem Messegelände, die Konzeption der Bundesregierung zur Gedächtnisstätte für die Opfer von Flucht und Vertreibung, genannt „Sichtbares Zeichen", thematisiert. Das „Sichtbare Zeichen" wird den Charakter einer unselbständigen Stiftung unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums erhalten und seinen Platz in Berlin, im Deutschlandhaus finden. Kern des „Sichtbaren Zeichens" soll die Bonner Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration" werden.

Bei den Vertriebenen der Erlebnisgeneration fand diese Ausstellung wenig Zustimmung, weil wichtige Aspekte nicht angesprochen wurden, zum Beispiel die

Fortsetzung auf Seite III


Großveranstaltung: Kirchenvertreter im Gespräch



Schwungvoll: Die Folkloregruppe „Wandersleben" hatte ein buntes Programm.


Der Bund Junges Ostpreußen Fotos: Möbius (2), Lambert

»Ostpreußen bleibt«

Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, beim Deutschlandtreffen in Berlin

Fortsetzung von Seite II

millionenfache Massenvergewaltigung von deutschen Frauen und jungen Mädchen. Rund 80 Prozent der Ausstellung befassen sich mit dem Teilaspekt „Integration". Dieser Teil wird als eine großartige Erfolgsgeschichte dargestellt. Das, was uns widerfahren ist, wird nur bruchstückhaft angesprochen und ist für Nachgeborene nicht erfaßbar.

In der nun vorliegenden Konzeption für das „Sichtbare Zeichen" heißt es: „Der historische Kontext, Ursachen und Beweggründe von Flucht und Vertreibung müssen differenziert dargestellt werden. Die nationalsozialistischen Verbrechen, insbesondere in Polen und Tschechien, den anderen Ländern Ostmitteleuropas und der Sowjetunion als Voraussetzung von Flucht und Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg, werden ausreichend dokumentiert."

Meine Damen und Herren! Für uns alle stellt sich die Frage: Was haben die gräßlichen Verbrechen der NS-Diktatur in den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands während des Zweiten Weltkrieges mit einer Gedächtnisstätte für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung zu tun? Es ist unbestritten, die deutsche Gewaltherrschaft während des Zweiten Weltkriegs in den ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten ist ausgezeichnet dokumentiert. Sie hat Eingang in jedes deutsche Schulbuch gefunden, Gedächtnisstätten zum Andenken an die Opfer sind in allen Ländern vorhanden, auch bei uns. Warum soll das alles mit dem Andenken an die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung vermengt oder aufgerechnet werden?

An einer anderen Stelle der Konzeption heißt es: „Zeitnah wird eine international besetzte wissenschaftliche Konferenz stattfinden, um die internationalen Bezüge, und insbesondere die Perspektiven und Positionen der Nachbarländer, zu diskutieren und für die konkrete Umsetzung des Konzepts nutzbar zu machen." Wenn wir dann noch zur Kenntnis nehmen, daß in einer Pressemitteilung der SPD-Bundestagsabgeordneten Angelika Schwall-Düren, Monika Griefahn und Markus Meckel vom 19. März zum „Sichtbaren Zeichen" folgendes ausgesagt wird: „Die Ausstellung wird die Vertreibungen in einen historischen Kontext stellen. Ohne den von Nazi-Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg und die Vernichtungspolitik hätte es die Vertreibung nicht gegeben."

Liebe Landsleute! Wenn wir das alles bewerten, dann besteht eigentlich kein Zweifel, wohin die Reise beim „Sichtbaren Zeichen" geht.

Widerstand und Protest gegen die völlig einseitige monokausale Ursache-Auswirkung-Definition, wie sie von den SPD-Abgeordneten gegeben wird, ist zwingend erforderlich. Wir werden nicht zulassen, daß die historische Wahrheit über Flucht und Vertreibung der Ostpreußen, oder Ostdeutschen insgesamt, derart verkürzt und verfälscht Eingang in das „Sichtbare Zeichen" findet. Natürlich, auch wir sind dafür, daß die Vertreibungsgeschichte der Deutschen im „Sichtbaren Zeichen" in den historischen Gesamtzusammenhang eingebettet wird. Dazu muß man aber zurückgehen auf den Beginn des 20. Jahrhundert und nicht bei 1939 beginnen.

Wir haben dankbar registriert, lieber Herr Fromme, daß Sie in Ihrem Informationsdienst am 25. Februar eindeutig festgestellt haben: „Eine Darstellung, welche die Vertreibung ausschließlich als die Folge des von Deutschland ausgegangenen Zweiten Weltkrieges darstellt, ist unhistorisch." Und in einem Leserbrief in der „Pommerschen Zeitung" am 1. März haben Sie dankenswerterweise ebenfalls gefordert, daß die Zwischenkriegszeit, zwischen 1918 und 1939, und der Geschichtsverlauf in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Eingang in die Darstellungen des „Sichtbaren Zeichens" finden müsse. Danke, das ist völlig richtig. Das gehört zum historischen Kontext für Krieg, Flucht und Vertreibung.

Dennoch sind wir besorgt, daß in der geplanten Dokumentationsstätte Geschichtsklitterung betrieben wird. Der Bund ist alleiniger Zuwendungsgeber. Wer das Geld für eine museale Einrichtung hergibt, beansprucht in der Regel auch die Deutungshoheit über die Ausstellungsthematik. Hinzu kommt, daß in den Aufsichtsgremien des „Sichtbaren Zeichens" Regierungsvertreter, Abgeordnete, Vertreter von den gesellschaftlichen Gruppen sowie Historiker des Auslandes einziehen sollen. Die Vertriebenen sollen ebenfalls angemessen beteiligt werden. Was heißt „angemessen"? Eine Person – hoffentlich die Präsidentin des BdV – ist keine angemessene Beteiligung. Viele Fragen sind noch offen, deshalb haben wir Grund, beunruhigt zu sein. Klar ist, was jetzt mit dem „Sichtbaren Zeichen" kommt, ist nicht das, was die Vertriebenen mit dem „Zentrum gegen Vertreibungen" ursprünglich wollten. Und auch das „Zentrum gegen Vertreibungen" hat ja im Laufe der letzten acht Jahre Federn lassen müssen, damit es in der Diskussion blieb. Der erste Arbeitstitel für das Zentrum vor neun Jahren war: „Haus der 15 Millionen". In den Gremien für die angedachte Dokumentationsstätte „Haus der 15 Millionen" sollten die Betroffenen eine Mehrheit haben. Das alles ist vom Tisch. Klar ist aber auch, daß das „Sichtbare Zeichen" ein Erfolg der BdV-Präsidentin und aller Vertriebenen ist. Ohne den jahrelangen Kampf der Vertriebenen für das „Zentrum gegen Vertreibungen" wäre das „Sichtbare Zeichen" nicht gekommen. Es liegt auch an uns Ostpreußen, ob das „Sichtbare Zeichen" sich zu einer musealen Einrichtung entwickeln läßt, in der an die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung ohne Schuldzuweisung in Würde erinnert und darüber hinaus der kaum faßbare territoriale Verlust jahrhundertealter deutscher Siedlungs- und Kulturräume wahrheitsgemäß dokumentiert wird. Letzteres hat ohne Diskriminierung der heutigen Bewohner des historischen Ostdeutschlands zu geschehen.



Wilhelm v. Gottberg: Bund will Deutungshoheit. Foto: Sven Lambert

Meine Damen und Herren, liebe Landsleute, es ist ja verständlich, wenn die Bundesregierung auch beim „Sichtbaren Zeichen" ihre Politik des Brückenschlages nach Osten beibehält und mit großer Offenheit auch in den Nachbarstaaten darlegt, mit welcher Konzeption die Dokumentationsstätte errichtet wird. Aber muß das so weit gehen, daß die Konzeption in Polen eher bekannt ist als in Deutschland? Muß da nicht der Verdacht aufkommen, daß unser Nachbar im Osten den Widerstand gegen die Gedenkstätte für Vertreibungsopfer aufgegeben hat, weil die Rahmenbedingungen dafür polnischen Wünschen angepaßt wurden. Ich sage nicht, daß es so ist, aber mit mir waren viele Schicksalsgefährten konsterniert, als wir hörten, daß Kulturstaatsminister Neumann im Februar in Warschau über die Konzeption gesprochen hat, ehe dann am 18. März der Kabinettsbeschluß der Bundesregierung dazu erfolgte. Deutsche Friedenspolitik, liebe Landsleute, braucht nicht deutsche Selbstbehauptung aufzugeben. Das erwartet auch keiner unserer Nachbarn.

Ich habe bei zahlreichen polnischen Kommunalpolitikern Verständnis gefunden, wenn ich bei Reden im Ermland und in Masuren zum geplanten Zentrum gegen Vertreibungen ausgeführt habe: „Liebe Freunde, wie wir unsere Opfer von Flucht und Vertreibung gedenken, das müßt ihr uns überlassen. Das ist eine innere Angelegenheit Deutschlands. Da verbietet sich jede Einmischung von außen." Und hinzugefügt habe ich, daß ich mit großer innerer Bewegung in Warschau registriert habe, wie Polen seiner Opfer durch deutsche Gewaltherrschaft gedenkt. So bin ich auch im polnischen Rundfunk zitiert worden. Einen empörten Aufschrei hat es dazu nicht gegeben. Die polnische und tschechische Ablehnung des Zentrums gegen Vertreibungen wäre niemals mit solch emotionaler Heftigkeit hierzulande artikuliert worden, wenn nicht Deutsche – wie Markus Meckel, Gesine Schwan, Wolfgang Thierse oder andere ganz einseitig mit diffamierenden Argumenten gegen Frau Steinbach und den BdV die Position Polens und Tschechiens zum Zentrum vertreten hätten. Da mußte bei der polnischen politischen Klasse der Eindruck entstehen, daß mit einer langfristigen Kampagne und mit Unterstützung der deutschen Helfer die Initiative für das Vertreibungsmahnmal ausgetreten werden könne.

Damit kommen wir zu einem wichtigen Punkt im deutsch-polnischen Verhältnis und im deutsch-tschechischen Verhältnis. Unterschiedliche Sichtweisen für unser Verhältnis mit den Nachbarstaaten im Osten werden von Polen immer dann zu einem Sturm der Entrüstung gesteigert, wenn es hier und bei uns Menschen gibt, die die Auffassung Polens teilen und das auch lautstark äußern. Und diese Menschen finden sich bei uns immer. Sie finden sich in kleiner Zahl bei der politischen Klasse, sie finden sich bei den Medienschaffenden, und sie finden sich bei Stiftungsvorständen, die bereitwillig Finanzmittel hergeben, um die polnische Sichtweise hier in Deutschland zu publizieren. Sie finden sich auch – und nicht nur ganz selten – bei den christlichen Kirchen und ihren Nebenorganisationen.

Dazu ein Beispiel: 2005 erschien im Osnabrücker Fibre Verlag das Buch „Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte" von dem polnischen Historiker Jan Piskorski. Es beinhaltet eine völlig einseitige, polnische Sichtweise der Vertreibung der Ostdeutschen. Der Autor benutzt für die Vertreibung den Begriff „Exodus", um damit zu belegen, daß die Deutschen freiwillig weggezogen, nicht aber vertrieben wurden. Für den Verfasser Piskorski übertreiben die Deutschen maßlos beim Thema Vertreibung, und er bestreitet die Zahl der vertriebenen Deutschen und der deutschen Opfer. Er rügt den Begriff der Vertreibung, da dieser fast nur unter Vertriebenen-Funktionären gebräuchlich sei. Weder die Charta der Vertriebenen von 1950 mit ihrem Verzicht auf Rache und Vergeltung noch das darin aufgeführte Recht auf die Heimat als ein Grundrecht steht nach Piskorskis Auffassung den deutschen Vertriebenen zu.

Meine Damen und Herren, Sie hören richtig. Dieses Werk ist mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit sowie mit Unterstützung des deutschen Außenministeriums entstanden. Also mit Geld der deutschen Steuerzahler. Undenkbar, daß eine derartige einseitige Darstellung der deutschen Sichtweise zur Vertreibung in Polen mit Unterstützung polnischer Steuermittel erscheinen würde. Es ist ein Beispiel, aber es ist exemplarisch. Was vom Deutschen Historischen Institut aus Warschau kommt, ist nicht selten ebenso einseitig propolnisch und antideutsch wie verschiedene Publikationen aus dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt. Das sagt einiges aus über den Willen der Deutschen zur Selbstbehauptung.

Meine Damen und Herren, niemand darf an unserem aufrechten Willen zur Verständigung, zur Freundschaft und guten Nachbarschaft mit unseren Nachbarn im Osten zweifeln. Dafür steht unser Handeln in den nun bald zwei Jahrzehnten nach der Wende. Gudrun Schmidt, frühere Redakteurin beim WDR, hat schon vor fast zehn Jahren unser Handeln in den Heimatgebieten und gegenüber den heutigen Bewohnern mit folgendem Zitat gewürdigt. „Es gibt wohl kaum eifrigere Brückenbauer zwi-

Fortsetzung auf Seite IV

Jochen-Konrad Fromme: Heimatvertriebene haben sich nie in Rache verstrickt

Ich bringe Ihnen zu dieser Kundgebung die Grüße der CDU / CSU-Bundestagsfraktion namentlich unseres Vorsitzenden Volker Kauder und seines Vertreters Dr. Peter Ramsauer.

Die Tatsache, daß wir als Fraktion eine eigene Arbeitsgruppe für die Fragen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler eingerichtet haben, mag Ihnen als deutliches Zeichen dafür dienen, daß wir in diesem Politikfeld auch heute noch eine wichtige Aufgabe sehen. Warum tun wir das? Erstens ist Ihr Verhalten nach dem Kriege vorbildlich gewesen, die Charta der Heimatvertriebenen wurde eben angesprochen, Sie haben sich damals auf die Verhältnisse eingestellt. Sie haben sich nicht in Rache und Resignation verstrickt. sondern nach vorn geblickt und die Ärmel aufgekrempelt und mit den „Einheimischen" Deutschland wieder aufgebaut. Ich würde mir wünschen, daß dieses Vorbild einschließlich der Integration der Vertriebenen in den Jahren nach 1945 als Vorbild in der Welt dienen würde. Ich glaube, es würde in vielen Regionen der Welt vieles besser dastehen.

Meine Damen und Herren, es ist aber auch ein Zeichen an die junge Generation in zweierlei Hinsicht: Das eine ist, man muß richtige Wege beschreiten, in einer schwierigen Situation nach vorne blicken. Das andere ist, man darf die Ursachen nie übersehen, die zu der Katastrophe des Nationalsozialismus geführt haben. Das gilt heute ganz besonders, wenn ich mir manches Wahlergebnis der letzten Landtagswahlen anschaue. Ganz wichtig ist, daß junge Menschen begreifen, Frieden, Freiheit, Demokratie sind nichts Selbstverständliches, sie kommen nicht von alleine, sondern sie müssen ständig wieder errungen und erarbeitet werden. Das kann und muß man anhand der Geschichte lernen. Wir müssen immer wieder die Fehlentwicklungen und ihre Ursachen anhand der Geschichte verdeutlichen, damit man sieht, wo das hinführen kann.



Hielt ein Grußwort: Jochen-Konrad Fromme Foto: Sven Lambert

Wichtig ist es aber auch, die Bedürfnisse nach Aufarbeitung und Verarbeitung der Geschichte zu befriedigen. Sie sind größer als je zuvor. Dies zeigen die Zuschauerzahlen bei den Darstellungen der Flüchtlingsgeschichte im Spielfilmformat im deutschen Fernsehen, die hohen Einschaltquoten bei den Spielfilmen „Die Flucht" oder „Die Gustloff" mit 13 oder acht Millionen Zuschauern.

Meine Damen und Herren, das können nicht nur Betroffene gewesen sein, das ist das ganze Volk. Deshalb ist es so wichtig, daß wir uns an die Dinge erinnern, daß wir sie als Mahnung nehmen und daß wir daraus die richtigen Konsequenzen für die Zukunft ziehen.

Dieses tun Sie, und Sie setzen heute mit ihrer Kundgebung ein Zeichen. Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg, eine gute Kundgebung und ein Dankeschön der deutschen Gesellschaft für Ihre Arbeit.

Jochen-Konrad Fromme, MdB und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

»Ostpreußen bleibt«

Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, beim Deutschlandtreffen in Berlin

Fortsetzung von Seite III

schen dem Westen und dem europäischen Osten und Südosten als die vielen Heimatvertriebenen und Aussiedler. Wer schließt Freundschaft mit den Polen, den Tschechen, den Russen, den Rumänen? Wer engagiert sich am meisten, wenn Hilfsgüter organisiert werden sollen? Wer renoviert Kirchen, Baudenkmäler und Museen, richtet Schulen und Bibliotheken ein, stellt Wallfahrtstätten wieder her, damit Polen, Tschechen und Deutsche wieder gemeinsam singen und beten können? Und wer bezahlt das alles, zum größten Teil aus der eigenen Tasche? Es sind die Heimatvertriebenen, die in ihrer berühmten Charta bereits im Jahre 1950 auf Rache und Vergeltung verzichteten und sich stets daran hielten.“

Aber erlaubt unser ernstliches Bemühen, mit Polen und Rußland vom Gegeneinander zum Miteinander zu gelangen, erlaubt dieses Bemühen nicht, die Verletzungen, das Unrecht, den partiellen Völkermord bei Flucht und Vertreibung an Deutschen wahrheitsgemäß anzusprechen? Verbietet es das Verständigungsgebot, auch nach mehr als sechs Jahrzehnten daran zu erinnern, daß Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als ein Viertel seines östlichen Territoriums verloren hat? Diese Frage ist kein Revisionismus, wir haben den territorialen Verlust der Heimat in einem schmerzlich langen Erkenntnisprozeß akzeptieren müssen.

Darf man nicht daran erinnern, daß Polen in der Zeit von 1919 bis 1939 eine katastrophale Minderheitenpolitik betrieben hat und im Korridorgebiet in der Zeit eine Million Deutsche zur Ausreise zwang oder ausgewiesen hat. Muß man bei einem ehrlichen Dialog mit Polen und Rußland verschweigen, was den daheimgebliebenen Deutschen nach 1945, ja bis zur Wende von 1989, widerfahren ist? Und wenn von Polen immer wieder angeführt wird, daß die früheren deutschen Ostprovinzen Polen als Kompensation zugesprochen wurden, weil Polen seine Ostgebiete 1945 verloren habe, muß man dann wahrheitswidrig verschweigen, wie Polen 1920 zu diesen Ostgebieten gekommen ist? Nein, das muß man nicht verschweigen. Die Wahrheit anzusprechen, ist niemals falsch. Unsere Verständigungsbemühungen mit den Nachbarn wären unaufrichtig und letztlich auch nicht nachhaltig, wenn die Wahrheit über Flucht und Vertreibung und das Zustandekommen der Oder-Neiße-Grenze nicht wahrheitsgemäß aufgearbeitet würde. Von dem Königsberger Mediziner Julius Rupp – er war Käthe Kollwitz' Großvater – stammt der Satz „Wer die Wahrheit kennt und nicht benennt, ist der größte Feind der Wahrheit.“

Was Europa geworden ist, das ist es durch das Kreuz und unter dem Kreuz geworden. Ein zentraler Wert des Christentums ist die Wahrheit. Man muß Wahrheit ertragen, auch Völker müssen sie ertragen, wir Deutsche haben schmerzhaft erfahren, was es heißt, Wahrheit zu ertragen, aber genauso bedeutsam ist es, den Mut zur Wahrheit zu haben. Wir müssen den Mut haben, auch für die Wahrheit beim „Sichtbaren Zeichen“ zu streiten.

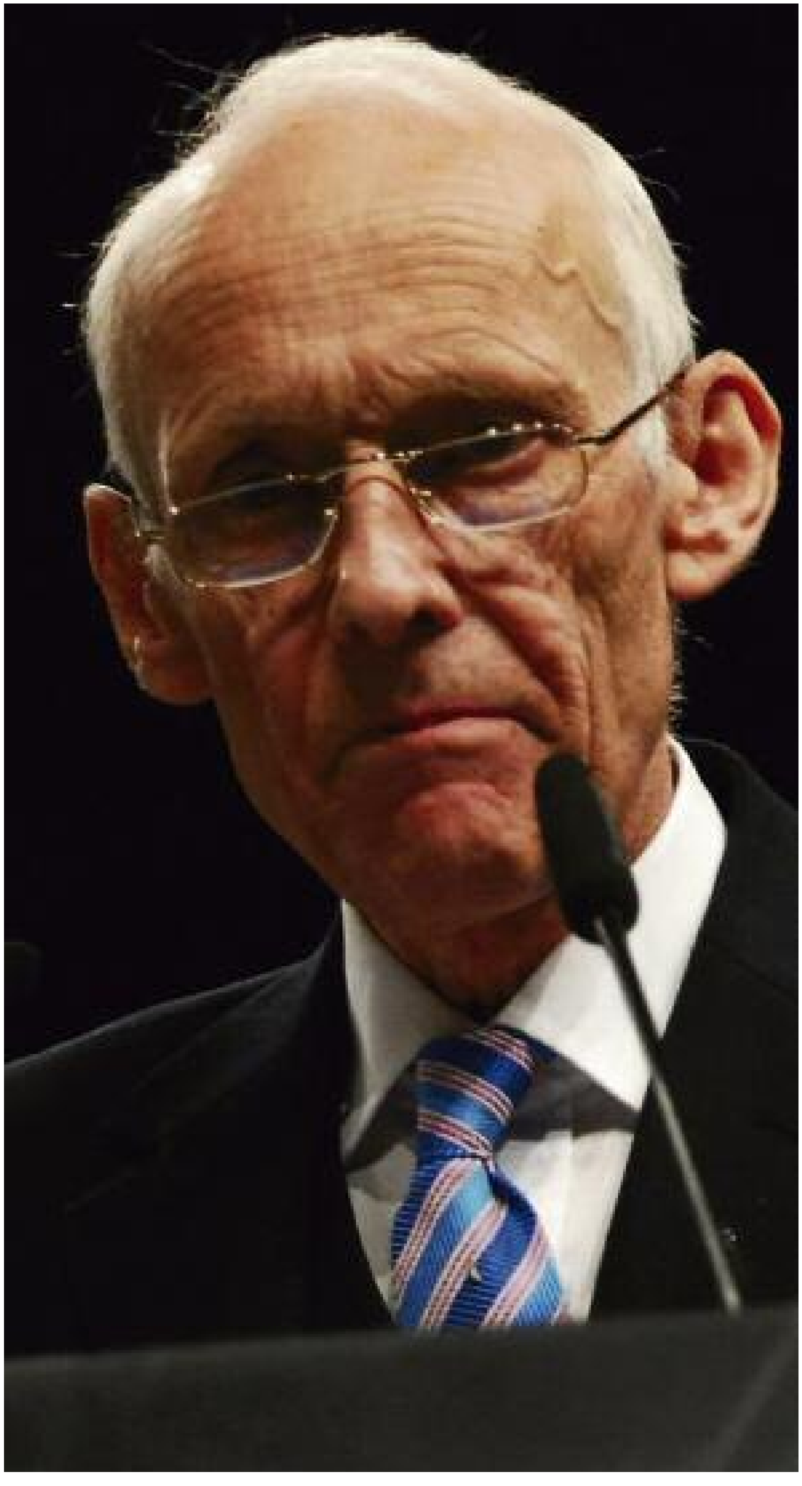
Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat in dem riesigen Ausmaß von etwa zwölf Millionen Menschen mit allen grauenvollen begleitenden Umständen ist zumindest in der europäischen Geschichte ein einmaliger Vorgang. Ihn als bloße zwangsläufige Folge der NS-Untaten abzutun oder gar als historische Strafe zu rechtfertigen ist weder historisch noch rechtlich noch moralisch vertretbar. Man kann nicht ein Unrecht durch ein anderes rechtfertigen.

Vor drei Jahren unterstellte der vormalige polnische Ministerpräsident Marcinkiewicz in einem Interview Deutschland und den Deutschen, vornehmlich den Vertriebenen, daß sie hinsichtlich der sogenannten Vertreibung süße Lügen verbreiten, anstatt die schmerzhaften Fragen der Vergangenheit wahrheitsmäßig zu klären. Daran schloß er die Forderung, die Wahrheit müsse auf den Tisch. Dies war nicht etwa nur eine polnische Einzelmeinung, sondern die Mehrheitsmeinung der politischen Klasse in Polen.

Der deutsche Historiker Dr. Michael Hartenstein nahm dazu in einem Leserbrief in der „FAZ“ Stellung. Er schrieb: „Ermutigend wäre es, wenn endlich Schluß wäre mit der regierungsamtlichen polnischen Beschönigung der Vertreibung der zehn Millionen Ostdeutschen aus Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Danzig und Ostpreußen. Die von Marcinkiewicz euphemisierend ‚Völkerbewegung‘ genannten Vertreibungen waren zudem nicht allein, wie dieser zu meinen scheint, das automatische Ergebnis eines gleichsam anonymen Krieges, sondern dahinter standen Menschen, Mächte und Interessen, die dieses Ergebnis sehen wollten und mit Gewalt durchsetzten. Die polnische Exilregierung wollte 1944 / 1945 die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze und die Vertreibung der Deutschen und verwirklichte dieses alte national-polnische Postulat in einer historisch einmaligen Situation im Jahre 1945 mit Hilfe anderer Mächte. Unter dem Patronat Stalins und mit Billigung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens wurde so das Kriegsopfer Polen paradoxerweise noch in der Endphase des Zweiten Weltkrieges zum Annexions- und Vertreibungstäter. Dies sind keine ‚süßen Lügen‘, dies sind die harten historischen Tatsachen, derer sich Polen in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts gerne gebrüstet hat“.

Und weiter schreibt Hartenstein: „Es ist wirklich sehr wichtig, daß die Wahrheit im deutsch-polnischen Verhältnis wieder auf den Tisch kommt. Das ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ in Berlin könnte dazu einen wertvollen Beitrag leisten. Polen kann sich seiner Westgrenze heute völlig sicher sein. Wäre es da nicht an der Zeit, daß polnischerseits endlich damit aufgehört wird, durch Leugnung des Unrechtscharakters der Deutschenvertreibung die Würde der Opfer dieser Vertreibung ständig zu verhöhnen?“ Soweit das Zitat von Michael Hartenstein.

Zum gleichen Sachverhalt schreibt Dr. Oliver Pagenkopf aus Berlin, ebenfalls in einem Leserbrief an die „FAZ“: „Besonders grausam gingen Rote Armee und polnische Behörden in Ostbrandenburg vor. Hier verlor ein Drittel der deutschen Bevölkerung das Leben. In Landsberg, der Geburtsstadt von Marcinkiewicz, bestand ein Speziallager für tausende Deutsche, von denen nicht die wenigsten umkamen. Das alles kommt im Weltbild des polnischen Ministerpräsidenten offensichtlich nicht vor. Er könnte bei einem Besuch im zukünftigen Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin sich informieren und dann mitwirken, daß über die deutsch-polnische Geschichte keine ‚süßen Lügen‘ mehr verbreitet werden.“


Wilhelm v. Gottberg: Erbe bewahren Foto: Sven Lambert

Liebe Landsleute, die Ostpreußen sind ein deutscher Stamm, der sich im Laufe der Jahrhunderte durch die Verschmelzung der Urbewohner mit den Zuwanderern unter den spezifischen Bedingungen des Landes und seiner Geschichte gebildet hat. Die Menschen, die nach Ostpreußen kamen, waren in der Mehrzahl so etwas wie Elite. Das gilt für die Glaubensflüchtlinge und das gilt für die nachgeborenen Bauernsöhne, die als Kolonisten nach Ostpreußen kamen, um auf der eigenen Scholle ihr persönliches Bedürfnis nach Freiheit zu befriedigen. Die Heimatliebe der Ostpreußen und das Erbe der ostpreußischen Urbevölkerung, der Prussen, das wir verinnerlicht haben, brachte eine starke emotionale Bindung an die Heimatprovinz mit sich. Diese Bindung zeigte sich in ganz einmaliger Weise bei der Volksabstimmung 1920. Die Heimat Ostpreußen war über alle Maßen identitätsstiftend. Deswegen gibt es diese ostpreußische Identität auch noch heute, 63 Jahre nach Beginn der gewaltsamen Massenaustreibung. Die Ostpreußen sind eine zusammenhaltende Heimatgemeinschaft, sie sind eine Schicksalsgemeinschaft, sie sind eine Gesinnungs- und Wertegemeinschaft. Das Fundament unserer Werte konnte die Zäsur von 1945 überstehen, weil uns unsere Bibeln und Gesangbücher das wichtigste Fluchtgepäck waren. Unser Wertefundament läßt es nicht zu, daß wir in vorgegebenen Strukturen denken, reden und handeln. Wir wollen nicht zu den sogenannten „Politisch Korrekten“ gehören. Wir bemühen uns immer, die so häufig von der politischen Klasse geforderte Zivilcourage zu zeigen, nicht nur dann, wenn es darum geht, verwirrte Extremisten vom rechten Rand zu bekämpfen. Wir denken nicht politisch im Sinne der politischen Klasse und des Zeitgeistes. Wir denken im Sinne der historischen Wahrheit. Wir denken im Sinne der Menschenwürde und wir denken im Sinne der freien Meinungsäußerung. Das ist für unser demokratisches Gemeinwesen wichtig. Unser Denken, Reden und Handeln basiert auf sittlich-moralischen Kategorien. Der unvergessene Immanuel Kant aus Königsberg hat uns mit seinem „Kategorischen Imperativ“ dazu den Weg gewiesen.

Es ist ja so: Die Macht der Fürsten vergangener Jahrhunderte hat heute ihre Entsprechung in der Macht der Mediengewaltigen. Guido Knopp und andere wollen uns vorschreiben, wie wir Flucht und Vertreibung, Ostpreußen, das deutsch-polnische Verhältnis in Krieg und Nachkriegszeit zu sehen und zu bewerten haben. Wer sich das nicht zu eigen macht, wird gnadenlos als Neonazi, Rechtsextremist, Ausländerfeind, Verfassungsfeind oder Antisemit diffamiert. Olaf Henkel, der frühere Präsident des BDI, hat dieses Problem schon vor einigen Jahren auf den Punkt gebracht, indem er feststellte: „In keinem Land wird eine abweichende Meinung so gnadenlos verfolgt wie in Deutschland.“

Wie recht Henkel damit hatte, haben wir Ostpreußen leidvoll erfahren müssen. Jüngstes Beispiel: Am 2. Mai brachte das ZDF in den heute-Nachrichten um 19 Uhr einen Bericht über den kurzfristig designierten Thüringer Kultusminister Peter Krause. Er wurde in die rechte Ecke gestellt, weil er vor zehn Jahren für vier Monate bei einer angeblich rechten Zeitung angestellt war, und er habe seinerzeit auch für das *Ostpreußenblatt* geschrieben, das ebenfalls zum rechtslastigen Spektrum zähle.

Das ist ein Schlaglicht, das blitzartig erhellt, wie es um die Meinungsfreiheit im angeblich freiesten Deutschland aller Zeiten bestellt ist.

Unsere unabhängige Wochenzeitung *PAZ* mit dem *OB* wurde nie vom Verfassungsschutz beobachtet. Ich habe während meiner Berufszeit zweimal einen Diensteid auf die Wahrung der Verfassung und aller Gesetze Deutschlands abgelegt. Die in der Landsmannschaft Ostpreußen organisierten Menschen haben entscheidend in Ost und West am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitgewirkt. Wir haben auch durch ehrenamtliches Engagement in einer Vielzahl von Gremien mitbewirkt, daß Deutschland gefestigte, demokratische Strukturen entwickeln konnte. Dennoch versucht man heute hier und dort, uns außerhalb des Verfassungsbogens zu stellen. Das wird uns aber den Mut zum Äußern der eigenen Meinung nicht nehmen. Merkwürdigerweise hat niemand bisher den Rücktritt von Oskar Lafontaine vom Vorsitz der Partei „Die Linke“ gefordert. Er hatte vor

Fortsetzung auf Seite V


Hildegard Rauschenbach (l.) und Ruth Geede


Wie im Bienenstock: In der Halle der Heimatkreise war ein Kommen und Gehen.


Volkstanz: Junge Polen beim Tanz Fotos (3): Möbius

»Ostpreußen bleibt«

Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, beim Deutschlandtreffen in Berlin

Fortsetzung von Seite IV

einigen Jahren auch ein Interview der *PAZ* gegeben.

Liebe Landsleute, in diesen Tagen vor 63 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. Wir haben nicht vergessen, wem wir unser Überleben verdanken. Soldaten der Wehrmacht, aus Heer, Marine und Luftwaffe haben in den letzten Wochen des Krieges an der Ostfront trotz der greifbaren Niederlage heldenmütig gekämpft, um die Menschen aus Pommern, Ostpreußen, Ostbrandenburg, Westpreußen, Schlesien und Sudetenland vor der Rache der Sieger zu bewahren. Zehntausende gaben ihr Leben, damit Millionen Deutscher, vorwiegend Frauen und Kinder, Alte, Kranke und Verwundete in den Westen flüchten konnten. In diesen Tagen der Erinnerung an das blutige Ende jenes Krieges ist es uns ein besonderes Anliegen, mit Respekt und Dank ihres selbstlosen Opfers zu gedenken. Wer dem Leidensweg des deutschen Soldaten gerecht werden will, kommt um eine Gesamtbetrachtung nicht herum. Dabei leugnet niemand nachgewiesene Schandtaten einzelner. Auf die Gesamtheit bezogen sind es aber wenige. Schon gar nicht die Wehrmacht.

Ostpreußen bleibt als Erinnerung. Im vorigen Jahr gedachten wir des 275. Jahrestages der Gründung des staatlichen Gestütes Trakehnen. Einmalig, was bis 1945 in Trakehnen in der Pferdezucht geleistet wurde. Das Trakehner-Pferd wurde auf der ganzen Welt bekannt und geschätzt. Die Trakehner brachten für die ganze Provinz eine hohe und fortwährende Begeisterung für den Reitsport. Das Pferdeland Ostpreußen prägte nicht die wenigsten Menschen. Jungen und Mädchen, Frauen und Männer. Damit haben die Ostpreußen das Erbe der Prussen gemehrt. Denn schon unter der Urbevölkerung war Ostpreußen ein Pferdeland. – Deine Söhne, Land im Osten, auf der Grenzwacht letztem Posten stehend, die Hand am Sattelknauf. Daß ein jeder Reiter werde, wuchsen deine edlen Pferde auf dem Heimatboden auf. Erinnerung!

Im vorigen Jahr gedachten wir auch des 275. Jahrestages der Aufnahme der Salzburger in Ostpreußen. Es waren wertvolle Menschen, die zu ihrer Glaubensüberzeugung standen trotz Bedrohung durch Kerker, Folter, Enteignung und Tod im heimatlichen Salzburger Land. Sie haben dazu beigetragen, daß die Ostpreußen auch heute noch ihrer Meinung gewiß sind. Erinnerung!

Der wunderbare Menschenschlag, den die Haffischer verkörperten. Ihre Leitlinie: Es kommt nicht darauf an, woher der Wind weht, sondern wie man die Segel setzt. Das galt für ihren beruflichen Alltag, wenn sie zum Fischen auf die Haffs hinausfuhren, obwohl der Wind ungünstig war. Das galt auch im übertragenen Sinne für das ganze Leben, nämlich nicht die modischen Strömungen des Zeitgeistes sind von Bedeutung, sondern die lebenslange Orientierung für das persönliche Handeln an zeitlosen Werten. Erinnerung!

Das in Ostpreußen landesweit vorhandene freie Bauerntum wurzelte fest in der heimatlichen Kulturgeschichte und liebte die eigne Scholle mit jeder Faser des Herzens. Dieser Berufsstand hatte große und nachhaltige züchterische Erfolge und er schuf die Grundlage dafür, daß Ostpreußen zur Kornkammer des deutschen Reiches werden konnte. Auch hier wird das prussische Erbe sichtbar. Seit Tacitus – so schreibt Walter Görlitz – waren die Bauernstämme der Prussen für ihren Fleiß bekannt. Sie kannten alle Getreidesorten, die Haustiere und den Anbau von Flachs.

Erinnerung! Die Prussen hatten ihre Provinz in Gaue eingeteilt. Die Namen der Gaue wurden im Bewußtsein der Ostpreußen wachgehalten. Galinden, Warmien, Barten, Natangen, Samland, Schalauen, Nadrauen und Sudauen.

Erinnerung! Die breite ostpreußische Mundart mit eigentümlich klingenden landestypischen Wörtern ist fast schon vergangene Episode. Im Preußischen Wörterbuch haben wir ganz einige tausend ostpreußische Begriffe archiviert, aber in der Umgangssprache sind sie nicht mehr präsent, wenn man von „Marjellchen“ und „Lorbaß“ absieht.

Wer kennt noch in der jungen Generation die Bedeutung von „Gnoss“ oder „Lachudder“, was sind „Schlorren“ oder „Kodder“ mit „Patscheimer“, was ist „Zagel“, „Flunsch“ und „Kujjel“. Was bedeutete „Krät“ und „Dubbas“, „Mutzkopp“, „Paudel“. Wer kennt noch die Bedeutung der Verben wie „maddern“, „priggeln“, „wurachen“, „hucken“, „hauen.“ Wer weiß noch, daß eine besondere Eigenart der ostpreußischen Mundart das Anhängen der Verkleinerungssilbe „chen“ an die Substantive war? Jungchen, Kindchen, Bengelchen, Hundchen, Pferdchen, Muttchen, aber auch Fritzchen, Hanschen, Trutchen, Elschen. waren landesweit üblich und verbreitet, und aus der Paudel wurde das Paudelchen. „Aus dir kann noch was werden, nuscht is nu all“, bekamen Kinder häufig von Lehrern und Eltern zu hören. Erinnerung!



Wilhelm v. Gottberg: Impulse aus Königsberg Foto: Sven Lambert

Meine Damen und Herren, es gibt wohl nur wenige unter uns, die nach der Wende Ostpreußen nicht besucht haben. Ich war wohl zwei Dutzend mal zu Hause und habe dabei alle Regionen Ostpreußens gesehen.

Jeder Besuch führte mir erneut und schmerzend die historische Tragik vor Augen, die das deutsch-polnische Verhältnis heute kennzeichnet. Diese Tragik kann nicht durch billige Kniefälle oder heuchlerische Verdrehung der Geschichte, auch nicht durch Aufgabe deutscher Selbstbehauptung beseitigt werden. Das geht nur durch Wahrheit und taktvollen Umgang miteinander.

Das Ermland, Masuren, das Memelgebiet sind heute zwar polnisch und litauisch, aber auch Unionsgebiet der EU. Freies Reisen ohne Grenzkontrollen und Niederlassungsfreiheit in den Heimatgebieten machen die Zäsur von 1945 für die heute noch Lebenden der Erlebnisgeneration ein wenig erträglicher.

Ich will abschließend noch etwas zu Königsberg sagen. Es gibt Hoffnung für den russischen Teil Ostpreußens. Der Himmel über Königsberg klart auf. Langsam aber stetig werden die Verwüstungen der Kriegs- und der Nachkriegszeit weggeräumt. Das schließt auch die Umweltverschmutzung ein. In Königsberg selbst ist dieser Aufbauprozeß schon seit einigen Jahren zu beobachten. Doch jetzt greift er auch auf das Land über. Es gibt in der Fläche zunehmend mehr geregelte Müllabfuhr. Kulturhistorische Bausubstanz wird auch in kleineren Orten aufwendig restauriert. Die Menschen haben Arbeit und beginnen, ihr kleines persönliches Umfeld freundlicher zu gestalten. In Königsberg kann man alles kaufen. Noch haben aber die meisten Menschen nicht das Geld, vieles zu kaufen.

Die Russische Föderation investiert in ihren Vorposten an der Ostsee. Touristenzentren an der Samlandküste, der getreue Wiederaufbau des Schlosses und der Altstadt Königsbergs, die Planungen liegen auf dem Tisch, hier und da kommen die Bagger und die Baukräne. 1993 träumten einige von uns vom Hongkong an der Ostsee. Es ist aus heutiger Sicht möglich, daß dieser Traum mit 20 Jahren Verzögerung Realität wird. Diese wünschenswerte Entwicklung kann nur eintreten, wenn Frieden, Freundschaft und friedliche Zusammenarbeit für das Verhältnis der EU und Deutschlands zu Rußland bestimmende Faktoren sind. Es erfüllt uns Ostpreußen mit Sorge, daß die Nato unter dem Einfluß ihrer Führungsmacht USA die südlichen Nachbarstaaten Rußlands in das Bündnis aufnehmen will. Nato-Truppen an Rußlands Grenze? Das muß Rußland herausfordern.

Es ist unser Wunsch, daß Königsberg, auch das russische Königsberg, wieder seine Rolle einnimmt, welche die Stadt Jahrhunderte wahrgenommen hat. Sie war immer Brücke zwischen Deutschland und dem westlichen Europa hinüber und hinein in die Weiten Rußlands. Auch Rußland bis zum Ural ist Europa. Die Impulse, die Königsberg auch gerade mit der Albertina-Universität nach Rußland aussandte, trugen dazu bei, daß Rußland europäisiert wurde. Diese Brückenfunktion, das ist unser Wunsch, möge Königsberg wieder aufnehmen und zu einem Dreh- und Angelpunkt der OSZE werden. Das könnte die Politik unterstützen, wenn sie den Sitz der OSZE nach Königsberg verlegen würde.

Wir Ostpreußen appellieren hier von Berlin aus an den neuen russischen Präsidenten Dmitrij Medwedjew und an Ministerpräsident Putin. Herr Staatspräsident, Herr Ministerpräsident, bitte machen Sie Ihren Einfluß geltend, daß Königsberg seinen alten Namen wiedererhält. Und wir appellieren auch an die russische Regierung, die bürokratischen Barrieren hinsichtlich der Visaerteilung für Deutsche abzubauen. Es muß doch möglich sein, bei der Einreise nach Königsberg ein kostenpflichtiges Einreisevisum schnell und unbürokratisch beim Grenzübertritt zu erteilen.

Unsere Gedanken, Wünsche und Hoffnungen gelten Ostpreußen. Wir grüßen hier von Berlin aus unsere Heimat mit ihren so einmaligen Regionen. Die Nehrungen, das Memeldelta, den Elchwald, die Pregel-Auen, das Samland, die Haffs, Natangen, Barten, das Oberland, das Ermland, Masuren, die Johannisburger Heide, die Rominter Heide, die großen und die kleinen stehenden und fließenden Gewässer. Spirdingsee und Mauersee, Gilge und Alle. Wir denken an die großen und kleinen Orte Ostpreußens, von A wie Allenstein und Allenburg bis Z wie Zinten. Bekannte ostpreußische Stätten haben unsere Heimat weltbekannt gemacht. Königsberg, Palmnicken, Rossitten, Nidden, Trakehnen, Pillau, Tilsit, Wehlau, Gumbinnen, Lötzen, Neidenburg, Cranz und Rauschen und die Konstruktion des Oberländer Kanals.

Wir wollen uns aber nicht nur an die großen und bekannten Städte Ostpreußens erinnern, sondern auch an die Dörfer. Stellvertretend für die vielen tausend Dörfer in unserer Heimat Ostpreußen nenne ich ein gutes Dutzend Dorfnamen, die ich als Kind auswendig gelernt habe. „Niebusch, Kusse, Tulle, Unwillpiche, Plimball, Schuggere, Wanaguppchen, Kickwede, Dede, Karzamupchen, Michel, Mauschel, Dargen, Zwier, sie sind unserer Heimat Zier.“

Wir grüßen alle Menschen Ostpreußens. Unsere besondere Verbundenheit gilt der heimatverbliebenen kleinen deutschen Volksgruppe.

Unser Bekenntnis zu Ostpreußen ist unser Bekenntnis zur Freiheit der Gedanken und der Worte. Unser Bekenntnis zu Ostpreußen ist unser Bekenntnis zur geschichtlichen Wahrheit. Unser Bekenntnis zu Ostpreußen ist unser Bekenntnis zum Frieden und zur Partnerschaft mit Polen, Rußland und Litauen.

Ein Blick in den Nachlaß des deutschen Klassikers Schiller sagt uns, worauf es heute ankommt. In seinem Fragment „Deutsche Größe“ formuliert er:

Das ist nicht des Deutschen Größe
zu obsiegen mit dem Schwert.
In das Geisterreich zu dringen
um Erhabenheit zu ringen,
Vorurteile zu besiegen
männlich mit dem Wahn zu kriegen,
das ist seines Eifers wert.
Höheren Sieg hat der errungen,
der der Wahrheit Blitz geschwungen,
der die Geister selbst befreit,
Freiheit der Vernunft erfechten
heißt für alle Völker rechten,
gilt für alle Ewigkeit.

Ostpreußen Gott befohlen!

Sich der Menschenrechte und Menschenpflichten angenommen

Im Rahmen des Deutschlandstreffens der Ostpreußen in Berlin zeichnete die Landesgruppe der Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen Dr. Massimiliano Lacota mit ihrem Ehren- und Verdienstabzeichen aus. Dr. Lacota ist der Generalsekretär der „Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen“ (EUFV). Die Dankesrede sprach Jürgen Zauner, Landesgruppenvorsitzender Nordrhein-Westfalen:

Sehr geehrter Herr Dr. Lacota,
in meiner kurzen Würdigung Ihrer umfangreichen Verdienste möchte ich auf den biblischen Text der Bergpredigt hinweisen. In dieser seiner wichtigen Grundsatzrede sagt uns Jesus, was Gott von uns Menschen erwartet und was nach dem Willen Gottes zu geschehen habe. In seinen Seligpreisungen zeigt er dann die verschiedensten Beispiele auf. Da heißt es nun einmal:

„Selig sind, die hungert und dürstet nach Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.“

Der Ostpreuße Johann Gottfried Herder (1744–1803) hat den für die damalige Zeit bemerkenswerten Satz geprägt:



Verdienstabzeichen: Jürgen Zauner ehrt Dr. Massimiliano Lacota. Foto: privat

„Der Name Menschenrechte kann ohne Menschenpflichten nicht genannt werden; beide beziehen sich aufeinander.“

Diesen Menschenpflichten haben Sie sich, sehr verehrter Herr Dr. Lacota, in vorbildlicher Weise angenommen. Dafür gebühren Ihnen der Dank und die Anerkennung unserer ostpreußischen Landesgruppe, Ihrer italienischen Landsleute und aller europäischen Vertriebenen.

Die „Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen“ ist eine Notgemeinschaft für Gerechtigkeit, Frieden und Wahrheit trotz aller vorgeschobenen Bedenken und Einwände ihrer Kritiker. Ihr Eintreten für das Menschenrecht Heimat ist eingebunden in dem Zitat von Immanuel Kant (1724–1804):

„Wenn die Gerechtigkeit untergeht, so hat es keinen Wert mehr, daß Menschen leben auf Erden.“

So dürfen wir Ihnen als erstem Nichtdeutschen unser Ehren- und Verdienstabzeichen überreichen.

Jürgen Zauner,
Landesgruppenvorsitzender
Nordrhein-Westfalen

MELDUNGEN

Deutsche Auswanderung setzt sich fort

Wiesbaden – Im Jahre 2007 sind 102 000 Ausländer mehr nach Deutschland eingewandert als das Land verlassen haben. Gleichzeitig wanderten 54 000 Deutsche mehr aus als in ihre Heimat zurückgekehrt sind, so die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. Trotz vermehrter Auswanderung stieg jedoch insgesamt die Zahl der deutschen Rückkehrer um acht Prozent.

Niederländer wandern ein

München – Binnen acht Jahren hat sich die Zahl der ins deutsche Grenzgebiet eingewanderten Niederländer auf 27 000 fast verdoppelt. Laut einer Umfrage gaben 29 Prozent der Niederländer die besseren Umgangsformen der Deutschen als Grund für den Umzug an, berichtet der „Focus“: Die Deutschen zeigten mehr Respekt als die eigenen Landsleute und duzten nicht jeden. 22 Prozent lockten vor allem die günstigeren Grundstückspreise.

ZUR PERSON

Kritik an 30 Jahren Versagen



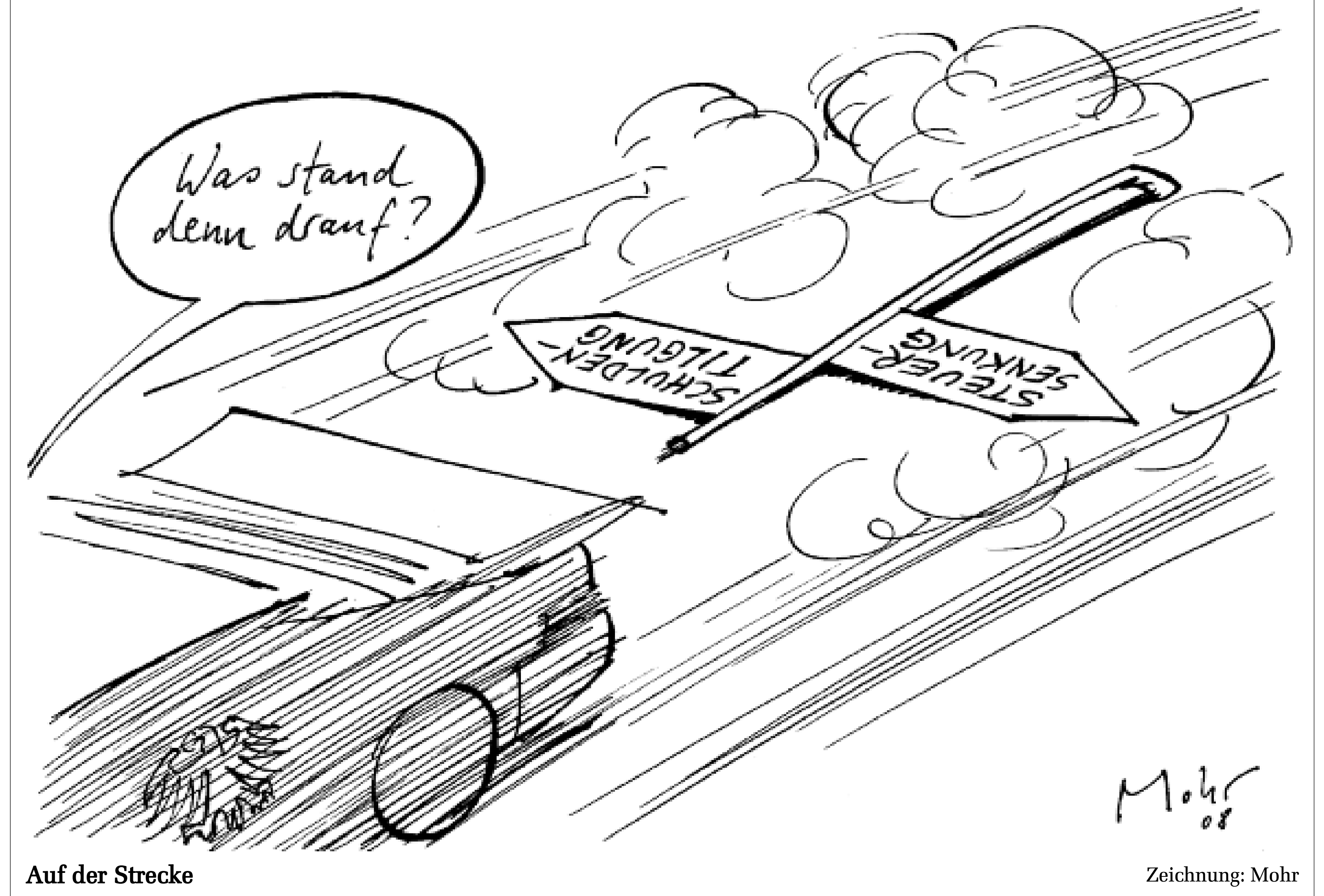
Die zierliche Frau mit den blitzenden Augen, die als Neunjährige mit ihren Eltern aus der Türkei nach Deutschland kam, ist wütend.

Die Sozialwissenschaftlerin und Autorin („Die fremde Braut“) **Necla Kelek** wirft der türkischstämmige Grünen-Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft, Nebahat Güclü, im jüngsten Fall eines Ehrenmordes an der jungen Afghanin Morsal O. vor, „Migranten zu Mündeln ihrer Lobbypolitik“ zu machen. Güclü, die stets von einer deutschen „Gesellschaft voller Rassismus“ warnt, gab noch vor Jahren eben dieser deutschen Gesellschaft die Mitschuld am Entstehen von Parallelgesellschaften und verteufelte Kelek wegen ihrer Behauptung, Ehrenmorde unter ihren Landsleuten hätten mit der türkisch-islamischen Identität zu tun.

Nun habe Güclü das „Thema entdeckt und trete als Retterin der Zwangsverheirateten auf“, schimpft Necla Kelek im „Hamburger Abendblatt“. Die 51jährige Kelek will deutschen Migrationsexperten die Augen öffnen. Ihren „Kritikern aus der gut ausgestatteten Welt der öffentlich finanzierten Migrationsforschung“ wirft sie vor, „seit 30 Jahren für das Scheitern der Integrationspolitik verantwortlich“ zu sein.

In Istanbul hatten ihre Eltern noch ein modernes säkulares Leben geführt. In Deutschland aber mußte Necla Kelek mit ansehen, wie ihre Eltern sich zunehmend dem Islam zuwandten und die Religion in den Familienmittelpunkt rückten. Von ihrem Vater wäre sie fast erschlagen worden, weil sie sich seinem Willen widersetzte.

Doch Necla Kelek hat es geschafft, sich ein Leben nach europäischem Stil einzurichten. Sie wohnt mit ihrem Lebensgefährten und ihrem Sohn aus einer geschiedenen Ehe zusammen. *M.A.*



Auf der Strecke Zeichnung: Mohr

Gute Gespräche

Warum es schon wieder fünf vor zwölf ist, wie Merkel die Latinos deutsche Logik lehrt, und was Herr Wend an der Wall Street wollte / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Ist es nicht erschreckend? Der „Artenvielfalt droht der Kollaps“, jeden Tag verschwinden 150 Tier- und Pflanzenarten, das sind fast 55 000 im Jahr. Das hat uns die 9. UN-Naturschutzkonferenz mitgeteilt, zu der 5000 Delegierte aus gut 190 Ländern für zwei Wochen ins schöne Bonn gereist sind.

Beeindruckt haben uns die versammelten Konferenzexperten mit ihrem erstaunlich konkreten Zahlenmaterial: Demzufolge geht das Artensterben heute hundertmal so schnell wie vor der Industrialisierung im 19. Jahrhundert, ja, wir erleben gar das größte Artenstreben seit dem Hinscheiden der Dinosaurier.

Jawoll, die Dinosaurier! Die Konferenzexperten haben tatsächlich Datenmaterial über 65 Millionen Jahre zusammengetragen. Wie lange die schon am Ball sind! Damals war ja selbst die alte Römerstadt Bonn noch nicht gegründet, da standen die Artenschützer schon im Wald der Kreidezeit und zählten die Arten, respektive, wie viele davon seit gestern Abend schon wieder verschwunden waren.

Leider haben die 65 Millionen Jahre nicht gereicht, um nachzuzählen, wie viele Arten es überhaupt gibt auf der Welt. Vorsichtigen Schätzungen zufolge sind rund 90 Prozent noch unentdeckt. Das tröstet aber nicht: Auch wenn wir nie erfahren haben, daß sie je existiert hätten, plagt uns doch ein entsetzlicher Phantomschmerz wegen jeder statistisch verschwundenen Spezies.

Das zwingt zum Handeln, es ist (zum wievielten Mal eigentlich?) „fünf vor zwölf“, weshalb jetzt dringend die „Mittel aufgestockt werden müssen“, wie Angela Merkel versprach. Greenpeace läßt sich das nicht zweimal sagen und fordert „ausreichend Geld“, die Rede ist von zwei Milliarden. Die Kanzlerin solle die „Finanzierungs-Initiative starten“ für Projekte zum Artenschutz (und zum materiellen Schutz der vielen Artenschutzorganisationen natürlich, die sonst noch auf die Rote Liste der unterfinanzierten „Nicht-Regierungs-Organisationen“ rutschen könnten).

Offizielles Ziel der Konferenz ist es, das Artensterben zu stoppen oder zumindest zu bremsen. Und wenn wir damit erfolgreich sind? Wird dann etwa die Förderung zurückgefahren? Ach was, das braucht keine der geförderten Institutionen zu fürchten.

Denn: Solange es Arten überhaupt gibt, sterben immer welche aus, weil der Tod nunmal zum Leben gehört. Ein möglicher Stopp der Aussterberei braucht also niemandem Angst zu machen, er wäre gegen jede Natur und ist damit ausgeschlossen.

Aber bremsen? Das müßte doch gehen? Ja, theoretisch schon, aber wer will das messen? So wenig, wie irgendjemand weiß, wie viele Arten insgesamt existieren, kann auch keiner genau sagen, welche Menge wirklich ausstirbt pro Tag oder Jahr. Es gibt nur Schätzwerte.

Und wer schätzt? Die Artenschutz-Organisationen, -Experten und -Beauftragten – die Empfänger der Fördergelder für Artenschutzprojekte also. Daß ausgerechnet die eines Tages eine Bremsung des Artensterbens konstatieren und damit weniger Geldbedarf anmelden, gehört ins Reich der ausgestorbenen Hoffnungen, die wir schon lange vor den Dinos begraben haben.

Für Umweltminister Sigmar Gabriel war der Auftritt auf der Artenschutzkonferenz endlich mal eine Erholung. Er hat schwere Zeiten durchgemacht, sich rettungslos zwischen Nahrungsmittelknappheit und Ökosprit, zwischen Dschungelschutz und urwaldfressenden Palmölplantagen verfranzt und am Ende nur noch wirres Zeug gefaselt.

Er wollte alles gut machen, und produzierte einen Scherbenhaufen der Widersprüche. Da ging es ihm wie dieser Tage Kabinettskollege Olaf Scholz vom Arbeits- und Sozialressort: So leise wie möglich schlichen sich seine Parlamentskollegen in Richtung Diätenerhöhung, da platzte der arme Tropf laut scheppernd mit seinem „Armutsbericht“ ins Zimmer. Er meinte es auch gut, wollte seiner SPD Kugeln für den Kampf mit der Union ins Magazin stecken und hatte den Bericht daher etliche Wochen vorgezogen. Hätte er doch den Rand gehalten! Die Forderung nach Diätenerhöhung und die Parole „Deutschland verarmt!“ machen sich auf der selben Zeitungsseite schließlich so gut wie ein Diavortrag über Hungerkatastrophen auf einer Schlemmerparty. Damit ist die Diätenerhöhung fürs Erste in der Armutsfalle versackt.

> Die Diätenerhöhung paßte zum »Armutsbericht« wie die Hungersnot zur Schlemmerparty

Politik ist schon stressig, ehrlich! Da hilft manchmal ein gutes Gespräch, so ein ganz unverfängliches, ohne Risiken und Nebenwirkungen. Kanzlerin Merkel hat in Lateinamerika gleich eine ganze Reihe solcher guten Gespräche geführt. Sogar mit Hugo Chávez, der sie vorher mit Hitler verrührt hatte. Der venezolanische Präsident hatte übersehen, daß die Deutschen bei den Lateinamerikanern seit jeher einen Stein im Brett haben, weshalb es seinem Ansehen in der Region wenig hilfreich ist, wenn er ausgerechnet neben einem Regierungschef aus Berlin das Beinchen hebt. Also leckte er die Bescherung artig wieder auf und führte ein gutes Gespräch mit der Deutschen. Frau Merkel hat die Chance zur Gönnerpose stilsicher genutzt.

Es war für Chávez sowieso keine gute Woche. Den Geschmack seiner Entgleisung noch auf der Zunge schlug ihm ein Untersuchungsbericht um die Ohren, der bewies, daß er die linken kolumbianischen Terroristen von der „Farc“ mit Geld und Gerät unterstützt hat. Vom Rio Grande bis Feuerland sind nun alle Nasen gerümpft.

Über die kommunistischen Mordbrenner und Drogendealer hatte Angela Merkel mit dem Präsidenten Kolumbiens, Álvaro Uribe, gesprochen. Sie sagte ihm ihre Unterstützung zu im Ringen um Frieden in seinem Land – dies allerdings auf deutsche Art: Weil die linken Farc-Terroristen Kolumbien noch immer in Schrecken versetzen, versprach Merkel den Kolumbianern, ihnen bei der Aufarbeitung der Jahre zurückliegenden Verbrechen der rechten Paramilitärs unter die Arme zu greifen.

Hoffentlich begreifen die Latinos diese Logik à la Berlin, nach der es nicht auf Ausmaß oder Aktualität von politisch gefärbten Verbrechen ankommt, sondern auf die mutmaßliche ideologische Herkunft der Verbrecher. „Mutmaßlich“, denn bei den „rechten“ Paras handelte es sich im Grunde ebenso nur um Mörder, Entführer und Drogendealer wie bei den „linken“ Farc.

Ein weiterer Schwerpunkt der Merkel-Mission war das Thema Armut, und natürlich das Klima und wie immer irgendwas mit „nachhaltig“, aber das habe ich vergessen.

Ob mehr als große Worte und gute Gespräche herausgekommen sind, weiß keiner. Um in Sachen Armut etwas zu erreichen, muß man ja mit den Hauptverantwortlichen reden. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Wend, ist daher nach New York gefahren und hat auf dem Börsenparkett der Wall Street dem „angloamerikanischen Kapitalismus“ ins ganz bestimmt schlechte Gewissen geredet.

Was er dem Reporter von n-tv anschließend vor dem imposanten Gewusel der bedeutendsten Börse der Welt aus dem Gespräch berichten konnte, macht wirklich Mut: Der angloamerikanische Kapitalismus habe ihm versprochen, von jetzt an viel durchschaubarer zu werden, so Wend. Ist das nicht reizend vom angloamerikanischen Kapitalismus? Dann blickt auch der Herr Wend endlich mal durch und kann außerdem einen richtigen Verhandlungserfolg mit nach Hause bringen.

Ja, zu Hause, da sind unterdessen – trotz stahlharter Schutzzusagen von Rot und Schwarz – die Haushaltsdisziplin und mögliche Steuersenkungen endgültig ausgestorben. Dennoch gab es auch hier ein paar hübsche Gelegenheiten für gute Gespräche. Die beste holte sich Heidemarie Wieczorek-Zeul, die im Vollbesitz ihrer moralischen Tadellosigkeit über Menschenrechte in China dalailabern durfte, während aus ihrem Ministerium munter weiter die Millionen an „Entwicklungshilfe“ nach Peking fließen.

ZITATE

Der Direktor der ***Stasi-Gedenkstätte*** *in Berlin-Hohenschönhausen,* ***Hubertus Knabe****, sagte laut „Spiegel“ vom 19. Mai zur Aufarbeitung der* ***SED-Verbrechen****:*

„Erst wenn die kommunistische Diktatur den Deutschen auch so präsent ist wie das verbrecherische Regime der Nationalsozialisten, ist die Aufarbeitung des SED-Unrechts gelungen.“

Hamburgs Erster Bürgermeister ***Ole von Beust*** *(CDU) hat dem „Focus“ (19. Mai) erzählt, wie er* ***„auf den Ökotrip“*** *kam:*

„Ich habe den Klimawandel erst vor anderthalb Jahren als Thema für mich entdeckt. Da sah ich den Kinofilm von Al Gore. Fast zeitgleich berief mich Angela Merkel in die Klima-Kommission der Partei. Das waren tatsächlich meine Erweckungserlebnisse.“

Tepeyollotl*

Die Bilder melden sich zurück,
die fast vergessen waren –
die Urgewalt, der Schreck, das Glück
vor bald schon dreißig Jahren:

Bin wach, noch ist kein Tageslicht,
ich spür' ein Unbehagen –
Tequila, nein, dran liegt es nicht.
Was denn? Ich kann's nicht sagen.

Dann wird's mir klar, nimmt seinen Lauf,
zuerst als leichtes Zittern,
ein Rütteln folgt – wann hört es auf? –
ein Fallen, Krachen, Splittern.

Die Menschen, manche ziemlich nackt,
sie eilen aus den Zimmern,
verblüfft, zum Teil von Angst gepackt,
die Lichter flackern, flimmern.

Das zwölfte Stockwerk – nichts wie raus!
Beim Aufzug staut die Menge,
ich suche nach dem Stiegenhaus,
nur weg von dem Gedränge!

Die Treppe, merk' ich, nützt man kaum,
sie dient zu ihrer Schande
für Kram und Schrott als Abstellraum –
so ist's in jenem Lande.

Im Freien fühlst du dich befreit,
es sammelt sich die Herde
– wie lang war doch die kurze Zeit –
noch zweimal zuckt die Erde.

Und im Erzählgewirr verraucht
die Spannung wie das Beben,
dort hat sich wer den Fuß verstaucht,
bald wird es Frühstück geben.

Die Küstenstraße ist blockiert,
wie später wir vernehmen,
ansonsten ist nicht viel passiert,
fast möchte man sich schämen.

Nur drüben, wo die Hütten stehn,
gab's Tote, ist zu hören –
die kriegt als Gast man nicht zu sehn,
sie würden sicher stören.

Der große Klotz ragt unversehrt,
die Statik ist zu loben,
die Scherben werden weggekehrt,
der Rohrbruch wird behoben.

Es füllt allmählich sich der Strand,
als wäre nichts geschehen,
auch das ist so in jenem Land –
es muß ja weitergehen ...

Pannonicus

*) Erdbeben-Gott der Azteken